



Landtag von Baden-Württemberg

42. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 2. April 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 12:54 bis 14:00 Uhr

Schluss: 18:34 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2835	3. a) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Zur Lage der staatlichen Museen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1759	
Erklärung des Präsidenten zu verschiedenen historischen Ereignissen im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme vor 75 Jahren.	2835	b) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Museumslandschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2092	
Begrüßung des Generalkonsuls der Niederlande, Herrn Jan Hesseling	2878	c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Der Landesbetrieb mit kaufmännischer Buchführung – Ein allgemeingültiges Modell für unsere Landesmuseen? – Drucksache 14/1849	2853
1. Parlamentsreform		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2854, 2861
a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 14/2490		Abg. Helen Heberer SPD	2855, 2862
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 14/2500	2836	Abg. Christoph Palm CDU	2856
Abg. Stefan Mappus CDU	2836	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	2858
Abg. Claus Schmiedel SPD	2838	Staatssekretär Dr. Dietrich Birk	2859
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	2840	Beschluss	2862
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	2842		
Beschluss	2844	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Sicherheitsmaßnahmen in Häfen in Baden-Württemberg und zur Änderung anderer Vorschriften – Drucksache 14/2444.	2862
2. Aktuelle Debatte – Die Zukunft der Landesbanken, insbesondere der LBBW, vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2844	Staatssekretär Rudolf Köberle	2862
Abg. Eugen Schlachter GRÜNE	2844, 2852	Abg. Hans Heinz CDU	2863
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU	2846	Abg. Reinhold Gall SPD	2863
Abg. Dr. Nils Schmid SPD	2847, 2853	Abg. Werner Wölfler GRÜNE	2864
Abg. Michael Theurer FDP/DVP	2848, 2853	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	2864
Minister Gerhard Stratthaus	2849	Beschluss	2865

5. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Aktualität der Berichterstattung von Fußballbundesligaspielen sichern – Drucksache 14/1653	2865	3. Dezember 2007 – Achtundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg – Drucksachen 14/2050, 14/2366	
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	2865, 2870	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Europarechtskonforme Datenschutzkontrolle – Drucksache 14/1636	2888
Abg. Günther-Martin Pauli CDU	2867	Abg. Michael Föll CDU	2888
Abg. Margot Queitsch SPD	2868, 2871	Abg. Ute Vogt SPD	2889
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	2868	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	2890
Minister Willi Stächele	2870	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	2891
Beschluss	2871	Minister Heribert Rech.	2892
6. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Bürokratieabbau voranbringen – Drucksache 14/1668	2871	Beschluss	2894
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2871, 2878	9. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Ausgewählte Problematiken gewerblicher Schulen – Drucksache 14/1558	
Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU	2872	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2164	2894
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	2873	Abg. Gunter Kaufmann SPD	2894, 2903
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	2874	Abg. Andrea Krueger CDU	2896, 2904
Staatssekretär Rudolf Köberle	2876	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	2898
Beschluss	2879	Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP	2899
7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland unterstützen – Drucksache 14/1713		Staatssekretär Georg Wacker	2900
b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Mindestlohn – Abschied von der sozialen Marktwirtschaft? – Drucksache 14/2129	2879	Beschluss	2904
Abg. Rudolf Hausmann SPD	2879, 2885	10. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Bodenseeraum – Drucksache 14/1633	2905
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2881	Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP	2905
Abg. Guido Wolf CDU	2882	Abg. Ulrich Müller CDU	2907
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2883	Abg. Norbert Zeller SPD	2908
Ministerin Dr. Monika Stolz	2884	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	2909
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	2886	Ministerin Tanja Gönner	2910
Beschluss	2887	Beschluss	2912
8. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom		Nächste Sitzung	2912

Protokoll

über die 42. Sitzung vom 2. April 2008

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 42. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Krank sind heute die Herren Abg. Reichardt und Sckerl gemeldet.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Professor Dr. Peter Frankenberg.

(Unruhe)

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 5. März 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Bestimmung einer innerstaatlichen Institution nach dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag) – Drucksache 14/2469

Überweisung an den Umweltausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 6. März 2008, Az.: 2 BvL 8/08 – Normenkontrollverfahren zu Vorschriften des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes wegen der gerichtlichen Zuständigkeit für die Überwachung des Schriftwechsels von Untersuchungsgefangenen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 17. März 2008 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2008 – Drucksache 14/2520

Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und federführend an den Finanzausschuss

4. Mitteilung des Finanzministeriums vom 18. März 2008 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2007 – Drucksache 14/2527

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

5. Mitteilung der Landesregierung vom 18. März 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Elften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 14/2541

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Mitteilung der Landesregierung vom 1. April 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages zur Vereinigung der Landesbank Baden-Württemberg und der Landesbank Rheinland-Pfalz – Drucksache 14/2550

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Meine Damen und Herren, unsere parlamentarische Arbeit dient dazu, Sachfragen politisch zu entscheiden, Alternativen zu diskutieren und Verantwortung zuzuweisen. Die unvermeidliche Sitzungsroutine darf jedoch nicht überdecken: Demokratie ist mehr als irgendeine staatsrechtliche Organisationsform, Demokratie ist auch und vor allem Abbild einer freien Geisteshaltung!

Lösen wir uns deshalb einen Moment aus der Tagesaktualität, und blicken wir 75 Jahre zurück.

Frühjahr 1933 – das hieß auch in Baden und in Württemberg: Die Nazis taten, wozu sie am 30. Januar 1933 durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Möglichkeit bekommen hatten: Brutal, zynisch und buchstäblich „Schlag auf Schlag“ installierten sie das Führerprinzip als Basis ihrer Terrorherrschaft.

Nach dem Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 sagte Goebbels: „Als Nächstes kommt Baden an die Reihe. Dort werden wir jetzt Ordnung schaffen.“

Schon drei Tage später wehte die Hakenkreuzflagge über dem badischen Innenministerium. Der NSDAP-Gauleiter war zum Reichskommissar ernannt worden. Zu seinen ersten Handlungen gehörte das Eliminieren der Presse-, der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit. Staatspräsident Josef Schmitt und sein Kabinett mussten am 10. März 1933 zurücktreten. Einen Tag später übernahmen die Nazis ihre Ämter.

In Württemberg begann der kalte Staatsstreich ebenfalls am 8. März 1933. Der Reichsinnenminister bestellte einen NSDAP-Reichstagsabgeordneten zum Reichskommissar, und zwar mit der wahrheitswidrigen Behauptung, die Regierung in Stuttgart sei nicht mehr in der Lage, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Er brachte sofort die Polizei unter seine Kontrolle und befahl, Hunderte politische Gegner zu verhaften.

(Präsident Peter Straub)

Am 15. März 1933 erzwangen die Nazis, dass der Württembergische Landtag den Staatspräsidenten Eugen Bolz entließ und den NSDAP-Gauleiter zum Nachfolger kürte.

Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 übertrug die gesetzgebende Gewalt auf die Reichsregierung und bedeutete damit das Ende der parlamentarischen Demokratie im Reich. Zugleich war es ein Fanal für die Länder und die Landtage. Denn bundesstaatliche Strukturen standen dem totalitären Anspruch der Nazis im Wege.

Durch das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurden deshalb die Landtage ihrer Legislativfunktion beraubt. Die Befugnis zur Gesetzgebung ging nach dem Vorbild des Ermächtigungsgesetzes an die Landesregierungen über. Zudem mussten sich die Länderparlamente auflösen und nach dem Ergebnis der erwähnten Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu bilden.

Das zweite „Gleichschaltungsgesetz“ folgte schon am 7. April. Es unterstellte die Landesregierungen den Reichsstatthaltern, die ihrerseits unmittelbar von Hitler kommandiert wurden. Faktisch erlosch damit die Souveränität der Länder.

Die nominellen Reste des ausgebeuteten bundesstaatlichen Gefüges beseitigten die Nazis schließlich durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934. Die Hoheitsrechte der Länder fielen an das Reich, und die längst lahmgelegten Landtage wurden abgeschafft.

Der Exitus des Föderalismus verlief nicht technokratisch-steril. Menschen litten darunter. Wer sich verweigerte, wurde observiert, schikaniert und eingekerkert. Landtagsabgeordnete konnten ihr Mandat nicht ausüben, weil man sie in „Schutzhaft“ festhielt. Schnell pervertierte der Staat zum Henker: Widerstand kostete das Leben.

Wir erinnern an die ermordeten oder aufgrund von Verfolgung zu Tode gekommenen Mitglieder des Badischen und des Württembergischen Landtags durch das Gedenkbuch neben unserem Plenarsaal.

Und vergessen wir nicht, wie groß die Anpassungsbereitschaft in Teilen der Bevölkerung schon im Frühjahr 1933 war und wie eifertig Hitler oft die Loyalität bekundet wurde.

Warum suchten so viele das Heil im Unheil? Karl Jaspers hatte bereits 1931 geschrieben: „Alles versagt. Es gibt nichts, was nicht fragwürdig wäre.“

Schlagen wir gerade an dieser Stelle eine Brücke in das Heute. Freiheit und Demokratie sind nicht auf Dauer garantiert. Wir müssen ihren Bedrohungen permanent und entschlossen begegnen.

Je komplizierter unser Dasein in der globalisierten Welt wird, desto wichtiger ist, dass die Bürgerinnen und Bürger den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen vertrauen, die Werte der sozialen Marktwirtschaft erfahren und keine Identitätsverluste erleiden.

Die Weimarer Republik konnte von den Rändern her erschüttert und zum Einsturz gebracht werden, weil sie ein Haus war, in dem sich mehr und mehr Menschen nicht mehr zu Hause fühlten.

Arbeiten wir also dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger weder auf Demagogen noch auf Rechts- oder Linksextremisten hereinfallen. Demokratie zehrt aus, wenn ihr Rückhalt in der Mitte der Gesellschaft schwindet. Und genau auf dieses Vakuum spekulieren die Radikalen mit ihren simplen Rezepten.

Unser Dasein wird jedoch zunehmend komplexer. Manches erscheint widersprüchlich. Politik muss daher immer intensiver erklärt werden. Statistiken und wissenschaftliche Analysen helfen dabei nur bedingt. Der Maßstab der Bürgerinnen und Bürger ist auch ihre persönliche Wahrnehmung. Unsere Aufgabe lautet folglich, sensibel und differenziert zu argumentieren und mit demokratischer Haltung um Resultate zu ringen, die problemgerecht sind und von den Bürgerinnen und Bürgern auch so empfunden werden.

Möge uns das in unserem parlamentarischen Tagwerk stets gelingen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Parlamentsreform

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 14/2490

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 14/2500

Das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, heute ist ein guter Tag für die politische und in diesem Fall auch für die parlamentarische Kultur in Baden-Württemberg. Wir haben nach intensiven, nach weiß Gott sehr komplexen und sehr sorgfältigen Vorbereitungen und Verhandlungen ein umfangreiches Paket erreicht, das wir heute beraten und das eine richtungweisende Modernisierung des gesamten Parlamentsbetriebs in diesem Haus mit sich bringen wird.

Meine Damen und Herren, noch vor der Halbzeit der Legislaturperiode können wir damit einen, wie ich glaube, bedeutenden Erfolg bei einem zentralen Reformprojekt verbuchen und vorweisen, das wir uns zu Beginn dieser Legislaturperiode gemeinsam zum Ziel gesetzt haben. Die fraktionsübergreifende Einigung ist ein Durchbruch, von dem, wie wir glauben, ein starkes Signal ausgeht. Wir schaffen gemeinsam ein moderneres, ein spannendes und, wie ich hoffe, auch ein öffentlichkeitswirksames Landesparlament.

(Stefan Mappus)

Bei den ersten Vorberatungen vor zwei Jahren waren wir uns im Klaren, dass wir uns damit einer komplexen und schwierigen Aufgabe stellen. Nicht wenige haben uns hierbei ein Scheitern vorhergesagt. Ich habe damals das Bild gebraucht: Gute Piloten starten gegen den Wind. Meine Damen und Herren, wenn Sie so wollen, haben wir nun die Reise Flughöhe erreicht,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber nicht immer im Steigflug!)

und ich bin mir sicher, dass wir in den kommenden Jahren das Ganze auf einen guten Kurs steuern können.

Für die CDU-Fraktion war es von Anfang an eine notwendige Bedingung, dass diese Reform von allen vier Fraktionen im Landtag mitgestaltet, mitvertreten und am Ende im Parlament auch mitgetragen wird. Ich glaube, die Menschen in Baden-Württemberg verlangen zu Recht von uns, dass wir in diesem besonderen Fall die Spielregeln des parlamentarischen Geschehens gemeinsam und geschlossen formulieren und dabei einen Konsens über alle Fraktionsgrenzen hinweg erzielen. Dies ist gelungen. Damit werden wir den hohen, zugleich aber auch berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gerecht.

Ich möchte mich deshalb ausdrücklich bei den Vorsitzenden aller Fraktionen für die konstruktiven und ergebnisorientierten Verhandlungen bedanken. Ich darf – dies sei mir erlaubt, Herr Schmiedel – ausdrücklich auch Ihre Vorgängerin im Amt, Ute Vogt, in diesen Dank einschließen. Wir alle wissen, dass es über die zwei Jahre hinweg nicht immer ganz leichte Gespräche waren. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich danke namens der CDU-Fraktion auch dem Herrn Präsidenten, der diesen Prozess als ehrlicher Moderator und als konzeptionelle Triebfeder umsichtig und kundig organisiert hat. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, mit der erfolgreichen Einigung demonstrieren und verwirklichen wir in diesem Haus einen guten demokratischen Kommentar und machen deutlich, dass dieses Parlament auf der Höhe seiner Zeit arbeitet. „Parlamentsreform – dessen muss man sich bewusst sein – ist ein ständiger Prozess.“ Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern mit diesen Worten brachte Landtagspräsident Camill Wurz in der Plenarsitzung am 12. Dezember 1974 einen Beschluss des Ältestenrats zur damaligen Reform des Landtags ein. Wir stehen heute ganz in diesem Sinne in der Kontinuität früherer Reforminitiativen, auch wenn wir in einigen Bereichen bewusst gänzlich neue Wege gehen.

Meine Damen und Herren, es wird eine Reihe von Änderungen geben. Wir werden ab der 16. Wahlperiode eine Trennung von Amt und Mandat vollziehen und damit die politische Eigenständigkeit des Landtags und seine klassische parlamentarische Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive stärken. Ich mache keinen Hehl daraus, dass dies in unserer Fraktion ein besonders umstrittenes Thema war. Ich möchte deshalb an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Sosehr es gute Gründe für

diese Maßnahme gibt, so sehr bitte ich zu akzeptieren, dass es auch sehr gute Argumente gegen diese Maßnahme gibt. Wenn es eine Frage in der Parlamentsreform gibt, die eine Gewissensfrage ist, dann ist es diese. Wenngleich wir mit großer Mehrheit diese Parlamentsreform mittragen werden, habe ich großes Verständnis für diejenigen Kollegen, die in diesem einen Punkt der Parlamentsreform in einer Einzelabstimmung nicht folgen können. Ich bleibe dabei: Es gibt für beides gute Gründe, aber eben für beides. Dies bitte ich argumentativ entsprechend nachzuvollziehen und zu akzeptieren. Dies will ich deshalb an dieser Stelle so ausdrücklich sagen.

Mit den neuen Geschäftsordnungselementen werden wir in Zukunft, wie wir hoffen, vor allem aktuellere, interessantere und sicherlich auch lebhaftere Debatten in diesem Plenum haben. Der Landtag wird sich direkter und vor allem zeitnäher zu politischen Ereignissen zu Wort melden, Argumente präsentieren und Stellung nehmen können. Die gesamte Landespolitik wird nach unserer Überzeugung profitieren, auch wenn unsere Themen und Beratungen dadurch stärker in den Blick der Öffentlichkeit rücken und der Landtag für die Medien interessant und in den Medien dadurch besser sichtbar wird.

Meine Damen und Herren, mit der Föderalismusreform hat die Landespolitik wichtige Gestaltungsspielräume zurückgewonnen. Es ist aber notwendig, dass wir diese gewachsene Verantwortung auch hier im Parlament mit den geeigneten Mitteln wahrnehmen und ausfüllen können. Für uns alle hängt damit auch die Frage nach einem zeitgemäßen Selbstverständnis als Parlamentarier eng zusammen.

Ich glaube, man darf an dieser Stelle sagen: Dieses Haus macht eine gute, eine professionelle und vor allem auch eine sehr engagierte Arbeit. Bei allem, was an politischen Entscheidungen manchmal umstritten sein mag, darf man dies, glaube ich, selbstbewusst betonen. Wir dürfen deshalb auch darauf vertrauen, dass die Leistungen dieses Parlaments in der Öffentlichkeit tatsächlich entsprechend dargestellt werden und die Wertschätzung erfahren, die ein gewähltes Verfassungsorgan und seine Mitglieder in einer parlamentarischen Demokratie für sich in Anspruch nehmen können.

Vor und nach der Parlamentsreform, meine Damen und Herren, ist der Landtag von Baden-Württemberg eines der kostengünstigsten Landesparlamente in Deutschland. Wir haben hier einen Abgeordneten je 77 000 Einwohner. Damit sind wir in der Effizienztafel aller westdeutschen Flächenländer absolut auf dem Spitzenplatz.

Ich sage deshalb auch in aller Offenheit für die CDU-Fraktion, dass wir gegen die Verkleinerung des Landtags sind. Dies mag populistisch nach außen gerichtet anders vertretbar sein. Aber ich glaube, gute Politik und ein gutes Parlament leben davon, dass das Parlament gerade in einem Flächenland auch in der Fläche vertreten ist. Dazu bedarf es Parlamentarier, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei der FDP/DVP rührt sich keiner!)

Unter dem Strich, mittel- und langfristig, wird die Reform diesem Land aber zusätzlich Geld sparen und damit das Ganze für den Steuerzahler noch kostengünstiger werden.

(Stefan Mappus)

Mit der Umstellung der Altersversorgung für die Abgeordneten vollziehen wir nicht nur einen historischen Systemwechsel, sondern wir erfüllen auch eine ebenso beharrlich erhobene wie vermeintlich selbstverständliche öffentliche Forderung. Wir haben in der Vergangenheit immer gesagt – das war übrigens vor allem auch die veröffentlichte Meinung –, dass die aktiven Bezüge von Parlamentariern vor allem im Ländervergleich eher zu niedrig sind, aber die Altersversorgung eher zu hoch ist. An dieses Thema sind wir nun herangegangen. Wir wissen, dass viele Menschen gerade die Politikerpensionen kritisch beobachtet haben, heute mehr denn je kritisch beobachten und folglich auch entsprechend beurteilen. Mit dieser Kritik sensibel umzugehen ist Teil unserer besonderen Verantwortung als Parlamentarier. Wir haben uns deshalb darauf verständigt, die Abgeordnetenentschädigung und -versorgung grundlegend neu zu ordnen.

Wenn Politiker von den Menschen mehr Eigenvorsorge verlangen, meine Damen und Herren, ist es meine tiefe Überzeugung, dass diese Forderung dann auch für sie selbst gelten muss. Diesem Prinzip folgen wir in dieser Frage. Deshalb sind in Zukunft die Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg für ihre Altersvorsorge selbst verantwortlich. Das ist, wie der Bund der Steuerzahler ganz richtig kommentiert hat, eine starke Annäherung an das Prinzip der Altersversicherung, wie wir es in der Bevölkerung zunehmend wollen.

Diese neue, wenn Sie so wollen, „Abgeordnetenrente“ ist zeitgemäßer, lebensnäher, nachhaltiger und vor allem wirtschaftlicher als das bisherige System. Im Gegenzug steigen die laufenden Diäten auf den Betrag, den die Kollegen in Bayern erhalten, wohlgerne in einem bayerischen System, in dem es diesen Betrag gibt, in dem es aber zusätzlich auch in Zukunft die heute schon höheren Pensionen geben wird, die wir abschaffen.

Erlauben Sie mir deshalb auch ein Wort zu dem einen oder anderen Artikel, der heute in den Medien erschienen ist. Meine Damen und Herren, wir setzen im Moment das um, was nicht nur vom Bund der Steuerzahler und vom Landesrechnungshof verlangt wurde, sondern was auch von der veröffentlichten Meinung über Jahre hinweg propagiert wurde. Ich bitte dann um die Fairness, dass man das in dem Moment, in dem wir es umsetzen, auch goutieren und nicht, wie heute geschehen, in einem Artikel darauf hinweisen sollte, dass wir nun die Diäten erhöhen, obwohl doch die Renten – das hat gar keinen Bezug zu diesem einen Thema – in einem viel geringeren Maße ansteigen. Wir machen das, was von denen gefordert wurde, die es heute kritisieren.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Ich lege Wert darauf, auch klipp und klar zu sagen: Solche Aussagen sind nicht fair. Übrigens: Der Bund der Steuerzahler in Bayern, der dem gleichen Bundesverband angehört wie der in Baden-Württemberg, hält das System der Bayern für nachhaltig, für angemessen und für gut,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

übrigens ebenso wie alle Fraktionen im Bayerischen Landtag. Wie klein doch die Welt sein kann, obwohl nur ein paar Hundert Kilometer zwischen den Landtagen liegen.

Wir sind der Überzeugung, dass unser System richtig ist. Deshalb bitte ich darum, es auch in der Darstellung nach außen, in der veröffentlichten Meinung zu goutieren, wenn wir genau das tun, was über viele Jahre hinweg von uns gefordert wurde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir alle wissen, dass die Anforderungen an und die Aufgaben für Politiker, egal auf welcher Ebene, bei der Komplexität der Probleme, die zunimmt, auf allen Ebenen in Zukunft eher größer als geringer werden. Ich glaube, dass deshalb eine angemessene Bezahlung eine Voraussetzung dafür ist, dass ein Landtagsmandat auch in Zukunft für Persönlichkeiten und Berufsgruppen attraktiv bleibt, die diesen Anforderungen und Aufgaben gewachsen sind und die bereit sind, dieses besondere Berufsbild mit all seinen Implikationen auch entsprechend zu erfüllen. Es erfolgt eine Anpassung der aktiven Bezüge auf ein vergleichbares Niveau bei gleichzeitiger Abschaffung der teuren Pensionen. Ich bin überzeugt: Diese Reform findet bei der großen Mehrheit der Bürger im Land Verständnis, Akzeptanz und Unterstützung.

Der Bund der Steuerzahler und der Landesrechnungshof haben diese Reform begrüßt. Ich glaube, auch dies ist eine klare Bestätigung dafür, dass wir mit Maß und mit Verantwortung handeln. Diese umfassende Parlamentsreform, die wir heute in erster Lesung beraten, weist den Weg in die parlamentarische Zukunft – wohlgerne zu einem Zeitpunkt, in dem wir nicht Getriebene sind, sondern in dem wir aus unseren Überzeugungen heraus in Absprache mit anderen einen Weg wählen können, den wir für zukunftsfähig halten.

Wir haben aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gelernt. Ich glaube, wir bringen heute ein überzeugendes Konzept auf den Weg. Es ist ein ausgewogenes, ein stimmiges Gesamtpaket für einen modernen, für einen geachteten, vor allem für einen wirkungsvollen Landtag in Baden-Württemberg. Deshalb bitte ich um Unterstützung nicht nur hier im Parlament – wobei ich der Überzeugung bin, dass die Reform hier bei der großen Mehrheit Anklang finden wird –, sondern eben auch in der Außenwirkung für ein gutes Miteinander.

Gute Politik braucht logischerweise ein gutes Parlament. Ich glaube, dass wir dieses Parlament mit dieser Parlamentsreform zukunftsfähig machen werden. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass wir auch in den nächsten Jahren auf der Basis dieser Entschlüsse langfristig gut arbeiten können. Dazu noch einmal ein herzliches Dankeschön fraktionsübergreifend an alle, die an diesem Konzept mitgearbeitet haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung unseres Abgeordnetengesetzes nähern wir uns dem Abschluss eines Arbeitsprozesses, an dessen Beginn nur wenige glaubten, dass er erfolgreich zu Ende gebracht wird. Zu komplex war die Materie, zu weit lagen die Vorstellungen und

(Claus Schmiedel)

auch die Interessen auseinander, als dass viele daran glaubten, dass dieser Reformprozess erfolgreich beendet wird.

Aber wir haben das geschafft, was viele Menschen von der Politik erwarten: dass man sich auf die Sache konzentriert, dass man notwendige Kompromisse eingeht, dass man sich auch in die Position des anderen hineinversetzt, wenn man eine gemeinsame Lösung anstrebt, und dass man am Ende ein Ergebnis erzielt, auf das man durchaus stolz sein kann.

Diese Zufriedenheit mit dem Ergebnis sollten wir auch nicht dadurch beeinträchtigen lassen, dass es natürlich Kritik an einzelnen Teilen der Reform gibt. Es wäre auch vermessen, zu erwarten, dass plötzlich alle Verbände in Juchzen und Jubeln ausbrechen. Dass es in der Presse kritische Stimmen geben wird, ist klar; sonst würde sie ja ihr Wächteramt aufgeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen diese Kritik ernst, aber ich glaube, wir können mit ihr leben. Wir haben uns wechselseitig Zugeständnisse gemacht. Keiner konnte sein Optimum durchsetzen, aber wir haben insgesamt ein Ergebnis erzielt, von dem wir glauben, dass wir damit vor die Menschen unseres Landes treten können, und zwar mit gutem Gewissen.

Ich möchte zurückblicken. Im Jahr 2005 hat der Landtag in Nordrhein-Westfalen als erstes Parlament einen Systemwechsel bei der Versorgung und bei den Bezügen der Abgeordneten vorgenommen. Drei Jahre später leisten wir als Landtag von Baden-Württemberg unseren Beitrag, um den Parlamentarismus in Deutschland insgesamt weiterzuentwickeln.

Für uns Sozialdemokraten gab es zu Beginn des Diskussionsprozesses fünf Eckpunkte, die für uns im Mittelpunkt notwendiger Reformen unseres Abgeordnetenalltags stehen.

Der erste Punkt ist: Die Aufgabe als Abgeordneter ist die Haupttätigkeit des Abgeordneten. Für uns war eigentlich schon seit Langem klar, dass die Vorstellung von einem Teilzeitparlament eine Fiktion ist, die sich mit dem Parlamentsalltag wirklich nur schwer in Übereinstimmung bringen lässt.

Der zweite Punkt ist die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat. Das heißt, derjenige, der dem Landtag angehört, darf nicht gleichzeitig dem öffentlichen Dienst oder einem vom Land beherrschten Unternehmen angehören.

Der dritte Punkt ist die strukturelle Reform der Abgeordnetenentschädigung und der -versorgung. Anstelle der bisherigen staatlichen Altersversorgung soll dem Abgeordneten seine Altersversorgung künftig selbst anheimgegeben werden. Der Beitrag zur Bestreitung der dafür entstehenden Kosten wird dann auch offizieller Teil der Abgeordnetenentschädigung.

Der vierte Punkt sind die steuerfreien Pauschalen. Diese wollten wir streichen und die entstandenen Kosten künftig auf Einzelnachweis abrechnen.

Fünftens: Wir wollten, dass die Pauschalen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen erhöht werden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass die Vorstellung, ein Abgeordneter brauche eine Sekretärin als Mitarbeiterin, nicht dem entspricht, was in der gegenwärtigen Zeit erforderlich ist.

Wir konnten nicht alle unsere Vorstellungen im Verhältnis 1 : 1 umsetzen. Zwei will ich besonders herausstellen.

Ab 2016 – Herr Mappus, Sie haben darauf hingewiesen – gilt auch bei uns im Landtag von Baden-Württemberg die strikte Unvereinbarkeit von Amt und Mandat. Aus dem Prinzip der Gewaltenteilung folgt die Erkenntnis, dass jemand nicht gleichzeitig der Legislative und der Exekutive angehören darf, also nicht Kontrolleur und Kontrollierter in einer Person sein kann. Spätestens mit dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform und der Verlagerung von originären Exekutivzuständigkeiten auf untere Behörden müsste eigentlich jedem klar geworden sein, dass die in Baden-Württemberg traditionell geltende Vereinbarkeit von Amt und Mandat hinfällig geworden und eine Trennung zwischen Exekutive und Legislative geboten ist.

Wir als SPD-Fraktion hätten uns natürlich ein früheres Inkrafttreten der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat gewünscht. Aber wir konzedieren durchaus, dass es über diesen Punkt insbesondere in Ihrer Fraktion, Herr Mappus, schwierige Diskussionen gab. In Ihrer Fraktion gibt es auch viele, die von der angesprochenen Regelung betroffen sind. Deshalb können wir auch damit leben, dass das Inkrafttreten der Unvereinbarkeit gegenüber unseren zeitlichen Vorstellungen verschoben wird.

Der zweite Punkt: Die Kritik in der Öffentlichkeit an unserem Parlamentsbetrieb hat sich an den Altersversorgungsansprüchen entzündet. Man betrachtet sie als beitragsfrei erworben und als zu großzügig. Die künftige Umstellung der Altersversorgung der Abgeordneten auf eine eigenständige Altersversorgung ist eine der bedeutsamsten Änderungen des Abgeordnetengesetzes. Nach dieser Umstellung – da stimmen wir überein – kann von einer ungerechtfertigten Privilegierung der Abgeordneten gegenüber den Bürgern überhaupt keine Rede mehr sein. Man sollte nicht einerseits beklagen, dass in der Öffentlichkeit Dinge wie gesetzliche Rente und Diäten miteinander vermischt werden, und das andererseits in den Kommentaren gleichzeitig selbst nachvollziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch auf die sogenannte innere Parlamentsreform eingehen. Es gab immer wieder Kritik an unserem Parlamentsbetrieb: Wir arbeiteten nicht zeitnah genug, die Debatten seien nicht packend genug, die Abläufe seien zu ritualisiert. Zunächst muss man aber feststellen, dass Politik ein komplexes Geschehen ist. Man muss sich auf dieses komplexe Geschehen auch einlassen und darf deshalb nicht den Versuchungen erliegen, an Abläufe des Parlaments sozusagen Maßstäbe der Unterhaltungsindustrie anzulegen. Dennoch glauben wir, dass wir das Parlament mit den vorgesehenen Änderungen – mit der geplanten Kurzintervention, der Erweiterung der Möglichkeiten für Aktuelle Debatten und auch mit der spontanen Reaktion auf Regierungserklärungen – in angemessener Weise lebendiger machen.

Ich möchte für unsere Fraktion nicht verhehlen, dass wir uns bei der inneren Parlamentsreform durchaus mehr vorgestellt haben und mehr erreichen wollten, als wir letztlich durchgesetzt haben. Insbesondere bei der Frage der Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen sind wir, meinen wir, noch nicht am Ende der inneren Parlamentsreform angelangt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir alle kennen das doch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir mit Besuchergruppen diskutieren, werden wir häu-

(Claus Schmiedel)

fig mit der Frage konfrontiert: Was schafft ihr eigentlich im Parlament? Wenn ihr zwei Plenarsitzungen im Monat habt und da eure Arbeit erledigen könnt, was findet eigentlich noch statt? Dann verweisen wir immer darauf:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Natürlich, Plenardebatten sind das eine, aber die eigentliche Arbeit, die Werkstube, geschieht in den Ausschüssen; nur wenige Werkstücke kommen dann ins Parlament.

Wir dürfen uns über diese Fragen nicht beklagen, wenn wir diese Werkarbeit, die eigentliche Parlamentsarbeit, sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit machen. Deshalb wollen wir erreichen, dass wir die Regel umkehren, dass die Öffentlichkeit nicht die Ausnahme ist, sondern dass die öffentliche Ausschusssitzung die Regel ist und dass wir nur ausnahmsweise, wenn persönliche Interessen oder Ähnliches betroffen sind, die Öffentlichkeit ausschließen. Wir sind davon überzeugt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir eine große Chance für das Ansehen und den Respekt des Parlaments vergeben, wenn wir gerade unsere Ausschusssitzungen nicht öffentlich abhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dort geht es nämlich an der Sache orientiert zu. Dort reden wir in der Regel wenig polemisch. Dort ringen wir um die beste Lösung. Das ist doch eigentlich das, was unsere Bevölkerung nachvollziehen will, was sie von uns Parlamentariern erleben will. Deshalb denken wir, dass wir über diesen Punkt zu Beginn der nächsten Wahlperiode, wenn die Erfahrungen des Restes der jetzigen Legislaturperiode vorliegen, noch einmal miteinander diskutieren sollten.

Ich kenne das Argument – natürlich kennen wir das alle –, man könnte ja schon jetzt, wenn man wollte, Ausschusssitzungen für öffentlich erklären. Wir kennen aber auch die Praxis, dass es immer wieder dieses und jenes Argument gibt, das dagegen spricht, und dann bleibt doch am Ende die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, denken wir daran, zu Beginn der nächsten Wahlperiode noch einmal darüber zu diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erfolg hat immer viele Väter und Mütter, und ich möchte mich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt haben, aber alle kann ich nicht nennen. Ich möchte aber doch auch persönlich diejenigen nennen, die an den Schlüsselpositionen des Erfolgs mitgewirkt haben. Da nenne ich natürlich die Fraktionsvorsitzendenkollegen Dr. Noll und Kretschmann. Ich tue diesen sicher kein Unrecht, wenn ich die ganz besondere Verantwortung der Vorsitzenden der großen Fraktionen beim Gelingen des Projekts hervorhebe, nämlich von Herrn Mappus und auch von Frau Vogt. Ich möchte den Herrn Landtagspräsidenten und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erwähnen und mich bei Herrn Dr. Hempfer und den anderen Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Wie geht es nun weiter? Wir haben uns darauf verständigt, dass wir uns, wenn dieses Projekt zu Ende gebracht ist, um die Angleichung der Wahlkreise bemühen. Das wird erneut eine große Herausforderung, vielleicht eine noch größere, weil da die direkte Betroffenheit von sehr vielen noch deutlicher wird, als sie es durch die Parlamentsreform ist. Ich denke aber,

dass wir jetzt auch durch das gemeinsame Hinwirken auf eine gute Lösung in der Parlamentsreform einen Boden dafür geschaffen haben, dass es uns gelingen wird, in angemessener Zeit auch dieses zweite Projekt der Parlamentsreform, die Wahlkreisreform, zu einem guten und einvernehmlichen Ergebnis zu bringen.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend Bischof Robert Zollitsch zitieren, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Er hat in der Karwoche auf die zunehmende Politikverdrossenheit hingewiesen. Er hat davon gesprochen, dass viele Menschen Politik als zu kurzatmig, unberechenbar und wenig zusammenhängend wahrnehmen. Diese Feststellung hat eine inhaltliche Dimension; sie hat aber auch eine Dimension des Erlebens, der Wahrnehmung. Auf unserem Parlament liegt der Fokus der Aufmerksamkeit. Auf uns schaut die Presse; auf uns schauen die Menschen. Dementsprechend müssen wir uns verhalten.

Was ich nun fordere, beinhaltet durchaus auch eine Note der Selbstkritik. Unter den neuen Bedingungen, die wir uns geben, müssen wir durch unsere Arbeit mehr Vertrauen schaffen: Vertrauen in die Sachkompetenz, Vertrauen in unsere Uneigennützigkeit, Vertrauen in die Bereitschaft, sich mit dem zu beschäftigen, was die Menschen wirklich umtreibt, und das Vertrauen, dass für uns das allgemeine Interesse über dem Parteiinteresse steht.

Für diese Aufgaben geben wir uns mit der Parlamentsreform einen neuen Rahmen. Wir sollten ihn nutzen in dem Bewusstsein, dass diejenigen, zu deren Wohl wir unsere Arbeit gestalten, uns auf diesem Weg aufmerksam und kritisch begleiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab seit ich im Parlament bin – das ist schon eine ganze Weile – immer wieder Anläufe zu dieser Reform. Diese Versuche sind immer gescheitert. Heute können wir ein ordentliches Reformwerk vorlegen, das sich sehen lassen kann. Wir tun damit einen wichtigen Schritt hin zur Modernisierung dieses Parlaments.

Die Reform war langwierig, zäh, schwierig und manchmal auch nervend.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer und Franz Untersteller GRÜNE)

Meiner Ansicht nach hat das vier Gründe:

Erstens: Es findet ein Systemwechsel statt.

Zweitens: Die Regierungsfractionen und die Oppositionsfractionen mussten ja zusammenfinden.

Drittens: Es waren sehr unterschiedliche Interessenlagen zu berücksichtigen.

(Winfried Kretschmann)

Und viertens mussten wir ja schließlich auch in eigener Sache verhandeln, was bekanntlich besonders schwierig ist.

Systemwechsel bedeutet: Der Landtag ist mit dieser Reform kein Teil des öffentlichen Dienstes mehr. Ihm werden keine aktiven Beamten und keine Wahlbeamten mehr angehören. Auch was die Pensionen betrifft, verabschieden wir uns von einem beamtenähnlichen Status.

Zweitens ging es hier um eine Konsensdemokratie anstelle einer Konkurrenzdemokratie. Wir mussten also die gewohnten Pfade von Opposition und Regierung verlassen. Das erforderte von allen hohe Kompromissbereitschaft. Diese Kompromissbereitschaft war vorhanden. Für uns war es schwierig, einige Hürden zu überspringen: dass es nicht zu reinen Bruttodiäten gekommen ist, dass die Funktionszulagen jetzt noch nicht geregelt sind und dass die Ausschüsse weiterhin grundsätzlich nicht öffentlich tagen.

Ich möchte allen in meiner Fraktion, aber natürlich auch den Kollegen in anderen Fraktionen, die es schwer hatten, Hürden zu überspringen, meinen Respekt bezeugen – auch den wenigen, die die Ergebnisse zum Schluss nicht mittragen können und dagegen stimmen. Wie der Kollege Mappus richtig festgestellt hat, gibt es für alles immer gute Argumente.

Es waren unterschiedliche Interessenlagen zu berücksichtigen. Ich nehme nur das Beispiel der Inkompatibilität: Meine Fraktion war angesichts ihrer aktuellen Zusammensetzung gar nicht davon betroffen. Deshalb hatte ich es natürlich leichter als Herr Kollege Mappus, der auf diesem Gebiet die Hauptarbeit zu leisten hatte. Natürlich ist es leichter, diese Position im Allgemeinen zu vertreten – wie ich das tun konnte –, als einigen seiner Kollegen sagen zu müssen: „Du darfst in Zukunft leider nicht mehr in dieser Fraktion sein.“ Das ist sicher das Unangenehmste, was einem Fraktionschef passieren kann. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Kollege Mappus, wirklich noch einmal meinen Respekt bezeugen. Das war keine leichte Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schließlich mussten wir auch in eigener Sache verhandeln, und noch dazu um das eigene Geld. Das muss man sich so vorstellen, als wenn es in Tarifaueinandersetzungen keine Gewerkschaften und Arbeitgeber gäbe, sondern das immer nur eine Partei machen müsste. In dieser Situation sind wir, da wir Gemeinwohlinteressen und eigene Interessen in einen vernünftigen Rahmen bringen müssen.

Das waren, glaube ich, die vier Gründe, warum das so zäh und schwierig war. Deswegen sind wir froh und auch etwas stolz, dass wir es jetzt endlich hinbekommen haben.

Das Oberziel für uns Grüne bei dieser Reform war die Stärkung des Parlaments. Die Frage, ob das Parlament durch diese Reform gestärkt wird, muss letztlich der Maßstab für die Qualität dieser Reform sein. Wir haben ja in Deutschland mit der parlamentarischen Demokratie eine hinkende Gewaltenteilung. Ministerpräsident und Minister werden aus dem Parlament heraus gewählt. Sie haben deswegen in der Regel auch noch Mandatsfunktionen, und wir bekommen dadurch ein geteiltes Parlament. Die Regierungsfaktionen müssen ihre Regierung tragen, und für die Kritik und die Kontrolle ist hauptsächlich die Opposition verantwortlich.

Das ist noch schwieriger geworden, seit es Koalitionsverträge und Ähnliches gibt. Das geht aber noch; das müssen wir aufgrund der Konstruktion, dass wir keine Präsidialdemokratie haben, hinnehmen.

Aber die Inkompatibilität war, glaube ich, überfällig; denn mit der Tatsache, dass weitere Beamte und Wahlbeamte aus der Exekutive im Parlament sind und da insbesondere in den Regierungsfaktionen waren, hat sich natürlich verstärkt, dass wir immer mehr zu einem Exekutivparlament geworden sind. Da haben wir jetzt einen wichtigen Schritt damit getan, das abzuschaffen. Damit wird die Kontrollfunktion des Parlaments als erste Gewalt im Staat sicher gestärkt. Wir machen einen Schritt der Abkehr von der „extremen Regierungslastigkeit“ des baden-württembergischen Landtags, wie es die „Heilbronner Stimme“ genannt hat.

Der zweite Systemwechsel war die Einführung einer eigenen Altersvorsorge mit der Abkehr von der Staatspension. Das hat nicht nur den Vorteil großer Transparenz – die Leute schauen ja immer auf die Diäten und nicht auf das, was sozusagen im Keller ist, nämlich unsere Pensionsansprüche; das ist damit transparent geworden –, sondern auch, dass wir näher an der Lebenswirklichkeit aller Menschen sind, die keine Beamten sind; und das ist ja die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung.

Allerdings ist der Hauptgrund nach meiner Ansicht ein anderer. Auch die Abkehr von der Pension soll das Parlament stärken. Wir haben ein Mandat auf Zeit, und das Motiv, sich in der Politik und im Landtag zu engagieren, soll ausschließlich sein, Politik zu gestalten, und nicht, sich Pensionen zu ersitzen. Bisher haben wir das Salär eines Oberstudienrats, aber sehr, sehr hohe Pensionen. Das ist, glaube ich, falsch. Wenn wir das jetzt umdrehen und unser Salär erhöhen und dafür die Pensionen drastisch zurückführen, dann ist das, glaube ich, der ganz richtige Ansatz.

Ich möchte auch noch einmal darauf verweisen: Wir haben dann dieselben Diäten wie die Abgeordneten des Bayerischen Landtags. Aber die bayerischen Kollegen haben ja nach wie vor diese üppige Staatspension. Deswegen ist das, was wir hier gemacht haben, glaube ich, richtig: Wir stärken nämlich das aktive Parlamentarierdasein, setzen aber für Leute, die gar nicht gestalten wollen, keine Anreize, im Parlament zu bleiben. Auch das macht, glaube ich, das Parlament stärker und attraktiver.

Deswegen waren für uns auch die Funktionszulagen ein so wichtiges Argument. Wir sind in dieser Hinsicht der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts gefolgt. Das ist im Innenverhältnis sehr wichtig. Wenn wir jetzt die Diäten anheben, dann ist es auch wichtig, dass wir die Funktionszulagen bis auf wenige Ausnahmen streichen. Denn auch hier soll es so sein: Das Motiv, etwa stellvertretender Fraktionsvorsitzender zu werden, soll ausschließlich politischer Ehrgeiz und Gestaltungswille sein und nicht, dass man in einer solchen Funktion materiell besser gestellt ist als seine Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Auch die Änderung der Sitzungsabläufe, die wir vornehmen wollen – dass wir die Regierung direkt befragen können, dass wir Kurzinterventionen machen können, dass die Aktuellen

(Winfried Kretschmann)

Debatten aktueller werden, dass wir Grundsatzdebatten einführen, aber auch dass wir das Parlament im Redezeitanspruch gegenüber der Regierung stärken –, stärkt das Parlament insgesamt.

Für uns gibt es allerdings noch einen kräftigen Wermutstropfen bei dieser Reform. Das ist, dass die Ausschüsse weiter grundsätzlich nicht öffentlich tagen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Aussagen des Kollegen Glück, des Präsidenten des Bayerischen Landtags. Er sagte:

Bezogen auf den Bayerischen Landtag, wo Gott sei Dank seit der Wiederbegründung der Bundesrepublik Ausschusssitzungen öffentlich sind, debattieren wir deshalb nicht über mangelnde Resonanz der Ausschusssitzungen.

Davon kann bei uns leider keine Rede sein. Ich hoffe, dass wir das dann in der nächsten Legislaturperiode hinbekommen werden.

Wir haben hier, glaube ich, eine ordentliche Reformarbeit geleistet. Wir haben wichtige Änderungen zur Stärkung des Parlaments vollzogen. Das ist notwendig gewesen; es ist aber noch nicht hinreichend. Es muss sich auch der Geist ändern. Das Parlament als „Erste Gewalt“ heißt ja, es ist der erste und grundlegende Gestalter der Politik, weil es Gesetze macht.

Vor diesem Hintergrund richte ich den Appell an die Regierungsfractionen – denn die Opposition sitzt eh „nur“ im Parlament –, diesen parlamentarischen Gestaltungswillen auch zu zeigen. Denn während auf Bundesebene in der Regel kein Gesetzentwurf ohne Änderung vom Bundestag verabschiedet wird, ist es bei uns leider umgekehrt: An fast keinem Gesetzentwurf, der vom Landtag verabschiedet wird, werden Änderungen vorgenommen – außer Änderungen redaktioneller Art. Ich finde, das müsste sich grundlegend ändern, damit wir die Stärkung des Parlaments ernst nehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Wenn wir in Deutschland auf Fünfparteiparlamente zusteuern, dann wird es, glaube ich, umso wichtiger, dass die Parlamente dann auch gestärkt werden, wenn wir noch Stabilität und Gestaltungswillen verbinden wollen.

Der Maßstab, wie gut diese Reform ist, ist letztlich die Frage: Zeigt dieses Parlament mehr Gestaltungswillen? Wir wollen ein Parlament, das selbst politisch zieht und nicht nur das vollzieht, was die Regierung vorgibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, nur ein Parlament, das kraftvoll gestaltet, wird Ansehen haben, und nur wer Ansehen hat, kann sich Vertrauen erwerben. Mit dem Einsatz aller Fraktionen haben wir dafür eine gute Grundlage geschaffen. Ich möchte mich bei allen, die daran beteiligt waren – auch bei denen, die Kompromisse eingehen mussten –, herzlich dafür bedanken.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was sich technisch „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“ nennt, ist, glaube ich, ein Meilenstein in der Geschichte dieses Landtags von Baden-Württemberg. Dies ist nicht deswegen der Fall, weil wir in Sack und Asche daherkommen müssten und sagen müssten: „Dieser Landtag hat in der Vergangenheit schrecklich schlechte Politik gemacht.“ Vielmehr zeigen die Daten zu Baden-Württemberg, dass sich der Landtag und die Regierung mit den Ergebnissen der vergangenen Jahre bei der Bevölkerung durchaus sehen lassen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Trotzdem ist es, glaube ich, richtig, dass wir von Zeit zu Zeit eine Standortbestimmung vornehmen.

Lassen Sie mich vorab ein ganz persönliches Bekenntnis machen: Die Tätigkeit als Abgeordneter ist in der Tat mit keiner anderen Tätigkeit, mit keinem anderen Beruf vergleichbar. Wir sind weder Beamte noch Freiberufler, sondern wir sind „abgeordnet“, und zwar auf Zeit. Die, die uns abgeordnet haben, sind die Zuhörer oben auf der Tribüne, ist die Bevölkerung in den Wahlen. Wir wurden dafür abgeordnet, das Zusammenleben in unserem Land in allen relevanten Bereichen möglichst so zu organisieren, dass wir das, was wir seit über 50 Jahren in unserem Land haben, nämlich Freiheit, Frieden und Wohlstand, gemeinsam organisieren und weiterhin dafür Verantwortung übernehmen – auf Zeit abgeordnet von der Bevölkerung.

Dieser besondere Status hat eben auch eine Besonderheit, um die uns vielleicht manche beneiden mögen: Wir müssen und dürfen die Bedingungen, unter denen wir diese Tätigkeit ausüben, in der Tat selbst festlegen – das ist nicht wie in einem Tarifpoker, sondern das dürfen wir selbst. Unser „Arbeitgeber“ ist sozusagen das Volk, das uns abgeordnet hat. Deswegen ist es richtig, dass wir uns der Kritik, den Fragen und auch der Mahnung zu Transparenz stellen, aber dies auch selbstbewusst tun, dass wir in der Tat klipp und klar sagen: Wenn wir in dieser parlamentarischen Demokratie als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes insbesondere auch die Kontrolle der Exekutive ausüben haben, dann müssen wir bestimmte Arbeitsbedingungen haben, die uns dies möglich machen und nicht erschweren.

Deswegen, Herr Schmiedel, bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie darauf hingewiesen haben. Es gibt immer wenige Themen, auf die sich die Diskussion fokussiert. Aber ich denke, man erlebt es schon im Gemeinderat, dass die Verwaltungen einem immer rein quantitativ an Zuarbeit deutlich überlegen sind. Das setzt sich nahtlos in allen Parlamenten fort. Deswegen glaube ich, dass wir zur Frage der Arbeitsfähigkeit des und der einzelnen Abgeordneten durchaus gemeinsam im Konsens weitere Schritte werden machen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Lassen Sie mich zu dem Thema „Finanzielle Bedingungen“ kommen; denn das interessiert natürlich die Bevölkerung. Tat-

(Dr. Ulrich Noll)

sächlich vergleicht man dann natürlich. Eine gerechte Entlohnung gibt es ja nirgends. Es gibt immer nur faire, vergleichbare Bedingungen, die man jemandem anbieten kann.

Ich glaube, eines sollten wir bei diesen Neuregelungen in der Tat berücksichtigen: dass das Mandat möglichst von niemandem nur deswegen angestrebt werden soll, weil er glaubt: „Da werde ich reich.“ Aber es soll auch von niemandem ausgeschlossen werden, der, weil die finanziellen Bedingungen zu schlecht wären, letztendlich sagte: „Ich kann es mir nicht leisten.“ Daher ist die Regelung der finanziellen Bedingungen schlicht und einfach immer schwierig. Für einen Studenten, der BAföG erhalten hat, mögen 6 200 €, die wir künftig haben werden, viel sein. Aber für einen gestandenen Freiberufler oder einen Anwalt oder einen Firmeninhaber mag das möglicherweise eher ein bisschen wenig sein.

Deswegen glaube ich, dass wir bei diesen aktuellen Bezügen, die ja auch wieder etwas kritisch hinterfragt werden, in der Tat wohl wegen der Vergleichbarkeit des Arbeitspensums mit dem in anderen Parlamenten, etwa der Kollegen aus Bayern, durchaus eine angemessene Höhe einer sogenannten Vollalimantation gefunden haben, die dazu führt, dass wir dezidiert sagen: Diese Arbeit erfordert sozusagen den vollen Mann, die volle Frau, und dafür sollen sie auch volle Vergütung, volle Entschädigung erhalten, ohne zusätzlich einen Beruf ausüben zu müssen. Die Begründung für das Teilzeitmandat lautete ja: Es ist keine Vollbeschäftigung, sondern jeder soll nach Möglichkeit in seinem Beruf bleiben.

Auch da ein persönliches Bekenntnis: Ich bin 1996 als Teilzeitparlamentarier angetreten. Aber im Laufe dieser jetzt zwölf Jahre habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass es – nicht zuletzt auch durch die Föderalismusreform und die immer größere Komplexität der politischen Diskussion – in der Tat den vollen Mann, die volle Frau erfordert, dieses Mandat hier im Parlament ernst zu nehmen.

Das zweite Thema, das hier wenig angesprochen worden ist, ist das Thema der Pauschalen. Ich glaube, die Bevölkerung sieht zu Recht, dass eine ordentliche finanzielle Ausstattung nötig ist, um die Unabhängigkeit des Mandats zu gewährleisten. Aber man schätzt nicht die „versteckten“ Vorteile oder Privilegien. Daher glaube ich, dass auch die Transparenz bei den Pauschalen – eine Transparenz, die wir jetzt erreichen, indem wir nur noch eine Pauschale machen und die Reisekosten und die Übernachtungskosten spitz abrechnen – ein richtiger und wichtiger Schritt ist.

Ich weiß wohl, Kollege Kretschmann: Das Bruttokostenmodell, das bedeutet, überhaupt nur noch über die steuerliche Absetzbarkeit zu gehen, war Ihr Wunsch. Aber ich möchte es einmal umkehren: Wir alle reden immer davon, dass wir das Steuersystem einfacher, gerechter und die Steuern niedriger machen sollten. Wir wollen nicht bei uns nachvollziehen, was wir eigentlich für die Gesamtbevölkerung in Zukunft gerade nicht haben wollen, nämlich immer kompliziertere Regelungen. Vielmehr sollte im Steuerrecht sehr viel mehr über pauschalierte Freibeträge gearbeitet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daher verstehe ich auch aus ordnungspolitischen Erwägungen, dass Sie an diesem System festhalten.

Das Wichtigste – das ist es, glaube ich, zu Recht –, was immer im Fokus der Kritik aus der Bevölkerung stand, betrifft die Altersversorgung. Ich will dieses Thema jetzt einmal nicht so sehr unter dem Aspekt der Einsparungen beleuchten. Es werden Einsparungen für den Steuerzahler kommen. Vielmehr möchte ich einmal im Sinne der politischen Redlichkeit argumentieren: Wir kritisieren – das gilt gerade für uns Liberale – die Umlagefinanzierung von Renten und Pensionen. Pensionen werden nämlich auch umlagefinanziert, und zwar durch den Steuerzahler. Das heißt, es werden Lasten in die Zukunft verschoben, die die Generationen nach uns dann über Steuern finanzieren müssen, so wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung die Beitragszahler der Zukunft die Renten von morgen werden finanzieren müssen.

Die in diesem Fall wirklich radikale Umstellung vom Umlageverfahren über ein steuerfinanziertes Staatspensionssystem zu einem rein kapitalgedeckten, transparenten System mit der monatlichen Auszahlung von 1 500 € ist, glaube ich, ein wichtiger und ordnungspolitisch auch richtiger Schritt, der im Übrigen auch – das muss man einfach einmal sagen –, wenn man es rein finanziell betrachtet, gewaltige Einbußen mit sich bringt. Letztlich glaube ich, dass wir damit auch ein Stück weit mehr Transparenz,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Generationengerechtigkeit!)

mehr Planbarkeit und damit Generationengerechtigkeit auch an dieser Stelle herbeigeführt haben.

Ich will nicht verschweigen, dass es beim Thema Übergangsregelungen – die wird es immer geben, wenn man radikale Systemumstellungen vornimmt – durchaus unterschiedliche Meinungen gab – gerade auch, aber nicht nur in unserer Fraktion. Klar war von Anfang an, dass es nicht sein kann, dass man erworbene Besitzstände und Anwartschaften einfach wegnehmen kann. Dies wäre ja ein Eingriff in die Lebensplanung des Einzelnen. Ich glaube, das war auch nie strittig.

Die Frage bestand für einen Teil der Abgeordneten, die zwar schon eine Legislaturperiode lang in diesem System waren oder sind, die seit Beginn dieser Legislaturperiode im Landtag sind, aber nicht mehr die Grenze erreichen konnten, um einen eigenen Anspruch zu erwerben. Wir haben da einem Kompromiss zugestimmt, der ursprünglich auch nicht Konsens gewesen wäre. Ich sage an dieser Stelle, dass man sich auch in meiner Fraktion dabei durchaus andere Lösungen hätte vorstellen können. Aber ich bin dankbar, dass es wenigstens einen Kompromiss gegeben hat.

Zum Thema Zulagen will ich noch etwas sagen. Wir waren uns ja letztendlich zwischen allen vier Fraktionen einig, dass es weiterhin Aufgabe der inneren Organisation der Fraktionen sein soll, wie sie mit den Zulagen umgehen. Aber ich weise ausdrücklich die Behauptung zurück – die ich immer wieder gelesen habe –, wir seien nicht bereit, die Zulagen zu ändern. Wir haben einen gemeinsamen, von allen vier Fraktionen unterschriebenen Antrag im Landtag verabschiedet, mit dem wir uns innerhalb aller Fraktionen verpflichtet haben – allerdings nicht im Rahmen des Gesetzes –, die Zulagen verfassungskonform zu regeln.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

(Dr. Ulrich Noll)

Zu dieser Zusage stehen wir, glaube ich, alle, und ich für die FDP/DVP-Fraktion in jedem Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rainer Stickerberger SPD)

Natürlich wird es weitere Schritte bedürfen, nämlich der Wahlkreisreform und der Wahlrechtsreform. Ich prognostiziere: Auch das wird schwierig. Aber die bisherigen konsensorientierten Verhandlungen lassen mich hoffen, dass wir es auch da schaffen, zu einem einvernehmlichen Ergebnis – auch wenn hier möglicherweise nicht jeder zustimmen können – zu kommen.

Das Thema Inkompatibilität ist hier bereits mehrfach angesprochen worden, und zwar aus mehreren Gründen. Erstens – darauf habe ich vorhin schon hingewiesen –: Mit der Vollalimantation dokumentieren wir, dass die Ausübung des Mandats eine Tätigkeit ist, die den ganzen Mann bzw. die ganze Frau fordert. Häufig ist es schwer, auf die Frage aus der Bevölkerung, wie jemand denn daneben noch Oberbürgermeister, Schulleiter oder Landrat sein könne, die passende Antwort zu geben.

Neben diesem Thema gibt es natürlich auch noch das sehr viel höher anzusiedelnde Thema „Keine Vermischung zwischen Exekutive und Legislative“, weil die, die kontrollieren sollen, sich andernfalls ja selbst zu kontrollieren hätten. Ich glaube, da schulden wir den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und insbesondere natürlich Stefan Mappus großen Dank und Anerkennung. Denn das hatten wir lange gefordert. Ich sage ganz ehrlich: Ich hatte nicht geglaubt, dass es klappt. Deswegen meinen Respekt, dass wir aus den Gründen, die ich geschildert habe, auch an dieser Stelle einen Konsens gefunden haben.

Lassen Sie mich damit abschließend auch zum Dank kommen. Stefan Mappus habe ich gerade an einer Stelle schon gedankt. In diesen Dank schließe ich natürlich die Kollegin Vogt, die zu Beginn dabei war, die Kollegen Schmiedel und Winfried Kretschmann mit ein, aber auch alle anderen, die uns in den Fraktionen jeweils – wir selbst sind auch nicht immer in jedem Detail voll informiert – unterstützt haben.

Letztendlich gilt mein Dank Ihnen allen, die Sie hier sitzen. Denn wenn wir als Fraktionschefs nicht jeweils das Mandat in unseren Fraktionen bekommen hätten, diesen Gesetzentwurf heute vorzulegen, dann wäre es nicht dazu gekommen.

Natürlich danke ich auch dem Präsidenten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns bei den Beratungen unterstützt haben.

Mit diesem Dank darf ich die Hoffnung verbinden, dass wir über das formale Verändern unseres Status hinaus tatsächlich einen Beitrag leisten, hier der Politik im Land ein Gesicht zu geben, und zwar ein hoffentlich sympathisches, vertrauensvolles Gesicht, dass wir das, wofür wir auf Zeit abgeordnet sind, ein Stück weit verantwortlich und transparent leisten können und damit zu wieder mehr Akzeptanz der demokratischen Spielregeln in diesem Land beitragen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Gesetzentwürfe. Es ist vorgeschlagen, diese zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen und Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Zukunft der Landesbanken, insbesondere der LBBW, vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Es gelten die für eine Aktuelle Debatte üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schlachter!)

Abg. Schlachter.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schlachter und Fleischer! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Kein Metzger!)

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit etwa einem Jahr diskutieren wir über eine Finanzmarktkrise. Ausgehend von der Industriekreditbank hat sie auch die Landesbanken in den Schlagzeilen erfasst. Auch unsere Landesbank war im Frühjahr leider dran. Sie kam über eine indirekte Beteiligung bei einem Liechtensteiner Bankhaus und auch mit einer angeblichen Wertberichtigung für Finanzmarktgeschäfte mit 1,1 Milliarden € in die Gazetten. Vielleicht sind auch Zweifel angebracht, denn die Bayerische Landesbank spricht momentan von 4 Milliarden € Verlusten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen kosten einfach auch Steuern, belasten die Haushalte und lösen kein besonderes Vertrauen der Bürgerschaft in die öffentlich-rechtlichen Banken und in die Sparkassen aus. Nicht umsonst fordern wir bei der Fusion mit der Sachsen LB vom dortigen Land, vom dortigen Steuerzahler eine Bürgschaft in einer Größenordnung von 2,7 Milliarden €. Es gibt Experten, die daran zweifeln, dass das ausreichen wird.

Das sind alles in allem für uns Grüne genügend Gründe dafür, dass sich das Landesparlament einmal mit dem Thema Landesbanken beschäftigen sollte.

Wir müssen natürlich auch Fragen aufwerfen, die sich in diesem Zusammenhang stellen: Warum sind Landesbanken, auch unsere LBBW, mit hoch spekulativen Produkten in ihren Portfolios unterwegs? Brauchen wir eine Neuausrichtung, damit wir hinterher bei den Landesbanken Margen haben, die es ermöglichen, zu leben, ohne riskante Geschäfte zu machen? Stimmt die Geschäftspolitik unserer LBBW als Spitzeninstitut der Sparkassen? Wir müssen das hinterfragen.

Dann ist die Frage: Welche Instrumente setzen Aufsichtsräte und Verwaltungsräte ein, um die Landesbanken vernünftig zu

(Eugen Schlachter)

überwachen? Es gibt hier im Haus einige Persönlichkeiten, die dazu etwas sagen können.

Dann ist auch die Frage: Wie macht es das Finanzministerium? Wie überwacht es die Landesbanken? Welche Expertise herrscht vor? Sind diese Mittel, die eingesetzt werden, überhaupt noch adäquat? Und ist es angesichts eines globalisierten und auch spezialisierten Finanzmarkts überhaupt noch zeitgemäß, Verwaltungs- und Aufsichtsräte überwiegend mit Politikern zu besetzen?

Klar wurde und ist, dass es den meisten Landesbanken insgesamt an einem tragfähigen Geschäftsmodell mangelt. Unsere Landesbank verdankt ihre komfortable Lage überwiegend dem Umstand, dass über die Tochter BW-Bank letztlich im Kundenbestand der Sparkassen kannibalisiert wird. Wir müssen also etwas tun. Es gibt offene Fragen.

Keine Frage ist, dass die Sparkassen und die Landesbanken mit die stärkste Säule im dreigliedrigen Bankensystem hier in unserer Landschaft sind. Ich halte die Sparkassen eigentlich für die Wirtschaft und auch für die Privaten für unverzichtbar. Sie machen in der ganzen Breite wirklich einen guten Job.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

In der aktuellen Finanzmarktkrise hat sich dieses Dreisäulenmodell der deutschen Finanzwirtschaft stabilisierend bewährt; das muss man sagen. Ich glaube, wir können heute sagen: Aufgrund dieser stabilen Lage gibt es bei uns weder Kredit- noch Liquiditätskrisen. Ich glaube, dass dies so bleibt, ich hoffe es auch.

Wir als Landespolitiker sind aber in der Verantwortung, hier den öffentlich-rechtlichen Sektor anzuschauen. Wenn dieser Sektor, also die Sparkassen, weiterhin im Wettbewerb gut überleben will, dann sind wir doch aufgerufen, uns Gedanken über die zukünftigen Strukturen zu machen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es reicht nicht, wenn der eine oder andere von Ihnen da und dort im Verwaltungsrat einmal die Hand hebt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

Ich will jetzt hier nicht – damit kein falscher Zungenschlag hereinkommt – irgendwelche Schuldigen suchen oder nach irgendwelchen Wertkorrekturen suchen. Viel dringlicher erscheint mir die Frage der zukünftigen Geschäftsmodelle. Neben der Frage, wie es da und dort zu einer Unstimmigkeit kommen konnte, geht es um die Frage, wie es weitergeht. Ich möchte Ihnen dazu ein paar Vorschläge machen.

Die Sparkassen benötigen in der Breite, wenn sie weiterhin im Markt stark sein wollen, eine hohe Expertise. Sie brauchen also spezielle Produkt- und Dienstleistungslieferanten in der Finanzmarktbranche. Es bedarf einer starken Bausparkasse, eines Investmentbanking-Unternehmens. Es bedarf einer soliden Leasinggesellschaft, es bedarf einer gesunden Hypothekbank. Es bedarf Spezialdienstleister etwa in der IT, und es bedarf natürlich einer finanzkräftigen und spezialisierten Lan-

desbank. Aber ganz wichtig ist – da, glaube ich, müssen wir jetzt die Chancen nutzen und offen das aussprechen, was eigentlich auf diesem Gebiet alle denken –: Alle diese Sparteninstitute und Spartendienstleister brauchen die Sparkassen bundesweit nur einmal und nicht siebenmal.

(Beifall bei den Grünen)

Wir brauchen eine Landesbankenstruktur, die exakt das leistet, und – ich sage es noch einmal – wir brauchen sie jetzt.

Konkret heißt das, dass alle Standorte, die wir momentan im öffentlichen zentralen Bankenwesen haben, letztlich erhalten blieben, aber zu Finanzspartenstandorten würden. Die Länder, die jeweils Landesbanken oder Spezialinstitute haben, werden also in diesem Fall nicht benachteiligt. Wir lösen die Standorte nicht auf, sondern wir werden letztlich dafür sorgen, dass die Politik über eine Holding bundesweit nach wie vor bei diesen Themen beteiligt ist.

Wir brauchen zukünftig mehr Qualität für die Sparkassen und deren Kundschaft. Wir brauchen Geschäftsmodelle, bei denen nicht weiterhin – damit muss auch Schluss sein – auf dem Rücken der Steuerzahler spekulative Geschäfte gemacht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben hier in Baden-Württemberg eine starke öffentlich-rechtliche Bankenlandschaft. Genau deshalb, weil wir diese Stärke haben, sollten wir die Meinungsführerschaft bei der Fortentwicklung dieser Spezialinstitute und der Landesbanken übernehmen. Wir sollten das vor allem im Interesse des Finanzplatzes Stuttgart und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes machen.

Leider habe ich dazu bisher von der Regierung und den sie tragenden Parteien noch nichts gehört. Auch die leitenden Herren in den Banken üben sich in der Kunst des Schweigens.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie sind der erste Redner!)

– Ich hoffe, Herr Mappus, dass wir noch etwas hören. Ich habe ja auch Fragen gestellt.

Eines ist klar: Die Strategie des automatischen Übernehmens weiterer Landesbanken hat ein Ende. Ich glaube nicht, dass Herr Beckstein oder Herr Rüttgers einfach so eine Landesbank hergibt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warten wir einmal ab!)

– Auch wenn es bei Herrn Rüttgers noch viele Milliarden kosten wird, wird er es nicht tun.

Bei der hier skizzierten Spartenorganisation verliert kein einziges Bundesland irgendwelche Macht, sondern jedes Bundesland bekommt irgendein Spezialinstitut. Die einen werden den anderen nicht über- oder untergeordnet. Das scheint mir angesichts der Eitelkeiten der Ministerpräsidenten sehr, sehr wichtig zu sein.

(Eugen Schlachter)

Wir dürfen – das ist unser Anliegen – jetzt nicht defensiv abwarten, sondern wir sollten das gemeinsam aktiv angehen. Wir sollten jetzt die Stunde nutzen, um die Landesbanken und die Sparkassen neu aufzustellen.

Wenn wir in Baden-Württemberg schon eine führende Rolle haben, dann sollten wir nicht nur mit den Muskeln der Landesbank spielen, sondern wir sollten auch Kopf und Konzepte einsetzen.

Ich habe versucht, mit etwas Überziehungskredit – als Banker darf ich mir den gewähren – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist das! – Abg. Stefan Mappus CDU: Aber nur einmal! – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beim ersten Mal ist man schon weit über den Fraktionsvorsitzenden hinaus!)

– Ich habe gute Konditionen, Herr Mappus. Das nimmt man sich als Neuling heraus.

Ich habe jetzt versucht, Ihnen ein paar Konzepte vorzutragen. Es soll eine Diskussion eröffnet werden. Darauf freue ich mich.

Vielen Dank, dass Sie Ihrem Neuling so aufmerksam zugehört haben. Ich bin gespannt, was wir heute noch an guten Ideen hören und was wir zukünftig zustande bringen werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Politische Entscheidungen haben manchmal langfristige Auswirkungen. Einmal errungene Erfolge erfahren in der Zukunft ihre Fortsetzung. Genauso geht es falschen Weichenstellungen, die oft auch über Jahrzehnte und Jahrhunderte wirken. Hauptstädte wie Rom, Paris, Madrid oder London haben sich langfristig entwickelt. Im Fußball mag es andere Städte geben, die auch Chancen haben, mitzuspielen und Erfolge zu erzielen. Barcelona ist im Fußball Madrid vielleicht gleichwertig, aber politisch, wirtschaftspolitisch, wirtschaftlich kann es mit Madrid nicht mithalten.

Genauso geht es auch Wirtschaftsunternehmen, Bankplätzen, Wirtschaftsplätzen, Wirtschaftsarten. Wenn einmal ein Sitz festgelegt ist, ist es schwierig, von diesem Sitz wieder wegzukommen. Diesbezüglich ist die Lage in Baden-Württemberg nicht gerade komfortabel gewesen. Wir hatten respektable, aber doch relativ bescheidene regionale Institute, die Landesgirokasse, die SüdwestLB, die L-Bank, aber wir hatten nichts, was mit den in Frankfurt ansässigen Instituten vergleichbar wäre.

Gestern habe ich einmal aus dem Fenster hinüber zum Haus der Geschichte gesehen. „Jud Süß – Propagandafilm im NS-Staat“ ist dort groß plakatiert. Dabei habe ich mich daran erinnert, dass ich vor zehn oder zwölf Jahren eine Biografie über

einen bekannten Mann gelesen habe, über Joseph Süß-Oppheimer, genannt „Jud Süß“, über einen Menschen, der einem Justizverbrechen zum Opfer fiel, dessen Schicksal in der Nazizeit noch einmal aufgegriffen und schwer herabgewürdigt wurde. In dieser Biografie steht:

Auch wenn er, Süß, immer mehr nach Württemberg gezogen wurde, so konnte er seine Bankgeschäfte doch nur in Frankfurt erledigen. Stuttgart war eine Kleinstadt ohne Banken, ohne Börse, ohne Geldwechsler; ohne Messe, ohne Wechselrecht und ohne Wechselgericht, ohne Beziehungen zu den Finanzzentren Europas.

In den Jahren 1734 bis 1736 veranlassten Süß und die mit ihm verbundenen Frankfurter Firmen im Wechselgeschäft mehr als 2 500 Kontenbewegungen. Davon konnte man in Württemberg nicht einmal träumen.

So lange können falsche Weichenstellungen weiterwirken.

Die schlechte Ausgangsposition in Baden-Württemberg hat sich aber vor zehn Jahren in eine gute Position verwandelt. Dafür können wir unseren Ministerpräsidenten danken: Zunächst hatte Lothar Späth die Idee aufgegriffen, die drei Institute, die ich vorhin genannt hatte, zu fusionieren. Erwin Teufel ist dies 1998 schließlich gelungen, und unser amtierender Ministerpräsident versucht, diese einmal errungene gute Position im öffentlichen Bankenmarkt maßvoll und politisch klug weiterzuentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Die Landesbank Baden-Württemberg ist heute eine unter den 100 größten Banken. Vor allem ist sie mittlerweile die größte Landesbank in Deutschland. Gemäß den Bilanzzahlen des Jahres 2006, die ich der Zeitung entnommen habe, hat die Landesbank Baden-Württemberg eine Bilanzsumme von 428 Milliarden €, die BayernLB 381 Milliarden € und die WestLB 285 Milliarden €. Hinzu kommen verschiedene kleinere Landesbanken.

Sicherlich war das Jahr 2007 für die Kreditwirtschaft ein schwieriges Jahr. Aber die Landesbank Baden-Württemberg – in diesem Fall muss ich Ihnen, Herr Kollege Schlachter, leider widersprechen – hat, auch wenn man die neue Bilanzregelung zugrunde legt, einen Gewinn von 300 Millionen € erzielt. Hätte man die alte HGB-Regelung der Rechnungslegung zugrunde gelegt, hätte der Gewinn im letzten Jahr 700 Millionen € betragen. Das ist im Vergleich zum Jahr 2006 nur ein geringfügig geringerer Gewinn. 2006 lag der Gewinn bei 828 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesbank Baden-Württemberg hat sich damit auch in schwierigem Umfeld hervorragend behauptet. Deswegen ist die CDU-Fraktion der Überzeugung, dass wir zu der Richtung, die das öffentliche Bankenwesen gefunden hat, stehen sollten. Die Dreigliedrigkeit des Bankenwesens garantiert Wettbewerb und ermöglicht vor allem auf der Kundenseite, der Nehmerseite, günstige Konditionen. Weil die Banken so stark im Wettbewerb stehen, haben die Kunden günstige Konditionen, und für die Banken ist es schwieriger, eine Rendite zu erwirtschaften.

(Dr. Stefan Scheffold)

Im Übrigen: Seit die Anstaltslast weggefallen ist, seit die Gewährträgerhaftung nicht mehr besteht, haben die Banken einen fairen Wettbewerb zu bestreiten. Es spricht nichts dagegen, wenn sich die privaten Banken um Kunden und hier vor allem um die mittelständische Kundschaft bemühen. Wenn ihnen das nicht gelingt, ist das auch ein Erfolg der öffentlichen Banken.

Ein zweiter Punkt ist mir wichtig: Die öffentlichen Banken arbeiten in den einzelnen Regionen erfolgreich. Das heißt, die einzelnen Regionen in Baden-Württemberg haben erheblichen Nutzen vom öffentlichen Bankenwesen.

Dritter Punkt: Die Mittelstandsfinanzierung fußt insbesondere auf dem öffentlichen Bankenwesen. Schauen Sie sich einmal an, wohin die Mittelständler gehen, wenn sie Kredite wollen. Es sind häufig die öffentlichen Banken, die die Kredite noch vergeben, wenn die privaten Banken schon abgesagt haben.

Der Finanzplatz Deutschland insgesamt lebt davon, dass nicht nur an einer Stelle – in Frankfurt – eine große Bank besteht, sondern auch an anderen Plätzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die im letzten Jahr aufgetretene und noch immer bestehende Finanzkrise ist – das ist wahr – eine erhebliche Herausforderung für die Banken. Aber sie ist nicht nur eine Herausforderung für die öffentlichen Banken.

Ich greife nur einmal Schlagzeilen auf, die gestern über den Ticker liefen und die heute wahrscheinlich in der Zeitung stehen – ich habe heute noch keine Zeitung gelesen –: 12 Milliarden € Abschreibungen bei der UBS im ersten Quartal 2008. Bei der Deutschen Bank sind es im ersten Quartal des Jahres 2008 2,5 Milliarden €. Der Verwaltungsratspräsident der UBS, Marcel Ospel, muss angesichts dieser drastischen Verluste das Unternehmen verlassen. Es ist also eine völlig falsche Fokussierung, wenn man sagt: Weil wir eine Finanzkrise haben, müssen wir uns über die öffentlichen Banken unterhalten.

(Unruhe)

Nein, die Fragestellung ist: Wie müssen wir unsere Landesbank, wie müssen wir unser öffentliches Bankenwesen in der Zukunft weiter gestalten? Wie können wir auf der Basis der guten Ausgangsposition, die sich die Landesbank Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren erarbeitet hat, eine zukunftsfähige, gute Bank im Südwesten für ganz Deutschland gestalten?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Finanzmarktkrise zeigt zweierlei.

Erstens: Die Banken, und zwar alle, wurden schlecht beaufsichtigt. Es gab unregulierte Bereiche, in denen sie Abenteuer eingegangen sind.

Zweitens: Die Finanzmarktkrise enthüllt, welche Landesbanken in Deutschland ein gutes und welche ein schlechtes Geschäftsmodell hatten, und zeigt Wege auf, wie wir die Landesbankenstruktur in Deutschland in Zukunft gestalten wollen.

Zum Ersten: Nicht nur die Meldungen der letzten Tage zeigen, dass die vom amerikanischen Immobilienmarkt ausgehende Krise alle international tätigen Institute erfasst hat. Sie ist auf eine lasche Zinspolitik der Fed zurückzuführen. Ein reichliches Kapitalangebot hat dazu geführt, dass riskante Engagements eingegangen worden sind, und über das Handeln von Kreditpaketen wurden diese Engagements auch in europäische und deutsche Banken verfrachtet.

Der Hintergrund dieses Handelns ist manchmal die reine Gier. Das gehört auch dazu. Wenn viel Geld da ist, wenn Geld für die Banken wenig kostet, tätigen sie riskante Engagements. Ein wesentlicher Punkt ist aber auch ein Versagen der Bankaufsicht in der Hinsicht, dass Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz kaum reguliert waren und dass z. B. die BaFin Raiffeisenbanken und Kreissparkassen reguliert und stranguliert hat, und zwar durch MaRisk und eine pingelige Umsetzung von Basel II, aber andererseits solche Risiken nicht genügend im Auge hatte. Das war nicht nur die BaFin, sondern da haben auch andere Aufsichtsgremien versagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht umsonst denken auch die Amerikaner darüber nach, ihre Aufsicht zu verbessern und wenig regulierte Bereiche einzubeziehen – eine Forderung, die Finanzminister Steinbrück schon vor Längerem erhoben hat. Auch wir in Deutschland müssen über die Aufsicht nachdenken.

Die Finanzkrise enthüllt aber auch, dass es in Deutschland öffentliche Banken gab, die nach dem Auslaufen der Staatshaftung auf das falsche Pferd gesetzt haben. Anstatt sich solide und vielleicht auch margenschwach um die Begleitung der Geschäfts- und Unternehmenskunden, vielleicht auch der Privatkunden in ihrer Region zu kümmern, haben sie das internationale Abenteuer gesucht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen
und der FDP/DVP)

Es war die Konzeptionslosigkeit der Verantwortlichen in der Sachsen LB und in der WestLB und in Teilen offenkundig auch der BayernLB, die dazu geführt hat, dass diese Landesbanken überproportional in diesen Geschäften engagiert waren, die jetzt die Krise ausgelöst und die dazu geführt haben, dass die Sachsen LB vor der Pleite stand und auch die WestLB große Probleme hat.

Wir in Baden-Württemberg haben nach langem Ringen, wie denn der optimale Bankenstandort ausschaue könnte – ich erinnere an verschiedene Fusionsüberlegungen und an die Frage, ob wir alles auf ein öffentlich-rechtliches Institut setzen oder ob wir gleichzeitig ein stark privatrechtlich verfasstes Institut wollen, eine Debatte, die in den letzten zehn oder 15 Jahren die Landespolitik stark beschäftigt hat –, eine Landesbank, die gut dasteht, die aber natürlich, wenn auch in einem geringen Umfang, international engagiert ist und deshalb durch die Finanzmarktkrise Belastungen erfahren hat.

(Dr. Nils Schmid)

Wir wissen auch noch nicht, wie es in den nächsten Monaten weitergehen wird, aber wir wissen, dass die Landesbank ein Geschäftsmodell gefunden hat, das für die Landesbanken eher in die Zukunft weist als das der Sachsen LB, nämlich ein Geschäftsmodell, das auf einer engen Kooperation mit den Sparkassen beruht und darauf, dass die mittelständischen Unternehmen aus dem Land von der Landesbank als Hausbank auch in schwierigen Zeiten begleitet werden, dass diese mittelständischen Unternehmen auf die internationalen Kapitalmärkte begleitet werden und dass sie mit der BW-Bank einen Retail-Bereich haben, der sehr wertgeschätzt ist. Dieser Retail-Bereich ist auch bei der Bekanntgabe der vorläufigen Zahlen für das Jahr 2007 derjenige, in dem die LBBW bewiesen hat, dass sie dort, wo sie selbst Herr des Geschäfts ist, gute Zahlen auch in schwierigen Zeiten vorlegen kann.

Damit ist für die SPD-Fraktion klar: Das Dreisäulenmodell hat sich bewährt. Landesbanken in Deutschland haben ihre Rolle zu spielen, wenn sie das richtige Geschäftsmodell wählen. Wir wollen dieses Geschäftsmodell zum Ausgangspunkt der notwendigen Konsolidierung in Deutschland machen.

Der damalige Bundeskanzler Schröder hat schon vor vielen Jahren auf dem Deutschen Sparkassentag dazu aufgefordert, die Institute zu bündeln. Wir brauchen in der Tat nicht sieben Landesbanken. Da tun es auch zwei oder drei. Es auf eine Landesbank zu reduzieren, ist angesichts der politischen Gemengelage schwierig, Herr Schlachter. Aber wir brauchen sicher eine Konsolidierung.

Wir brauchen eine Konsolidierung mit Augenmaß. Für die LBBW und den Eigner Land heißt das, keine Abenteuer einzugehen und vor der Einleitung weiterer Schritte immer abzuklären, welches Geschäftsmodell in einer möglichen Partnerschaft mit anderen Instituten tragfähig ist. Die anderen Institute müssen erst einmal ihre Hausaufgaben machen. Dieses Geschäftsmodell beinhaltet auch, Herr Oettinger, dass Beteiligungen auch indirekter Art, die nicht zum Kernbestand einer öffentlichen Bank gehören, z. B. in Liechtenstein, auf den Prüfstand gehören. Gerade weil wir die Landesbanken für zentral halten, können wir es uns nicht erlauben, auch nur den Anschein zu erwecken, unsere Banken – ob L-Bank oder LBBW – könnten auch nur ansatzweise dazu dienen, Steuern zu verkürzen oder indirekt zur Steuerhinterziehung beizutragen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist die Klärung der Geschäftsbeziehungen von L-Bank und LBBW über die Vorarlberger Landesbank nach Liechtenstein unbedingt erforderlich. Wir haben Sie dazu aufgefordert, Herr Oettinger, und warten auf eine Antwort. Wenn wir die spezifische Funktion der öffentlich-rechtlichen Banken und vor allem der Landesbanken in dem Dreisäulensystem aufrechterhalten wollen, dann gehört dazu auch, dass wir solche Randbereiche, dass wir offensives Offshore-Banking nicht unbedingt in Verbindung mit Landesbanken sehen wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Offshore-Banking! – Gegenruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Der Finanzplatz Baden-Württemberg hängt ganz stark an der Landesbank. Ich habe Ihnen die Vorgeschichte erzählt. Es geht

um über 10 000 Beschäftigte. Das zweite Standbein sind die Bausparkassen und die Börse – nach Frankfurt hat Stuttgart die zweitstärkste in Deutschland. Das heißt, wir haben einen Reigen von Finanzinstituten, die uns als Finanzplatz Stuttgart in der Bundesrepublik Deutschland in die Zukunft führen können. Wir sind gut aufgestellt. Wir sollten alles dafür tun, dort, wo wir direkt oder indirekt Verantwortung tragen – zuvörderst beim Thema Landesbank –, weiterhin mit Augenmaß und Sorgfalt vorzugehen. Keine Abenteuer!

Der Rückblick auf die letzten Jahre zeigt: Wir sind nicht den Weg der WestLB oder der BayernLB gegangen. Das hat sich bewährt und muss weiterhin solide ausgebaut werden. Dann ist mir um den Finanzplatz Baden-Württemberg, um die LBBW nicht bange. Wir müssen sorgfältig und mit Augenmaß alle zusammen daran arbeiten. Die Debatte kann weitergehen. Wir haben sie schon im vergangenen Sommer geführt, als es um die Frage möglicher Fusionen ging. Entscheidend ist das Geschäftsmodell. Ich glaube, dahin gehend besteht große Einigkeit. Daran sollten wir festhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus den Ausführungen der Vorredner ist bereits zum Ausdruck gekommen, welche dramatische Dimension diese internationale Finanz- und Bankenkrise mittlerweile angenommen hat. Man liest von Wertberichtigungen im Umfang von 2,5 Milliarden € bei der Deutschen Bank allein für das erste Quartal – Kollege Scheffold hat es erwähnt. Insgesamt geht es um die astronomische Zahl von 19 Milliarden US-Dollar bei der UBS, einer soliden Bank in der Schweiz, über Jahre hinweg ein erfolgreiches Unternehmen. 19 Milliarden US-Dollar!

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Unser Landeshaushalt umfasst 34 Milliarden €. Damit wird die Dimension der Risiken deutlich, die da getragen werden.

Da kann es einem in der Diskussion natürlich so gehen wie vielen Bürgerinnen und Bürgern, die fragen: Was spielt sich da eigentlich ab? Ist das nicht ein Grund zu Unruhe und Sorge?

An einem solchen Morgen ist es, glaube ich, in der Tat wichtig, kurz die Ursachen zu beleuchten.

Das Ganze schwappt von den Vereinigten Staaten von Amerika, vom US-Finanzmarkt zu uns herüber. Schlechte Immobilienkredite, die von den dortigen Banken ausgegeben wurden und denen die entsprechenden Sicherheiten fehlten, schlagen jetzt durch. In einem Immobilienboom mit steigenden Preisen ist man davon ausgegangen, dass es immer so weitergeht. Dort waren Spekulanten am Werk, die zuvor in der New Economy aktiv waren.

Offensichtlich ist auch durch die Niedrigzinspolitik der amerikanischen Zentralbank, der Fed, zu viel Geld zur Verfügung

(Michael Theurer)

gestellt worden. An dieser Stelle muss man auch denjenigen in der Bundesrepublik eine klare Absage erteilen, die, wie z. B. die Linkspartei, meinen, man könnte über billiges Geld, über das Öffnen der Geldhähne der Zentralbank, die Konjunktur ankurbeln. Das rächt sich auf Dauer, weil zu viel Geld im System dazu führt, dass Spekulanten ans Werk gehen.

Meine Damen und Herren, dann kam die Krise zunächst einmal über die IKB zu uns. Da stelle ich kritisch die Frage, ob es richtig war, dass diese IKB jetzt praktisch verstaatlicht worden ist. Die KfW ist da hineingegangen. Man hat Geld zur Verfügung gestellt. Man hat das Institut gerettet. Aus Vertrauensschutzgründen spricht sicherlich auch einiges dafür, aber insgesamt ist es doch fraglich, ob es richtig ist, wenn der Staat hier so stark hineingehet und praktisch ein Kreditinstitut verstaatlicht.

Heute wurde von den Grünen beantragt, dass wir uns über die Zukunft der Landesbanken – der LBBW im Besonderen, aber der Landesbanken im Allgemeinen – unterhalten. Ihr Name ist ja im Moment fast so ein bisschen Programm, was den Bankensektor angeht, Herr Schlachter: Metzger geht, Schlachter kommt, Fleischer bleibt. Alle drei Namen sind dabei. Mein BWL-Professor für Bilanzen in Tübingen, F. W. Wagner, hat immer gesagt: „Bei der Kuh musst du dir überlegen, ob du sie melken willst oder ob du sie schlachtest. Und wenn eine Kuh krank ist, dann kannst du sie halt nicht mehr melken, sondern dann musst du sie gut füttern oder dir überlegen, ob du sie schlachtest.“

In diesem Fall bin ich also der Auffassung: Wir dürfen auf keinen Fall die Landesbanken infrage stellen. Wir als FDP/DVP-Fraktion haben uns klar zum öffentlich-rechtlichen Bankwesen als einer der drei Säulen der Bankenlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, und ich meine, wir können hier im Landtag mit Fug und Recht sagen, dass eine gewisse schwäbische Bodenständigkeit, eine südwestdeutsche Bodenständigkeit der Badener, Württemberger, Kurpfälzer, Hohenzoller und Vorderösterreicher gemeinsam dazu beigetragen hat, dass die LBBW besser dasteht als andere Landesbanken.

Ferner kann man feststellen, wie schnell sich die Zeiten ändern: Ich erinnere mich noch, wie SPD-Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen über die WestLB Industriepolitik gemacht haben, wie man dort in Beteiligungspolitik hineingegangen ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Damals war sie noch gut dagestanden! Die gehört jetzt der CDU!)

wie man uns hier nahegelegt hat, man müsste das bei der LBBW genauso machen. Es war gut, dass man es nicht gemacht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Es ist gut, dass sich der Staat und öffentlich-rechtliche Banken aus der Industriepolitik heraushalten.

Jetzt geht es auch um die Frage: Wie geht es weiter? Ich bin der Meinung, es war auch gut – da müssen wir Herrn Rüttgers fast dankbar sein; vielleicht sollten wir ihm einmal die

Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg überreichen –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

dass wir bei der WestLB nicht zum Zug kamen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn heute liest man: Heinz Hilgert wird neuer Chef der WestLB. Aber – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich die FAZ –: „Wie zu hören ist“, hat auch Hilgert erst gezögert. Er habe – so heißt es weiter – das Angebot der WestLB erst angenommen, als klar war,

dass die Risiken der Bank – wie am Montag beschlossen wurde – in eine Zweckgesellschaft ausgelagert werden.

Die Situation ist schon so dramatisch, dass man gar keinen Bankvorstand mehr herbeibringt.

Wir können nicht die Risiken aller anderen Landesbanken schultern. Klare Aussage ist aber auch: Wir brauchen möglicherweise weniger Landesbanken in der Bundesrepublik. Fachleute sagen, drei würden ausreichen. Hier muss man darüber sprechen, wie man konsolidieren kann.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn unsere Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute brauchen natürlich auch leistungsfähige Spitzeninstitute wie die Landesbank, und da haben wir ja mit der LBBW eine, die sehr erfolgreich ist. Ich denke, wir können einen Beitrag zur Neuordnung der Landesbankenlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland leisten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn heute alle Finanzminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland die gleiche Aufgabe hätten wie ich, nämlich über ihre Landesbank zu sprechen, wäre keiner so glücklich wie ich,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein glücklicher Mensch!)

um das einmal vorweg zu sagen. Das ist ja auch bei dieser Diskussion klar geworden.

Ich möchte zunächst einiges grundsätzlich klarstellen. Es ist auch sicher, dass man gerade dann, wenn es um Banken geht, äußerst vorsichtig mit jeder Aussage sein muss. Sie wissen, welche Folgen es haben kann, wenn öffentlich falsche Aussagen gemacht werden. Heute sind keine gemacht worden, aber bevor ich eine Gesamtdarstellung dessen vortrage, wie ich es sehe, möchte ich auf zwei, drei Argumente eingehen, die angeführt worden sind.

Herr Schlachter hat gefragt, warum die Landesbanken besonders betroffen seien. Es stimmt nicht, dass diese besonders be-

(Minister Gerhard Strathaus)

troffen sind. Wenn Sie einmal herumschauen, werden Sie feststellen, dass die Privatbanken viel stärker betroffen sind – nicht im Besonderen in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch hier.

Sie haben gesagt, Verwaltungsräte seien nur Politiker. Das stimmt nicht einmal bei uns. Im Übrigen war bei der IKB die Creme der deutschen Wirtschaft im Aufsichtsrat; um das auch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Da sollten wir uns nicht auch noch selbst beschimpfen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Weiter ist gesagt worden, es bestehe die Gefahr, dass die BW-Bank die Sparkassen kannibalisiert.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Tut sie!)

Das stimmt so nicht. Eine ganz andere Sache ist interessant: Wir haben einmal untersucht, wie hoch die Anteile der großen Privatbanken – der Deutschen Bank, der Commerzbank, der Dresdner Bank – am Geschäft in Baden-Württemberg sind. Deren Anteile sind in Baden-Württemberg wesentlich geringer als in anderen Bundesländern. Das hängt auch damit zusammen, dass bei uns die BW-Bank bzw. die LBBW – je nachdem, wie Sie es nennen wollen – in diese Bresche gesprungen ist; sie macht also viel Unternehmensgeschäft, sie macht viel Beratungsgeschäft für wohlhabende Privatkunden.

Sie haben auch verschiedene Forderungen aufgestellt, was alles beschlossen werden sollte. Lieber Herr Schlachter, genau das machen wir nicht. Wir sind deswegen so erfolgreich, weil wir uns aus dem operativen Geschäft heraushalten und lediglich das strategische Geschäft machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die drei Träger Land, Sparkassenverband und Landeshauptstadt – vertreten durch unseren Ministerpräsidenten, den Sparkassenpräsidenten Schneider und den Stuttgarter Oberbürgermeister – und auch die anderen Träger sind alle äußerst engagiert in dieser Bank. Aber – das habe ich schon immer gesagt – es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns um Einzelfälle zu kümmern. Unsere Aufgabe ist es, die Gesamtrichtung mitzutragen, zu kontrollieren; das ist keine Frage. Das operative Geschäft – das haben andere Länder falsch gemacht – ist Sache des Vorstands, und zwar sowohl bei den Sparkassen als auch bei den Landesbanken.

Im Übrigen möchte ich Folgendes sagen: Wenn wir uns allein auf das Sparkassenzentralbankgeschäft konzentrieren würden – ich komme nachher noch darauf; das reine Sparkassenzentralbankgeschäft macht 10 bis 20 % am Geschäft der Landesbank aus –, könnten wir davon auf die Dauer nicht leben.

Noch eine letzte Sache – dies ist schon angesprochen worden –: Ich kann mich sehr gut erinnern, dass Ende der Achtzigerjahre vor allem die Opposition – Sie waren damals, glaube ich, auch dabei, Sie sind daran gewöhnt –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war ich noch gar nicht im Landtag! Als ich in den Landtag gekommen bin, haben wir gleich regiert! – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf des Ministers Ernst Pfister: Wunder gibt es nur einmal!)

immer wieder darauf hingewiesen hat, Baden-Württemberg sei in der Gefahr, das Ruhrgebiet des 21. Jahrhunderts zu werden. Man hat das immer damit begründet, dass wir zu viel Industrie und zu wenig Dienstleistung hätten.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: So gering war die Gefahr nicht!)

– Es ist ja gut, wenn Warnungen ausgesprochen werden. Wir freuen uns ja, wenn die warnenden Vorhersagen nicht eintreffen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Genau! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Deswegen werden sie ja gemacht!)

– Herr Kretschmann, Sie waren damals aber auch noch nicht dabei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Manchmal werden die Gefahren auch herbeigerufen!)

Wenn jemand warnend seine Stimme erhebt, sollte er hinterher nicht dann glücklich sein, wenn er recht hatte, sondern dann, wenn er nicht recht hatte.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sehr gut!)

Letzteres ist hier tatsächlich eingetreten.

Meine Damen und Herren, unsere Landesbank ist die bedeutendste Landesbank. In der Zwischenzeit – das hat heute schon einmal jemand erwähnt – ist Stuttgart der zweitwichtigste Finanzplatz in Deutschland. Der wichtigste Finanzplatz ist natürlich Frankfurt; das ist eine ganz andere Liga; das ist überhaupt keine Frage. Aber dann kommt bereits der Finanzplatz Stuttgart. Stuttgart hat hier Städte wie Düsseldorf und München überholt. Das hängt auch ganz eng mit der Landesbank und auch mit der Landespolitik, die ja mit dem Entstehen der Landesbank zu tun hat, zusammen.

Meine Damen und Herren, noch einige allgemeine Ausführungen. Dass es so gekommen ist, dass viele Landesbanken heute kein Geschäftsmodell mehr haben, hängt natürlich damit zusammen – dies ist heute auch schon einmal gesagt worden –, dass die Gewährträgerhaftung mit Wirkung zum Juli 2005 weggefallen ist. Vorher hatten die Landesbanken eine leichtere Refinanzierungsmöglichkeit. Sie hatten am internationalen Markt relativ preiswert Geld bekommen, weil das Risiko wegen der Bürgschaft der Länder als minimal eingeschätzt worden ist. Dadurch konnten sie international große Kredite vergeben – mit ganz kleinen Margen, die aber letzten Endes doch viel Gewinn abgeworfen haben. Nachdem die Gewährträgerhaftung weggefallen ist, war dies insgesamt hinfällig. Die meisten Landesbanken standen dann vor der Frage: Wie sollen wir neues Geschäft finden?

Heute ist von Herrn Schmid gesagt worden, diese Landesbanken sollten sich ein anderes Geschäftsmodell wählen. So

(Minister Gerhard Stratthaus)

leicht ist es aber nicht mit dem Wählen. Es ist nicht so, dass die Geschäftsmodelle einfach herumliegen. Sie haben vorhin schon gehört: Wenn eine Landesbank anfängt, mehr Unternehmensgeschäft zu machen, bekommt sie mit den Sparkassen, möglicherweise auch mit den Volksbanken Schwierigkeiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Die Kannibalisierung, vor der Sie gewarnt haben, bezieht sich ja nicht nur auf eine Sparte, sondern auch auf andere. Da kennen Sie sich ja aus.

Übrigens haben die Volksbanken kein Zentralinstitut mehr in Baden-Württemberg. Sie haben einmal zwei Zentralinstitute hier gehabt. In der Zwischenzeit – ich möchte nur darauf hinweisen – läuft alles über Frankfurt, während die Sparkassen über die Landesbank noch eines bei uns haben.

Auf eines habe ich schon hingewiesen: Die Konzentration allein auf das Sparkassengeschäft, auf die Funktion als Sparkassenzentralbank, trägt nicht, denn sie bringt höchstens 10 bis 20 % des gesamten Geschäfts.

Man wird deswegen die Landesbanken ohne Frage im Nicht-Sparkassengeschäft weiterentwickeln müssen. Da ist die Frage: Wie kann das gemacht werden? Die LBBW hat das geleistet, wobei – ich gebe das offen zu – natürlich auch Glück im Spiel war. Aber Glück hat halt auf die Dauer nur der Tüchtige.

Die Landesbank Baden-Württemberg wurde am 1. Januar 1999 gegründet. Sie galt damals schon als bärenstarke Bank und nimmt inzwischen ungefähr Platz 5 unter den Banken in der Bundesrepublik Deutschland ein. Dies liegt daran, dass sie ein stimmiges Geschäftsmodell hat: Sie hat Unternehmenskunden, sie hat Kommunalfinanzierung, sie hat natürlich auch das Kapitalmarktgeschäft. Aber ganz wichtig ist, dass sie eben auch auf den anderen Gebieten – bei Unternehmenskunden und Privatkunden, bei der Kommunalfinanzierung – sehr eng mit dem Markt verzahnt ist.

Ich glaube, die Veränderungen in der europäischen Bankenstruktur verlangen, dass auch unsere Bank noch weiter wächst. Warum? Es gibt ganz bestimmte Teile der Bank, es gibt ganz bestimmte technische Einrichtungen der Bank, die tatsächlich von Größenvorteilen profitieren würden, z. B. die IT-Systeme. Das muss man mit aller Deutlichkeit sagen. Gleiches gilt auch für die Umsetzungen bestimmter rechtlicher Rahmenbedingungen, aber auch für die Übernahme großer Finanzierungen.

Was ich ebenfalls für ganz wichtig halte, ist die Begleitung unserer größeren Mittelständler ins Ausland. Wir sind ja alle sehr froh, dass wir eine mittelständische Wirtschaftsstruktur haben. Aber ein großer Teil unserer mittleren Mittelständler ist in der Zwischenzeit international aufgestellt. Da kann die Sparkasse allein oft nicht mehr helfen. Deswegen, glaube ich, ist es gut, wenn wir eine starke Landesbank haben, die überall international tätig ist – nicht in erster Linie, um in Asien oder Amerika originäres Geschäft zu machen, sondern um unsere Mittelständler ins Ausland zu begleiten. Die BASF oder Daimler brauchen diese Begleitung nicht, aber das mittelständische Unternehmen braucht sie, wenn es plötzlich in Asien oder auch in Amerika in einem fremden Markt auftritt.

Wir haben auf diesem Gebiet, glaube ich, noch eine gute Wachstumsperspektive, gerade auch als Mittelstandsbank. Dazu passt auch, dass die Sachsen LB übernommen worden ist und dass die bisherige Tochter Landesbank Rheinland-Pfalz, die ja im Augenblick noch eine hundertprozentige Tochter ist, wohl in den nächsten Wochen und Monaten voll in die LBBW integriert wird und im Grunde genommen den gleichen Status bekommt, wie ihn heute schon die BW-Bank hat.

Hier stehen auch große Unternehmen im Fokus, aber in erster Linie große Unternehmen mit Mittelstands- und mittelstandsähnlichen Strukturen. Ich glaube, das ist das, was wir auf jeden Fall leisten müssen. Ich muss es immer wieder sagen: Wir nehmen auch nicht unbedingt als Konsortialführer teil, sondern als Teilkreditgeber eines größeren Kredits bei ganz großen Finanzierungen. Aber in erster Linie sollten wir uns um unsere großen Mittelständler kümmern.

Nun ist heute einige Male die Finanzmarktkrise angesprochen worden. Meine Damen und Herren, auch da ist viel Richtiges gesagt worden. Ich kann mich ganz kurzfassen.

Es wird immer von den Subprime-Krediten gesprochen. Ich sage Ihnen: Alle Probleme, die z. B. auch unsere LBBW hat, hängen nicht damit zusammen, dass sie unmittelbar an Subprime-Krediten beteiligt wäre, sondern kommen von den indirekten Auswirkungen auf den gesamten Finanzmarkt. Es war doch so, dass hier Papiere, von denen niemand wusste, was wirklich dahinter stand, kurzfristig refinanziert worden sind. Als sich dann plötzlich herausgestellt hat, dass ein Teil dieser Papiere weniger wert ist oder gar nichts mehr wert ist, hat der Markt nicht mehr funktioniert. Plötzlich sind die Kurse dieser Papiere ganz gewaltig in den Keller gesunken – was nicht heißt, dass sie wirklich so viel an Wert verlieren. Ich bin überzeugt, dass die meisten Papiere, wenn jemand stark genug ist, sie bis zur Endfälligkeit zu halten, wieder ihren Wert bekommen.

Ich will das einmal kurz erläutern. Wenn Sie ein Papier des Landes Baden-Württemberg kaufen, und wenn dann der Marktzinssatz höher steigt als der nominale Zinssatz auf diesem Papier, dann sinkt der aktuelle Wert dieses Papiers unter 100 %. Aber jeder weiß doch ganz genau: Wenn er das Papier fünf oder zehn Jahre hält, dann bekommt er vom Land Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Hundert!)

100 % zurück. Darum geht es letzten Endes. Ich behaupte: Bei dem, was die Sachsen gemacht haben, war es nicht so sehr ausschlaggebend, dass sie die falschen Papiere gekauft hätten, sondern sie haben, gemessen an der Größe ihrer Bank,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Zu viele!)

zu viele Papiere gekauft. Das war das Problem. Sie haben im Grunde genommen diese langfristig laufenden Papiere monatlich refinanziert. Das ist natürlich gefährlich; jeder, der irgendwann einmal eine Handelsschule besucht hat, weiß, dass man langfristige Verpflichtungen nicht kurzfristig refinanzieren sollte. Offensichtlich haben das einige Banken

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Alle!)

und vor allem auch die Amerikaner nicht gewusst.

(Minister Gerhard Stratthaus)

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die haben keine Handelsschule besucht!)

– Die haben möglicherweise auch die Handelsschule besucht, aber ich könnte Ihnen da einige Geschichten erzählen. Es ist richtig, wie vorhin gesagt worden ist: Der Hauptgrund war, dass die amerikanische Zentralbank zu großzügig mit dem Geld umgegangen ist und dadurch die Zinsen weiter heruntergedrückt hat, und dass dadurch – ich glaube, es war Herr Theurer, der das eben gesagt hat – eine spekulative Blase entstanden ist. Deswegen können wir froh sein, dass unsere Bundesbank mit ihrem Einfluss in der EZB so etwas nicht zulässt und dass die Inflationsbekämpfung bei uns eine ganz wichtige Aufgabe ist.

Auch die LBBW hat gewisse Probleme, aber diese stammen, wie gesagt, nicht direkt aus den Subprime-Krediten, sondern sie stammen nur indirekt daraus; das muss man zugeben. Die Refinanzierung ist wesentlich teurer geworden. Die Bankiers sprechen immer von den Spreads, die höher geworden sind. Weil die Refinanzierung teurer geworden ist, kann man eben nicht mehr den gleichen Gewinn erzielen wie bisher, und darunter leidet natürlich auch unsere LBBW.

Sie hat nun einen kleineren Teil in die Gewinn- und Verlustrechnung einbuchen müssen und den größeren Teil in die sogenannte Neubewertungsrücklage, was bedeutet, dass das nicht als Verlust ausgewiesen wird. Man muss aber sagen: Dies wird natürlich das Eigenkapital schmälern und damit eventuell auch die Kreditvergabemöglichkeit verringern, was auch wieder dazu führt, dass die Gewinne tendenziell belastet werden. Das muss man ganz offen sagen. Ich lege deswegen Wert auf die Feststellung, dass die LBBW keine Direktbeteiligung an diesen Subprime-Krediten hat, dass sie aber über den Markt indirekt natürlich von den Folgen betroffen ist.

Ich habe heute gerade noch einmal mit Vorständen gesprochen. Diese sind alle der festen Überzeugung, dass fast alles – wenn man in der Lage ist, die Endfälligkeit abzuwarten – nicht zu endgültigen Verlusten führen wird.

Meine Damen und Herren, vielleicht sollte man noch auf eines hinweisen: Die LBBW hat Wertpapiere in Höhe von 130 Milliarden €. Man muss sich diese Zahl einmal vorstellen: 130 Milliarden €! Da sind die Kursverluste von 1,1 Milliarden €, die, wie gesagt, keine endgültigen Verluste sind, doch relativ zu sehen.

Die letzte Frage ist: Wie geht es mit den Landesbanken weiter? Es ist keine Frage, dass dies eine große Diskussion ist. Vorhin ist gesagt worden, eine Landesbank würde auf Dauer reichen. Ich glaube, man muss dabei verschiedene Aspekte auseinanderhalten. Wenn es um die Funktion als Sparkassenzentralbank geht, glaube ich tatsächlich, dass eine reichen würde; übrigens sagt das auch Herr Haasis in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das ist klar!)

Er hat vielleicht auch schon Ideen, welche das sein könnte. Auch er sagt: Eine einzige würde für diesen Zweck reichen.

Aber ich glaube, die Landesbanken haben zusammen mit den Sparkassen auf vielen Gebieten durchaus eine wichtige Aufgabe, indem sie auf der einen Seite die Bodenständigkeit –

durch die Sparkassen, aber auch durch sich selbst – ausnutzen, auf der anderen Seite jedoch gleichzeitig die Möglichkeit geben, international aktiv zu werden.

Eines ist klar: Die LBBW in Baden-Württemberg hat in den nächsten Monaten genug mit der Integration der Sachsen LB und der LRP zu tun. Ich glaube, sie wird sich nicht mehr aktiv bemühen, hier weiter bei der Konsolidierung mitzuarbeiten.

Im Übrigen sind zwei Banken zunächst auch noch nicht besser als eine allein, sondern wichtig ist, ob die andere Bank, die dazukäme oder mit der man zusammenginge, das richtige Geschäftsmodell hat und ob sie ihre Probleme gelöst hat. Es ist ja vorhin richtigerweise gesagt worden, dass die Westdeutsche Landesbank ähnlich wie die Sachsen LB auch einen Teil ihrer Probleme in eine Zweckgesellschaft ausgegliedert hat und diese Zweckgesellschaft letzten Endes mit einer Bürgschaft stützt.

Ich habe heute gerade gelesen – das ist eben über den Ticker gelaufen –, dass z. B. die WestLB auch noch damit rechnet, aufgrund einer Neuordnung ungefähr 1 400 Stellen abbauen zu müssen. Man muss sich das überlegen. Deswegen bin ich der Meinung: Wenn unsere Landesbank noch weiter bei der Konsolidierung der Landesbanken mitarbeitet, dann nur dann, wenn die Partner vorher ihre Probleme gelöst haben. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Probleme anderer Banken zu lösen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Präsident hat mir gerade lächelnd eine starke Minute Überziehungskredit gewährt. Aber erstens lache ich nie, wenn ich Überziehungskredite gewähre, und zweitens werde ich mit einer Minute nicht ganz auskommen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich danke Ihnen für die Sachlichkeit, die bei dieser Debatte an den Tag gelegt worden ist. Das war mir auch ein Anliegen.

Ich muss Ihnen, Herr Schmid, widersprechen. Die Bankenaufsicht hätte genügend Mittel gehabt, um etwa bei der IKB oder auch bei der Sachsen LB einzugreifen. Es gibt klare Vorgaben nach den Grundsätzen der internationalen Rechnungslegung, dass die Zweckgesellschaften konsolidierungspflichtig sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja!)

Die Sachsen LB und auch die IKB haben das nicht gemacht. Die Bankenaufsicht hat ihre Mittel nicht richtig eingesetzt. Wir brauchen nicht noch mehr Aufsicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat er doch gesagt! – Abg. Ingo Rust SPD: Das hat er gesagt!)

– Ja, aber so habe ich es verstanden. Entschuldigung.

(Eugen Schlachter)

Die Kernbotschaft von Ihnen, Herr Stratthaus, war Ihre Aussage: Es reicht eine Sparkassenzentralbank. Darauf wollte ich hinaus. Ich glaube, wenn wir heute von Stuttgart aus das Signal setzen, dass wir mit der Stärke von Baden-Württemberg möglicherweise für den Finanzplatz Baden-Württemberg eine Sparkassenzentralbank als die Landesbank in Stuttgart – ich sage es einmal so – „angestoßen“ haben, dann haben wir dem Finanzmarkt insgesamt, insbesondere unserem Land, einen guten Dienst erwiesen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schlachter, wir sind uns einig: Beim Thema Aufsicht gab es Probleme. Ob das an den rechtlichen Mitteln oder an der unvollkommenen Anwendung lag, will ich einmal dahingestellt sein lassen.

Tatsache ist, dass wir über internationale Aufsicht reden müssen. Wir müssen darüber reden, wie es passieren kann, dass Kerninstitute, nämlich Banken, und nicht die unregulierten Bereiche plötzlich im Fokus einer Krise stehen. Alle haben darauf gewartet, dass irgendwann der große Schock von den Hedgefonds oder von Private Equity komme, weil die nicht genügend reguliert seien. Stattdessen kam die Krise aus den Banken selbst, die eigentlich gut reguliert und beaufsichtigt sind. Deshalb muss man noch einmal über die Aufsicht nachdenken.

Ich will eines noch ansprechen, weil mir da die Auskunft der Landesregierung ungenügend erscheint. Wir haben gemeinsam festgestellt, dass sich die Rechtfertigung von Landesbanken aus ihrem Geschäftsmodell herleiten lässt. Eine Landesbank findet ihre Rechtfertigung in ihrem Geschäftsmodell, in der Art und Weise, wie sie den Menschen, den Unternehmen im Land oder in mehreren Ländern dient, wie sie vor allem der mittelständischen Wirtschaft bei der Kreditvergabe und bei der Begleitung ins Ausland helfen kann.

Um die spezifische Rechtfertigung der Existenz von Landesbanken auch in Zukunft sicherzustellen, war es mir und ist es auch dem Finanzausschussvorsitzenden wichtig, dass die Fragen der Geschäftsverbindungen – auch wenn sie nur indirekter Natur sein mögen –, die die Landesbanken in den Geruch von „krummen Geschäften“ bringen, geklärt werden.

Herr Finanzminister, ich habe das Thema „Beteiligung der Vorarlberger Landesbank in Liechtenstein“ angesprochen. Es ist eine Angelegenheit der Anteilseigner, solche Fragen zu regeln, weil die Beteiligungsverhältnisse der LBBW und vor allem auch der L-Bank eine Sache der Anteilseigner sind.

Deshalb bitte ich Sie darum, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wir halten das für erklärungsbedürftig und sind auch der Auffassung, dass man da eine klare Linie ziehen muss. Deshalb bitte ich Sie – nachdem wir schon einen Brief an Herrn Oettinger geschrieben haben, jedoch noch keine Antwort haben –, dass Sie das Plenum des Landtags dazu nutzen, Ihre Sicht der Dinge darzulegen und darzulegen, was die Anteils-

eigner seitens des Landes in dieser Angelegenheit unternehmen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

– Noch eine Wortmeldung? Bitte, Herr Abg. Theurer. Nachdem der Kollege von den Grünen eine Minute Redezeit zusätzlich bekommen hat, bekommen auch Sie noch eine Minute dazu. Sie haben Ihre Redezeit auch schon überzogen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Man hat doch normalerweise zweimal fünf Minuten!)

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Bankenaufsicht möchte ich deutlich machen, dass kleinere Kreditinstitute tatsächlich von der BaFin regelrecht stranguliert werden. Etwa 10 bis 15 % ihres Aufwands betrifft heute Aufsichtstätigkeiten. Wir sind der Auffassung, dass die Bankenaufsicht neu geregelt werden sollte. Die BaFin abzuschaffen und alles auf die Bundesbank zurückzuübertragen wäre der richtige Weg.

Die zweite Aussage, die ich an dieser Stelle machen möchte, ist die, dass wir auch klarmachen müssen: Wer hoch spekulative Geschäfte macht, geht hohe Risiken ein und will hohe Renditen erzielen. Ich glaube, dass es in Zukunft nicht mehr sein kann, dass wir uns an Renditevorstellungen in Höhe von 25 und 30 % gewöhnen, aber hinterher, wenn es schief geht, niemand mehr die Risiken tragen will. Wer riesige Renditen und Gewinne einfahren will, muss in der Krise auch die Risiken tragen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Denn zu einer Marktwirtschaft gehört natürlich auch das Insolvenzrisiko. Dass das natürlich in dem hochsensiblen Geldgeschäft sehr schwierig ist, weil es die Gütermärkte und damit eben auch die Arbeitsplätze betrifft, wissen wir alle. Deshalb ist eine konsequente und vernünftige Bankenaufsicht erforderlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Zur Lage der staatlichen Museen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1759

b) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Museumslandschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2092

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Der Landesbetrieb mit kaufmännischer Buchführung – Ein allgemeingültiges Modell für unsere Landesmuseen? – Drucksache 14/1849

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, für die Begründung zu c fünf Minuten und für das Schlusswort zu a und b fünf Minuten.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Museen sind die Orte der gemeinsamen Erinnerung.“ So steht es groß auf dem Titel eines Flyers,

(Die Rednerin hält ein Faltblatt hoch.)

den die Euregio Bodensee als Überblick über die Museen und Schlösser der Region herausgibt. Die beigelegte Landkarte zeigt die Vielfalt der Angebote rund um den Bodensee. Das ist durchaus exemplarisch für ganz Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wir bedanken uns ganz herzlich bei der Landesregierung für die sehr ausführliche und fundierte Beantwortung unserer Großen Anfragen. Wir denken, damit ist wieder ein guter Status zur Situation, zur Lage der Museen in unserem Land aufgestellt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

„Museum“ kommt von dem altgriechischen Wort „musio“.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Oh!)

Das war ursprünglich das Heiligtum der Musen. Was tun Museen heute? In der Kunstkonzeption des Landes von 1989 ist das sehr gut dargestellt. Sie haben vier Aufgaben:

Erstens: Die Museen sammeln systematisch alle Dokumente und Gegenstände, von denen man annehmen darf, dass wir und die folgenden Generationen daran Geschichte ablesen können.

Zweitens: Die Museen bewahren und sichern die gesammelten Dokumente und Gegenstände, restaurieren und konservieren sie und erfassen sie inventarisch.

Drittens: Die Museen erforschen und erschließen die Herkunft und die Bedeutung der gesammelten Gegenstände, um auf diese Weise historische Vorgänge kennenzulernen und bewerten zu lernen. Die Forschungsergebnisse werden in geeigneter Form dokumentiert und veröffentlicht.

Viertens: Die Museen vermitteln die so gesammelten Dokumente und Gegenstände in öffentlichen Schausammlungen und stellen sie in didaktisch ansprechender Form in den historischen Zusammenhang.

Das sind in der Tat reichhaltige, wichtige Aufgaben. Baden-Württemberg hat aus der historischen Entwicklung heraus eine besonders gute, vielfältige Museumslandschaft, u. a. auch

deshalb, weil wir ein „Bindestrichland“ sind. Wir haben deshalb sowohl in Baden als auch in Württemberg Landesmuseen, die sich in der Regel mit dem gleichen Aufgabengebiet beschäftigen. Aber in Anbetracht dessen, dass Baden allein schon wesentlich größer ist als manches andere Bundesland, ist es durchaus gerechtfertigt, dass man da getrennte Museen hat.

Dies ist ein kultureller Reichtum, auf den wir sehr stolz sein können, den es aber auch zu erhalten und zu nutzen gilt. Die Statistik zeigt, dass die Baden-Württemberger und ihre Gäste dies reichlich und in erfreulich steigender Zahl tun.

Die Museen tun andererseits das Ihre dazu. Am kommenden Samstag ist z. B. wieder eine Lange Nacht der Museen, und zwar nicht nur hier in Stuttgart, sondern auch in Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen, und vermutlich in etlichen anderen Orten in Baden-Württemberg ebenso.

Interessant ist auch die Struktur der Museen. 70 % der Besucher werden in den nicht staatlichen Museen gezählt. Da ist im Übrigen sehr viel ehrenamtliches Engagement im Spiel, auf das ich ganz besonders hinweisen will, weil viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit daran arbeiten, dass wir und kommende Generationen aus der Vergangenheit lernen können und im Kunstbereich auch das Neue aktuell und qualitativ hochwertig kennenlernen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Beifall nimmt schon voraus, was ich noch sagen will: Wir danken gerade diesen ehrenamtlich Tätigen ganz besonders für ihren Einsatz und wünschen ihnen weiterhin viel Kraft und Energie. Das ist gar nicht immer einfach, und es ist besonders wichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben aber auch Respekt und zollen Anerkennung für die Kompetenz und Professionalität, mit der die landeseigenen Einrichtungen geführt und betrieben werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist einen Beifall wert!)

– Ja, genau. Auch das ist einen Beifall wert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn auch da brauchen wir uns gegenüber vergleichbaren Einrichtungen in anderen Ländern überhaupt nicht zu verstecken.

Spannend ist es, wenn man die Förderstruktur anschaut. Ich habe zum Teil den Eindruck, wir sind da ein Stückchen in der Kunstkonzeption hängen geblieben, die damals als Neuerung die Freilichtmuseen als besonders förderwürdig, weil neu aufzubauen, dargestellt hat. Sie gelten aber immer noch als Hauptfördergebiet, wenn man sich die Beträge anschaut. Da wage ich anzuregen, ob wir nicht überlegen sollten, dies zu ändern; denn in der Zwischenzeit hat sich einiges verschoben. Vielleicht gibt es inzwischen auch neue Schwerpunkte. Andererseits gibt es Museen, die einen großen Beitrag leisten und dies mit wenig Landesförderung tun müssen, obwohl sie ver-

(Heiderose Berroth)

gleichbare öffentliche Aufgaben haben, wie z. B. das Pfahlbaumuseum in Unteruhldingen.

Ich glaube, über die Förderstruktur müssen wir insgesamt nachdenken, insbesondere darüber, ob das, was 1989 festgelegt wurde, immer noch gilt. Bei vielen anderen Punkten ist das der Fall; bei der Förderstruktur muss man vielleicht noch einmal drübergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Eines ist noch wichtig: Förderung meint natürlich nicht nur direktes finanzielles Engagement. Viel wichtiger sind oft die organisatorische Unterstützung und die Know-how-Vermittlung. Das Land ist hierbei mit der Landesstelle für Museumsbetreuung absolut auf dem richtigen Weg. Dort wird Aus- und Weiterbildung gefördert, Know-how zur Verfügung gestellt, z. B. auch Computerprogramme und die Internetpräsenz, und es werden Verbindungen zwischen den Institutionen verknüpft. Auf diesem Weg müssen wir unbedingt so weitergehen.

In dem zweiten Antrag, der vorliegt, geht es um den Landesbetrieb. Dazu möchte ich nur einen Kernsatz sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Wirtschaftlichkeitsprinzip, Gewinnmaximierung und ein künstlerisch und historisch gut aufgestelltes Kulturangebot sind drei ganz unterschiedliche Baustellen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ach nee! – Heiterkeit)

– Ja, natürlich! – Kaufmännische Buchhaltung, Frau Kollegin Haußmann, bedeutet z. B. nicht, dass wir künftig von Museen Erträge erwarten. Mitnichten; es ist völlig klar, dass es immer einen Zuschussbedarf geben wird.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Frau Rudolf, Entschuldigung. Ich habe die Stimme falsch zugeordnet.

Kaufmännische Buchhaltung bedeutet auch nicht, wie es kürzlich in einer Zeitung zu lesen war, dass die Museen jetzt zu Spaßfabriken werden. Aber was soll eigentlich dagegen sprechen, unsere Museen in die Lage zu versetzen, mit den vorhandenen Mitteln im Sinne ihrer Aufgaben möglichst viel zu erreichen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Rechnungshof hat dazu durchaus einige Hinweise gegeben. Die Landesregierung arbeitet an ihrer Umsetzung, und wir unterstützen sie dabei.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer das Wort.

Abg. Helen Heberer SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! In den Antworten und der Stellungnahme der Landesregierung zur Lage der Museen in Baden-Württemberg erhalten wir Auskunft über Finanzen und Struktur, Zukunftsperspektiven und neue Aufgabenfelder der Museen. Dabei

werden die staatlichen Museen als tragende Säulen innerhalb des Netzwerks der Museen in Baden-Württemberg hervorgehoben. Man beachte dabei aber, dass es sich um zehn staatliche Museen in Baden-Württemberg handelt, denen 1 270 Museen in freier Trägerschaft – privat, kirchlich oder kommunal – in 564 Gemeinden gegenüberstehen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das macht deutlich, dass diese staatlichen Säulen sehr stark sein müssen.

Wie aber sehen diese Säulen aus? Die Rede ist hier von Personaleinsparungen, von einem Überdenken der Finanzierungssysteme, also einer Umstellung auf den Landesbetrieb – Frau Berroth sprach bereits davon –, sprich Eigenbetrieb, und gleichzeitig von der Bewältigung neuer Anforderungen. Das heißt, diese Säulen werden gegenwärtig gerade erheblich umgebaut. Werden sie dabei etwa geschwächt? Das wollen wir uns ansehen.

Wie sehen also diese neuen Herausforderungen aus? Durch die große Konkurrenz, die heute „Freizeitindustrie“ heißt, muss man sich beim Werben um Besucher sehr viel Neues einfallen lassen, um gleichzeitig den Bildungsauftrag, den Forschungsauftrag, den Auftrag des Erhalts und der Pflege und möglichst auch noch der Erweiterung der Sammlungen zu erfüllen.

Es geht also bei der Wissensvermittlung im Museum um neue Präsentationsformen, um attraktiv und konkurrenzfähig zu sein. Es geht insgesamt um weit mehr Museumspädagogik, als es bisher jemals der Fall war. Das zeigen unsere Museen in der täglichen Praxis. Sie zeigen hier enorm viel Kreativität und Sachverstand. An dieser Stelle ist es nicht unangebracht, den mit großem Engagement auf diesem Feld arbeitenden Häusern sowie ihren Mitgliedern und ihren Mitarbeitern in diesem Sinne zu danken.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Zu der Frage, ob die Landesregierung gedenkt, Zielvereinbarungen mit den Museen einzuführen – und, wenn ja, zu welchen Themen –, kommen in den Antworten und in der Stellungnahme der Landesregierung keine inhaltlichen Vorschläge, sondern es wird eine rein kaufmännische Betrachtungsweise angestellt, die sogar noch durch Controlling und Berichtswesen untermauert wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Birk ist ja auch Kaufmann! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist das denn etwas Schlimmes?)

– Das ist nicht schlimm, aber es darf nicht das Einzige sein, gnädige Frau.

Ferner wird die angestrebte schrittweise Umwandlung aller staatlichen Museen in Landesbetriebe vorgestellt, und zwar mit Kosten-Nutzen-Rechnungen, die zu erstaunlichen Erfolgen führen sollen. Aber geht dies allein mit betriebswirtschaftlichen Mitteln, bei denen Erfolg nur in Kostendeckungsgraden gemessen wird? Dazu ist unsere Museumslandschaft viel zu differenziert. Wo bleibt konsequenterweise eine inhaltlich differenzierte Zielvorstellung? Einige erfüllen nämlich schwer-

(Helen Heberer)

punktmäßig Forschungs- oder Bildungsaufgaben und können nicht mit den Einnahmen derer konkurrieren, die mit großen, publikumswirksamen Sonderausstellungen in den Vordergrund treten. Dabei wird überhaupt nicht transparent, welche Museen wann für welche Themen Mittel für große Landesausstellungen erhalten und welche nicht und wer das entscheidet.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das muss transparent werden. Wie sind z. B. Rücklagen des seit 2003 in einen Landesbetrieb umgewandelten Badischen Landesmuseums zu bewerten – diese Rücklagen sind erfreulich; das ist keine Frage –, wenn es Reste aus solchen Sonderzuwendungen sind? Andere können mit dem normalen Betrieb erst gar keine Rücklagen bilden bzw. nicht einmal eine Kostendeckung erreichen. Nach welchen Kriterien erfolgt also die Bemessung dieser Zuschüsse?

Die positive Bilanz des Badischen Landesmuseums seit der Umwandlung in einen Landesbetrieb ist außerordentlich erfreulich, aber sie ist nicht maßstabbildend. Hier muss bei aller Sinnhaftigkeit von mehr Eigenständigkeit – das unterstreichen wir – und von dezentraler Verantwortung jederzeit transparent bleiben und berücksichtigt werden, dass die unterschiedlichen Häuser mit unterschiedlichen Konzepten unterschiedliche Aufgaben erfüllen.

Wenn z. B. ein Museum Dienstleistungen erbringt, die sich kaufmännisch gar nicht rechnen können, es aber in hohem Maß zur schulischen Bildung beiträgt – z. B. durch museumspädagogische Konzeptionen und sehr enge Kooperationen mit Schulen, etwa auch durch die propädeutische Vorbereitung mit Lehrern beispielsweise im naturwissenschaftlichen Bereich –, Schule in diesem Sinn also im Museum stattfindet – oder Museum in der Schule –, dann muss ganz klar abgeklärt werden, wie das finanziert wird. So etwas muss z. B. mit dem Kultusministerium abgeklärt werden.

Wenn unter Gesichtspunkten der dezentralen Finanzverantwortung zentrale, rein schulische Aufgaben wahrgenommen werden – im Ganztagsbetrieb nimmt das übrigens zu –, die nicht im Finanzhaushalt des Museums berücksichtigt werden, besteht die Gefahr, dass Institutionen aus reinem Selbsterhaltungswillen eines Tages solche Aufgaben gar nicht mehr wahrnehmen können, weil am Schluss das betriebswirtschaftliche Ergebnis ein solches Engagement überhaupt nicht honoriert. Da wäre in der Quintessenz die Institution Museum als Bildungseinrichtung tatsächlich ad absurdum geführt.

Ein weiterer Punkt muss aus unserer Sicht beleuchtet werden: Bei der Frage nach den normalen Besucherzahlen und der Kostendeckung durch die Eintrittsgelder weist die Vorlage einen Deckungsgrad von etwa 9 % aus. Das ist allerdings von Haus zu Haus schwankend. In der Stuttgarter Staatsgalerie, die im vergangenen Jahr einen sehr starken Rückgang verzeichnen musste und 2007 nur rund 160 000 Besucher hatte, machten diese Einnahmen nur 2,2 % der Gesamteinnahmen aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU unterhält sich mit Abg. Christoph Palm CDU.)

– Bitte?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie ruhig weiter!)

Stimmt es nicht? Dann treten Sie den Gegenbeweis an. Es sind übrigens Ihre Zahlen.

Bis 1995 war der Eintritt – jetzt kommen wir auf ein interessantes Thema – z. B. in die drei staatlichen Museen in Stuttgart frei. Bis dahin bewegten sich die Besucherzahlen in den Jahren 1985 bis 1995 konstant steigend. In der Staatsgalerie gab es einen Anstieg von 400 000 auf 600 000 Besucher. Vergleichen Sie das mit der aktuellen Zahl. Wenn man diese Zahlen – von 600 000 auf 160 000 – vergleicht, drängt sich doch die Frage auf: Wer schaltet sich eigentlich bei solchen alarmierenden Zahlen ein?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, wer ist da zuständig?)

Wer entwickelt da neue Konzepte? Nach der Einführung von Eintrittsgeldern verzeichneten laut der Landtagsdrucksache 13/1658 die staatlichen Museen im Jahr 1995 – jetzt kommt es – „erwartungsgemäß“ – das steht da ausdrücklich – einen starken Besucherrückgang, nämlich um 28,4 % bei der Staatsgalerie, um 56,4 % im Naturkundemuseum und um 21,8 % im Württembergischen Landesmuseum. Das ist beachtlich, meine Damen und Herren.

Großbritannien macht es uns vor. Österreich und Frankreich möchten ebenfalls das Eintrittsgeld abschaffen. In Schweden war es die ganze Zeit abgeschafft und wurde nach dem Regierungswechsel 2007 wieder eingeführt, was dazu führte, dass allein in Stockholm 1,5 Millionen Besucher weniger in die Museen gegangen sind. Deshalb ist unser Vorschlag, in der Staatsgalerie Stuttgart modellhaft die Rückkehr zum eintrittsfreien Besuch zu prüfen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Durchzuführen!)

und zwar für die Sammlungen, nicht für die Sonderausstellungen, und zwar unter Berücksichtigung der finanziellen, kulturellen und gesellschaftlichen Gesichtspunkte. Das wäre unter dem Aspekt der Zunahme von Besucherzahlen durch den freien Zugang zur Kultur aus unserer Sicht der richtige Schritt und würde darüber hinaus den Anreiz schaffen, die eine oder andere Sonderausstellung zu besuchen, die dann möglicherweise auch wieder die Kassenlage des Museums verbessert.

Zeigen wir also Mut und machen einen inhaltlich sinnvollen Schritt in die richtige Richtung! Öffnen wir diesen Bereich!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Palm das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

Abg. Christoph Palm CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es klang schon mehrfach an: Die Museumslandschaft in Baden-Württemberg ist so interessant, facettenreich und qualitativ voll wie das Land selbst. Unsere Museen sind damit Ab-

(Christoph Palm)

bild des aktuellen Lebens und Schaufenster in Vergangenheit und Zukunft. Unsere Museen sind wichtige kulturelle und gesellschaftliche Bausteine, und sie sind – auch das klingt schon an – praktisch überall zu finden und somit dezentral wirksam. Auch das ist sehr begrüßenswert.

Ich möchte mich bei der FDP/DVP-Fraktion dafür bedanken, dass sie uns mit ihrer Großen Anfrage die Möglichkeit gibt, so exponiert über die Museumslandschaft zu debattieren.

Insbesondere die staatlichen Museen des Landes, meine Damen und Herren, leisten hervorragende Arbeit. Kunst, Technik, Geschichte, Brauchtum: Es gibt kaum einen Bereich, der nicht bearbeitet wird. Schon die Präsentation der ständigen Sammlungen ist herausragend, aber auch die Wechsellausstellungen – da möchte ich explizit das Erfolgsmodell der großen Landesausstellungen nennen – sind ganz hervorragend.

Museen, so will ich formulieren, sind Horte unseres kollektiven Gedächtnisses. Sie sind konzeptionell und didaktisch modern und jenseits jeglichen klischeehaften Muffs. Auch die Konzeption aus den Achtzigerjahren ist in dieser Hinsicht schon längst weiterentwickelt.

Ich schließe mich im Namen meiner Fraktion selbstverständlich dem Dank meiner Vorrednerinnen an die ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen in den Museen an. Diese mühevollen Arbeit, das Hegen und Pflegen – speziell im ehrenamtlichen Bereich –, verdient unser aller Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der Grünen und der FDP/DVP)

Auch die Kulturpolitik des Landes leistet zugunsten der Qualität der Museen, insbesondere der staatlichen Museen, wertvolle Beiträge – nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern sogar vor der Zeit. Wenn Sie mir das nicht glauben sollten, dann empfehle ich Ihnen die Lektüre des Berichts der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestags. Wenn Sie dort die Handlungsempfehlungen zu den Museen lesen und betrachten, wie weit wir in unserem Land jeweils schon sind, werden Sie feststellen, dass wir auch im Bereich der Museen weit vorne stehen.

Drei Beispiele erlaube ich mir:

Nehmen Sie die Handlungsempfehlung, eine verstärkte Vernetzung der Museen mit Archiven, Bibliotheken und Hochschulen anzugehen, um sie auf diese Weise zukunftsfähig zu machen. Darauf können wir in Baden-Württemberg mit dem Projekt „Internetportal für Bibliotheken, Archive und Museen“ antworten, das es bereits seit dem Jahr 2001 gibt.

Die Enquetekommission empfiehlt ferner, die Digitalisierung von Sammlungsbeständen als wesentliche Zielsetzung zu formulieren. Als zweites Beispiel möchte ich nennen, dass in Baden-Württemberg bereits seit dem Jahr 1998 eine besondere Museumssoftware eingeführt ist. Seit dem Jahr 2007 werden weitere 300 000 € zusätzliche Mittel für die staatlichen Museen bereitgestellt.

Auf die zentrale Stelle für Museumsbetreuung sind auch Sie, liebe Frau Berroth, schon eingegangen. Auch dies entspricht einer Handlungsempfehlung, die bei uns schon längst Wirklichkeit geworden ist.

Meine Damen und Herren, ich denke, diese drei Beispiele genügen, um Sie davon zu überzeugen, dass wir die Museen schätzen und achten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nun, liebe Frau Kollegin Heberer, zu den Landesbetrieben. Zunächst einmal: Das Bessere ist der Feind des Guten. Konzepte müssen weiterentwickelt werden.

(Abg. Helen Heberer SPD: Richtig, ja!)

Uns allen ist – in Klammern: leider – bewusst, dass Geld aus dem Landeshaushalt nicht mehr im früheren Umfang fließen kann, auch nicht an die Museen. Also müssen wir andere Spielräume öffnen, um den Museen Handlungskompetenzen an die Hand zu geben. Dies könnte z. B. durch Änderungen im Stiftungsrecht – das ist heute nicht Thema – oder eben durch den Landesbetrieb praktiziert werden. Genau wie Kollegin Berroth sehe ich darin keinen Schritt hin zur Entwicklung gewinnorientierter Wirtschaftsunternehmen, sondern eine gute Möglichkeit, den Museen Handlungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Es ist doch ganz klar: Sparen für die eigene Einrichtung ist etwas motivierender als Sparen für den Landeshaushalt, auch wenn ich natürlich jeder Museumsleiterin und jedem Museumsleiter Staatstreue unterstelle.

Meine Damen und Herren, Landesbetriebe sind keine Allheilmittel. Es sind aber auch keine Schablonen, sondern Rahmen, die von den einzelnen Betrieben inhaltlich ausgefüllt werden. Das kann durchaus auch individuell geschehen. Wir sollten deshalb auch solche Fragen wie die nach freiem Eintritt vor Ort behandeln lassen und uns nicht anmaßen, zum einen zu sagen, wir wollten den Landesbetrieb, aber zum anderen zu sagen, wir wollten in kleineren Einzelpunkten auch mitreden.

Daher begrüßt die CDU diesen Prozess der Umwandlung ausdrücklich nicht nur im Generellen, sondern auch in seiner Art und Weise. Wir reden ja heute nicht mehr von der Theorie, und wir müssen auch nicht unken. Es gibt schon positive Beispiele. Es gibt die Staffeln, dass man zunächst einzelne Museen herausgegriffen hat. Ich meine, das Badische Landesmuseum und die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden können hier als positivste Beispiele herhalten.

Ich habe – sozusagen im Anschluss an Ihren Antrag, liebe Frau Heberer – einen Antrag gestellt, um diesen Erfahrungsaustausch zu befördern und um auch konkret zu sehen, welche Ergebnisse es jetzt schon gibt. Lassen Sie uns anhand dieser Ergebnisse weiterreden und nicht im Nebulösen herumstochern und Ängste wecken. Wir brauchen weiterhin starke Museen; denn es wird auch in Zukunft nicht alles „gegoogelt“ werden können, was sinnvoll ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helen Heberer SPD: Die Frage nach Transparenz löst doch keine Ängste aus!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Begriff „Museum“ deutet im Alltagsgebrauch auf etwas Statisches hin, auf etwas Überholtes, vielleicht sogar auf etwas Lebloses. Man sagt auch in der Politik: Ideen, die sich überholt haben, sollte man ins Museum stellen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warum macht ihr das dann nicht?)

– All das, was Westerwelle an Ostern geredet hat, ist ja schon im Museum. Deshalb brauchen wir uns nicht mehr darüber aufzuregen.

Der Blick, meine Damen und Herren – um zum Thema zurückzukommen –, in moderne Ausstellungen und moderne Museen zeigt, dass sich dieser Sprachgebrauch oft schon gar nicht mehr an der Realität orientiert. Selbstverständlich müssen sich im Eventzeitalter, das wir, ob wir es wollen oder nicht, nun einmal haben, auch die Museen anders präsentieren als in der Vergangenheit.

Ganz besonders möchte ich in diesem Zusammenhang auf das ZKM hinweisen, wo – und das ist wohl einmalig – nicht Dinge dargestellt werden, die über etwas Vergangenes informieren oder aufklären wollen, sondern wo etwas dargestellt wird, was in die Zukunft weist. Deshalb ist das ZKM fast schon eine Art Antimuseum. Auch dies zeigt, dass wir in Baden-Württemberg wirklich hervorragende Beispiele für gute Museen haben.

Die Menschen, meine Damen und Herren, wollen heute das Dargebotene nicht mehr nur in Führungen erleben, sondern wollen es interaktiv erleben, wollen an diesen Gegenständen arbeiten, wollen praktisch mit dem Computer ihren Führer bei sich haben, wenn sie durch die Ausstellung gehen, um die Exponate in der Reihenfolge betrachten zu können, wie sie sie selbst gern erleben möchten.

Ferner hat man erkannt, meine Damen und Herren, dass Kinder sozusagen als die Kundschaft von morgen bereits heute einbezogen und herangezogen werden können. Als besonders gelungenes Beispiel möchte ich in diesem Zusammenhang die große Landesausstellung „Ägyptische Mumien“ erwähnen. Hier haben Frau Ewigleben und ihr Team ganz hervorragende Arbeit geleistet. Das kam hervorragend an und ist ein Beispiel dafür, wie es in diesem Land weitergehen sollte.

Vielleicht gelingt es uns sogar, meine Damen und Herren, die Museen zu einem Gegenpol zu der Medienwelt, die meistens oberflächlich ist, zu machen, zu einem Ort der Bildung, einem Ort des Nachdenkens und einem Ort des Innehaltens. Wenn wir das schaffen, dann haben wir eine große pädagogische Aufgabe bewältigt. So sollten wir unsere Gelder einsetzen.

Damit sind wir schon bei einem Knackpunkt. Auch ich danke natürlich denen, die ehrenamtlich arbeiten. Aber, meine Damen und Herren, damit ist es auf Dauer nicht getan. Seit 1999, also seit fast zehn Jahren, fließt kein zusätzliches Geld in unsere Museen, obwohl sie ständig neue Aufgaben bewältigen müssen. Wir haben dort seit 1993 – auch das geht aus einer Antwort der Landesregierung hervor – einen Stellenabbau von 12 %. Die Landesregierung räumt selbst ein, dass der Zentralfonds zukünftig wieder erhöht werden muss. Aber, Herr Kollege Birk, es reicht nicht, dass ein Ministerium sagt: „Wir brauchen mehr Geld“, sondern das Ministerium muss

zeigen, dass es den Willen hat, für die Museen mehr Geld zu bekommen, und es muss sagen, wann und wo wir dieses Geld einsetzen wollen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Und woher? Fällt das vom Himmel?)

– Das fällt nicht vom Himmel, und auch der Sparkommissar Herrmann lebt nicht von Brot allein.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Warten wir einmal auf die Anträge!)

– Es reicht eben nicht, dass die Landesregierung etwas erkennt, Herr Kollege Herrmann. So etwas können Sie zur Opposition sagen. Eine Regierung ist dazu da, Erkenntnisse in die Realität umzusetzen.

Meine Damen und Herren, die Umwandlung in einen Landesbetrieb sehe ich gar nicht so kritisch. Das hat auch positive Seiten. Aber dies allein wird nicht ausreichen. Es wird auch nicht ausreichen, die Museumshops zu vergrößern. Es wird auch nicht ausreichen, unsere Museen für Events, Partys, Geburtstage oder sonst etwas zu vermieten. All das wird nicht ausreichen, um den Geldbedarf zu decken. Deswegen müssen wir Geld in die Hand nehmen – ob es der Kollege Herrmann drückt, ob es vom Himmel fällt oder ob es der Kollege Birk im Gespräch mit dem Finanzministerium herausholt, das überlassen wir zunächst einmal der Regierung.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So einfach ist das!)

– Ja, so einfach ist es, Herr Kollege Fleischer. Zum Thema „Wegdrücken“ sollten Sie sich nach dem, was wir in der letzten Ausgabe von „Sonntag Aktuell“ gelesen haben, nicht mehr äußern.

(Zuruf von der SPD: Richtig! – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Frau Kollegin Berroth hat darauf hingewiesen: Seit 1994 haben wir eine Kunstkonzeption.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: 1989!)

– 1989, Entschuldigung. – Wenn wir jetzt sehen, wie beschleunigt sich diese Welt in den letzten 20 Jahren gedreht hat, Herr Kollege Birk, dann ist es an der Zeit, dass Sie eine neue Konzeption für dieses Land vorlegen und uns einmal aufzeigen, welche Aufgaben die Museen zukünftig haben werden. Das, was Herr Rettich mit seinem Team damals erarbeitet hat, ist auch heute noch eine hervorragende Grundlage, aber sie muss eben erweitert werden.

Vor diesem Hintergrund findet im deutschen Feuilleton – auch Frau Kollegin Heberer ist darauf eingegangen – die Diskussion statt, ob es freien Eintritt zu den Museen geben sollte. Bis jetzt ist diese Diskussion sehr verkürzt geführt worden. In der Staatsgalerie beträgt der Anteil der Eintrittsgelder an den Einnahmen nur noch 2,2 %, aber im Durchschnitt der Museen sind es fast 10 %. Da muss sich die Staatsgalerie natürlich auch fragen, weshalb sie nur noch 2,2 % der Einnahmen aus Eintrittsgeldern erwirtschaftet.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang, dass bald ein Konzept vorgelegt wird, wie es mit der Staatsgalerie weitergehen

(Jürgen Walter)

soll. Ich habe derzeit den Eindruck, dass die Staatsgalerie im Vergleich zum Kunstmuseum immer mehr in den Hintergrund gerät. Früher war es schlichtweg andersherum. Deswegen ist es jetzt an der Zeit, dem Landtag und der Öffentlichkeit ein Konzept für die Staatsgalerie vorzulegen.

Es ist offensichtlich, dass über viele Jahre praktisch eine ganze Generation von Künstlern und Künstlerinnen gar nicht mehr Eingang in die Sammlung der Staatsgalerie gefunden hat, weil jahrelang solche Werke nicht mehr eingekauft wurden.

(Abg. Helen Heberer SPD: Ja!)

Eventuell könnte die Staatsgalerie ein größeres Publikum und mehr junge Menschen ansprechen, wenn dort mehr Werke von aktuellen Künstlern ausgestellt würden. Allerdings ist es jetzt nicht mehr möglich, bestimmte Bilder von Künstlern aus dieser Generation zuzukaufen, nachdem sich der Preis dieser Bilder vielleicht verzehnfacht oder verzwanzigfacht hat. Diese verlorene Zeit können wir nicht mehr aufholen. Aber es gilt jetzt, mit einem anderen Konzept gegenzusteuern.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es sind doch gute Ansätze da!)

Meine Damen und Herren, es wurden Beispiele von Museen genannt – etwa in London, Schweden, Österreich –, bei denen es freien Eintritt gibt. Erstens einmal gibt es nicht in allen Museen in England freien Eintritt, sondern nur in London. Darüber hinaus ist die Kehrseite, dass fehlende Einnahmen aus Eintrittsgeldern nicht über den Haushalt ausgeglichen werden. Dies hat beispielsweise beim British Museum dazu geführt, dass Stellen abgebaut und ganze Ausstellungsbereiche geschlossen wurden. Das kann doch nicht unser Ziel sein. Die Frage muss doch lauten, welche – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Walter, würden Sie bitte allmählich zum Ende kommen. Obwohl es sich um eine Kulturdebatte handelt und ich durchaus einsehe, dass man dafür genügend Zeit braucht, sollten die Redebeiträge innerhalb einer gewissen Zeit zum Ende geführt werden.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gibt es noch eine zweite Runde?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt keine zweite Runde. Ihnen steht eine Redezeit von fünf Minuten zu, und Sie haben bereits über sieben Minuten gesprochen.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich habe gedacht, es gäbe heute eine zweite Runde, weil auch Sie gern etwas über Kultur hören.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie sind schon so lange im Landtag und wissen das immer noch nicht!)

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie sprechen doch schon so lange und sagen gar nichts!)

In einem Interview mit dem „Deutschlandradio“ hat Herr Lehmann, der frühere Präsident der Stiftung Preußischer Kultur-

besitz, zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht reicht, einfach nur Museen zu eröffnen, sondern dass es dafür auch ein Konzept geben muss.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ach was?)

Aus diesem Konzept sollte hervorgehen, wie der Bildungsauftrag der Museen aussehen soll, ob dies ein ergänzender Auftrag zur schulischen Bildung sein soll, ob es sich beim Museum um eine Lehrwerkstatt oder Lernwerkstatt für die Bevölkerung handelt und wie diese Museen von der Politik, die einen kostenlosen Eintritt fordert, ausgestattet und gefördert werden. Nur dann hat diese Forderung einen Sinn. Sonst ist sie mir zu plakativ, zu populistisch. Denn allein dadurch, dass ich freien Eintritt ermögli- che, habe ich noch kein Konzept, und allein dadurch kommen nicht mehr Menschen in unsere Museen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Christoph Palm CDU: So ist es!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt kommt eine substanzielle Rede!)

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich der FDP/DVP-Fraktion den herzlichen Dank der Landesregierung für diese zwei umfangreichen Großen Anfragen, die sie gestellt hat, aussprechen. Ich bedanke mich bei allen Fraktionen hier im Haus dafür, dass wir die Möglichkeit haben, im Rahmen dieser Landtagsdebatte einmal die Leistungen und auch die Aufstellung unserer staatlichen Museen, aber auch der vielen anderen Museen im Land zu würdigen und in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

Ich finde es positiv, dass wir in Baden-Württemberg neben den zehn staatlichen Museen immerhin weitere 1 200 Museen haben. Das Positivste überhaupt ist, dass wir seit dem Jahr 2003 einen Zuwachs bei der Zahl der Museen in der Größenordnung von knapp 8 % haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Das heißt, Museum ist heute eben kein Auslaufmodell, Museen sind heute nicht die Saurier der alten Wissensvermittlung, sondern Museen sind heute hochmodern und aktuell. Das Erfreuliche in Baden-Württemberg ist, dass sich unsere Museen den Herausforderungen dieser Zeit gestellt haben, dass sie mit den Entwicklungsperspektiven mitgegangen sind und dass insbesondere die staatlichen Museen in einem guten Zustand sind. Sie sind gut aufgestellt, und dazu trägt diese Landesregierung maßgeblich bei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man den Auftrag eines Museums anschaut, dann muss man sagen: Natürlich steht das Sammeln, das Dokumentieren, das Vermitteln und auch das Forschen im Mittelpunkt. Ein Punkt, der hier auch fraktionsübergreifend festgestellt wird, ist wichtig: Unsere Museen haben in erster Linie einen Forschungs- und einen Bildungsauftrag. Dieser ist ganz wichtig. Ich sage dies vor allem deshalb, weil wir mit der Umstel-

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

lung auf den Landesbetrieb – der Kollege Palm hat es angesprochen – natürlich nicht eine Gewinnerzielungsabsicht oder eine zunehmend kommerzielle Ausrichtung unserer Museen verbinden, sondern weil wir sie natürlich stärken wollen im Hinblick auf ihr eigentliches Anliegen, nämlich den Vermittlungs- und Bildungsauftrag.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Richtig!)

Ich bin der Meinung – im Übrigen in engem Einvernehmen zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium –, dass unsere Museen gerade im Bereich der Museumspädagogik, Herr Kollege Walter, einen wichtigen Auftrag als außerschulische Lernorte haben. Dies wird auch zweifelsohne der Punkt sein, wo wir die Kunstkonzeption Baden-Württembergs schwerpunktmäßig weiterentwickeln müssen, indem wir eben gerade die Museen als außerschulische Lernorte in den Mittelpunkt des Bildungsauftrags dieses Landes stellen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Richtig!)

Lassen Sie mich deshalb klar betonen, dass unsere Museen auf diesem Gebiet in den letzten Jahren schon einschlägige Erfahrungen gesammelt haben. Es wurde die Entwicklung der Museums- und Kinderpädagogik angesprochen, der Kindermuseen, die wir zunehmend in den staatlichen Museen einrichten.

All dies sind wichtige Aufgaben, die wir nicht nur aus dem Haushalt heraus stemmen müssen, sondern für die wir natürlich auch Drittmittel benötigen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Ich sage deshalb auch an dieser Stelle ein großes Dankeschön an die vielen Förderer, Spender, Stiftungen einschließlich der Landesstiftung, die in den letzten Jahren bereit waren, unsere Museen in der Weiterentwicklung, in diesem Auftrag gerade auch im Bereich der Museumspädagogik zu unterstützen. Wir wollen dies natürlich auch mit unseren Mitteln in den nächsten Jahren tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb lassen Sie mich zur Frage des Landesbetriebs überleiten. Die Entscheidung für den Landesbetrieb wurde gut vorbereitet. Wir sind in eine Pilotphase gegangen. Zunächst einmal wurde das Badische Landesmuseum zu einem Landesbetrieb umgestaltet. Innerhalb dieser Pilotphase ist es dem Badischen Landesmuseum immerhin gelungen, in einer beträchtlichen Größenordnung, nämlich in Höhe von 3 Millionen €, Rücklagen zu bilden, und zwar nicht nur, indem es Haushaltsmittel auf die Seite gelegt hat, sondern indem es Drittmittel eingeworben hat

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und diese Drittmittel jetzt verwendet, um sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Worin liegen diese Herausforderungen? Neben der Vermittlung sind hier zum einen natürlich das Marketing, die Öffentlichkeitsarbeit und – auch das ist wichtig, insbesondere aufgrund des Wettbewerbs mit anderen Museen, aber auch des Wettbewerbs mit anderen Freizeiteinrichtungen – eine zeitgemäße Vermarktung zu nennen. Zum Zweiten ist das die Wei-

terentwicklung des Dauer- und Wechselausstellungsbereichs. Wenn Sie heute das Badische Landesmuseum besuchen, können Sie feststellen, dass wir gerade im Dauerausstellungsbe- reich auf der Höhe der Zeit sind. Alle anderen Museen folgen. Der Kollege Walter hat das Landesmuseum Württemberg an- gesprochen; auch hier ist eine ähnliche Entwicklung einge- leitet worden, ebenso wie in den anderen Museen.

Ich betone deshalb an dieser Stelle nochmals: Wenn wir jetzt kaufmännische Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung einführen, wenn wir mehr Transparenz in den Wirtschaftsbe- trieb des Museums hineinbringen, dann soll dies nicht zulasten des künstlerischen und des vermittelnden Profils unserer Museen gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helen Heberer SPD: Gut!)

Es ist ganz klar: Wir haben es hier mit Kultureinrichtungen zu tun, und Kultureinrichtungen haben keinen Auftrag zur Ge- winnerzielung, sondern sie haben einen öffentlichen Auftrag. Sie haben einen Auftrag, der in die Breite geht, in das For- schen, das Vermitteln, in die Pädagogik, in den Ausstellungs- bereich, in die Öffentlichkeit hinein. Sie haben einen breiten gesellschaftlichen Auftrag, den die baden-württembergischen Museen auch zukünftig in dieser Form erfüllen sollen.

Ich nehme im Zusammenhang mit der heutigen Debatte auch gern die Frage des freien Eintritts in Museen auf. Im Übrigen: Wir haben eine ganze Reihe von Museen, die bereits den frei- en Eintritt ausprobieren, etwa an bestimmten Wochentagen oder für ganz bestimmte Besuchergruppen, beispielsweise für Schüler. Klar ist aber auch – und das hat Kollege Palm rich- tig festgestellt –: Man kann dies nicht verordnen, indem man alle Museen verpflichtet, auf Eintrittsgelder zu verzichten. Denn die Eintrittsgelder bilden eine Finanzierungssäule in ganz unterschiedlichem Ausmaß.

Ich finde es sehr gut, dass Kollege Walter vorhin gesagt hat, wir müssten dies sehr differenziert sehen. Es gibt positive Er- fahrungen. Wenn auf den Eintritt verzichtet oder dieser redu- ziert wird, dann werden natürlich die Besucherzahlen nach oben schnellen. Aber man muss diese Finanzierungslücke dann anderweitig schließen. Das führt dann entweder zu Ein- sparungen in den Bereichen, die möglicherweise für ein Mu- seum nicht so lukrativ sind – das ist ausdrücklich nicht der Ansatz der Landesregierung –, oder aber es führt dazu, dass man zunehmend in eine Art von Sponsoring, von Förderung und Unterstützung hineingeht, wodurch jedoch möglicherwei- se einer zusätzlichen und zunehmenden Kommerzialisierung unserer Museen Vorschub geleistet würde. Auch das wollen wir nicht.

Denn es kann nicht sein, dass es letztlich die Mittelgeber sind, die über den Auftrag eines Museums bestimmen. Die Finan- ziers aus dem Bereich der Wirtschaft, die Mäzene und ande- re, dürfen nicht letzten Endes den Museumsauftrag vorgeben. Hier muss also eine Abwägung erfolgen. Ich sage für die Lan- desregierung ausdrücklich: Wir sind in dieser Frage aufge- schlossen und offen, aber es gilt, die Vor- und Nachteile ge- geneinander abzuwägen.

Frau Kollegin Heberer, Sie haben das Verfahren der großen Landesausstellungen bezüglich der Frage der Transparenz an- gesprochen. Auch in diesem Punkt sage ich ausdrücklich: Wir

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

laden alle Landesmuseen ein, sich daran zu beteiligen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, zu erreichen, dass sich auch und insbesondere die Naturkundemuseen – die letzte große Saurierausstellung war ein großer Erfolg des Naturkundemuseums Stuttgart – jetzt an diesem Verfahren beteiligen. Die Planung findet also nicht von oben nach unten statt, sondern umgekehrt von unten nach oben. Die Museen melden ihre Wünsche an, und wir fordern die Museen ausdrücklich auf, uns entlang ihrer Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Sammlung Vorschläge für große Landesausstellungen zu machen. Diese Vorschläge werden dann in einem sehr dialog- und konsensorientierten Verfahren zwischen dem Ministerium und den beteiligten Museen abgestimmt. Wir haben in der Regel eine vier Jahre umfassende Planung, und diese Zeit wird auch benötigt, weil ein solcher Vorlauf für die Organisation und Durchführung solcher großen Landesausstellungen notwendig ist.

Ich hoffe und wünsche sehr, dass das Land, dieser Landtag weiterhin die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt, damit solche großen Landesausstellungen durchgeführt werden können. Sie alle haben in der Vergangenheit zu einer Stärkung der Museen geführt und waren natürlich ganz wichtig, um auch ein neues Publikum heranzukommen, Publikum, das man gewinnen möchte für die Wechsel- und Dauerausstellungen, weil damit natürlich Museum auch in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich sage nichts Neues. Wir müssen heute öfter neue Ausstellungen präsentieren, wir müssen die Dauerausstellungen in einem beschleunigten Verfahren immer wieder umgruppieren und erneuern, um letztendlich den Besuchern die Möglichkeit zu geben, ein Museum in attraktiver Ausrichtung zu besuchen.

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Ich denke, die Museumslandschaft in Baden-Württemberg ist sehr gut aufgestellt. Gemessen an anderen Flächenländern und gemessen an der Einwohnerzahl steht Baden-Württemberg mit der höchsten Museumsdichte an der Spitze der Länder. Ich habe es vorhin angesprochen. Besonders erfreulich ist – an dieser Stelle auch seitens der Landesregierung einen Dank an die vielen Museen –, dass 60 % der Museen mit ehrenamtlichen Kräften konzipiert und unterhalten werden. Das zeigt, dass hier in erheblichem Umfang bürgerschaftliches Engagement gebunden ist, wofür ich ausdrücklich danken möchte.

Ich danke den Fraktionen für die gute Diskussion, für die gute Debatte, die wir heute haben. Ich bin mir sicher, dass wir sie in Zukunft fortsetzen werden, auch angesichts der guten Grundlage, die über die beiden Großen Anfragen der Fraktion der FDP/DVP heute gelegt wurde. In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auf einige Dinge muss ich noch kurz eingehen.

Frau Kollegin Heberer, Sie haben richtige Feststellungen getroffen und auch entsprechende Maßnahmen formuliert. Sie

sagen, man müsse die Kriterien festlegen, nach denen die Erfolgsmessung funktioniert. Es kann sich in der Tat nicht nur um die Besucherzahlen handeln, denn allein eine Menge von Menschen, die ein Museum besuchen, bringt keine Qualität und auch keine steigende Erkenntnis, und es kann auf keinen Fall um die wirtschaftlichen Erträge gehen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Aber Sie sagen auch, es müsse transparent werden. Genau dafür sind kaufmännische Buchhaltung und Controlling und damit auch der Landesbetrieb doch da. Sie dürfen sicher sein, dass wir dann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, sondern dass ein Controlling so aufgestellt sein muss, dass man eben differenzierte Beurteilungen treffen kann.

Frau Heberer, Sie haben sich ein Stück weit über die Formulierung „erwartungsgemäßer Besucherrückgang“ mokiert. Ich halte das für völlig normal. Wenn in einem Museum eine große Ausstellung stattfindet, dann bindet das gewaltige Kräfte für die Vorbereitung. Vielleicht findet auch im Anschluss an eine Ausstellung sofort die nächste Ausstellung statt. Es gibt zwischendurch auch immer wieder ein Jahr, in dem Neues vorbereitet, in dem restrukturiert werden muss. Da gehen dann halt die Besucherzahlen zurück. Das ist völlig normal und deshalb keine Basis für anderweitige Forderungen.

Zu dem Thema „Abschaffung der Eintrittsgelder“ stehe ich zu dem, was auch CDU und Grüne gesagt haben. Wir müssen das vor Ort behandeln. Das kann man nicht über einen Kamm scheren, sondern das muss in jedem Haus extra bedacht und überlegt werden.

Sehr richtig hat Herr Kollege Palm formuliert, dass Google nun wirklich kein Ersatz für ein Museum ist. Es ist eine Möglichkeit, Museen ausfindig zu machen. Dafür taugt es sehr gut. Aber im Übrigen ist das Begreifen mit Sehen, Greifen und Anfassen im haptischen Sinne wirklich wichtig.

Ich muss noch einmal bestätigen, was Staatssekretär Birk gesagt hat: Unsere Museen sind wirklich auf dem Stand der Zeit, sind sehr attraktiv. Die Museen haben etwas geschafft, woran manche andere Kultureinrichtung noch arbeitet: Sie haben die jungen Leute bei sich. Da haben wir in Bezug auf Theater oder auf musikalische Einrichtungen, vor allem im klassischen Musikbereich, noch einiges nachzuholen.

Herr Walter, Sie haben völlig zu Recht das ZKM erwähnt, das ein Museum ganz anderer Art und europaweit beispielhaft ist. Und Sie haben etwas anderes richtigerweise erwähnt: Es ist mit dem Ehrenamt allein nicht getan. Aber gerade dieses Ehrenamt ist auch für diejenigen, die es ausüben, eine unwahrscheinliche Bereicherung.

Man kann auch nicht sagen, dass einfach nur neues Geld gegeben werden muss. Wir meinen, dass wir uns überlegen müssen, wie wir mit dem Geld umgehen und ob man nicht auch die Strukturen wieder einmal überdenken muss, also die Strategie und die Förderstruktur neu schneidert.

Ich möchte unsere Kunstmuseen sehr bewusst auffordern: Entwickeln Sie ein Gespür für aktuelle junge Kunst, und zwar zu dem Zeitpunkt, zu dem sie noch nicht berühmt ist. Frühere Museumsleiter haben das getan. Deswegen haben wir heute Werke von Picasso in der Staatsgalerie. Die sind nicht erst ein-

(Heiderose Berroth)

gekauft worden, als er berühmt war, sondern zu Zeiten, als sie noch preiswert zu erwerben waren. Das ist eine wichtige Sache.

Wir müssen auch bedenken, dass unsere staatlichen Museen die Vernetzung weiterhin vorantreiben und dass die Internetpräsenz nicht nur der staatlichen, sondern auch der nicht staatlichen Museen regelmäßig verbessert wird.

Besonders wichtig ist mir, dass wir bei Museumsauflösungen gerade im nicht staatlichen Bereich darauf achten, Bestände zu sichern. Da müssen wir uns sicher auch einmal überlegen und noch einmal prüfen, ob die Landesstelle wirklich personell ausreichend besetzt ist.

Ich möchte zum Schluss noch aus einem wirklich sehr interessanten Buch zitieren.

(Die Rednerin hält ein Buch hoch.)

Es heißt „Museen in Baden-Württemberg“ und wurde herausgegeben von der Landesstelle für Museumsbetreuung und vom Museumsverband Baden-Württemberg. Dort steht als Schlusssatz zum Vorwort:

Beschreiben lassen sich die vielen sehenswerten Museen in Baden-Württemberg nur unzureichend. Sie wollen gesehen und besucht werden.

Machen wir das doch einfach!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer das Wort.

Abg. Helen Heberer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch eine kleine Anmerkung zum Schluss. Von unserer Seite wurde nicht behauptet, dass der Eigenbetrieb oder der Landesbetrieb per se etwas Schlechtes sind. Wir dringen auf Transparenz in den Entscheidungen und auf eine klare inhaltliche Zielsetzung. Wenn ich kurz, wenn wir hier schon mit der Kultur zu tun haben, Christian Morgenstern zitieren darf:

*Wer vom Ziel nicht weiß,
kann den Weg nicht haben,
wird im selben Kreis
all sein Leben traben;
kommt am Ende hin,
wo er hergerückt,
hat der Menge Sinn
nur noch mehr zerstückt.*

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir das Ziel haben, dann haben wir auch den Weg. Aber ich sehe hier, wie das auch der Kollege Walter beschrieben hat, noch nicht die inhaltliche Zielsetzung. Die inhaltliche Zielsetzung muss für uns im Bereich der Kultur und der Bildung liegen, weil da die höheren und neuen Anforderungen stehen. Denen müssen wir uns stellen, und dafür müssen wir Zielkonzeptionen erarbeiten.

Frau Berroth, ein Missverständnis möchte ich noch ausräumen: Es ging nicht darum, den Eintritt über einen Kamm zu

scheren und alles kostenfrei zu machen. Wir haben gesagt, dass das modellhaft versucht werden soll. Das Problem sind nicht die Rückgänge der Besucherzahlen nach großen Ausstellungen, sondern die Rückgänge der Besucherzahlen – die Prozentzahlen habe ich vorher genannt – begannen 1995, als man den kostenpflichtigen Eintritt wieder einführt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Seither haben wir ständig wachsende Besucherzahlen!)

Vorher waren es einfach viel mehr Besucher.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber seither haben wir ständig wachsende Besucherzahlen!)

– Sie haben es aber falsch verstanden.

Unser Ziel ist es: Kultur und Bildung müssen so stark zusammenrücken, dass sie Hand in Hand gehen, damit es da eine gemeinsame Zielvereinbarung gibt. An diesem Strang zieht natürlich nicht nur die Kultur, sondern auch die Bildung, das Kultusministerium. Ich denke, da sind neue Konzeptionen erforderlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die beiden Großen Anfragen sind damit besprochen. Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1849, ist ein reiner Berichtsantrag und wird durch die Diskussion für erledigt erklärt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14:00 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:54 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Sicherheitsmaßnahmen in Häfen in Baden-Württemberg und zur Änderung anderer Vorschriften – Drucksache 14/2444

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle das Wort.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Bedeutung dieses Gesetzentwurfs, den ich heute im Namen der Landesregierung in den Landtag einbringen darf, ist sicher umgekehrt proportional zur Präsenz im Plenarsaal.

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

Mit diesem Gesetz, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werden die Vorgaben der Europäischen Union und der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation zum Schutz des Seeverkehrs umgesetzt bzw. wird ihre umfassende praktische Anwendbarkeit ermöglicht, soweit Hafenanlagen und Häfen betroffen sind. Hintergrund dieser europäischen Aktion, die wir jetzt in Landesrecht umsetzen müssen, ist der 11. September 2001.

Das Gesetz beinhaltet Befugnisnormen, die Eingriffe in die Grundrechte der Hafen- und Hafenanlagenbetreiber zulassen. Dies ermöglicht der zuständigen Behörde, die für die Risikobewertung von Hafenanlagen und Häfen bzw. zur Erstellung des Plans der Gefahrenabwehr für die Häfen erforderlichen Ermittlungen durchzuführen und zu überprüfen, ob die Pläne zur Gefahrenabwehr eingehalten werden.

Die praktischen Auswirkungen des Gesetzentwurfs sind relativ gering. Bereits im Jahr 2004 wurde das Regierungspräsidium Freiburg von uns als zuständige Behörde benannt, und für den Hafen Mannheim wurde bereits ein Plan zur Gefahrenabwehr genehmigt. Der Mannheimer Hafen ist der einzige Hafen in Baden-Württemberg, in dem internationaler Schiffsverkehr stattfindet. Dieser Plan wurde vom Mannheimer Hafen auf freiwilliger Basis erstellt, sodass die materielle Umsetzung der gesamten Hafenrichtlinie in Baden-Württemberg eigentlich bereits abgeschlossen ist.

Die aufgrund des Gesetzes zu erwartenden Mehrkosten beim Regierungspräsidium Freiburg, beim Regierungspräsidium Karlsruhe und beim Landesamt für Verfassungsschutz werden im Rahmen vorhandener Ressourcen abgedeckt. Auf die Betreiber von Häfen und Hafenanlagen kommen die Kosten für die ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Gefahrenabwehrmaßnahmen zu. Insbesondere obliegt den Betreibern von Hafenanlagen die Erstellung von Gefahrenabwehrplänen für die entsprechenden Hafenanlagen. Die Höhe dieser finanziellen Belastungen ist nicht konkret bezifferbar, da sie von den jeweiligen Verhältnissen abhängig ist.

Im Rahmen der Anhörung wurden keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben. Wir haben die Anregungen weitgehend aufnehmen und einarbeiten können, sodass, denke ich, einer schnellen Beratung im Landtag und im entsprechenden Ausschuss nichts mehr im Wege steht.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Heinz das Wort.

Abg. Hans Heinz CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatssekretär hat eigentlich alle wesentlichen Elemente vorgetragen, die bei diesem Gesetzentwurf ausschlaggebend sind. Der Gesetzentwurf geht auf eine EU-Richtlinie und eine EU-Verordnung zurück. Der entscheidende Punkt besteht darin: Wir sind mit einer gesetzlichen Regelung deutlich im Verzug. Wir müssen die betreffende Richtlinie umsetzen. Wir hätten dies schon Mitte des letzten Jahres tun sollen. Vorausschauend und in vorauseilendem Gehorsam haben sich die zuständigen Behörden in Baden-Württemberg darum schon gekümmert. Die Dinge

sind, von Mannheim aus, eigentlich schon auf den Weg gebracht.

Insofern denke ich, dass man diesen Gesetzentwurf nun ohne Probleme durchwinken kann. Man sollte seine Verabschiedung nicht durch eine längere Debatte verzögern, sondern die verloren gegangene Zeit möglichst schnell wieder aufholen. Deswegen empfehlen wir von der CDU-Fraktion, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gall das Wort.

Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, wer te Kolleginnen, wer te Kollegen! Ich muss sagen: Bis vor Kurzem hätte ich nicht daran gedacht, dass wir uns im Landtag von Baden-Württemberg mit Sicherheitsmaßnahmen in Häfen zu beschäftigen haben, da für den Schiffsverkehr bekanntermaßen der Bund die Gesetzgebungskompetenz hat. Aber da man ja nie auslernt, habe auch ich zur Kenntnis genommen, dass die Hafenanlagen als Schnittstelle zwischen Schiff und Hafen eben nicht unter die Definition des Schiffsverkehrs fallen und demzufolge wir nach Artikel 70 des Grundgesetzes aufgrund der Zuständigkeit für die allgemeine Gefahrenabwehr, die den Ländern zukommt, zuständig sind.

Also sind wir gefordert – Sie, Herr Staatssekretär, haben es gesagt –, europäisches Recht in Landesrecht umzusetzen und damit dazu beizutragen, in der Handelsschifffahrt ein weltweit höheres Sicherheitsniveau zum Schutz vor terroristischen Angriffen zu erreichen, auch wenn wir in Baden-Württemberg – auch das haben Sie gesagt – derzeit nur einen Hafen haben, in dem zumindest gelegentlich seetaugliche und seegängige Schiffe abgefertigt werden.

Ich habe mich mit dem Gesetzentwurf inhaltlich befasst und habe selbst als jemand, der immer wieder auch auf den Binnengewässern Deutschlands und Europas unterwegs ist, wiederum viel dazugelernt. Nach der Lektüre des Gesetzentwurfs weiß ich jetzt z. B., dass ein Hafen ein Gebiet mit Wasser- und mit Landanteilen ist, die aber von den Abgrenzungen der Hafengebiete aufgrund der Hafenverordnung abweichen können.

(Zuruf des Abg. Fritz Buschle SPD)

Ich weiß jetzt auch, dass eine Hafenanlage nur ein Bestandteil eines Hafens ist, nämlich der Ort, an dem Schiff und Hafen zusammenwirken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lebenslanges Lernen!)

Beruhigt, muss ich sagen, bin ich darüber, dass dieses Gesetz nur auf Häfen und Hafenanlagen anzuwenden ist, die im internationalen Seeverkehr eingesetzte Fahrgast- oder Handelsschiffe unter Einschluss von Hochgeschwindigkeitsschiffen abfertigen. Es ist aber nicht auf militärische Hafenanlagen, nicht auf Kriegs- und nicht auf Flottenschiffe anwendbar.

Warum es aber im militärischen Bereich – zumindest wird im Gesetzentwurf nur darauf Bezug genommen – anscheinend

(Reinhold Gall)

nur Hafenanlagen und keine Häfen gibt, hat sich mir bislang nicht erschlossen. Aber das können wir ja im Ausschuss noch klären.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Beruhigt bin ich deshalb: Wenn unser Innenminister auch für die militärischen Anlagen zuständig wäre, dann hätte er, fürchte ich, ein neues Betätigungsfeld, in dem er uns mit mehr oder weniger sicherheitsrelevanten Vorschlägen überschütten würde.

Wir denken, dass die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Einschränkungen der in den Artikeln 2, 11 und 14 des Grundgesetzes genannten Grundrechte – die Freiheit der Person, die Freizügigkeit und die Unverletzlichkeit der Wohnung – akzeptabel sind. Vor allem reichen sie auch aus, da diese Einschränkungen nicht über die bisherigen Möglichkeiten der Gefahrenabwehr hinausgehen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass angestrebt wird, in den Ländern entlang der Rheinschiene eine zumindest weitestgehend einheitliche Handhabung sicherzustellen, wengleich Baden-Württemberg hinsichtlich der Verantwortlichen für die Erstellung der Pläne zur Gefahrenabwehr die Zuständigkeit anders regeln will als die übrigen Bundesländer. Auch darüber sollten wir im Ausschuss noch einmal kurz diskutieren.

Dies gilt insbesondere auch für die aus dem Plan zur Gefahrenabwehr resultierenden Kosten. Herr Minister, die Kosten für den Betreiber sind, glaube ich, wesentlich wichtiger und wahrscheinlich auch wesentlich höher als die Kosten, die auf das Regierungspräsidium zukommen.

Ansonsten gehen wir davon aus, dass der vorliegende Gesetzentwurf auch Gesetzeskraft erlangt. Ich kann schon heute ankündigen: An uns soll es nicht liegen. Angesichts der offensichtlichen Tatsache, dass Baden-Württemberg auch seetechisch das Tor zur Welt ist – andernfalls müssten wir uns mit dem Ganzen ja nicht befassen –,

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

haben wir unserer Pflicht Genüge getan. Wir tragen dazu bei, dass die Sicherheit in unserem Land weiter erhöht wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Wölfler das Wort.

Abg. Werner Wölfler GRÜNE: Wenn ich Herrn Gall richtig interpretiere, müsste eigentlich nur noch das Mittelmeer weg. Dazu gibt es ja auch einen guten Spruch. Herr Gall, Sie haben jetzt wortreich unter Beweis gestellt, dass Sie diesen Gesetzentwurf sorgsam durchgelesen haben.

Herr Staatssekretär Köberle, ich habe mich eigentlich etwas gewundert. Sie haben gesagt, man solle schnell beraten. An uns soll es nicht liegen. Aber ich habe mich gefragt: Warum müssen wir uns als Land sogar eine Rüge der Bundesregierung einholen, weil wir unter den letzten Drei sind, die es noch

nicht geschafft haben, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen? Warum brauchte das so viel Zeit? Kann man das nicht von anderen Bundesländern abschreiben?

(Abg. Hans Heinz CDU: Wir wollten eben die Erfahrungen der anderen Bundesländer abwarten!)

– Ja, das ist schon okay. Aber es ist schlichtweg rätselhaft, warum ausgerechnet wir, die wir doch sonst so stolz darauf sind, dass wir die Nase meist ganz vorne haben, dafür so lange brauchen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die anderen brauchen auch ein Erfolgserlebnis!)

Kritik habe ich keine gefunden. Unseretwegen kann man schnell winken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Jörg Döpfer CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das mit der Rüge ist etwas schwierig, Herr Kollege Wölfler. Die Bundesregierung kann dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf Regelungen, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, keine Rüge erteilen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Das weisen wir zurück!)

Das geht sie, auf Deutsch gesagt, nichts an. Diese Regelung liegt in der Zuständigkeit des Landes. Ich sage das nur, damit das klar ist. Es gibt da kein Oben oder Unten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür sind wir dankbar, Herr Präsident!)

Jetzt erteile ich für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Bachmann das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Hafensicherheitsgesetz haben Sie bereits viel Richtiges gehört. Lassen Sie mich deshalb aus der Sicht unserer Fraktion die Bedeutung des Gesetzes unterstreichen.

Vor einigen Monaten ist es dem Verfassungsschutz von Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Polizei gelungen, eine Bande von islamistischen Terroristen auszuheben. Diese hatten u. a. Flüssigkeiten für die Herstellung von Bomben in Garagen gebunkert. Wissen Sie, wie viele Tonnen bombenfähiger Flüssigkeiten in eine Garage passen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hängt von der Garagröße ab!)

Können Sie sich vorstellen, wie viel Sprengkraft der Inhalt eines einzigen Containers zu entfalten vermag? Wenn man sich dann vorstellt, wie viele Container auf einem Schiff Platz haben, können Sie sich die Sprengkraft vorstellen. Wenn Sie sich dann die Berge beschlagnahmter Schmuggelware in den Seehäfen Europas vor Augen führen – in Mannheim ist es eher wenig –, können Sie sich eine ungefähre Vorstellung davon

(Dietmar Bachmann)

machen, wie viele Güter auf Schiffen unerwünscht in die Europäische Union gelangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig und wichtig, dass auf Flughäfen ein immenser Kontrollaufwand betrieben wird. Niemand will die Gefährlichkeit von Nagelfeilen kleintreten. Wichtig ist auch, dass wir bei der Einreise von Menschen auf die Koffer achten, deren mögliche Sprengkraft nicht zu unterschätzen ist, und dass die Pkws kontrolliert werden. Autobomben kennt man überall auf der Welt. Aber von der Menge der Ladung her verdient der Schiffsverkehr oberste Priorität. Es bedarf ja gar keiner Schiffsladung an explosiven Stoffen. Einige gut versteckte Kanister bombenfähigen Materials sind ja schon genug.

Der Internationalen Schifffahrtsorganisation ist deshalb mit Nachdruck dafür zu danken, dass sie ihrem Abkommen zum Schutz menschlichen Lebens auf See ein Kapitel über besondere Maßnahmen zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in der Schifffahrt hinzugefügt hat. Die Schifffahrt ist international; der Terrorismus ist international, und seine Bekämpfung kann nur international erfolgen. Es ist dankenswert, dass die EU, die Bundesregierung und nun auch die Landesregierung von Baden-Württemberg mit dem Hafensicherheitsgesetz einen wichtigen Baustein in der Terrorismusabwehr schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei kurze Anmerkungen zu dem Gesetzentwurf.

Als Liberale begrüßen wir selbstverständlich, dass die Pflicht zur Aufstellung von Gefahrenabwehrplänen nicht auf die Hafenbetreiber abgewälzt wurde – obwohl der Hafen Mannheim solche Pläne schon freiwillig aufgestellt hat –, sondern dass die öffentliche Hand sich in der Pflicht sieht. Ein Problem besteht aber darin, dass die Kosten trotzdem auf die Häfen abgewälzt werden können. So ganz ist das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ da nicht verwirklicht.

Zuständig für die Hafensicherheit ist das Regierungspräsidium Freiburg. Karlsruhe läge etwas näher an Mannheim als Freiburg. Vielleicht sollten wir im Gesetzgebungsverfahren die Reisekosten den eventuellen Umzugskosten gegenüberstellen. Wasserstraßen gibt es eher im Norden des Landes als im Süden.

Wir sind froh und glücklich, dass dieses Gesetz Häfen und Hafenanlagen, in denen im internationalen Seeverkehr – Kollege Gall hat es ja noch einmal ausdrücklich hervorgehoben – eingesetzte Schiffe verkehren, schützt. Aber was ist mit den Schiffen, die nicht im Hafen Mannheim anlegen und nicht im internationalen Seeverkehr fahren? Werden einige Kisten bombenfähiger Flüssigkeiten dadurch weniger gefährlich, dass der Container, in dem sie sich befinden, von einem Seeschiff in einem Seehafen auf ein Binnenschiff umgeladen wird?

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ist ein Container mit Sprengstoff in einem seegängigen Schiff im Hafen Mannheim wirklich sehr viel gefährlicher als ein Container mit Sprengstoff in einem nicht seegängigen Schiff in den Häfen von Karlsruhe oder Stuttgart? Wir wollen hoffen, dass auch die anderen Häfen, Güterbahnhöfe und die vielen Hundert ausländischen Lkws auf unseren Autobahnen und Bundesstraßen bei der Bekämpfung des Terrorismus ähnlich

viel Aufmerksamkeit erhalten wie Nagelfeilen und Pinzetten im Fluggepäck.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll
FDP/DVP: Wir haben etwas gelernt! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Und jetzt spielen wir eine Runde „Schiffe versenken“!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Sie stimmen diesem Vorschlag zu. – Es ist so beschlossen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Deshalb mussten wir jetzt eine Aussprache anberaumen? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn es doch interessant ist! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Wer von uns hat denn dazu gesprochen? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Ich! – Vereinzelt Heiterkeit)

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Aktualität der Berichterstattung von Fußballbundesligaspielen sichern – Drucksache 14/1653

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Walter das Wort geben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er soll trainieren, damit er Ausdauer hat!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Kollege, die Spiele der Landtagsmannschaft werden zum Glück nicht live im Fernsehen übertragen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre doch interessant!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat des früheren Trainers des FC Liverpool, Bill Shankly, beginnen – auch deswegen, weil ich bei der Stellungnahme zu dem Antrag und auch angesichts von Kommentaren speziell von der rechten Seite des Hauses den Eindruck habe, dass man diese Debatte vielleicht nicht ganz ernst nimmt. Bill Shankly hat einmal gesagt:

Einige Leute denken, Fußball sei eine Sache auf Leben und Tod. Ich mag diese Haltung nicht. Es ist viel ernster als dies.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht bei uns!)

Deswegen sollten wir uns schon ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, ob zukünftig ein Großteil unserer Bevölkerung von der Fußballbundesligaberichterstattung ausgeschlossen

(Jürgen Walter)

sen wird. Wird es das nur noch im Pay-TV geben, wie wir es jetzt schon bei der Champions League erleben? Dies bitte ich vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Spiele der Fußballbundesliga in dieser Republik zu den wichtigsten Ereignissen der Woche gehören – oft eher als Landtagsdebatten, ob uns das recht ist oder nicht.

Fußball, meine Damen und Herren, ist Volkssport Nummer 1. Zwölf Millionen Menschen besuchen jedes Jahr die Stadien der Bundesligavereine. Das ist übrigens Europarekord und wahrscheinlich auch Weltrekord. In keinem anderen Land wird Fußball so viel live angeschaut wie in Deutschland.

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben wir bisher, sofern Bundesligaspiele ausgetragen werden, wöchentlich die Sendung „Sportschau“. Die Qualität ist wesentlich höher als zuvor bei der Sendung „ran“. Die fünf bis sechs Millionen Zuschauer, die die Sendung Woche für Woche anschauen, stimmen mit den Füßen ab. Es handelt sich um eine Kultsendung.

Weil Fußball ein wichtiges Ereignis und Volkssport Nummer 1 ist, meine Damen und Herren, handelt es sich nach Überzeugung der Fraktion GRÜNE um eine Aufgabe der Grundversorgung. In den Rundfunkstaatsverträgen ist definiert, dass die Grundversorgung im frei empfangbaren Fernsehen gewährleistet sein muss.

(Beifall der Abg. Winfried Kretschmann und Franz Untersteller GRÜNE)

Die Berichterstattung muss, meine Damen und Herren, auch zeitnah gewährleistet sein und darf nicht erst zwei oder drei Tage später kommen. Ich möchte an den Versuch von SAT.1 aus dem Jahr 2001 erinnern: Damals sollte die Bundesligaberichterstattung auf 20:15 Uhr verlegt werden – wohlgermerkt im frei empfangbaren Fernsehen. Schon das hat quasi zu einem Aufstand geführt. Die Sponsoren haben sich zurückgezogen, und schon nach wenigen Wochen war dieses Modell gestorben.

Da die Deutsche Fußball Liga nun ausgerechnet mit Herrn Kirch, der die Bundesliga schon einmal in ihre schwerste finanzielle Krise geführt hat, wieder einen neuen Deal abgeschlossen und ihm auf Jahre hinaus die Rechte gegeben hat, besteht die Gefahr, dass es künftig keine zeitnahe Berichterstattung über Spiele der Fußballbundesliga mehr gibt.

(Zuruf von der SPD: Und jetzt?)

Diese Gefahr wird in der gesamten Bundesrepublik gesehen. Weil wir Angst hatten, dass es eine ähnliche Entwicklung auch bei anderen großen Ereignissen geben könnte, z. B. bei Olympischen Spielen, Fußballeuropameisterschaften und Fußballweltmeisterschaften, haben wir im Landtag von Baden-Württemberg in den Neunzigerjahren beschlossen und in den Rundfunkstaatsvertrag aufgenommen, dass herausragende sportliche Ereignisse auch zukünftig der gesamten Bevölkerung im frei empfangbaren Fernsehen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wenn wir anerkennen, dass – so sage ich einmal – ein Spiel der Champions League durchaus mit einem gesamten Bundesligaspieltag vergleichbar ist, dann muss uns das eben auch genauso wichtig sein. Das heißt: Um zu verhindern, dass die Bevölkerung zukünftig ausgeschlossen wird, müssen wir den

Rundfunkstaatsvertrag auch in dieser Frage entsprechend ändern und nur etwas tun, was wir in Bezug auf andere Ereignisse bereits getan haben. Es ist also nicht so, dass wir sagen würden, wir hätten eine neue Idee und blähten den Staatsvertrag auf, sondern wir machen nur etwas Analoges zu etwas, was es bereits gibt. Da die Bundesliga heute so populär ist wie noch nie – ich habe den Kultstatus, den sie mittlerweile genießt, schon angesprochen –, sind wir auch hier gefordert, eine gesellschaftliche Gesamtverantwortung zu übernehmen, die offensichtlich viele – auch in der Deutschen Fußball Liga – nicht mehr haben wollen.

(Beifall des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wenn es jetzt beispielsweise so wäre, dass auch die Bundesligaspieltage noch weiter auseinandergezogen würden, dass es abends ein Livespiel gäbe und die anderen Spiele nachmittags stattfänden, damit auch die Chinesen und die Japaner zuschauen könnten – all diese Pläne schwirren ja offensichtlich in den Köpfen herum; in England gibt es das zum Teil bereits schon in der Realität –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist Globalisierung!)

dann würden auch ein Stück Fankultur und ein Stück der Kultur, die wir in unserem Land aufgebaut haben, zusammenbrechen. Da sind wir schlichtweg gefordert.

In Frankreich, meine Damen und Herren, hat ein privater Pay-TV-Sender die Rechte erworben und hatte vor, ebenfalls keine zeitnahe Berichterstattung mehr zuzulassen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Für wie viel Geld denn?)

– Da geht es natürlich um große Summen, Frau Kollegin Kipfer. Das ist uns ja klar. Aber um die ging es ja auch bisher schon.

In Frankreich gab es dann praktisch einen Aufstand der Betroffenen, der Fußballfans. Dort wurde das Ganze noch einmal verhindert. Es gibt jetzt wenigstens scheinbar noch eine Art aktuelle Berichterstattung. Es ist aber nicht sicher, dass es in Deutschland nicht ähnlich wäre.

Wenn man sieht, welche wichtige Funktion Fußball und der Sport insgesamt – Fußball ist die wichtigste Sportart – haben, beispielsweise für die Integration, wenn man sieht, dass Jugendliche beim Fußballspielen Teamgeist entwickeln, dass sie in einem Mannschaftssport auch Egoismen hintanstellen, wenn man all dies sieht und wenn man weiß, welche wichtige Vorbildfunktion gerade Fußballspieler auf die Jugendlichen haben, wäre es doch fatal –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wie der Jarolim!)

– Ja, klar. Es gibt auch negative Beispiele.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie polemisieren jetzt schon arg!)

– Nein. Es gibt logischerweise auch negative Beispiele. Die gibt es auch in der Politik, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das glaube ich!)

Aber deswegen schaffen wir doch die Politik nicht ab.

(Jürgen Walter)

Man kann erkennen, welchen positiven Einfluss Fußball und Sport allgemein auf Jugendliche haben, und zwar natürlich in der Breite. Um Sport in der Breite zu haben, sind eben immer die Vorbilder in der Spitze gefragt; das war in der Vergangenheit so und ist heute noch so, vielleicht noch stärker als jemals zuvor. Deswegen: Wenn Fußball im Nachtprogramm käme, würden insbesondere Jugendliche von dieser Berichterstattung ausgeschlossen werden. Wir haben bereits heute die negative Entwicklung, dass Länderspiele oder Champions-League-Spiele ab 20:45 Uhr gezeigt werden und gerade Kinder und Jugendliche, die am nächsten Tag in die Schule müssen, von diesen Berichterstattungen im Grunde genommen ausgeschlossen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da kann man als Vater großzügig sein!)

– Da kann man großzügig sein, auch als Rektor oder als Lehrer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das auch!)

– Also gut. Ich werde es weitergeben.

Deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Überlegen Sie sich genau, welche Verantwortung Sie für diesen Volkssport Nummer 1 in Deutschland haben. Es kann nicht sein, dass die Berichterstattung im Fernsehen über diesen Volkssport Nummer 1 zukünftig nur noch für einen kleinen Kreis zugänglich ist, der es sich leisten kann, monatlich soundso viel Geld für ein Abonnement bei einem Pay-TV-Sender zu bezahlen, dass also nur noch diese Leute das Recht haben, Fußball zu schauen. Das kann nicht im Sinne der Politik sein. Wir haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, und die übernehmen wir mit dem Antrag, der Ihnen heute vorliegt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pauli das Wort.

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Walter, ich kann Ihnen ernsthaft versichern: Für die CDU-Landtagsfraktion gehört eine angemessene Berichterstattung über Sportereignisse, insbesondere wenn sie internationale, nationale oder auch regionale Bedeutung haben, selbstverständlich zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Ich bin dankbar, dass Sie uns mit Ihrem Antrag heute die Gelegenheit geben, uns in der Umstellung zur neuen, digitalen Medienwelt, in der wir uns gerade befinden, auch mit dem Thema Grundversorgung ernsthaft auseinanderzusetzen. Allerdings betrifft der Antrag von Ihnen leider nur einen Teil dessen, über das wir uns unterhalten müssen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Dann macht doch einen Änderungsantrag dazu!)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat auch im digitalen Zeitalter eine herausragende Bedeutung als Medium im Prozess einer freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk leistet unstrittig einen zen-

tralen Beitrag zur Erfüllung der demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse unserer Gesellschaft. Aber der öffentliche Mehrwert, der durch die öffentlich-rechtliche Säule unseres dualen Rundfunksystems geschaffen wird, den die Gebührenzahler ja auch finanzieren, liegt begründet in den qualitativen Alleinstellungsmerkmalen, die diese Angebote in Bereichen der Bildung, der Information, der Unterhaltung, der Kultur – hierzu gehört auch der Sport – und der regionalen Identität schaffen.

Diese Kategorien sind in ihrer Reichweite, z. B. mit Regelbeispielen, durchaus im Rundfunkstaatsvertrag zu präzisieren. Aber da ist der Fußballsport als die einzige Sportart, die Sie sicherlich zu Recht auch privilegieren wollen, nur ein Teilaspekt.

Ich möchte gerade auch beim Bereich Sport hinzufügen: Selbstverständlich – da sind wir auf einer Wellenlänge – hat der Spitzensport und auch seine Darstellung immer eine Vorbildfunktion. Er hat massive Auswirkungen auf den Breitensport. Gerade auch im ländlichen Raum wissen wir das zu schätzen. Aber bitte konzentrieren Sie sich nicht nur auf die Fußballbundesliga. Nebenbei bemerkt: Der DFB-Pokal ist manchmal auch spannend.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja!)

Bei uns im Land Baden-Württemberg gibt es Erstligavereine im Handball,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die kommen aber in der „Sportschau“ nicht vor!)

wir haben Erstligavereine im Volleyball, im Basketball,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wasserball!)

im Wasserball und in vielen anderen spannenden Sportarten, die es wert sind, in stärkerem Maße im öffentlich-rechtlichen Medium dargestellt zu werden.

Lieber Kollege Walter, Sie haben der Stellungnahme zu Ihrem Antrag entnehmen können, dass der Gesetzgeber unabhängig davon bereits 1991 das Recht der Kurzberichterstattung in den Rundfunkstaatsvertrag aufgenommen hat.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wo ist das Recht freitagabends? – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Glotzt nicht so viel Fernsehen! Geht lieber zum Fußballplatz!)

Dazu wird sicherlich auch der Staatsminister noch einige Worte sagen. Sie haben der Stellungnahme sicherlich auch entnommen, dass stärkere Konkretisierungen auch verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen.

Ich denke, es ist richtig, dass wir uns ernsthaft mit dem Thema Grundversorgung auseinandersetzen. Das sollten wir aber nicht nur begrenzt auf dieses kleine Puzzleteil tun. Vielmehr müssen wir uns da auf größere Felder konzentrieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann macht doch einen Änderungsantrag, dann machen wir das zusammen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Queitsch das Wort.

Abg. Margot Queitsch SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die beiden vorangegangenen Beiträge haben gezeigt – –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frauenfußball gibt es auch!)

– Herr Noll, Sie können davon ausgehen, dass ich das in meiner Rede auch noch ansprechen werde.

Zunächst möchte ich auf die Beiträge meiner beiden Vorredner eingehen. Da stellt sich die Situation wie so oft in Landtagsdebatten in diesem Hause dar: Wenn man genau zuhört, kann man feststellen, dass wir eigentlich in vielen Punkten übereinstimmen. Trotz alledem heben die einzelnen Redner das heraus, was uns trennt.

Wir als SPD-Fraktion werden dem Antrag der Grünen zustimmen, weil wir es als richtig empfinden, heute von dieser Stelle aus die Landesregierung aufzufordern, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass die zeitnahe Berichterstattung über die Spiele der Fußballbundesliga auch in Zukunft gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Wenn wir uns die Einschaltquoten bei der „Sportschau“ anschauen,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sechs Millionen!)

können wir alle feststellen, dass die Berichterstattung über die Fußballbundesliga sehr stark im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes liegt. Deswegen kann ich nicht verstehen, dass man das hier ad acta legt und lediglich darauf verweist, man müsste dann die anderen Sportarten auch noch aufnehmen. Selbstverständlich wünsche auch ich mir, dass in der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung, z. B. in der „Sportschau“, mehr Platz beispielsweise für Frauenfußball, aber auch für die Bundesligen in anderen Sportarten ist. In Freiburg gibt es zehn Bundesligamannschaften in verschiedensten Sportarten. Ich bin Beiratsvorsitzende bei den „Eisvögeln“. Wir spielen seit Jahren im Damenbasketball in der ersten Liga. Es wäre schön, wenn darüber auch mehr Berichte kämen. Aber das allein reicht doch nicht, um zu sagen: Deswegen wollen wir heute hier keine Abstimmung darüber. Ich halte sie trotzdem für sehr wichtig.

Noch ein ganz wesentlicher Punkt, meine Damen und Herren: Schauen Sie sich doch wirklich einmal die Verankerung der „Sportschau“ in unseren Familien an. Die „Sportschau“ hat im Grunde genommen einen solchen Wert in unserem Familienleben, dass man einfach sagen muss: Da darf man nicht darüber diskutieren und nicht darüber nachdenken, diese eventuell nach hinten zu verschieben. Wenn Sie sehen, mit welcher Begeisterung Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene sich diesen Zeitpunkt der „Sportschau“ immer wieder genau vormerken und im Grunde genommen auch die Familien ihre Samstagsgestaltung teilweise danach richten oder sogar im Urlaub noch Wert auf die „Sportschau“ gelegt wird,

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das ist doch unstrittig!)

dann erkennen Sie, denke ich, dass das auf jeden Fall etwas ist, was gewährleistet werden muss.

Ein weiterer Punkt ist natürlich auch: Wenn wir immer wieder beklagen, dass viele Kinder und Jugendliche zu häufig vorm Fernseher sitzen, wie man so allgemein sagt, dass sie zu sehr die Programme anschauen, die wir alle im Grunde genommen nicht unbedingt für sehenswert für Kinder und Jugendliche halten, wir aber jetzt unter Umständen gleichzeitig mithelfen, dass die Sendungen, die sie ganz gern anschauen, von den Zeitpunkten, zu denen sie bisher gesendet worden sind, nach hinten verschoben werden, dann, muss ich sagen, erweisen wir der Sorge, die bei uns sehr oft zum Ausdruck kommt, dass Kinder das Falsche schauen, einfach einen Bärendienst. Das kann es doch nicht gewesen sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das macht doch keiner!)

Daher fände ich es schön, wenn alle hier in diesem Haus heute diesen Antrag der Grünen unterstützten und die Landesregierung dementsprechend ersucht würde, jetzt wirklich verstärkt bei den Privaten darauf hinzuwirken, dass die bisherige zeitnahe Berichterstattung nicht weiter ausgedünnt wird. Das müsste in unser aller Interesse liegen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da sieht man, wer guckt und wer mitspielt!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin, wie einige vielleicht wissen, Hobbylandwirt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich dachte, Sie sagen „Hobbyfußballer“!)

Zu meinem Tierbestand gehören auch ein paar Hühner. Den Hennen sage ich immer: „Ihr sollt erst gackern, wenn ein Ei gelegt ist, und nicht vorher.“ Das, Herr Kollege Walter, müssen auch Sie einmal bedenken.

Denn eines ist doch auch klar: Noch wissen wir gar nicht, wer die Rechte bekommt. Sie wissen, dass sich das Kartellamt damit befasst. Die Bundesligavereine müssen Fragen des Kartellamts beantworten. In Italien läuft eine Beschwerde bei der Europäischen Union über die zentrale Vermarktung. All diese Dinge sind im Fluss.

Der Kollege Walter sieht bei jeder neuen Rechtevergabe für die Bundesligaberichterstattung das Ende der Bundesligaberichterstattung im frei empfangbaren Fernsehen heraufdämmern. Aber eingetreten ist dieser Fall noch nie. Die Stellungnahme der Landesregierung macht doch auch noch einmal klar, dass da noch überhaupt nichts entschieden ist. Es ist doch

(Hagen Kluck)

klar: Die Deutsche Fußball Liga muss doch die Interessen der Vereine bei der Vergabe und den Vergabebedingungen berücksichtigen; denn sie besteht doch aus diesen Vereinen. Ich würde keine Bandenwerbung ordern, wenn diese dann nirgendwo im frei empfangbaren Fernsehen erscheinen könnte. Das wird man doch bei all diesen Dingen berücksichtigen.

Mögliche Rechteerwerber haben außerdem wissen lassen, dass sie gar nichts dagegen haben, wenn die „Sportschau“ am gleichen Sendeplatz, also zur gleichen Zeit und im gleichen Umfang, weiterhin über die Bundesliga berichtet. Außerdem ist doch in den Rundfunkstaatsverträgen von 1991 und 1999 ausdrücklich das Recht auf Kurzberichterstattung enthalten.

Herr Walter kennt doch auch den Artikel 5 des Grundgesetzes, und er kennt das zehnte Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts. In diesem Urteil steht ganz klar: Der Ausschluss eines großen Teils der Bevölkerung von der Bildberichterstattung über die Bundesliga ist ausgeschlossen. Das ist schon klipp und klar geregelt. Warum jetzt plötzlich diese Aufregung? Uns dann aufzufordern, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, durch den wir den Sendern in einem Rundfunkstaatsvertrag vorschreiben sollen, vor welcher Uhrzeit sie was senden sollen, das verstößt ganz klar gegen die Verfassung, gegen die Rundfunkfreiheit. Das können wir gar nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das kann man nicht wegdiskutieren!)

Die FDP/DVP-Fraktion war und ist – und wird es immer sein – für das Recht auf Kurzberichterstattung. Man muss sich über die Bundesligaspiele zeitnah informieren können, und man muss sie, zumindest in Auszügen, anschauen können, auch wenn man nicht Abonnent eines Bezahlfernsehsenders ist. Man muss aber auch wissen, dass Artikel 12 des Grundgesetzes die Berufsfreiheit schützt. Das hat das Bundesverfassungsgericht damals gegeneinander abgewogen und hat festgestellt, dass auch dies eine Rolle spielt.

Nun sagen die Grünen, das Abonnieren von Pay-TV – Premiere oder andere – sei eine Frage von Arm und Reich. Ich weiß nicht so recht, ob das stimmt.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Die Erfahrung lehrt uns, dass der Empfang solcher Sender auch in sozial schwächeren Familien weit verbreitet ist. Nach sieben Jahren Rot-Grün, meine Damen und Herren, stelle ich mir die Frage, ob es in Deutschland überhaupt zehn Millionen Reiche und Schöne gibt. So viele Abonnenten hat Premiere.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit die FDP aus der Regierung herausgekickt ist, haben die Schönen und Reichen anderes zu tun! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Reiche gibt es vielleicht, aber Schöne?)

Der Kollege Walter unterschätzt zudem die Findigkeit von Fußballfans, auch ohne ein Premiere-Abo in den Genuss einer Bundesligaspielübertragung zu kommen. Als Mitglied einer Rechtsstaatspartei will ich Ihnen jetzt keine Tipps geben, wie Sie als Hacker die Programme knacken können. Aber es

gibt auch ganz legale Möglichkeiten. Klicken Sie im Internet doch einmal die Plattform www.fussball-foren.net an. Von dort aus erhalten Sie Zugang zur aktuellen Berichterstattung etwa aus China, aus der Türkei, aus Indien oder woher auch immer Sie wollen.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Das ist etwas anderes!
– Abg. Alfred Winkler SPD: China als Ersatz für die Fußballbundesliga?)

Das wird höchstens um eine halbe Minute zeitversetzt übertragen und ist alles legal. Das einzige Problem ist: Sie verstehen die Kommentare nicht. Aber nun sagen ja echte Fußballfans: „Was der da schwätzt, ist sowieso uninteressant.“ Das wird ja oft als überflüssig und sogar nervig empfunden.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Deutscher Fußball im chinesischen Fernsehen?)

– Ja. Die deutsche Bundesliga wird von chinesischen, türkischen und indischen Sendern übertragen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und jetzt muss ich über Chinas Fernsehen Fußball anschauen?)

Im Internet können Sie das anschauen; das ist überhaupt kein Problem.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist das FDP-Programm?
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch kein liberales Programm! Ich kann doch nicht nach China reisen zum Fußballschauen!)

– Gebt dem Mann doch einmal einen Nachhilfekurs darüber, was man im Internet alles kann.

Jetzt gebe ich ja zu: Es gibt einen grünen Landesvorsitzenden. Der darf leider nicht im Landtag sitzen, weil ihr das irgendwie verboten habt. Das ist Herr Daniel Mouratidis. Er gibt auf einer Internetplattform wunderschöne Fußballkommentare. Die sind witzig. Er hat nämlich begriffen, dass Fußball nicht der Nabel, sondern die schönste Nebensache der Welt ist. Das sollten wir dabei nicht vergessen, und Herr Kollege Walter sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Bevor er hier Panik macht, sollte er doch einmal die Ruhe und Gelassenheit, die ein Fußballfan aufwenden muss, um Auf- und Abstiege seines Klubs mitverfolgen und ertragen zu können, an den Tag legen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Kennen Sie einen gelassenen Absteiger?)

Sein Heimatverein, der TSV Asperg, hat neulich 2 : 4 verloren. Und wissen Sie, gegen wen? Ausgerechnet gegen einen Verein mit dem Namen „Grünbühl“.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stächele das Wort.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Der rückt jetzt die Fußballwelt zurecht!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung teilt die hier erkennbare Fußballbegeisterung uneingeschränkt. Mit „Fußball ist unser Leben, und König Fußball regiert die Welt“ will ich ein weiteres Zitat beitragen. Als das von der deutschen Meisterei im Jahr 1974 gesungen wurde, war Kollege Walter allerdings noch sehr jung.

Fußballbegeisterung ist das eine. Das andere sind harte Fakten, die ich jetzt noch einmal kurz zusammenfassen möchte, obwohl Kollege Kluck natürlich schon einiges vorgetragen hat.

Das Erste ist die Frage nach der Grundversorgung. Da haben wir das Glück, dass das Bundesverfassungsgericht diese bisher negativ abgegrenzt hat. Also können wir uneingeschränkt sagen: Fußballsport und Sport überhaupt ist für uns Teil der Grundversorgung, des Grundversorgungsauftrags.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wohlfeil!)

Allerdings wird im Zusammenhang mit der Diskussion um digitale Entwicklungen die Frage schon spannend sein, wie wir das in dieser Form durchhalten können; denn da müssen wir jetzt etwas präziser werden. Aber gehen wir jetzt davon aus, dass es weiterhin so, wie wir es wollen, Grundversorgungsauftrag bleibt.

Das andere ist dann aber umgekehrt die Frage, wie man diese Grundversorgung verpflichtend auferlegen kann. Da – das ist schon angesprochen worden – haben wir im Grunde den deutlichen Fingerzeig des Bundesverfassungsgerichts ja schon erhalten: Es ist erlaubt, Kurzberichterstattungen verpflichtend aufzuerlegen, aber es ist an der Grenze dessen, was man zulässt.

Da gibt es neben dem, was wir als Informations- und Meinungsfreiheit und Rundfunkfreiheit sehen, den Artikel 12 und den Artikel 14 des Grundgesetzes. Insbesondere Artikel 12 ist es, den man damals zitiert hat, als man sagte: Mehr ist nicht möglich. Wenn man genau hinsieht, ist klar, warum mehr nicht möglich ist. Im Rundfunkstaatsvertrag werden sicherlich Eckpfeiler genannt, die Meinungsvielfalt im Sinne demokratischer Entwicklung sicherstellen sollen. Aber die Frage, inwieweit ich Dritte, private Vereine, damit in die Pflicht nehmen kann, steht auf einem anderen Blatt.

Ich kann mir vorstellen, dass man bei allen rechtlichen Auseinandersetzungen den besten Weg immer noch über die Betroffenen wählt. Wenn in der Tat der Aufstand – so haben Sie es gerade für Frankreich formuliert – derer, die fußballinteressiert sind, im Sinne des politischen Drucks machbar ist, dann werden sich alle Fernsehveranstalter überlegen, wie sie es halten. Insbesondere die Vereine des DFB werden sich das genau überlegen. Eine Provokation gegenüber der fußballbegeisterten Bevölkerung wird sich keiner erlauben können.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Also wird man diesen Druck, diesen öffentlichen Willen deutlich machen. Deswegen bin ich dankbar, dass wir solch eine Debatte hier führen.

Zweitens hat sich seit der Beantwortung der Anfrage auch einiges getan. Auch darauf ist hingewiesen worden. Sie wissen,

dass das, was sich der DFB – in der Form der Deutschen Fußball Liga, DFL – vorgestellt hat, so nicht ohne Weiteres geht und dass die Kartellbehörde prüft. Man prüft einmal die Frage, inwieweit man dieses Ausschreibungsmodell zulassen kann – man hat im Grunde „eine fertig produzierte Sendung“ ausgeschrieben; das ist bedenklich –, aber zum Zweiten prüft man derzeit genauso, ob diese Zentralvermarktung zulässig sein kann.

Ich würde uns empfehlen, dass wir das eine tun wie vorher angesprochen, dass wir in der Tat den politischen Willen formulieren: Wir wollen, dass jedermann Zugang hat. Wir machen unseren Einfluss geltend gegenüber denen, die zunächst einmal Träger des Rechts sind, den Vereinen. Wir zeigen ihnen auf, dass es schädlich sein kann, wenn man diesem großen Anspruch der Gesamtbevölkerung nicht gerecht wird.

Auf der anderen Seite sollten wir das weitere Verfahren genau betrachten. Ich gehe nach derzeitigem Stand davon aus, dass hier die Kartellbehörde einige Pflöcke einrammen wird. Das ist gut so.

Das zu dem aktuellen Stand. Ich könnte mir vorstellen, dass wir uns, wenn man mehr über das weitere Kartellrechtsverfahren wissen will, hier im Landtag noch einmal darüber unterhalten. Ich bitte allerdings, bei der Abstimmung jetzt zu bedenken, Herr Präsident – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Überweisen Sie den Antrag an den Ausschuss!)

– Überweisen ist vielleicht besser, denn der Antrag zielt auf den Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, und den haben wir bereits verabschiedet.

In diesem Sinne danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Walter für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Der hat doch keine Redezeit mehr!)

– Doch. Auch Kollege Pauli hat noch Redezeit und kann noch reden, wenn er möchte.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die kann ich ja mit übernehmen.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Stächele, natürlich gibt es das Recht auf Kurzberichterstattung. Die Frage ist doch nur, wann sie stattfinden wird. Kann man sich irgendwann um Mitternacht, wenn Kinder und Jugendliche ohnehin nicht mehr zuschauen können oder wenn das Thema Fußball eigentlich schon erledigt ist, wirklich noch ein Bild vom Spiel machen? Bekommt man gerade noch die Tore gezeigt?

Schon heute ist es doch so, Herr Kollege: Am Freitagabend sind im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine bewegten Bilder mehr von den Bundesligaspielen zu sehen, sondern Sie bekommen gerade eine Kurzberichterstattung am Abend da-

(Jürgen Walter)

nach in der „Sportschau“. Am Sonntagabend muss man bis 23:00 Uhr warten – ich weiß nicht, was Herr Kirch und andere noch für Fristen ansetzen werden –, bis eine Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und im frei empfangbaren Fernsehen zu sehen ist.

Das kann doch nicht unser Ziel sein. Es geht hier wirklich – ich habe es im ersten Teil meiner Rede vorhin gesagt – um den Volkssport Fußball. Der verkommt jetzt endgültig zu einer Ware. Wir sind uns natürlich klar darüber, dass insbesondere infolge des Bosmann-Urteils der kommerzielle Druck ohnehin zugenommen hat. Aber jetzt wird er endgültig nur noch eine Ware sein, und dem gilt es etwas entgegenzusetzen.

Ich bin gern bereit, die weitere Entwicklung, auch die kartellrechtliche Entwicklung, abzuwarten. Deswegen bitte ich Sie, den Antrag an den zuständigen Ausschuss zu überweisen, damit wir zu gegebener Zeit noch einmal darüber diskutieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Überweisung an den Sportklub!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abg. Queitsch das Wort.

Abg. Margot Queitsch SPD: Nein, lieber Kollege Winkler, keine Überweisung an den Sportklub, sondern an den Ausschuss, hieß es gerade. Ich finde das auch richtig, denn dann bleibt uns das Thema erhalten und können wir uns jedes Mal wieder neu auf die Aktualität einstellen.

Ich habe mich deswegen noch einmal gemeldet: Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Kollege von der FDP/DVP, dass Sie der Auffassung sind, dass in Zukunft jeder Fußballbegeisterte einen PC mit Internetzugang bekommen soll, damit er über das chinesische Fernsehen die deutschen Fußballbundesligaspiele anschauen kann? Dann warte ich auf Ihren Haushaltsantrag.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde beantragt, den Antrag zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist Überweisung an den Ständigen Ausschuss beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Bürokratieabbau voranbringen – Drucksache 14/1668

Das Präsidium hat folgende Redezeiten beschlossen: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürokratieabbau ist eine viel zitierte Forderung. Zugleich ist diese Forderung aber wenig präzise. Wenn ich Sie hier im Parlament jetzt fragen würde, wer für einen Bürokratieabbau sei, dann hätten wir sicherlich mindestens eine verfassungsändernde Mehrheit, um einen Bürokratieabbau zu beschließen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Andererseits ist Bürokratie natürlich auch elementar für einen demokratischen Rechtsstaat und für eine funktionierende Marktwirtschaft. Der Staat setzt Rahmenbedingungen. Diese sollten transparent, verständlich und fair sein. Sie sollten nicht von Interessen Einzelner unterwandert sein, und sie sollten vor allem auch verlässlich sein und bleiben.

Wir brauchen also in einer Demokratie und in einer funktionierenden Marktwirtschaft klare und verlässliche Regeln. Sie werden mir sicher zustimmen, dass es einen Regelungsbedarf gibt. Wenn Sie sich die Tagesordnung ansehen, dann sehen Sie, dass wir allein heute drei Gesetzentwürfe beraten haben, von den Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die es zusätzlich gibt, ganz zu schweigen.

Andererseits ist aber auch klar, dass ausufernde Bürokratie ein großes Problem ist und ein Wettbewerbshindernis darstellt. Im Juni 2007 hat der Bund der Selbstständigen eine Studie darüber anfertigen lassen, was die wichtigsten, häufigsten, massivsten Probleme des Mittelstands sind.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Anhand dieser Studie kann man erkennen, dass Bürokratieabbau mittlerweile auf Platz 1 der Probleme des Mittelstands steht. Auf Platz 2 nach dem Bürokratieabbau steht ein Punkt, der eng damit zusammenhängt, nämlich das Thema „Planungssicherheit in Bezug auf Steuern und Gesetze“. Diese beiden Probleme werden noch vor dem Problem „Lohnzusatzkosten und Steuern“ genannt. Das ist ein wichtiger Befund, den wir ernst nehmen müssen, insbesondere deshalb, weil die Bürokratiebelastung bei der Rangfolge der Probleme nach vorne gerutscht ist. Mittlerweile ist die Bürokratiebelastung tatsächlich zum größten Standortnachteil geworden. Deshalb müssen wir uns den Fragen stellen, wie Bürokratie abgebaut und wie Planungssicherheit hergestellt werden kann.

In den letzten Wochen haben wir leider nicht gerade positive Beispiele vonseiten der Regierungsfractionen bzw. der Landesregierung erlebt, was die Planungssicherheit betrifft. Mit einem Thema werden wir uns morgen noch beschäftigen, nämlich mit dem Landesnichtraucherschutzgesetz. Auch das Ladenöffnungsgesetz bzw. die Frage, ob es an bestimmten Tagen für bestimmte Branchen Ausnahmen geben soll, hat die Medien schon lange beschäftigt, ganz besonders in den letzten Wochen, nachdem wir tatsächlich Ende März lesen konnten, dass die Landesregierung standhaft geblieben ist und den Floristen nicht gestattet, am Muttertag, der auf den Pfingstsonntag fällt, ausnahmsweise den Laden zu öffnen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sind Sie jetzt für eine Ausnahme oder nicht?)

Allerdings gab es neun Monate lang Unsicherheit, ob es eine Ausnahmeregelung geben soll. Der vorgezogene Aprilscherz

(Edith Sitzmann)

war dann ja, dass es eine Kampagne der Landesregierung geben soll, um dafür zu werben, dass die Blumen für den Muttertag schon am Samstag eingekauft werden sollen, wenn am Sonntag geschlossen ist. Das war wirklich ein Treppenwitz, den Sie sich mit der Ankündigung dieser Kampagne geleistet haben. Noch haben Sie Zeit, diese Kampagne zu stoppen. Dazu fordern wir Sie hier eindringlich auf.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Zur Planungssicherheit gehört, dass Gesetze, die beschlossen werden, auch über einen längeren Zeitraum ihre Geltung haben. Deshalb sind das ganz schlechte Signale an die Wirtschaft in Bezug auf Zuverlässigkeit und Planungssicherheit.

Wir brauchen einerseits eine effektive und verlässliche Regulierung, andererseits aber einen weitreichenden Bürokratieabbau. Dazu ist es wichtig, sich genau anzuschauen, wo Bürokratie abgebaut werden kann. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass für mich das ewige undifferenzierte Gerede der Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP in dieser Hinsicht wirklich unerträglich ist.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Diese pauschale Abwertung ist auch unerträglich!)

Es bringt uns weder in Bezug auf Bürokratieabbau noch in Bezug auf effektive Regulierung wirklich weiter. So wurde in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses tatsächlich die Behauptung vorgebracht, dass es bei Handwerkerrechnungen zu viel bürokratischer Aufwand sei, wenn Materialkosten und Arbeitskosten getrennt ausgewiesen werden müssen. Da hört es wirklich auf, das hilft niemandem weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir betrachten, was in Bezug auf Bürokratieabbau und Deregulierung tatsächlich geschehen ist, und wenn wir das mit den großen Ansagen in der Koalitionsvereinbarung vergleichen, dann müssen wir feststellen: Wir warten noch immer auf den Bürokratieabbau. Es wurde angekündigt, dass ein Normenkontrollgremium eingerichtet wird. Mittlerweile gibt es einen Normenkontrollrat auf Bundesebene und positive Erfahrungen damit. Einen Normenkontrollrat auf Landesebene gibt es noch immer nicht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Landesregierung sagt in ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag, dass sie dies ohne Zeitdruck prüfen werde. Da drängt sich doch der Eindruck auf, dass Sie vorhaben, dieses Projekt zu Tode zu prüfen, und dass wir weiter auf den Bürokratieabbau warten müssen. Nehmen Sie Ihre eigenen Vereinbarungen ernst, und richten Sie endlich diesen Normenkontrollrat auf Landesebene ein.

(Beifall bei den Grünen)

Angekündigt war auch ein Pilotprojekt im Bereich der Landesbauordnung. Die Reform der Landesbauordnung sollte zu Beginn der Legislaturperiode in das Parlament eingebracht werden. Wir haben bis heute noch keinen Gesetzentwurf vorliegen. Deshalb wissen wir natürlich auch nicht, ob das Standardkostenmodell, das hier zum Einsatz kommen sollte, tat-

sächlich auch Erfolg gehabt hat. Auch hier fordern wir Sie auf, endlich tätig zu werden, die Novelle der Landesbauordnung endlich einzubringen und damit auch einen sinnvollen Bürokratieabbau voranzutreiben, damit wir nicht länger darauf warten müssen.

Mehr dazu in der zweiten Runde.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Jägel das Wort.

Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bürokratieabbau ist für die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg seit Jahren ein ganz wichtiges politisches Ziel,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Nie erreicht!)

vor allem dann, wenn es um den Abbau – die Kollegin Sitzmann hat ja eigentlich darauf hingewiesen – unnützer bürokratischer Regelungen und Maßnahmen geht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nur: Dies ist oft sehr viel schwieriger, als man sich dies landläufig vorstellt, und vor allem sehr viel schwieriger als das, was man – ich sage es jetzt auf Badisch – „schnell rauschwätzt“. Einerseits ist ein gesundes Maß an Bürokratie die Grundlage für ein funktionierendes Staatssystem. Andererseits haben wir in unserer heutigen Gesellschaft einen Stau von Regulierungen, Verordnungen, Vorschriften und Gesetzen, die die Menschen misstrauisch machen gegenüber staatlich notwendigen Regelungen oder die die Menschen resignieren lassen vor unnötigem Zeitaufwand und vor dem Umstand, Dinge einhalten zu müssen, die der gesunde Menschenverstand als unnützlich empfindet.

Zufällig hat mich am Wochenende ein Arzt angesprochen und mir von einem neuen Problem berichtet. Bei einem Rentenantrag für einen Patienten hat bisher die LVA als zuständige Stelle entschieden, ob der Antrag genehmigt wird. Das kann ich mit meinem gesunden Menschenverstand nachvollziehen. Nicht nachvollziehen kann ich, dass es neuerdings ein Formblatt gibt, mit dem der Arzt den Antrag befürworten muss. Erst dann kann er den Antrag ausfüllen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Vorgang, der nicht mehr unter das fällt, was mit dem gesunden Menschenverstand nachvollziehbar ist. Dies ist auch ein sehr schlimmer Umstand, und zwar deshalb, weil erstens bei den Bürgern das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, das Notwendige zu regeln, schwindet, und weil zweitens der Staat von seinen Bürgern Dinge verlangt, die unnötig viel Zeit und Geld verschlingen – Zeit und Geld, die man besser hätte anlegen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Halten wir also fest: Bürokratie ist ein Wirtschafts- und Investitionshemmnis. Noch provokativer gesagt: Unnötige Büro-

(Karl-Wolfgang Jägel)

kratie ist eine Form der Enteignung von Arbeitszeit und Geld.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Dabei ist sehr realistisch zu trennen: Was können wir hier in Baden-Württemberg direkt bewegen, weil es sich um landespolitische Zuständigkeiten handelt, und wo haben wir nur beschränkten Einfluss, weil der Bund bzw. die europäische Ebene zuständig ist?

Wir, die CDU, nehmen den Bürokratieabbau im Land sehr ernst.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir halten es deshalb für richtig, dass die Landesregierung schon vor Jahren einen Beauftragten für Bürokratieabbau als Koordinator für die Verwaltungsinstitutionen und – noch viel wichtiger – als Ansprechpartner für alle, die Vorschläge oder Anliegen haben, installiert hat.

Die Stellungnahme des Staatsministeriums zu dem Antrag der Grünen zeigt, dass dabei schon sehr viel erreicht wurde. Auch die CDU-Landtagsfraktion hat eine Arbeitsgruppe für Entbürokratisierung eingerichtet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Deregulierungswünschen von Verbänden, Institutionen, aber auch von Einzelnen, die an sie herangetragen wurden – allerdings mit dem Schwerpunkt auf Maßnahmen, die eine landespolitische Ursache haben. Ebenso überprüfen wir neue Verordnungen und Gesetze auf unnötige bürokratische Belastungen und arbeiten so natürlich auch etwas im Stillen.

Ziel ist, die Belastungen der Bürger und der öffentlichen Stellen durch Landesvorschriften so gering wie möglich zu halten. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass der Hauptteil bürokratischer Belastungen auf die EU zurückgeht. Es war deshalb richtig, hier im Landtag einen Europaausschuss zu installieren,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Guter Mann!)

weil viele Verordnungen und Gesetze, die auf europäischer Ebene zustande kommen sollen, früher unserer Kontrolle unterliegen müssen. So haben wir über den Bundesrat früher Einfluss auf deren Umsetzung als bisher. Nur: All dies nützt nichts, wenn manche glauben, europäische Regeln noch übertrumpfen zu müssen, wie wir dies in Zeiten der rot-grünen Koalition im Bund erlebt haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Ich hatte eingangs auf die ungünstigen Auswirkungen unnötiger Bürokratie auf die Wirtschaft hingewiesen. Bürokratiekosten sind Kosten, die wir für vermeidbar halten. Wenig Bürokratie und schnelle Verwaltungsabläufe sind in der heutigen Zeit auch Standortfaktoren für Wirtschaftsansiedlungen oder für den Fortbestand von wirtschaftlichen Betrieben. Deshalb macht sich die CDU in Baden-Württemberg für den Bürokratieabbau auf allen Ebenen stark, tut dies aber auch in der Verantwortung, dass die Bürger nicht in einer Überbürokratisie-

rung den Glauben an die Handlungsfähigkeit ihres Staates verlieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen stechen in ein Wespennest, aber mit einer ziemlich langen Stange, über die sie noch einen dicken Handschuh gezogen haben. So gibt es keine chirurgische Aktion, sondern nur eine lauwarme Aufforderung, Bürokratieabbau ernster zu nehmen, ein Standardkostenmodell zur Bewertung von Vorschriften zu verwenden – schön – und einen neuen Normenkontrollrat einzusetzen – wunderbar –, der sogar das Parlament beraten soll. Das werden wir dann befolgen, und zwar genauso, wie wir so eifrig die Empfehlungen des Rechnungshofs schon immer befolgt haben! Dennoch wollen wir die Grünen nicht entmutigen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt liegt die Latte aber hoch, Herr Kollege!)

– Jetzt liegt die Latte hoch, mein lieber Kollege. Für unsere Zeit ist ja, Herr Kollege Kretschmann, eine unaufhörliche Bürokratiekritik sowie ein genussvolles Aufspießen absonderlichster Vorschriften typisch, und dabei wächst und wächst die Bürokratie. Die Bürokratie, so scheint es, leistet sich eine bürokratiekritische Folklore als Begleitmusik.

Die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag ist selbst ein schönes Beispiel dafür. Die Stelle des Ombudsmanns, im Staatsministerium angesiedelt, war lange vakant. Man wusste nicht, was er eigentlich tun sollte und wann er wieder kommt, und jetzt ist er ins Innenministerium abgestuft.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie verkennen die Bedeutung des Innenministeriums!)

Darüber hinaus wird die Landesregierung – ich zitiere – „ohne Zeitdruck die Einrichtung eines Normenkontrollgremiums prüfen“. Da haben wir es wieder einmal.

Wenn Sie Kostproben der landläufigen bürokratiekritischen Rhetorik suchen, lesen Sie die Anlage zu der Stellungnahme der Landesregierung: Wühlmäuse darf bekämpfen, wer die notwendige Sachkunde besitzt. Für Jäger und Gärtner wird das unterstellt, andere haben einen Nachweis der Sachkunde zu liefern. Jetzt soll der Nachweis durch ein Fachgespräch mit der zuständigen Behörde erfolgen. Für die Nutzung von Dienstfahrzeugen gab es einen detaillierten Erlass mit der Vorschrift, dass der Fahrzeugführer seine Fahrerlaubnis nachzuweisen hat. Jetzt gilt: Er muss selbst wissen, ob er einen Führerschein hat.

(Heiterkeit)

Wollte eine Gemeinde ein Feuerwehrfahrzeug anschaffen, hatte sie nachzuweisen, dass sie auch eine Garage dafür hat.

(Dr. Rainer Prewo)

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Das haben wir aber nie gemacht!)

Der Nachweis wird ihr nun erlassen. Wer ein Zeltlager veranstalten wollte, musste sich im Hinblick auf lebensmittel- und seuchenhygienische Vorschriften schulen lassen. Jetzt wird er durch ein Merkblatt darauf hingewiesen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Als ich früher für den CVJM Zeltlager veranstaltet habe, wusste ich von dieser Vorschrift, gottlob, überhaupt nichts. Das läuft alles ins Leere.

Im Umweltbereich gab und gibt es viele detaillierte Formblätter. Diese werden neuerdings, wie es in der Stellungnahme der Regierung heißt, online zur Verfügung gestellt und können heruntergeladen werden. Donnerwetter!

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da braucht Frau Queitsch erst einen Computer!)

Die Liste hat fast, Herr Kollege Kluck, literarische Qualität. Auf jeden Fall ist sie eine gute Stoffsammlung für Büttensreden. Dokumentiert sind 45 erfolgreiche Beispiele, die seit 2004 zusammenkamen – 45 Beispiele seit 2004 – und vom Ombudsmann aufgegriffen wurden. Selbst wenn wir jedes Jahr 600 Vorschriften abbauen würden, kommen jedes Jahr über 2 000 neu dazu. Die Echternacher Springprozession – zwei Schritte vor und einer zurück – ist dagegen eine Fortschrittmaschine. Hier machen wir einen Schritt vor und drei Schritte zurück.

Die Liste der Landesregierung erfasst ein wenig barockes Geckräusel an Bürokratie. Wer die Absurditätsschwelle für Vorschriften aber so hoch legt, kommt nie an den Kern des Problems. Das wäre, als wenn der Besen einer Kehrmachine bei der Stadtreinigung mannhoch eingestellt würde. Dann käme man nie in die richtigen Ecken.

Ein glänzendes Beispiel ist auch die sogenannte Verwaltungsreform. Dabei wurden Sonder- und Fachbehörden unter die Dächer von Regierungspräsidien und Landratsämtern verlagert – eine Mobilität von Schreibtischen. Dabei wurde praktisch keine Vorschrift abgebaut. Praktische Menschen hingegen nutzen einen Umzug, um ihr Gerümpel loszuwerden. Hier musste alles mit!

Wo steckt der eigentliche Kern des Problems, meine Damen und Herren? Ich möchte einmal eine politische Tabuzone ansprechen: das staatliche Förderwesen. Will die Regierung gute Dinge tun, dann sucht sie, wo sie etwas fördern kann. So ist eine Wucherung von Finanzbeihilfen, Fördertatbeständen und Klientelismus geschaffen worden, die kaum zu überschauen ist. Der Rechnungshof rügt zwar immer öfter: „Förderungen laufen leer“, „Mitnahmeeffekte“, aber das bleibt folgenlos.

Wem der Staat finanziell hilft, der bekommt ein Gut billiger, als es eigentlich ist, sozusagen ein Schnäppchen. Darüber freut er sich natürlich. Und was tun wir Politiker lieber, als Menschen eine Freude machen? Das gilt besonders deshalb, weil wir so oft gescholten werden. Aber die Ware kostet natürlich trotzdem ihren vollen Preis, und die Differenz muss jemand bezahlen. Die Politik reicht die Last nur weiter.

Ich will hier einmal den bürokratischen Effekt benennen. Die gesamte Förderverwaltung ist alles anders als eine körperlose Segenspenderin. Es geht nicht nur um komplizierte Antragsstellungen, vorausgehende Förderberatungen, Antragsprüfungen der Behörde – nach Ablehnungen gegebenenfalls mehrfach –, Bewilligungen – meist mit besonderen Auflagen, die auch etwas kosten –, spätere Verwendungsnachweise und Prüfungen durch die Behörde. Das alles ist nur die Oberfläche. Rechtlich einwandfrei – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Prewo, so gern ich Ihnen weiter zuhören würde, weil es eine sehr ausgewogene und lustige Rede ist: Sie haben nun schon eineinhalb Minuten überzogen. Ich muss Sie bitten, allmählich zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Die IHK hat unlängst wunderbare Vorschläge gemacht.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Wir sind nicht im Gemeinderat! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, seien Sie doch unbürokratisch!)

– Spielregeln müssen trotzdem sein, trotz allen Bürokratieabbaus.

Die IHK hat kürzlich wunderbare Vorschläge gemacht und angeregt, den gesamten Förderdschungel infrage zu stellen und das Geld doch besser in die Bildung zu stecken. Das ist ein wunderbarer Vorschlag. In der Politik ist es aber so, dass man immer noch etwas Schönes und Gutes machen will, besonders in den Haushaltsjahren vor Wahlterminen. Dann holt man sich die Ressourcen.

Ein Kaufmann hingegen würde die Fixkosten seines eigenen Unternehmens in die Kalkulation einbeziehen. Genau das tun wir nicht. Das ist des Pudels Kern bei der Bürokratie: Die eigenen Kosten des Staates werden bei allen unseren Wohltaten nicht berücksichtigt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Es gibt noch vieles zu sagen; das ist nur ein Anfang. Die Messlatte beim Bürokratieabbau liegt hoch, Herr Kollege Kretschmann. Wir wollen Sie ermutigen, an dieser Stelle fortzufahren. Wir machen dabei mit.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Fauser das Wort.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Herrn Oberbürgermeister und Kollegen Prewo glaube ich sogar, dass er das, was er sagt, auch ernst nimmt. Sonst habe ich bei der SPD und bei manchen anderen, z. B. bei den Grünen, die immer sehr bemüht sind, kaum diesen Eindruck.

Die VOB ist heute schon sehr umfangreich, und Sie müssen ungefähr 32 Seiten ausfüllen, um einen Auftrag über 8 000 €

(Beate Fauser)

zu bekommen. In jeder Sitzung höre ich dann noch die Stichworte Mindestlohn, Entsendegesetz, Frauenquote usw.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat denn die Grenze für die Direktvergabe erhöht? Das war die SPD! Wir haben sie erhöht!)

Lieber Herr Schmiedel, wenn ich an den lieben Wirtschaftsminister Clement denke, der mir sehr sympathisch ist, wie Sie sicherlich annehmen können,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja was jetzt?)

dann kann ich auch Herrn Prewo daran erinnern: Wir haben überall Modellregionen entworfen. Die Region Nordschwarzwald, die IHK Nordschwarzwald und der Kreis Calw haben sich bemüht, als Modellregion mitarbeiten zu dürfen, wie es im Gespräch war. Das wurde dann leider sang- und klanglos abgebügelt, und man hörte wenig von diesem Thema. Wenn die Grünen von Entbürokratisierung reden – so nett ich Frau Sitzmann finde –,

(Zuruf von der CDU: Ich auch!)

dann kommt mir das so vor, wie wenn ein Vegetarier von den Vorzügen eines Fleischfondues spricht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir hatten kürzlich eine Anhörung zum Landesplanungsgesetz. Zu diesem Landesplanungsgesetz wurden uns verschiedene Stellungnahmen geschickt. Ich möchte aus einer dieser Stellungnahmen zitieren. Da wurde mitgeteilt:

Leider ist die europarechtliche Vorgabe landesrechtlich nicht mehr zu diskutieren, obwohl dazu unter dem Gesichtspunkt einer politisch angeblich angestrebten Deregulierung viel zu sagen wäre. Der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne lesen sich jetzt schon wie realistische Emanationen eines Flaschengeistes, und nun kommt ein kropfunnötiger Umweltbericht hinzu. Wir verbrauchen viel zu viele Ressourcen, also Steuergelder, für diesen Unfug, der außer einer gigantischen Selbstbeschäftigungsmaschinerie noch nichts bewegt hat.

Meine Damen und Herren, diesen Ausführungen kann man nur folgen. Bürokratie verursacht hohe Kosten. Sie ist eine Fehlallokation von Kapital und Arbeit, und ich muss sagen: Die Verwaltungsreform war ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke und Klaus Herrmann CDU – Abg. Thomas Blenke und Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

Ferner bin ich der Meinung, dass das Konnexitätsprinzip nicht nur im Verhältnis von Städten und Gemeinden zum Land beachtet werden muss, sondern im Grunde auch auf die Wirtschaft und insbesondere auf Berlin und Brüssel ausgeweitet werden müsste, meine Damen und Herren.

Es ist erfreulich, dass wir in den letzten Jahren in Baden-Württemberg umfangreiche Analysen vorgenommen haben: Bürokratiekosten-TÜV, Standardpranger. Das Wirtschaftsministerium hat unlängst einen Bürokratiealarm für kleine und

mittelständische Unternehmen eingeführt. Aber man muss feststellen – das hat auch Kollege Prewo schon gesagt –: Der ganz große Wurf ist noch nicht gelungen, außer vielleicht im Zusammenhang mit der früheren Novellierung der Landesbauordnung, als man erstmals das Kenntnisgabeverfahren ermöglicht hat, was das Bauen wirklich erleichtert hat.

Meine Damen und Herren, das Thema Bürokratieabbau ist international ein Topthema. In Holland wird mit sehr viel Energie versucht, die Belastungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu reduzieren. Unser Fraktionsvorsitzender hat bereits einen Antrag formuliert, um ermitteln zu lassen, wie denn beispielsweise die Belastungen für Familien mit behinderten Kindern sind. Denn der Staat setzt ja überall dort, wo er kann, etwas drauf.

(Zustimmung des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Man muss ganz deutlich sagen, dass wir als Politik in dem Glauben, etwas Gutes zu tun, zu viel machen und jedem Gesetz noch einmal ein Gesetz hinterherwerfen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb müssten wir uns vielleicht einmal vornehmen, in einer Legislaturperiode nicht 130 Gesetze, sondern maximal 65 Gesetze zu verabschieden.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Und in Zukunft überlegen wir uns jedes Gesetz, Herr Kretschmann, so genau, wie wir es gemeinsam bei der Parlamentsreform getan haben. Wenn wir jedes Gesetz so umfangreich, nachhaltig und differenziert besprechen würden – und zwar, wenn möglich, durch alle Instanzen –, hätten wir mit Sicherheit wunderbare Gesetze. Denn wir haben ja einen Aktionismus von der EU über Berlin.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie wissen schon, dass Sie an der Regierung sind?)

– Also wir tun hier, was möglich ist. Da dürfen Sie sicher sein.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie gucken mich so scharf an, aber an der Regierung sind Sie!)

Meine Damen und Herren, wir haben das komplizierteste Steuerrecht, aber im Moment möchte dies irgendwie niemand ändern. Auch Rot-Grün hat in dieser Richtung überhaupt noch nichts zustande gebracht.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Bereits 1970 hat Ludwig Erhard gesagt:

Was sind das für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht.

Meine Damen und Herren, dem Mann kann man nur zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben uns heute in einem Netz von Bürokratie verfangen, und dies behindert Existenzgründungen. Dazu kommt ja dem-

(Beate Fauser)

nächst ein großer Antrag von den Grünen. Die Firmen wandern ab, und das Schlimme daran ist, dass die Großen gar nicht mehr darüber sprechen, sondern einfach gehen. Nur die Kleinen, die hierbleiben müssen, haben natürlich Pech.

Frau Sitzmann hat richtigerweise den BDS zitiert. Dessen Mitglieder klagen zu Recht über die Probleme, die sie mit unserem Standort haben. Die Wirtschaft ist bereits wieder im Abschwung. Also können wir es uns eigentlich nicht erlauben, unsere Zeit und unser Geld mit Bürokratie zu verdummeln, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Mir sagte unlängst ein Unternehmer, er könne entweder seine Leute gut bezahlen und Innovation und Marketing vorantreiben oder die ganzen bürokratischen Auflagen, an deren Bearbeitung inzwischen seine Frau mit einer Mitarbeiterin sitzt, erledigen.

Wie sehr die Vorschriften überzogen sind, meine Damen und Herren, erkennt man an dem „Wunderwerk“ Cross Compliance. Die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses haben damit sicher ihre Erfahrungen. Wir konnten – das ist das Glück an der Verwaltungsreform – auf kurzem Wege die Leute vom Vermessungsamt ins Landwirtschaftsamt überführen, um diesen ganzen Wust, den man hier geschaffen hat, irgendwie in den Griff zu bekommen. Die Bearbeitung der Unterlagen braucht sehr viel Zeit. 67 Seiten müssen studiert werden. Anträge im Umfang von 17 Seiten müssen gestellt werden, geprüft werden, zurückgeschickt werden und dann wieder geprüft werden.

Ich gebe Herrn Prewo recht: Die ganze Töpfchenwirtschaft ist bürokratisch und schafft Abhängigkeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Fauser, könnten Sie allmählich zum Schluss kommen.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Lieber Herr Präsident, vielen Dank für die Erinnerung. Ich dachte, Herr Oberbürgermeister Prewo hat so schön geredet, da muss ich das auch etwas nutzen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie haben aber schon vier Minuten länger als der Abgeordnete und Oberbürgermeister gesprochen.

(Unruhe)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Meine Damen und Herren, wir alle in diesem Hohen Haus wissen, worum es geht. Ich kann nur sagen: Wir brauchen Rahmenbedingungen. Unlängst war ich im Umweltausschuss, als über die EMAS-Verordnung und Ökodesign gesprochen wurde. Wenn wir es da nicht schaffen, Rahmenbedingungen aufzustellen, dann wird es ganz toll.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird erneut zur Sache gesprochen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt kommt der Verteidiger der Wühlmausverordnung!)

Staatssekretär Rudolf Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Anträge, die hier im Landtag beraten werden, kann man als überflüssig, als lästig, andere als konstruktiv, wieder andere als unangenehm empfinden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Aber, lieber Kollege Kretschmann, liebe Frau Sitzmann, von dem Antrag zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt war ich eigentlich sehr angetan. Die Begründung zu diesem Antrag hätte ich selbst so schreiben können. Sie gehen da sehr vernünftig und ausgewogen mit dem Begriff „Bürokratie“ um. Das halte ich für dringend notwendig, weil Bürokratie, Bürokraten, Beamte eigentlich eher mit negativen Assoziationen verbunden werden.

Alle Redner haben festgestellt, dass wir in einem demokratischen Rechtsstaat ein Regelwerk brauchen, dass wir Gesetze, Vorgaben, Vorschriften, Verordnungen brauchen. Wir brauchen dies, damit es in unserem Land wenigstens so weit wie möglich gerecht zugeht. Deshalb sollten wir nicht jeder Bürokratiekritik nachlaufen, die häufig undifferenziert ist, pauschal ist, oft in eigenem Interesse geübt wird oder sich sogar gegen die Interessen der Gemeinschaft richtet.

Weniger angetan als von Ihrem Antrag war ich von Ihrem Beitrag, liebe Kollegin Sitzmann. Darin haben Sie alles in den Bürokratietopf geworfen, auch Dinge, die da wirklich nicht hingehören. Wenn Sie in Aktuellen Debatten die Regelungen zu Themen wie Ladenschluss oder Nichtraucherschutz kritisieren, hat das mit Bürokratie überhaupt nichts zu tun. Vielmehr sind das in unserer Gesellschaft sehr strittige Fragen. Manche haben ein Problem, kurz nachdem hier Klarheit geschaffen wurde, hinterher in der Anwendung mit dem Gesetzestext entsprechend umzugehen. Mit Bürokratie hat das aber wenig zu tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr müsst die Gesetze gleich richtig machen, dann braucht man hinterher keine seitenlangen Erklärungen, ganz einfach!)

Lieber Herr Kollege Prewo, wenn wir uns einmal zurückerinnern, wann vor allem auf Bundesebene das Thema Bürokratie Hochkonjunktur hatte, dann werden wir sicher feststellen können, dass das die Zeit nach 1998 war, als Rot und Grün gemeinsam im Bund regiert haben und unglaublich vieles sehr kompliziert geregelt haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kehren Sie vor der eigenen Tür, in Baden-Württemberg! – Abg. Jörg Döpfer CDU: Das war der Weg in den Überwachungsstaat!)

Für mich war auch interessant, als ich mich nach der Übernahme meiner Aufgabe einmal umgeschaut habe, was sich in

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

anderen Ländern in Richtung Bürokratieabbau tut. Da konnte ich feststellen, dass ausschließlich Baden-Württemberg institutionalisiert, konsequent und regelmäßig

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ombudsmann!)

dem Thema Bürokratieabbau nachgeht und dass dort, wo Ihre Partei regiert, absolute Fehlzanzeige in dieser Richtung herrscht und man da auch keine Gesprächspartner und keine entsprechenden Institutionen findet.

Bei unseren bisherigen Bemühungen sind wir nicht überall selbst auf die Idee gekommen, dort, wo es richtig ist, Bürokratie abzubauen. Wir haben viele Hinweise aus der Wirtschaft, aus der Bevölkerung, aber auch von kommunaler Seite bekommen.

Eines habe ich noch nicht getan, aber das werden wir tun, und ich hoffe, dass Sie dann sehr gut dastehen: Ich will einmal sehen, welche Initiativen die Stadt Nagold ergriffen hat, welche Vorschläge Sie, Herr Dr. Prewo, als Oberbürgermeister in der Zeit gemacht haben, in der Sie noch nicht im Landtag waren, um entsprechend konstruktive Anregungen zu geben, wie wir Bürokratie abbauen können.

Meine Damen und Herren, wir erleben, wenn wir tagtäglich in unserem Land unterwegs sind, beide Seiten der Medaille des Themas Bürokratie: Auf der einen Seite begegnen wir bei den Bürgern, aber vor allem in den Unternehmen, beim Handwerk, beim Mittelstand der Forderung nach Deregulierung, der Forderung nach mehr Freiheit, weil Leute gehemmt werden, etwas zu unternehmen, die etwas unternehmen wollen. Unternehmer wollen etwas unternehmen, damit die Wirtschaft floriert. Das ist das eine: die Forderung nach Deregulierung.

Auf der anderen Seite erleben wir im gleichen Unternehmen vom gleichen Unternehmer auch die ständige Aufforderung, endlich die Dinge in die Hand zu nehmen, von der Politik aus etwas zu regeln, etwas zu entscheiden. Warum? Weil man Sicherheit will, weil man Klarheit will, weil man klare Verhältnisse will, weil man sich manchmal auch persönlich von Verantwortung entlasten will und gern die Verantwortlichkeit auf staatlicher Seite hat. Zu Recht fordert die Bürgerschaft Regulierungen, damit es – ich habe es schon gesagt – gerecht zugeht.

In dieser Gratwanderung bewegen wir uns bei unserer Arbeit: Oft kommt von den gleichen Personen und Institutionen auf der einen Seite die Aufforderung, zu deregulieren, auf der anderen Seite die Aufforderung, etwas endlich zu regulieren.

Bei uns in Baden-Württemberg hat das Thema Bürokratieabbau Tradition. Man kann natürlich, Kollege Prewo, fröhliche Absurditäten aus Gesetzen und Verordnungen herauslesen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Aus Ihrer Antwort!)

Aber Ihr Katalog ist ja ein Beispiel für das, was wir angehen und was wir wirklich herunterzonen, wenn auch aus bestimmten Gründen manche Dinge nicht ganz abstellbar sind.

Aber wir sollten uns gleichzeitig bewusst machen, dass vieles hier im Landtag unter dem Thema Bürokratieabbau überhaupt nicht mehr diskutiert werden kann, weil diese Bürokratie durch unsere Arbeit überhaupt nicht entsteht. Ich glaube, es

ist wesentlich wichtiger, als reparierend dem Regelwerk hinterherzulaufen, dafür zu sorgen, dass dann, wenn neue Gesetze entstehen, diese Gesetze für die Bürger verständlich, nachvollziehbar und handhabbar sind und nicht weitere ungerechtfertigte Bürokratie aufgebaut wird.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Ulrich Noll
FDP/DVP)

Dem Antrag der Grünen entnehme ich zwei Schwerpunkte. Auf diese will ich kurz eingehen.

Zweifelloos die wichtigste Maßnahme der letzten Jahre mit Bürokratieabbauereffekt war die Verwaltungsstrukturreform, heiß diskutiert, landauf, landab und auch hier im Landtag. Ich will nach wie vor festhalten: Trotz Irritationen und trotz Umstellungen nach Jahrzehnten einer bestimmten Verwaltungsstruktur auf eine neue Form von Verwaltung ist diese Verwaltungsreform bundesweit einzigartig und hat weit über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen erregt und ist auf große Zustimmung gestoßen.

Mit der Verwaltungsstrukturreform haben wir zum 1. Januar 2005 350 Landesbehörden aufgelöst. Wir haben Zuständigkeiten und Aufgaben auf Landratsämter, Stadtkreise und Regierungspräsidien übertragen. Damit haben wir die Einheitlichkeit der Verwaltung, die Einräumigkeit und die Einhäusigkeit erreicht. Wir haben etwas erreicht, was auf der kommunalen Ebene bei Städten und Gemeinden schon immer gang und gäbe war, nämlich dass die Wirtschaft, dass der Bürger nicht zig Ansprechpartner an unterschiedlichen Orten in unterschiedlichen Gebietseinheiten, sondern in einem Haus und an einer Stelle hat.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Eingliederung der unteren Sonderbehörden in die Landratsämter hat sich insgesamt bewährt. Deshalb hält die Landesregierung jetzt auch im Rahmen der Evaluierung an der grundlegenden Neustrukturierung der Verwaltung auf der Kreisebene fest – mit den wenigen Ihnen bekannten Ausnahmen bei der Schulverwaltung und im Forstbereich.

Die zweite wichtige Maßnahme zur Deregulierung war die Entbürokratisierungsinitiative, die wir im Jahr 2002 gestartet haben. Als zentraler Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, für Kommunen, Wirtschaftsverbände und Institutionen und als zentraler Koordinator der Aktivitäten der Landesregierung zur Entbürokratisierung wurde der Beauftragte der Landesregierung für Bürokratieabbau, Deregulierung und Aufgabenabbau, der sogenannte Ombudsmann, ernannt. Herr Staatssekretär Böhmler hat bis zu seinem Wechsel nach Frankfurt diese Aufgabe erfolgreich wahrgenommen. Auf seine Initiative hin hat der Ministerrat insgesamt fünf Maßnahmenpakete – die scheinen Ihnen alle entgangen zu sein, Herr Kollege Prewo – zur Entbürokratisierung beschlossen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ganze 45 Vorschläge!)

Die Landesregierung hat damit im Land, beim Bund und auf der europäischen Ebene wichtige Anstöße zum Bürokratieabbau auf den Weg gebracht. – Es waren nicht 45 Vorschläge – diese 45 waren nur als Beispiele genannt –, sondern es sind 910 Vorschläge bearbeitet worden. 474 Vorschläge, also über

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

50 %, wurden aufgegriffen. Die anderen Vorschläge wurden deshalb nicht weiterverfolgt, weil das Problem nach der geltenden Rechtslage bereits gelöst war, weil die Vorschläge aus rechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden konnten oder weil die Umsetzung sogar zusätzlich neue Bürokratie verursacht hätte.

Die Erfolgsbilanz ist der Stellungnahme des Staatsministeriums zum Antrag als Anlage beigefügt. Sie zeigt eindrucksvoll auf, wie umfangreich und vielfältig die vom Ombudsmann bearbeiteten Maßnahmen zum Bürokratieabbau waren und sind.

Als neuer Beauftragter der Landesregierung für Bürokratieabbau setze ich diese erfolgreiche Arbeit meines Vorgängers konsequent fort. Sofern Vorschläge noch nicht abschließend umgesetzt sind, werde ich ihre Umsetzung weiter vorantreiben. Gleichzeitig möchte ich aber die Aufgabe auch neu strukturieren. Es gibt auf Landes-, auf Bundes- und auf europäischer Ebene eine Vielzahl von Akteuren, deren Aufgabe der Bürokratieabbau ist, z. B. die High Level Group auf der europäischen Ebene unter dem Vorsitz von Edmund Stoiber

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

oder der Normenkontrollrat auf Bundesebene. Um Doppelarbeit zu vermeiden, werde ich meinen Arbeitsschwerpunkt auf den landespolitischen Bereich sowie auf die Bereiche legen, die von keiner anderen Institution aufgegriffen werden.

Ein Schwerpunkt der Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene ist bisher die Beschränkung der Bürokratiekosten der Unternehmen. In Zukunft soll zumindest auf Bundesebene zusätzlich die Belastung der Bürgerinnen und Bürger reduziert werden. Vernachlässigt werden dagegen bislang auf europäischer und auf Bundesebene die Bürokratiekosten der Verwaltungen auf allen Ebenen. Die demografische Entwicklung zwingt uns aber, die Staatsquote zu senken und die Haushalte in Ordnung zu bringen. Das kann nur erreicht werden, wenn auch die Bürokratielasten der Verwaltungen auf allen Ebenen verringert werden. Deshalb wird dies ein besonderer Schwerpunkt unserer Bemühungen in Baden-Württemberg sein.

Um weiter erfolgreich sein zu können, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, brauchen wir eine intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit unserer eigenen Verwaltung und mit der Bürgerschaft. Ich werde jeden Vorschlag zur Entbürokratisierung – auch Ihre Vorschläge vonseiten der Grünen und der SPD –, der eingeht und an mich herangetragen wird, überprüfen lassen. Ich nehme ab sofort gern Ihre Vorschläge entgegen.

Ich will zum Schluss eine Anmerkung machen, und zwar weniger als Mitglied der Landesregierung als vielmehr als Landtagsabgeordneter. Auch der Landtag und seine Abgeordneten beschaffen der Verwaltung häufig sehr kleine Karos. Mit außerordentlich viel bürokratischem Aufwand, meine Damen und Herren, müssen Fragen beantwortet werden, die weniger den Kenntnisstand des Parlaments und der Öffentlichkeit bereichern als die Papierindustrie und unsere Papierkörbe. Wenn wir diesen Schwerpunkt ernsthaft angehen wollen, wenn wir die Verwaltung von Zeit- und Bürokratiekosten – vorhin ist von einem Raub von Zeit gesprochen worden – entlasten wol-

len, dann haben wir in diesem Feld Anstrengungsperspektiven, zu denen wir alle beitragen können.

Ich will mich schon im Voraus bei Ihnen herzlich für die vielen Anregungen bedanken, die in den kommenden Tagen bei uns eingehen werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem in Frankfurt am Main ansässigen Generalkonsul der Niederlande, Herrn Jan Hesseling, der dem Landtag heute seinen ersten offiziellen Besuch abstattet.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul, ich darf Sie recht herzlich hier im Landtag von Baden-Württemberg begrüßen und wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Landeshauptstadt. Sie werden sicherlich feststellen, dass Baden-Württemberg nach der Erweiterung der EU mitten im Herzen der EU liegt. Meistens ist es am besten, ein Generalkonsulat liegt mitten im Herzen eines Landes. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es gibt eine weitere Wortmeldung der Frau Abg. Sitzmann von der Fraktion GRÜNE. Bitte, Sie haben das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs hatte ich gesagt: Wir warten auf den Bürokratieabbau. Nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs hat sich nichts geändert. Wir warten weiterhin auf den Bürokratieabbau. Wir hoffen natürlich, dass Sie die Zusammenarbeit mit der sogenannten High Level Group und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Stoiber tatsächlich weiterbringt. Allein uns fehlt der Glaube.

Wir werden Ihr Angebot selbstverständlich gern annehmen und Ihnen Vorschläge für Bürokratieabbau unterbreiten. Ich fange mit einem Vorschlag an. Die Landesregierung hat für die Breitbandförderung im ländlichen Raum 20 Millionen € zur Verfügung gestellt. Wenn die Informationen, die ich habe, zutreffen, dann gibt es derzeit einen Formularentwurf. Ich glaube, es wäre in Anbetracht der umfangreichen Fragen und des großen Aufwands, den dieses Verfahren verursachen würde, gut, wenn Sie sich den Entwurf einmal ansehen, bevor das Formular tatsächlich herausgeht.

Es hat uns natürlich gefreut, dass Sie die Begründung unseres Antrags teilen. Wir können jedoch Ihre Aussage, dass gerade unter der rot-grünen Bundesregierung die Bürokratie Hochkonjunktur gehabt hätte, nicht teilen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch Propaganda! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das belegt auch die Umfrage des Bundes der Selbstständigen. Im Jahre 2005 war Bürokratieabbau noch nicht das große Problem. Erst seitdem in Berlin Union und SPD regieren, ist es als Problem auf Platz 1 gerutscht. Das einmal zur Klarstellung.

(Beifall bei den Grünen)

(Edith Sitzmann)

Kollege Prewo hat einen recht amüsanten Beitrag gebracht. Allerdings haben wir, nachdem Sie so groß gestartet sind, des Pudels Kern, was jetzt im Land im Bezug auf Bürokratieabbau tatsächlich zu tun ist, und etwas Konkretes vermisst.

Kollegin Fauser, ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie ja Mitglied einer der diese Landesregierung tragenden Fraktionen sind und insofern viel Einfluss darauf haben, wie bürokratisch oder wie wenig bürokratisch Gesetze, die in den Landtag eingebracht oder hier verabschiedet werden, tatsächlich sind.

Beim Entwurf des Landeswohnraumförderungsgesetzes gab es massive Kritik und Proteste, weil da der Bürokratiehengst heftig gewiebert hat. Dann sind Gott sei Dank die schlimmsten Hämmer aus diesem Gesetzentwurf ausgebessert worden. Die Auffassung, dass das nun als Erfolg einer Gesetzesfolgenabschätzung verkauft werden soll, können wir aber nun gar nicht teilen, eher im Gegenteil.

Sie erinnern sich: Wir haben heute Morgen eine Parlamentsreform beschlossen, die das Parlament stärken soll. Im Grunde genommen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Gesetzentwürfe durch Aussprachen und durch Anhörungen verändert und verbessert werden. Ich hoffe, dass wir uns alle einig sind, dass das mit der heute beschlossenen Parlamentsreform in Zukunft tatsächlich umgesetzt wird. Ansonsten warten wir weiter auf den Bürokratieabbau. Mit unserem Antrag geben wir Ihnen die Möglichkeit, endlich für die Einsetzung des Normenkontrollrats zu stimmen ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete!

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: ... – ich bin sofort fertig –, wie Sie es auch in Ihrer Koalitionsvereinbarung vor zwei Jahren schon vorgesehen haben. Wir stellen in unserem Antrag Drucksache 14/1668 unter Abschnitt II die Ziffern 2 und 3 zur Abstimmung. Wenn Sie Ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung folgen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Brauchen wir den?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/1668. Abschnitt I ist ein Berichtsteil und mit der Aussprache erledigt.

Abschnitt II des Antrags wird zur Abstimmung gestellt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Außer Ziffer 1! Ziffer 1 hat sich erledigt!)

– Abschnitt II Ziffer 1 ist erledigt. Über Abschnitt II Ziffer 2 und 3 soll abgestimmt werden.

Wer diesem Teil des Antrags der Fraktion GRÜNE zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wer ist jetzt für Bürokratie? – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland unterstützen – Drucksache 14/1713

b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Mindestlohn – Abschied von der sozialen Marktwirtschaft? – Drucksache 14/2129

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge unter den Buchstaben a und b jeweils fünf Minuten, für die Aussprache über beide Anträge fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich darf Herrn Abg. Hausmann für die Fraktion der SPD das Wort geben.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Der Redner verstellt die Mikrofone. – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein! Das muss nach vorne!)

Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken.

So steht es in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen.

Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt. ... Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

So steht es in der Verfassung von Bayern. Das ist nicht gerade verdächtig,

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

politisch zu stark auf unserer Seite zu stehen; es ist auch historisch sehr konsistent.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir setzen heute eine Debatte fort, die wir im Dezember des letzten Jahres begonnen haben. Damals ging es um

(Zuruf von der CDU: Post!)

die Mindestlöhne für Postzusteller. Heute geht es um etwas mehr. Heute geht es darum, einen gesetzlichen Mindestlohn unabhängig von der Branche zu unterstützen. Deswegen haben wir den Antrag, die entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zu unterstützen, eingebracht. Es geht um den gesetzlichen Mindestlohn, der unabdingbar ist,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sozialismus!)

der unmittelbar zwingend wirkt,

(Rudolf Hausmann)

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sozialismus pur! – Gegenruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Herrgott, Herr Wetzel!)

der weder durch Tarifvertrag noch durch Betriebsvereinbarungen, noch durch individualrechtliche Regelungen unterboten werden darf.

Wenn der Herr Wetzel reinschreit „Sozialismus pur“, dann darf ich daran erinnern, dass in Ihrem Antrag, der jetzt mit behandelt wird, ausdrücklich die Flagge der Tarifautonomie geschwenkt wird.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja! Eben!)

Sie sagen, die Tarifautonomie muss gewährt werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Dafür brauchen wir nicht den Staat!)

Herr Dr. Wetzel, ich brauche Sie doch nicht darüber aufzuklären, dass Tarifautonomie Tarifverträge zur Folge hat

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!)

und dass Tarifverträge unmittelbar zwingend und unabdingbar sind.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eben! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Einen Mindestlohn festschreiben!)

Das ist das Rechtssystem in Baden-Württemberg, in Deutschland seit der Nachkriegszeit.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wenn sie für allgemein verbindlich erklärt worden sind! Nur dann!)

Es geht also darum, dass wir es schaffen, dass jemand, der einer Vollzeitarbeit nachgeht, davon auch tatsächlich anständig leben kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir leben in einem sehr reichen Land; das gilt für Deutschland und insbesondere für Baden-Württemberg. Daher müssten wir eigentlich diejenigen sein, die in der sozialen Frage vorpreschen und hier zu einer Lösung kommen. Es dürfte eigentlich gar keinen Zweifel daran geben, dass jeder von seiner eigenen Hände Arbeit leben kann. Das ist auch eine Frage der lebendigen Demokratie. Wenn die Löhne bei uns nicht so bemessen sind, dass jeder davon leben kann – und zwar nicht nur im Sinne des reinen Überlebens, sondern so, dass er tatsächlich in der Gesellschaft leben und sich einmischen kann –, dann wird dies auch zu einem demokratischen Problem, das wir zu lösen haben; denn wenn Menschen am Rande der Gesellschaft leben und aus der Gesellschaft ausgegrenzt sind, können wir nicht von einer lebendigen Demokratie reden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht schlicht und einfach auch um eine wirtschaftspolitische Frage.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es geht darum, ob es in Deutschland, in Baden-Württemberg weiterhin möglich sein wird, dass durch Dumpinglöhne anständig arbeitende Menschen und anständig arbeitende und entlohnende Unternehmen angesichts der Konkurrenz unter Druck kommen können und damit auch gezwungen werden, eventuell selbst den Weg der Dumpinglöhne zu beschreiten. Es geht also darum, Fakten zu schaffen, damit die Schmutzkonkurrenz in Baden-Württemberg und in Deutschland nicht überhandnimmt, sondern damit die vielen anständigen Unternehmer, die vielen anständigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mindestbedingungen erhalten, unter denen eine Konkurrenz überhaupt stattfinden kann. Ich glaube, es lohnt sich, dies zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Es ist natürlich wahr, dass die Tarifautonomie ein grundgesetzlich verankertes Recht ist. Die FDP/DVP schreibt dies ja in ihrem Antrag auch ausdrücklich und sieht den Mindestlohn als Attacke auf die Tarifautonomie. Die Befürchtung, dass da vielleicht eine Schwächung stattfinden könnte, kommt aus „berufenem“ Mund, nämlich aus der FDP.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das war jetzt etwas ironisch gemeint.

Es ist auch so, dass die freie Verhandlung zwischen Arbeitgeberverbänden einerseits und Gewerkschaften andererseits eine ganz starke Säule für die Entwicklung in Deutschland und in Baden-Württemberg war, die so positiv verlaufen ist. Wie sich in den Abschlüssen zeigt, hat es in der Vergangenheit jeweils einen insgesamt guten Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen gegeben, und das ist auch heute noch der Fall.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Aber die Tarifbindung ist dramatisch zurückgegangen. Allein in den letzten acht, neun Jahren ist die Tarifbindung im Westen von ursprünglich 76 % auf 65 % zurückgegangen. Im Osten ist sie von einer niedrigeren Ausgangsbasis aus, nämlich von 63 %, auf 54 % gesunken. Deswegen ist der Mindestlohn kein Angriff auf die Tarifautonomie, sondern er ist eine Unterstützung der Tarifautonomie; denn da, wo die Tarifvertragsparteien nicht mehr zu einer Regelung in der Lage sind, muss eine Mindestregelung her, die es unmöglich macht, dass mit Schmutzkonkurrenz in manchen Branchen Druck auf anständig arbeitende Unternehmen und Menschen ausgeübt wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Zum Schluss der ersten Runde noch folgender Hinweis: Es gibt schon lange Regelungen, bei denen bisher noch keiner auf die Idee gekommen ist, zu sagen, es sei ein Eingriff in die Tarifautonomie. Ich darf nur daran erinnern, dass wir den Mindesturlaub gesetzlich geregelt haben. Wir haben die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gesetzlich geregelt. Wir haben die Höchstarbeitszeiten gesetzlich geregelt. Wir haben diese Instrumente, übrigens fast einvernehmlich, verwendet, um gesetzlich Mindestbedingungen zu schaffen. Wir sagen: Der Mindestlohn ist in der heutigen Zeit exakt in diese Rubrik einzuordnen. Der Mindestlohn muss gesetzlich geregelt werden,

(Rudolf Hausmann)

um Voraussetzungen für anständige, würdige Arbeit und Entlohnung zu bekommen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit einiger Zeit geht ein Gespenst in Deutschland um, und dieses Gespenst heißt Mindestlohn.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD, ein Papier mit der Überschrift „SPD-Erfolg: Mindestlohn für weitere 1,5 Millionen!“ in die Höhe haltend: Das ist kein Gespenst, das ist Realität!)

Mithilfe dieses Gespensts versuchen gewisse Leute nicht etwa, sich – weil es so gut klingt – der sozialen Not der Menschen anzunehmen. Das wird nur vorgeschoben. Vielmehr geht es tatsächlich darum, dass das Ganze so gut klingt. Wir haben ja die wohlklingenden Worte von Herrn Hausmann – am Anfang und am Schluss – gehört: Für gute Arbeit muss es gutes Geld geben. Wer möchte dem widersprechen? Wer eine Vollzeitstätigkeit ausübt, soll seine Familie auch gut ernähren können. Wer will dem widersprechen? Das ist alles richtig, aber dennoch in der Realität in unserem Land nicht so einfach. Herr Hausmann, es ist durchaus so: Gerade das, was die SPD auf Bundesebene vertritt, ist die Axt an der Tarifautonomie.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Denn wenn man Ihre Vertreter auf Bundesebene hört, geht es ja nicht darum, lediglich in bestimmten Branchen und gerade dort, wo die Tarifbindung abnimmt, den Mindestlohn einzuführen. Nein, Sie wollen den flächendeckenden Mindestlohn. Wer für den flächendeckenden Mindestlohn eintritt, will von der Tarifautonomie nichts mehr wissen. Das ist eine Tatsache.

Diese Mindestlohnfantasien bringen weitere Probleme mit sich. Da müssen Sie sich nur einmal das vergegenwärtigen, was die überwiegende Mehrheit der Ökonomen sagt. Sie gehen davon aus, dass die Lohnspreizung in diesem Land weiterhin notwendig ist, dass es durch den Protektionismus, den Sie vorhaben, zu Wohlfahrtseinbußen kommt, dass „Einfuhrzölle“ auf den Faktor Arbeit eben dazu führen, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden und dass dadurch die Arbeitslosigkeit insbesondere bei den Geringqualifizierten steigt und die Schwarzarbeit ebenfalls zunimmt.

Das ist auch der Grund dafür, dass es mit dem Mindestlohn nicht so richtig funktioniert. Ich verweise auf einen Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. März 2008 mit der Überschrift „Ein Flop“. Was ist damit gemeint? Der Mindestlohn. Anfang dieser Woche haben wir ja gehört, welche Branchen sich um die Einführung eines Mindestlohns beworben haben. Es sind Branchen mit insgesamt 1,43 Millionen Beschäftigten in diesem Land – 1,43 Millionen von 40 Millionen! Ihr

früherer Generalsekretär Olaf Scholz spricht da von einem gigantischen Erfolg. Das zeigt, wie bescheiden die SPD in diesem Land schon geworden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die meisten Ökonomen halten den Kombilohn, halten Mindesteinkommen für eine bessere Lösung als den Mindestlohn. Ich will es mir so einfach nicht machen. Ganz klar ist, dass auch Kombilöhne ihre Pferdefüße haben, dass auch sie auf die Tarife drücken und möglicherweise zu Mitnahmeeffekten verleiten. Die Wahrheit ist: Es gibt diesen Königsweg nicht. Die Realität ist eben komplizierter, als Sie es darstellen, aber die Problematik ist mit Sicherheit nicht einfach durch Mindestlöhne zu lösen – schon gar nicht, wie bei der Post, durch Mindestlöhne in Höhe von 9,80 € pro Stunde.

Wie war denn die Situation bei der Post? Die Post war einem Kostenvorteil ihrer Mitbewerber von mehr als 30 % ausgesetzt, obwohl sie dadurch, dass sie von der Mehrwertsteuer befreit war, selbst noch einen Kostenvorteil von 19 % hatte.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben!)

Sie hat versucht, sich dieser Konkurrenz zu erwehren. Deshalb hat Herr Zumwinkel die Mindestlöhne durchgedrückt. Er war das nämlich.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja!)

Auch am Beispiel Zumwinkel sieht man schön den Unterschied zwischen Gutmenschen und guten Menschen.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Herr Zumwinkel kam nämlich als guter Mensch wunderbar daher. Aber das Märchen vom guten Menschen war spätestens dann beendet, als die Bochumer Staatsanwaltschaft in seinem Vorgarten stand. Damit war nämlich klar, dass Herr Zumwinkel bestenfalls ein Gutmensch ist und dass nicht jeder Vertreter des Mindestlohns in diesem Land auch ein Vertreter des Mindestanstands ist, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Wie war denn das Verhalten von Herrn Zumwinkel? Zunächst hat er den Mindestlohn durchgedrückt. Dann stiegen die Kurse der Aktien der Post. Dann hat er Kasse gemacht, und anschließend wurde das Geld in Stiftungen nach Liechtenstein verschoben. Schuld daran war am Ende der Neoliberalismus. So einfach sind die Diskussionen in diesem Land.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Angesichts der Ermittlungen gegen Herrn Würth wäre ich vorsichtiger! Was ist mit dem FDP-Mitglied Würth?)

Keineswegs ehrenwert, Herr Schmiedel, sind die Motive Ihres Bundesvorsitzenden Kurt Beck.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Distanzieren Sie sich einmal von Lambsdorff!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Kurt Beck geht es auch nicht um Mindestlöhne, sondern um Mindestumfragewerte, die er in diesem Land nicht erreicht. Das ist das Problem von Kurt Beck.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Worum geht es Herrn Würth?)

Ich kann Ihnen, was Ihnen ständig die Mindestlöhne im Mund führenden Bundesvorsitzenden Kurt Beck angeht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist mit Ihrem Freund Würth?)

nur einen Rat geben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Was Ihren Vorsitzenden Kurt Beck anbelangt, gilt ein altes indianisches Sprichwort: Wenn du ein totes Pferd reitest, steige ab.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist das Beste, was man Ihnen in diesem Zusammenhang raten kann, meine Damen und Herren. Nicht nur Kurt Beck ist ein totes Pferd, sondern die ganze Mindestlohndebatte, insbesondere wenn man sie so anlegt, wie Sie das tun, und davon ausgeht, dass ein flächendeckender Mindestlohn alle Probleme in diesem Land löst. Er löst die Probleme nicht. Er vernichtet Arbeitsplätze, insbesondere für Geringqualifizierte, und er benachteiligt die Klientel, die einer sozial mitfühlenden Partei, wie Sie es ja sein wollen, am meisten am Herzen liegen sollte, nämlich die Arbeitslosen. Denen verbauen Sie mit diesen Fantasien den Weg in den Arbeitsmarkt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der FDP/DVP und der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wolf für die Fraktion der CDU.

Abg. Guido Wolf CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede zum Bürokratieabbau ist in diesem Hohen Hause noch nicht verklungen – und die einzelnen Fraktionen haben sich ja geradezu überboten in ihren Forderungen, wo überall sich der Staat zurückziehen sollte –, und schon sind wir – auf Initiative der SPD – wieder dabei, über ein bürokratisches Monster im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren, bei dem ich nur empfehlen kann, dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, endlich die Finger davon lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Dann sollten Sie einmal einige CDU-Kommentare dazu lesen!)

Spätestens seit Beginn dieser Woche wissen wir, dass Ihr Vorhaben, einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen, zu einem Maximalflop geworden ist. Es ist jetzt eigentlich an Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, dies auch einzusehen und umzukehren.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! Buße zu tun!)

Die SPD ist ja schon bescheiden geworden. Olaf Scholz – er ist inzwischen Bundesarbeitsminister und nicht mehr Gene-

ralsekretär der SPD – spricht angesichts der Tatsache, dass sich sage und schreibe sieben Branchen – die meisten sind Exoten – entschieden haben, dem Entsendegesetz beizutreten, von einem „gigantischen politischen Erfolg“. Die SPD ist bescheiden geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Olaf Scholz und Peter Struck hatten von zehn und mehr Branchen gesprochen und den großen Durchbruch vorhergesagt. Die Resonanz ist doch sehr bescheiden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, wann begreifen Sie endlich, dass Sie auf dem Holzweg sind? Mindestlöhne sind eben nicht das, was Sie immer vorgeben, nämlich sozial. Mindestlöhne bewirken Wettbewerbsverzerrung, indem sie arbeitsmarktpolitische Dinosaurier ermöglichen. Mindestlöhne sind für jene diskriminierend, die gering qualifiziert sind, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Schaffen wir doch Voraussetzungen dafür, dass auch Geringqualifizierte zu niedrigeren Löhnen Beschäftigungsmöglichkeiten haben,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Acht Stunden täglich arbeiten, ohne seine Familie ernähren zu können!)

gegebenenfalls mit aufstockender Grundsicherung. Aber rationalisieren wir diese Jobs doch nicht weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Lieber Herr Kollege Hausmann, angesichts Ihres gewerkschaftlichen Hintergrunds, vor dem ich großen Respekt habe, verstehe ich umso weniger, wie gerade die Gewerkschaften dem gesetzlichen Mindestlohn das Wort reden können. Sie entmachten sich selbst. Sie trauen sich selbst nichts mehr zu. Die Politik soll es regeln. Aber gerade das, meine Damen und Herren, darf es nicht geben.

Dann kommen immer wieder Hinweise auf das Ausland, wo der Mindestlohn angeblich funktioniert, und die Frage: Warum soll das nicht auch bei uns der Fall sein? Solche Vergleiche hinken. In Großbritannien sind es gerade einmal 1,4 %, die überhaupt betroffen sind.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Weil sie anständige Löhne haben!)

In den USA sind es 1,3 %, in den Niederlanden 2,2 %.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

In Frankreich sind es zugegebenermaßen 16,7 %. Aber schauen wir einmal genauer hin, was sich in Frankreich zugetragen hat. Dort ist die Situation eingetreten, dass die Geringqualifizierten, vor allem Jugendliche, keine Beschäftigungschancen haben. Die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich liegt mit 23 % deutlich über der unseren. Wollen wir denn diese französischen Verhältnisse in unser Land übertragen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Unruhe)

(Guido Wolf)

Gleichwohl besteht politische Übereinstimmung in einem zentralen Punkt: Ziel ist es, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern durch Erwerbstätigkeit ein auskömmliches Einkommen zu verschaffen. Das ist gerechtfertigt. Dabei halten wir von der CDU-Fraktion kreative Kombilohnmodelle für ebenso wichtig, wie wir dagegen sind, eine aufstockende Grundversicherung zu verteufeln. Nur so kann die Problemlösung in einer richtig verstandenen sozialen Marktwirtschaft aussehen. Lassen Sie uns darüber gemeinsam politisch diskutieren.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Guido Wolf CDU: Bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Wolf, Sie sagten gerade zu Recht, in Frankreich sei die Jugendarbeitslosigkeit höher.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Fünfmal so hoch!)

Bisher hat die CDU dafür nur ein Argument verwendet, und das lautete: Weil wir eine duale Ausbildung haben, die es in Frankreich nicht gibt, sind die Zahlen in Frankreich höher. Muss das Argument der Jugendarbeitslosigkeit bei Ihnen in allen Argumentationen herhalten?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Abg. Guido Wolf CDU: Verehrter Herr Kollege, es hält nicht für alles her.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie ziehen es aber für alles bei!)

Wenn aber immer wieder das Beispiel Frankreich beigezogen wird, um zu zeigen, wie „erfolgreich“ dort mit dem Mindestlohn gearbeitet werde, dann muss, wie ich meine, auch der Blick auf die nicht akzeptable hohe Jugendarbeitslosigkeit gestattet sein, die auch darin ihre Ursachen hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu sagen: Die grüne Landtagsfraktion wird dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Für uns ist klar: Nach wie vor haben tarifliche Lösungen Vorrang.

(Zurufe der Abg. Rudolf Hausmann und Claus Schmiedel SPD)

Ein gesetzlicher Mindestlohn hebt selbstverständlich die Tarifautonomie aus. Ein Mindestlohn wird eben gesetzlich festgelegt – nicht mehr von den Tarifparteien.

(Zuruf des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU – Unruhe)

Außerdem bringt ein allgemeiner, flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn einige Probleme mit sich. Ist er zu niedrig angesetzt, dann hilft er nicht. Ist er zu hoch, besteht –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten. Die Rednerin ist sonst kaum zu verstehen.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Liegt der gesetzliche Mindestlohn zu hoch, besteht die Gefahr, dass Arbeitsplätze vernichtet werden und dass Aufträge in die Schwarzarbeit abwandern.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Natürlich ist richtig: Wer arbeitet, muss davon auch leben können. Es gibt aber auch regionale Unterschiede. Es ist ein Unterschied, ob ich im mittleren Neckarraum, ob ich in Stuttgart lebe oder in der Mecklenburgischen Seenplatte. Diese regionalen Unterschiede berücksichtigt ein gesetzlicher Mindestlohn nicht. Er berücksichtigt auch keine Unterschiede zwischen den Branchen. Deshalb halten wir davon nichts und setzen weiterhin auf tarifliche Lösungen, die unseres Erachtens Vorrang vor gesetzlichen Regelungen haben.

Klar ist aber auch, dass das Flächentarifsystem in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern, zunehmend an Bedeutung verliert. 1996 waren nach Angaben des IAB noch 69 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen tätig. 2006 waren es gerade noch 57 %. In den neuen Bundesländern liegt die Quote mittlerweile bei 40 %.

Dafür tragen wir als Politiker natürlich Verantwortung, und wir müssen uns fragen, wie wir die Beschäftigten, die nicht in tariflich gebundenen Betrieben arbeiten, tatsächlich schützen können. Dabei setzen wir auf andere Regelungen als einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir setzen auch auf andere Regelungen als die, die Kollege Wolf vorgeschlagen hat; er sprach von der Aufstockung mit Arbeitslosengeld II.

Weil Sie, Herr Kollege Wolf, von Bürokratie gesprochen haben: Wenn etwas bürokratisch ist, dann ist es das Arbeitslosengeld II oder die Beantragung von Unterstützung bei den Kosten für die Unterkunft. Das ist wirklich Bürokratie. Außerdem werden die Leute da schon arg gegängelt, obwohl sie Beschäftigung haben. Insofern ist das für uns keinesfalls der richtige Weg. Vielmehr schlagen wir vor, dass die Tarifparteien Mindestlöhne vereinbaren und diese auf Antrag ins Arbeitnehmerentendegesetz aufgenommen werden, sodass auch Beschäftigte, die nicht tarifgebunden arbeiten, entsprechend bezahlt werden.

Klar ist für uns, dass nur für Branchen, in denen es keine oder zumindest keine ausreichenden Tarifstrukturen gibt, andere Lösungen gefunden werden müssen. Wir schlagen da eine Mindestlohnkommission nach britischem Vorbild vor. Darin sitzen die Sozialpartner mit Vertretern der Wissenschaft zu-

(Edith Sitzmann)

sammen und erarbeiten Empfehlungen, die branchenspezifisch und regionalspezifisch sind. Damit können auch diese Beschäftigten vor Dumpinglöhnen geschützt werden. Das ist unseres Erachtens der wesentlich bessere Weg als ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn oder eine Aufstockung über das Arbeitslosengeld II.

Klar ist auf jeden Fall, dass Wirtschaft und Politik in der Verantwortung und in der Pflicht sind, dass Menschen, die arbeiten, auch ihre Existenz sichern können. Da muss ich an die Regierungsfractionen und insbesondere die Fraktion der CDU gerichtet sagen: Wir sehen die Signale in Richtung einer sozialen Absicherung bei Ihnen nicht.

Wir hatten vor einem knappen Dreivierteljahr einen Antrag zum Thema „Bekämpfung von Armutslöhnen in Baden-Württemberg“ behandelt. Damals wurde von Ihnen auf die Vereinbarung im Koalitionsausschuss vom Juni 2007 verwiesen: Einbeziehung weiterer Branchen in das Entsendegesetz. Ferner ging es um die Möglichkeit, sich bis zum 31. März 2008 – also vorgestern – zu bewerben. Da geht es explizit auch um die Zeitarbeits- und Weiterbildungsbranche, deren Vertreter ja jetzt tatsächlich den Antrag gestellt haben. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die Politik verlässlich ist, und dass Sie die Vereinbarung, die die CDU/CSU und die SPD getroffen haben, einhalten ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: ... und sich dafür einsetzen, dass die Branchen, die jetzt beantragt haben, in das Entsendegesetz aufgenommen zu werden, auch tatsächlich die Möglichkeit haben, aufgenommen zu werden.

Insgesamt ist es wichtig, die Unsicherheit und die sozialen Probleme, die viele Menschen haben, ernster zu nehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute zwei Anträge, die in ihrer Zielsetzung höchst unterschiedlich sind: zum einen den Antrag der Fraktion der SPD, der die Landesregierung auffordert, eine Initiative zur flächendeckenden Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu unterstützen, und zum anderen den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, der die Frage stellt, ob ein Mindestlohn den Abschied von der sozialen Marktwirtschaft bedeutet.

Ich muss vorab feststellen: Der Antrag der Fraktion der SPD hat sich zwischenzeitlich erledigt. Denn der Bundesrat hat am 12. Oktober 2007 mit der Stimme Baden-Württembergs beschlossen, den von Rheinland-Pfalz gestellten Gesetzesantrag nicht in den Bundestag einzubringen. Ich möchte mich deshalb auf die aktuelle Lage beim Mindestlohn beschränken. Denn Rheinland-Pfalz hat seinen Gesetzesantrag zu einem Zeitpunkt in den Bundesrat eingebracht, zu dem die Berliner

Koalition bereits einen Kompromiss zum Mindestlohn gefunden hatte. Dieser Kompromiss besteht darin, Möglichkeiten zur Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne zu schaffen. Dafür sollen das Arbeitnehmerentendegesetz und das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen angepasst werden.

Man kann durchaus der Meinung sein, dass es in Ausnahmefällen notwendig sein kann, dass der Staat in die Lohnfindung eingreift, beispielsweise durch die Aufnahme einer Branche in das Arbeitnehmerentendegesetz oder durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrags. Beides ist bisher schon möglich, und es hat sich ja auch in Einzelfällen durchaus bewährt. Aber solche Regelungen dürfen keine sozial- und wirtschaftspolitischen Flurschäden verursachen.

Deshalb denke ich, dass die Gesetzentwürfe des Bundesarbeitsministeriums, die zu diesem Thema auf dem Tisch liegen, kategorisch abgelehnt werden müssen, und zwar aus gutem Grund. Denn die Gesetzentwürfe von Bundesminister Scholz weichen an ganz maßgeblichen Stellen vom gefundenen Kompromiss ab und gehen sogar weit darüber hinaus. So räumt sich z. B. in diesen Gesetzentwürfen das Bundesarbeitsministerium fast schon die Stellung eines Lohnsensors ein.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Vor allem greifen die Entwürfe massiv in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie ein. Nach den Entwürfen soll es möglich sein, durch Rechtsverordnungen nach dem Arbeitnehmerentendegesetz und dem Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen andere Tarifverträge zu verdrängen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dabei wäre es sogar möglich, dass ein Minderheitentarifvertrag auf eine Mehrheit von Arbeitsverhältnissen erstreckt werden kann. Das Ganze hat nicht nur auf Schwäbisch gesagt ein „Gschmäcke“, das ist noch viel mehr.

Vielmehr wäre die Umsetzung dieser Gesetzentwürfe aus meiner Sicht verfassungsrechtlich bedenklich und hätte auch unabhsehbare Folgen für das Wirtschaftsgeschehen und den Wettbewerb insgesamt. Wie es mit solchen schlechten Regelungen geht, sehen wir bei der Festsetzung eines Mindestlohns in der Briefdienstleistungsbranche. Das ist ja ziemlich danebengegangen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Der Postmindestlohn hat gezeigt, wie das wirtschaftliche Gefüge einer Branche hierdurch ins Schwanken geraten kann. Zum anderen hat das Verwaltungsgericht Berlin die Erstreckung der Postmindestlohnverordnung für Briefzusteller auf die gesamte Branche schlichtweg für rechtswidrig erklärt. Vor dem Hintergrund dieses Gerichtsurteils sollte der Herr Bundesarbeitsminister seinen Gesetzentwurf nochmals grundlegend überarbeiten, um nicht nach dessen Umsetzung auch wieder aus einem schönen Traum in die Realität zurückgeholt zu werden.

Die Lohnfindung muss die Angelegenheit der Tarifvertragsparteien bleiben und darf nicht in den Aufgabenbereich des

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Staates übergehen. Es ist für mich unverständlich, wie auch Gewerkschaften diese Gesetzentwürfe letztlich positiv begleiten wollen. Diese Entwürfe müssten eigentlich die stärksten Verfechter eines gesetzlichen Mindestlohns zum Nachdenken bringen. Denn wenn es erst einmal Mindestlohngesetze gibt, könnten sich diese auch kontraproduktiv auf die Bereitschaft der Arbeitgeber auswirken, überhaupt Tarifverträge abzuschließen. Denkbar wäre es, dass die Arbeitgeber nach und nach aus den Verbänden austreten und nach Auslaufen eines Tarifvertrags keine Tarifbindung mehr für sie besteht. Tarifvertraglich festgelegte höhere Löhne müssten dann letztlich nicht mehr bezahlt werden.

Ich dachte immer, es sei die Auffassung und auch die Aufgabe von Tarifvertragsparteien, ordentliche Löhne und auch möglichst hohe Löhne auszuhandeln. Diese Entwürfe hebeln jedoch ureigene Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrechte aus. Ich denke, auch die SPD sollte kritisch begleiten, was hier der zuständige Minister auf den Weg bringt, und sollte hinterfragen, ob es wirklich auch den Arbeitnehmern zugutekommt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Ich habe den Einruck, dass verschiedene Tarifvertragsparteien momentan diese Entwicklung durchaus sehen und deswegen auch keinen Antrag auf Aufnahme ins Arbeitnehmerentwengesetz stellen. Die Resonanz ist schon angesprochen worden: Statt der erhofften zehn bis zwölf Branchen haben nur acht recht kleine Branchen einen Antrag auf Aufnahme ins Arbeitnehmerentwengesetz gestellt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Leiharbeitsbranche ist klein? Ich lache mich gleich zu Tode! Da geht es um ein paar Hunderttausend Beschäftigte!)

Das zeigt eigentlich, dass das keine gute Lösung ist. Das sollte dann auch nicht schönegeredet werden. Gerade die größeren Branchen haben sich diesem Ansinnen nicht gestellt.

Gestern lautete die Überschrift in der Presse „Mindestlohn droht zum Flop zu werden“. Der schöne Ausdruck „totes Pferd“ ist hier im Plenum genannt worden. Um einen weiteren Flop für alle Beteiligten zu vermeiden, hoffe ich, dass die aktuellen Gesetzentwürfe des Bundesarbeitsministers, wenn sie schon nicht komplett gestoppt werden – was auch kein Fehler wäre –, zumindest grundlegend überarbeitet werden. Die Landesregierung wird auf jeden Fall wie bisher die Einführung von Mindestlöhnen sehr kritisch begleiten und in der Tendenz auch ablehnen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber in Berlin mitmachen!)

Durch das ganze Geschehen fühlen wir uns auch mehr bestätigt als nicht bestätigt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Dr. Rülke, ich will mit Ihnen anfangen. Wenn ich, bevor ich mit meinem inhaltlichen Beitrag beginne, eine ganze Liste von Vorbestraften aufzählen würde, die zufällig Mitglied der FDP, und zwar in führender Funktion, sind oder waren,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann wäre die Redezeit zu Ende!)

dann könnte ich in der Zukunft bei inhaltlichen Debatten praktisch Dreck in die Hand nehmen und auf Sie schmeißen

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da würden mir bei der SPD auch noch ein paar einfallen!)

und gäbe ein würdiges oder unwürdiges Bild in der Öffentlichkeit ab.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Fangen wir einmal mit Herrn Döring an! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich habe noch nie gehört, dass Zumwinkel Mitglied der SPD wäre. Aber von Würth, von Lambsdorff, von Döring und von anderen wissen wir, dass sie Mitglied der FDP sind. Also auf diesem Niveau zu diskutieren haben Sie hoffentlich nicht nötig.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was soll denn das jetzt? Ist das die neue Kultur? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Jetzt noch einmal zu der Geschichte mit dem toten Pferd. Lassen Sie mich einfach sagen: Es ist irre. Wir haben 3,5 Millionen Beschäftigte in den Branchen, bei denen es gerade um den branchenspezifischen Mindestlohn geht – 3,5 Millionen Menschen sind betroffen –,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Positiv betroffen!)

um durch einen besseren Lohn ein würdigeres Leben zu bekommen. Und da sagen Sie, das sei ein totes Pferd und ein Flop. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Liebe Leute, wir haben das Reinigungsgewerbe, wir haben das Leiharbeitsgewerbe, wir haben das Zeitarbeitsgewerbe, wir haben das Postgewerbe und andere Gewerbe, die noch hinzukommen werden, die jetzt einen Mindestlohn beantragt haben. Das ist aber nur ein Teil. Das ist der branchenspezifische Mindestlohn, um den es geht. Die CDU hat diesem Kompromiss ja dankenswerterweise schon in der Koalition auf Bundesebene vom Grundsatz her zugestimmt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Sie sind doch dabei! Das ist doch lachhaft! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Ihr seid auch bei vielem dabei!)

Sie sind dabei. Also machen Sie sich an dieser Stelle nicht lächerlich.

(Rudolf Hausmann)

Der andere Teil ist, dass wir zusätzlich einen gesetzlichen Mindestlohn brauchen. Über diesen diskutieren wir heute, und dieser stellt sozusagen die unterste Linie für alles andere, was irgendwo geregelt wird, dar.

Jetzt merkt man ja schon ein bisschen, wie ernsthaft die Argumentation ist. Ich habe genau zugehört und vernommen, dass z. B. in Frankreich 16,1 % betroffen seien und darum dort die Jugendarbeitslosigkeit so riesig sei. Erstaunlich ist, dass der Mindestlohn in Frankreich erst ab 18 Jahren gilt, aber Frankreich immer als schlagendes Argument gegen Mindestlohn angeführt wird. Also, ein bisschen Seriosität in der Debatte darf es schon sein. In Frankreich hat die Jugendarbeitslosigkeit mit Mindestlohn überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es die Geschichte mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Liebe Leute, wenn ich in Ludwigsburg ein krankes Kind habe, dann bringe ich das nicht nach Polen zum Arzt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Fordern Sie jetzt einen Mindestlohn für den Arzt? Da bin ich gleich dabei!)

Wenn ich in Künzelsau ein Bürogebäude habe – das haben wir ja gerade in der Diskussion –, dann fahre ich nicht nach Ungarn, um es dort putzen zu lassen, und ziehe damit auch nicht nach Ungarn um, um es dort putzen zu lassen. Wenn ich zum Friseur gehen möchte, dann fliege ich nicht nach Peking. Wenn ich den Reichstag bewachen lasse, dann lasse ich den nicht in Lettland bewachen. Das ist doch einigermaßen klar.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Für uns schon!)

Wir diskutieren in aller Regel über personenbezogene Dienstleistungen, bei denen Mindestlöhne notwendig sind, weil teilweise katastrophale Entlohnungsbedingungen herrschen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist eigentlich der Gegenstand, über den wir diskutieren.

Schlussgedanke – vor allem für die FDP/DVP, aber auch für alle anderen, die dem vielleicht anhängen würden –: Die Überschrift Ihres Antrags heißt: „Mindestlohn – Abschied von der sozialen Marktwirtschaft?“ Entschuldigung, jetzt sage ich Ihnen einfach einmal: Der Markt ist ein unglaublich effizientes Instrument. Gott sei Dank sind wir uns darüber völlig einig.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist erfreulich!)

Es gibt nichts Effizienteres – ich hoffe, Sie verstehen das Wort – als den Markt, der die Verteilung und den Austausch von Waren und Dienstleistungen optimiert bewerkstelligt.

(Zuruf von der CDU: Klappt doch!)

Er ist aber nicht effektiv genug, und vor allem ist er politisch, ethisch, sozial und ökologisch blind und unfähig.

(Unruhe)

Deswegen haben wir die soziale Marktwirtschaft, auf die Sie sich berufen haben, nicht infrage gestellt. Wer jetzt der Mei-

nung wäre, dass man mit ordnungspolitischen Maßnahmen, z. B. Mindestlohn, oder auch ökologischen oder sozialen Dingen die Marktwirtschaft infrage stellen würde, der überhöht die Funktionsfähigkeit und die Qualität des Marktes. Der wird zum Marktkiller, weil er den Markt überhöht für Dinge, die dieser überhaupt nicht leisten kann. Insofern sind Sie eher die Marktkiller als die Marktbefürworter. In diesem Sinne hoffe ich auf Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Der Ackermann ist schon weiter!)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die stilllose Tirade des Kollegen Hausmann zeigt, wie getroffen die SPD auf den Vorstoß unseres Kollegen Dr. Rülke reagiert,

(Oh-Rufe von der SPD)

der ja ganz klar dargelegt hat –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war beleidigend! Auf die Beleidigung haben wir reagiert! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Mir ist bewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie dieses Thema als Symbolthema gewählt haben, weil Sie glauben, mit einer gängigen Formel Ihr Umfragetief ein Stück weit wieder beheben zu können. Wir werden uns in dieser Debatte wechselseitig nicht überzeugen können. Wenn Sie ein wenig dem wirtschaftlichen Sachverstand trauen würden, dann würde ich Ihnen ein ganz knappes Papier zur Lektüre nahelegen, das den Titel trägt „Beschäftigungschancen statt Mindestlohn!“ Dieser Titel sagt schon alles. In diesem Papier warnen die sieben führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland davor, einen Mindestlohn als das Allheilmittel einzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will einfach einmal ein paar Fragen stellen, die die Leute vielleicht ein bisschen mehr beschäftigen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie zuvor eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein, jetzt nicht. – Jetzt will ich einmal ein paar Fragen in den Raum stellen. Wenn man sich so um die „kleinen Leute“ bemüht, dann frage ich: Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass, wenn Sie Mindestlöhne für die Zustellung von Zeitungen oder von Briefen, für den Friseur, für die Putzfrau fordern,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Dann geht er nicht zum Friseur! – Abg. Ute Vogt SPD: Die Leute müssen doch davon leben! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch dummes Zeug!)

(Dr. Ulrich Noll)

dies nicht der Herr Beck oder der Herr Schmiedel zahlt, sondern dass dann natürlich alle Konsumenten diese Preise zahlen? Jetzt fragen wir einmal: Was ist die Konsequenz? Wenn ich diese Dienstleistungen – gezwungen durch staatliche Vorgaben – zu einem bestimmten Preis erbringen muss, den der Konsument nicht mehr bezahlen kann oder will, was passiert dann?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann gehe ich nach Polen zum Haareschneiden?)

– Eben nicht! Sie gehen nicht nach Polen zum Haareschneiden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sondern?)

sondern Sie lassen dies schwarz machen.

(Unruhe – Zurufe)

Das ist doch die Realität. Bei den Putzfrauen ist es doch dasselbe.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Regierung lässt schwarz putzen, damit es sich lohnt!)

Das sind doch genau die Ausweichreaktionen, die die kleinen Leute dann vornehmen, die Leute, die Sie mit solchen Vorschlägen wie dem Mindestlohn zu schützen glauben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Unsinn, was Sie da erzählen! Sie lassen die Haare vielleicht schwarz schneiden, wir nicht! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Unruhe)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Gall, was soll denn daran Unsinn sein? Das ist doch die Realität.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Reinhold Gall)

Der Grund dafür, warum Sie die Axt an unser System legen wollen, ist der, dass Markt – das bezieht sich auch auf den Arbeitsmarkt – nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage funktioniert. Wenn eine Dienstleistung zu teuer wird und deshalb keine Nachfrage mehr besteht, dann verschwindet diese Dienstleistung. Entweder wird sie dann schwarz erbracht, oder sie wird gar nicht mehr erbracht. Bei Waren ist es möglicherweise so, dass sie dann aus dem Ausland importiert werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer zahlt denn diese Gelder? Die zahlen doch alle Bürger!)

Deswegen kann der Weg der Einführung eines Mindestlohns, um ein Einkommen zu garantieren, niemals das von Ihnen dargestellte Ziel erreichen. Deswegen sollte die Debatte eigentlich nicht unter der Überschrift „Mindestlohn“, sondern müsste unter der Überschrift „Mindesteinkommen“ geführt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie sich innerhalb weniger Jahre von dem Konsens, der hier bestanden hat – Herr Wolf hat es angesprochen –, verabschiedet haben. Völlig unabhängig vom Vorhandensein von Mindestlöhnen wird es immer Menschen geben, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht voll von ihrer Hände Arbeit – was ihr eigenes Einkommen und das Gesamteinkommen ihrer Familie betrifft – werden leben können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Für die gibt es doch auch heute schon Zuschüsse! Das ist doch nichts Neues! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Für diese Menschen brauchen wir all die Elemente, die sich letztendlich hinter Begriffen wie „Kombilohn“ – bei uns hieß es „Einstiegslohn“ – verbergen. Das war ein sehr erfolgreiches Modell. Ich glaube, es wäre sinnvoller, wir würden uns ein bisschen mehr Gedanken darüber machen, wie wir diese Grundsicherungssysteme – bei uns nennt sich das „Bürgergeld“ – so gestalten, dass derjenige, der das Mindesteinkommen für sich und seine Familie nicht voll aus seiner Produktivitätsleistung schaffen kann, dann, wenn er möglicherweise tatsächlich eine noch nicht so gute oder nur in Teilzeit mögliche Arbeit hat, nicht sein ganzes erarbeitetes Geld mit den Transferleistungen gegengerechnet bekommt und dadurch letztendlich nicht besser dasteht als der, der Transferleistungen bezieht und sagt: Mehr brauche ich nicht; das reicht mir. Man braucht da Proportionalzonen, in denen netto mehr von dem bleibt, was man verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich glaube, die zukünftige Frage wird sein müssen: Wie schaffen wir es, dass wir denen, die aufgrund von Krankheit, Behinderung oder mangelnder Qualifikation nur wenig Geld verdienen können, ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: ... über diese unterstützte Arbeit, die von Ihnen merkwürdigerweise völlig diffamiert wird, eine Chance bieten können? Es wäre richtig, über diesen Weg jeder Bürgerin und jedem Bürger in diesem Land ein Mindesteinkommen zu sichern. Wir sollten nicht anfangen, staatlich zu entscheiden: Was hat ein Friseur zu verdienen? Was hat eine Putzfrau zu verdienen?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Denn sonst setzt man mögliche Marktmechanismen definitiv außer Kraft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge. Wie wünscht der Antragsteller SPD mit

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

dem Antrag Drucksache 14/1713 zu verfahren? Über Abschnitt I des Antrags müsste abgestimmt werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Abschnitt I ist erledigt!)

– Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/1713 ist erledigt.

Über Abschnitt II des Antrags begehren Sie Abstimmung. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1713 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2129, ist als reiner Berichtsantrag erledigt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 3. Dezember 2007 – Achtundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg – Drucksachen 14/2050, 14/2366

Berichtersteller: Abg. Jürgen Walter

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Europarechtskonforme Datenschutzkontrolle – Drucksache 14/1636

Zu der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2403, mit auf.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Föll.

Abg. Michael Föll CDU: Werte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir den Datenschutzbericht sehr intensiv im Ständigen Ausschuss beraten haben, will ich mich in meinem Beitrag auf wenige Bemerkungen beschränken, aber natürlich zunächst dem Landesdatenschutzbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für den Bericht und für die Arbeit danken – eine wichtige Arbeit, die wir als CDU-Fraktion auch sehr ernst nehmen.

Natürlich ist im Bereich des Datenschutzes immer eine Balance zu finden zwischen einerseits den datenschutzrechtlichen Schutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger und auf der anderen Seite natürlich auch dem Interesse der Bürgerschaft, dass der Staat insbesondere die innere und äußere Sicherheit gewährleistet. Insoweit ist es, damit bei der Lektüre des Berichts nicht der falsche Tenor ankommt, durchaus wichtig, festzustellen, was der Datenschutzbeauftragte in der Einleitung seines Berichts formuliert hat, nämlich dass die rechtsstaatlichen Mechanismen zum Schutz unserer Grundrechte in unserem Land funktionieren. Ich denke, dies ist eine wichtige, aber gleichwohl selbstverständliche Feststellung.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nicht zuletzt was das Thema Onlinedurchsuchung anbelangt, gibt uns für die Zukunft eine wesentliche Leitlinie. Auf der einen Seite setzt es eine hohe Hürde, was die konkrete Gefahr anbelangt, die für ein überragend wichtiges Rechtsgut gegeben sein

muss, um einen solchen Eingriff tatsächlich zu rechtfertigen, auf der anderen Seite gibt es aber eben sehr wohl die Aussage des Bundesverfassungsgerichts, dass diese Eingriffe sowohl zu präventiven Zwecken als auch zur Strafverfolgung gerechtfertigt sein können. Ich denke, dieses Urteil ist eine wichtige Grundlage für die weiteren Gesetzgebungsverfahren.

Ich will noch kurz etwas zu zwei Themen sagen, und zwar zum einen zum Turnus des Datenschutzberichts, den wir im Ausschuss auch intensiv diskutiert haben. Wir haben bis dato einen jährlichen Turnus, und auf Antrag der CDU-Fraktion wurde mit Mehrheit beschlossen, zu einem zweijährigen Turnus überzugehen und die Landesregierung zu bitten, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Ich denke, das, was zwei Drittel aller deutschen Bundesländer machen, lässt sich auch in Baden-Württemberg einführen, ohne dass es irgendeine tatsächliche Einschränkung des Datenschutzes gibt. Im Übrigen wird der Datenschutzbeauftragte, wie bereits heute gesetzlich verankert, auch künftig das Recht zu einer Ad-hoc-Berichterstattung an den Landtag haben, sodass wir den Datenschutz nicht aus unserem Blickwinkel verlieren werden.

Ich bin dem Landesbeauftragten für den Datenschutz dankbar, dass er diesen zweijährigen Turnus in seinen Ausführungen im Ausschuss durchaus für positiv erachtet hat. Ich denke, die Landesregierung sollte dem Landtag, wenn wir heute den entsprechenden Beschluss fassen, auch so zügig wie möglich den entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Eine letzte Bemerkung noch zur von der SPD und den Grünen beantragten Zusammenlegung des Datenschutzes im öffentlichen und im privaten bzw. nicht öffentlichen Bereich. Auch dies haben wir im Ständigen Ausschuss sehr intensiv diskutiert. Ich kann nur sagen: Die Anträge sind zum falschen Zeitpunkt gestellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD und Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was?)

– Meine Herren Kollegen, alle 16 Bundesländer sind derzeit beim Europäischen Gerichtshof mit einer Klage konfrontiert – auch die Bundesländer, die bereits die Zusammenlegung vorgenommen haben –,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

weil die Europäische Kommission der Auffassung ist, dass alle Bundesländer, die die Zusammenlegung vorgenommen haben, dies nicht entsprechend der EU-Datenschutzrichtlinie gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir sind gut beraten, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs abzuwarten, um dann – das sage ich Ihnen zu, ebenso wie die Offenheit der CDU-Landtagsfraktion –, wenn die EuGH-Rechtsprechung vorliegt, zügig und rasch die Konsequenzen zu ziehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist aber gut!)

Ich glaube, es macht wenig Sinn, jetzt eine Zusammenlegung vorzunehmen, um sie anschließend nach wenigen Monaten

(Michael Föll)

korrigieren zu müssen, weil uns die Rechtsprechung des EuGH eine – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir müssen es ja nur richtig machen! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nur richtig machen!)

– Ja. Nur, Herr Kollege Gall: Alle Länder, die die Zusammenlegung gemacht haben, auch die SPD-regierten Bundesländer, haben es dann offensichtlich falsch gemacht,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja!)

sonst wären sie nicht von der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof betroffen. Ich denke, das ist in der Sache keine Fragestellung, die uns inhaltlich einen gigantischen Fortschritt bringt; denn auch der private Datenschutz funktioniert durchaus. Es ist ja nicht so, dass er nicht funktionieren würde.

Insoweit halten wir es wirklich für richtig, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs abzuwarten. Wir sind natürlich bereit, daraus dann die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. In diesem Sinn wollen wir der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses als Fraktion heute Folge leisten und die ergänzenden Anträge der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt für die Fraktion der SPD.

Abg. Ute Vogt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich möchte zuallererst dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ein sehr umfassendes Werk und für eine intensive Arbeit, auch eine notwendigerweise kritische Arbeit danken, die der unabhängige Landesbeauftragte mit seinen Leuten vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Jürgen Walter GRÜNE und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich halte es auch für unerlässlich – und das bewährt sich in diesem Fall –, dass der Beauftragte für den Datenschutz eine unabhängige Position hat und deshalb auch zu Schlussfolgerungen kommen kann, wie sie im Bericht niedergelegt sind, die durchaus auch Kritik an Ministerien, an Behörden und an anderen öffentlichen Einrichtungen beinhalten.

In dem Datenschutzbericht wird zu Recht darauf hingewiesen, dass Fortschritt in Sachen Datenschutz anders aussieht als das Sammeln immer weiterer Daten. Ich denke, dass wir alle uns bewusst sein müssen, dass Fortschritt in Sachen Datenschutz nicht selten bedeutet, dass wir als politisch Handelnde dem technischen Fortschritt weit hinterherhinken. Die Technik ist der Gesetzgebung vielfach voraus, und oft wird deutlich, wie z. B. jetzt beim Thema Onlinedurchsuchung, dass die Gesetzgebung auch den Anforderungen, auch den neuen Möglichkeiten, die solche Kommunikationen bieten, nicht gerecht wird. Es war bedauerlich, dass auch die baden-württembergische Landesregierung erst durch das Verfas-

sungsgericht auf die Einhaltung der Grundrechte hingewiesen werden musste. Hätten Sie auf die SPD-Innenpolitiker gehört, wären Sie schon viel früher schlau gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben jetzt ein neues Grundrecht in Sachen Datenschutz, ein Grundrecht zur Gewährleistung der Vertraulichkeit und der Integrität informationstechnischer Systeme. Ich glaube, dass ein solches neues Grundrecht auch der Bedeutung des Datenaustauschs innerhalb der Gesellschaft entspricht.

Der Datenschutzbericht sollte also heute nicht nur von uns zur Kenntnis genommen werden – das ist wahrscheinlich eher der kleinste Teil der Übung –, sondern er muss vor allem innerhalb der Behörden und Ministerien zu Konsequenzen führen. Während wir in den Ausschussberatungen den Eindruck hatten – jedenfalls kann ich das für unsere Fraktion sagen –, dass im Bereich der Polizeibehörden und auch des Landeskriminalamts durchaus mit dem Datenschutzbericht gearbeitet wird und dass man sich auch überlegt hat, welche Konsequenzen man für die polizeiliche Arbeit ziehen muss, hatte ich demgegenüber den Eindruck, dass man z. B. im Wissenschaftsministerium überhaupt nicht bereit ist, die Mahnungen zu beachten und in Zukunft die Anforderungen an den Datenschutz einzuhalten.

Ich hätte schon gern vonseiten der Landesregierung noch einmal die Zusicherung, dass sich das, was wir in Bezug auf die Erfassung von Studierenden erlebt haben, nicht wiederholt. Alle Studierenden, die sich per Gericht gegen Studiengebühren gewehrt haben und daraufhin erfasst und in Listen aufgenommen wurden, müssen sich darauf verlassen können, dass solch ein Verstoß nicht mehr vorkommt. Eine solche Zusicherung fehlt bis heute, und ich hätte sie gern vonseiten der Regierung, und zwar noch in dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Bericht zum Datenschutz im öffentlichen Bereich, über den wir hier reden, ist die eine Sache. Ich glaube aber, dass die weit größere Bedrohung der Bürgerinnen und Bürger nicht aus dem öffentlichen Bereich kommt, in dem wir funktionierende Kontrollmechanismen, eine intensive Beobachtung und jede Menge Vorgaben haben. Ich denke, dass Aufklärung, Überwachung und Überprüfung im nicht öffentlichen Bereich weitaus notwendiger sind. Nehmen Sie Payback-Karten, nehmen Sie alle möglichen Formen von Werbeanfragen, nehmen Sie einfache Kreuzworträtsel, die heute nicht dazu dienen, Menschen gewinnen zu lassen, sondern vor allem dazu, Adressen zu erfassen, Leute kennenzulernen und zu schauen, wer welche Interessen hat und wem man welche Produkte verkaufen kann. Hierum müssen wir uns viel stärker kümmern. Das macht mir weit mehr Sorge als alle Bemühungen der öffentlichen Hand in Bezug auf Daten.

Deshalb ist es unser dringlicher Wunsch, dass wir eben nicht abwarten, bis innerhalb Europas ein Gericht entscheidet, sondern dass wir die EU-Datenschutzrichtlinie nehmen – sie liegt bereits vor – und tatsächlich das tun, was bereits die Hälfte aller Bundesländer tut, nämlich dem Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich den gleichen Stellenwert geben wie dem

(Ute Vogt)

im öffentlichen Bereich und dessen Überwachung nicht nur bei einem Referat im Innenministerium belassen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir unseren Antrag aufrechterhalten. Unser Vertrauen in die Landesregierung ist zwar nicht so riesengroß, aber in einem Punkt vertrauen wir schon darauf, dass die Landesregierung in der Lage ist, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der der Richtlinie schon heute entspricht.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen; denn der nicht öffentliche Bereich braucht viel, viel mehr unsere Überwachung, und die Bürgerinnen und Bürger brauchen in diesem Bereich weit mehr Hilfe und Unterstützung, um sich gegen das Datensammeln Privater zu wehren, als sie es gegenüber den Behörden brauchen, zumal der Datenschutzbeauftragte des Landes ja auch eine sehr gute Arbeit verrichtet.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst Herrn Zimmermann und seiner eigentlich viel zu kleinen Behörde für die auch in diesem Jahr geleistete Arbeit danken.

Jetzt soll der Tätigkeitsbericht nur noch alle zwei Jahre vorgelegt werden. Ich gehe davon aus, dass der Bericht dennoch genau dieselbe Qualität wie bisher haben wird. Wir sind gespannt, ob es, wenn der Bericht nur alle zwei Jahre vorgelegt wird, zwischendurch wieder öfter Interventionen von Ihrer Seite geben muss, sodass wir doch wieder öfter von Ihnen hören werden.

Danken möchte ich auch Herrn Föll für seine sehr differenzierten Ausführungen. Damit wurde eigentlich zum ersten Mal vonseiten einer der die Regierung tragenden Fraktionen zu verstehen gegeben, dass zumindest die CDU – vielleicht auch die FDP/DVP – darüber nachdenkt, Änderungen in der Struktur des Datenschutzes anzugehen. Denn tatsächlich klagt die EU darüber, Herr Kollege Föll, wie der Datenschutz bei uns organisiert ist. Nur: Weil wir wissen, was die Gründe dafür sind, könnten wir die notwendigen Änderungen schon heute vornehmen.

Einerseits wünscht man sich eine Zusammenlegung des Datenschutzes im öffentlichen und im privaten Bereich. Die Kritik an dem Vorgehen in SPD-regierten Ländern liegt ja darin begründet, dass die Datenschutzbehörden dort zum Teil nicht die Unabhängigkeit aufweisen, die sich die EU wünscht. Das heißt, wir wissen schon heute: Wir brauchen eine unabhängige Datenschutzbehörde. Dann wird man auch in Brüssel mit dem zufrieden sein, was wir tun.

Zu den Anträgen: Es ist ja nett, wenn Sie sagen, die Anträge seien zum falschen Zeitpunkt gestellt worden. Sie sind immerhin weiter als alle anderen gegangen, die es bisher vonseiten der CDU oder der Regierung zu diesem Thema gegeben hat. Deswegen sind wir schon froh darüber. Die Anträge werden von uns jährlich gestellt, aber offensichtlich ist der Zeitpunkt immer falsch. Jetzt hoffen wir, dass Ihnen die EU

auf die Sprünge hilft. Dann können wir vielleicht sogar einen gemeinsamen Antrag einbringen bzw. wird der Minister eben einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen müssen.

Nicht gefallen hat uns, dass es innerhalb der Regierung immer noch eine Sammelwut für Daten gibt. Das geht aus dem Bericht deutlich hervor. Es gibt die schöne Arbeitsdatei „Politisch motivierte Kriminalität“. Sie umfasst, glaube ich, etwa 25 000 Eintragungen.

(Abg. Michael Föll CDU: Ich denke, nicht Sie!)

– Ja, ich stehe nicht darin. Davon gehe ich aus. Obwohl: Auch ich könnte darin stehen. Beispielsweise sind darin auch Anti-AKW-Demonstranten und Tierversuchsgegner gespeichert, die schon seit vielen Jahren als „Umstürzler“ bekannt sind. Sie sind dort zusammen mit Islamisten und anderen erfasst – ich weiß nicht, wer sonst noch alles in der Datei steht.

Für uns ist es nicht akzeptabel, dass wir jedes Jahr und zukünftig wohl alle zwei Jahre lesen müssen, wie viele Daten Sie da sammeln. Herr Minister, schränken Sie diese Datensammelwut in Zukunft doch bitte ein. Dann haben Sie weniger Arbeit, und die Behörden können sich um das kümmern, was den Staat tatsächlich bedroht.

Sie schreiben in der Stellungnahme der Landesregierung zum Datenschutzbericht – das ist für uns völlig inakzeptabel –:

Im Staatsschutzbereich gefährdet die Auskunftserteilung nach Auffassung der Polizei regelmäßig die ordnungsgemäße Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben.

Sie schreiben weiter:

Der Betroffene würde ... erfahren, dass er durch den Staatsschutz überwacht wird. Dies hätte zur Folge, dass die Personen Gegenmaßnahmen ergreifen, beispielsweise sich konspirativ verhalten würden, um sich der Überwachung zu entziehen. Das muss vermieden werden.

Das heißt, meine Damen und Herren: Wenn man Tierversuchsgegner ist und den Verdacht hat, dass man in dieser Datei steht, bekommt man noch nicht einmal Auskunft darüber, ob und, wenn ja, welche Daten über einen gespeichert sind. Das ist schon ein seltsames Gebaren für einen Rechtsstaat. Dies gilt es zu ändern.

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen sind mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts ergangen – Onlinedurchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Kfz-Kennzeichenspeicherung. All dies hat gezeigt, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und auf Datenschutz für jede einzelne Person von unserem höchsten Gericht höher bewertet wird als manche Maßnahmen, die Sie eben als –

(Abg. Michael Föll CDU: Nicht absolut!)

– Nicht absolut, aber es war doch die eine oder andere schallende Ohrfeige für Sie dabei.

Die Kollegin Vogt hat schon darauf hingewiesen, was speziell auch im privaten Bereich an mangelndem Datenschutz festzustellen ist. Erst in der letzten Woche ist das Thema Lidl durch die Medien gegangen. Wir fragen uns – dazu gibt es

(Jürgen Walter)

auch einen Antrag; da warten wir auch auf die Antworten, Herr Minister –: Was wird eigentlich getan? In welchen Zeitabständen werden solche Discounter oder andere Ketten untersucht, um zu vermeiden, dass es solche Missstände gibt? Auch hier haben wir den Verdacht, dass der Abstand zwischen den Prüfungen aufgrund der personellen Besetzungen in Ihrem Ministerium viel zu lang ist und dass deswegen zu wenig dafür getan wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich komme damit zum Schluss, Frau Präsidentin.

Es gibt noch viel im Datenschutz zu tun, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Wir müssen jetzt wohl leider abwarten, dass uns hier die EU auf die Sprünge hilft. Wir hätten gern einen anderen Weg beschritten, und Sie gehen jetzt diesen. Immerhin konnten wir aber zur Kenntnis nehmen, dass Sie langsam einsehen, dass Sie sich beim Datenschutz bisher auf dem Holzweg befunden haben.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt wird er wieder einen Eiertanz vollführen!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Beginn sage auch ich danke, erstens dem Datenschutzbeauftragten und zweitens den Verfassungsrichtern. Die Karlsruher Entscheidung zur Onlinedurchsuchung und Kennzeichenerfassung sowie die einstweilige Anordnung zur Vorratsdatenspeicherung haben das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gestärkt, indem sie Angriffe auf die Privatsphäre stoppten. Wir nehmen das neue Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme – das hört sich ein bisschen kompliziert an –, also das Computergrundrecht, sehr ernst. Die FDP/DVP tat gut daran, Onlinedurchsuchungen aus dem Polizeigesetz herauszuhalten. Wir werden dafür sorgen, dass auch die richterlichen Vorgaben zur Kennzeichenerfassung und zur Vorratsdatenspeicherung strikt eingehalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Kennzeichenurteil hat schließlich auch mit unserem Landeskriminalamt zu tun. Und das handelte sich eine Rüge des Datenschutzbeauftragten ein, weil es auch legales Verhalten wie Demonstrieren und Verteilen von Flugblättern als politisch motivierte Kriminalität speicherte. Die aus früheren Versäumnissen heraus erstellte Orientierungshilfe für Speicherung und Verarbeitung ist in der bestehenden Form offenbar nicht wirkungsvoll; denn schon die Zuordnung der Delikte ist sehr fragwürdig.

Dass die Auskunft über gespeicherte Daten verweigert wird – da teile ich Ihre Auffassung, Herr Walter –, ist irgendwie komisch. Man verweigert die Auskunft mit der Begründung, die Betroffenen könnten dann ihr Verhalten ändern. Es wäre doch schön, wenn sie gesetzestreu wären.

Uns freut, dass auf Vorrat gespeicherte Daten nur bei sehr schweren Straftaten verwendet werden dürfen. Wir erwarten einen Bericht, wie das Landeskriminalamt seine Praxis geändert hat.

Probleme bereitet uns auch die DNA-Analysedatei. Da hätten 40 von 100 Datensätzen gelöscht werden müssen. Offenbar werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Speicherung nicht ausreichend geprüft.

Mit Recht rügt der Datenschutzbeauftragte die Protokollierung der Zugriffe auf die Internetangebote der Ministerien. Da hatte ich schon einmal nachgefragt. Von den Liberalen lernen heißt ja bekanntlich siegen lernen.

(Heiterkeit)

Wir haben als einzige Fraktion das Gütesiegel vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung erhalten. Wir speichern nicht. Es tut sich auch etwas in der Landesregierung. Es gibt da einen interministeriellen Arbeitskreis, der versucht, eine datenschutzverträgliche Lösung zu entwickeln.

Was mich freut, sind die Datenschutzbekenntnisse aller meiner Vorredner. Aber leider ist die Wirklichkeit anders, ganz besonders in Berlin. CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble betrachtet Datenschutz eher als Täterschutz. Sein SPD-Vorgänger Otto Schily – Frau Vogt, Sie waren ja damals seine rechte Hand –

(Zurufe: Linke Hand!)

entdeckte den Datenschutz erst, als es um die Verschleierung seiner eigenen Nebeneinkünfte ging.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP)

Für seinen „Otto-Katalog“, Herr Walter, hat Herr Schily einen allumfassenden grünen Persilschein bekommen. Wehe euch, ihr Pharisäer und Heuchler!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

Ich will mir jetzt nicht selbstgerecht auf die Schultern klopfen, aber wir stehen zum Datenschutz, und wir haben das immer getan.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Der Justizminister ist vorsichtshalber schon einmal hinausgegangen!)

Seit wir in Baden-Württemberg mitregieren, ist es um den Datenschutz besser bestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Rech macht, was er will! – Abg. Reinhold Gall SPD: Karneval ist doch schon vorbei! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht es in Liechtenstein aus? – Unruhe)

– Doch, das ist so. Die Mängelliste wurde überschaubar. In dem zur Debatte stehenden Datenschutzbericht wird sogar ein Lob über die Landesregierung geäußert. Der Datenschutzbeauftragte beurteilt beispielsweise das Jugendstrafvollzugsgesetz positiv.

(Hagen Kluck)

Herr Zimmermann, wir Liberalen sind und bleiben Ihre Verbündeten im Kampf gegen die Datensammelwut. Damit dieser Kampf nicht durch eine alljährliche Berichtspflicht erlahmt, sind wir für einen zweijährigen Turnus.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir möchten aber auch immer dann, wenn es thematisch geboten ist, aktuelle Zwischenberichte haben.

Wir würden dem Datenschutzbeauftragten gern auch die Zuständigkeit für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich zuweisen. Dagegen gibt es noch Bedenken im Innenministerium, die hoffentlich bald ausgeräumt sein werden.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja dann!)

Die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE zu diesem Thema werden wir heute allerdings ablehnen. Was Sie da fordern, klingt ja vernünftig. Es fällt aber auf, meine Damen und Herren, dass Sozialdemokraten wie Grüne den Datenschutz immer nur dann entdecken, wenn sie in der Opposition sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ein Quark!)

Erinnern Sie sich: Ihr Terrorismusbekämpfungsgesetz erlaubt Zugriffe auf Bank-, Telekom-, Post- und Reisedaten – alles ohne richterliche Überprüfung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Datenschutz ist ein sozialliberales Projekt! Es war ein sozialliberales Projekt! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie führten die Erhebung biometrischer Daten und deren Speicherung ein. Sie stimmten der Fluggastdatenübermittlung an die USA zu.

(Unruhe bei der SPD)

Die Regierung Schröder/Fischer hat einen beispiellosen Raubbau an Bürgerrechten betrieben.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Selbst wenn Sie hundertmal „*mea culpa*“ beten, nehmen wir von Ihnen in Sachen Datenschutz keine Ratschläge entgegen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf von der SPD: Gut gebrüllt, aber leider falsch! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unterhaltungswert hat es auf jeden Fall gehabt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt der „Cheffliberale“!)

Innenminister Heribert Rech: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Herr Zimmermann, hat mit diesem Achtundzwanzigsten Tätigkeitsbericht erneut eine engagierte und kompetente Zusammenfassung des Datenschutzgeschehens im öffentlichen Bereich vorgelegt. Dafür und für die geleistete Arbeit möchte ich Ihnen, Herr Zimmermann, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Dieser Tätigkeitsbericht ist aus Sicht der Landesregierung schon deshalb erfreulich, weil die Zahl der vom Landesbeauftragten beanstandeten Datenschutzverstöße weiter abgenommen hat. Das ist ein Beleg dafür, dass der Datenschutz im Land – ich sage es ganz moderat – im Großen und Ganzen beachtet wird.

Ich möchte auch hervorheben, dass der Landesbeauftragte das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt für ihre technischen und organisatorischen Maßnahmen zu Recht gelobt hat – Herr Kollege Kluck hat es eben schon angedeutet. Es geht um Maßnahmen, die zum Schutz der in der Antiterrordatei gespeicherten Daten getroffen wurden. Auch materiell findet der Landesbeauftragte hier kaum Anlass zur Kritik.

Wer, meine Damen und Herren, den Tätigkeitsbericht und die Stellungnahme der Landesregierung nebeneinanderlegt, der wird ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen dem Landesbeauftragten und der Landesregierung feststellen. Das gilt selbst im heiklen und sensiblen Sicherheitsbereich. Viele Forderungen des Landesbeauftragten wurden oder werden übernommen bzw. den Forderungen wird Rechnung getragen.

Einige wenige Beispiele: Das Landeskriminalamt hat die Arbeitsdatei „Politisch motivierte Kriminalität“ bereits aufgrund früherer Berichte des Landesbeauftragten einer umfassenden Überprüfung unterzogen, und es hat die Zahl der gespeicherten Datensätze deutlich reduziert, nämlich halbiert. Die Kategorie „Andere Personen“, der Datensätze zugeordnet wurden, wurde von 24 000 auf 400 Einträge verringert. Allein daran können Sie sehen, dass wir diese Hinweise durchaus ernst nehmen.

Ich füge hinzu: Das Landeskriminalamt wird die Ausführungen des Landesbeauftragten in seinem jüngsten Tätigkeitsbericht zum Anlass nehmen, die Arbeitsdatei auf gleich gelagerte Fälle wie die im Bericht geschilderten durchzusehen. Sie wird sorgfältig überprüft und ebenfalls bereinigt. Diese Zusage steht. Korrekturen an der Ausschreibungspraxis der Polizeidienststellen zur verdeckten Registrierung nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen haben ebenso zu Datenlöschungen geführt wie die Durchsicht – weil es eben erwähnt wurde – der DNA-Analysedatei auf die Fälle, in denen Anlass für die DNA-Analyse wiederholte leichtere Straftaten waren.

Meine Damen und Herren, schon aus Eigeninteresse hat die Polizei umfangreiche Maßnahmen getroffen, um zukünftig zu verhindern, dass vertrauliche Informationen zur Terrorbekämpfung durch einen Computermouseclick eines Sachbearbeiters in falsche Hände geraten.

Dankbar aufgenommen wurden auch zahlreiche Hinweise des Landesbeauftragten für den Datenschutz im Bereich Technik und Organisation. Das gilt insbesondere für dessen Ausführungen

(Minister Heribert Rech)

rungen zur Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt will ich aber auch nicht verschweigen, dass es bei aller Übereinstimmung auch deutliche Meinungsunterschiede zwischen dem Landesbeauftragten und der Landesregierung gibt. In der Einleitung des Tätigkeitsberichts kritisiert der Landesbeauftragte vereinfacht ausgedrückt eine permanente Ausweitung der Sicherheitsmaßnahmen zulasten der Freiheit. Diese Einschätzung teile ich nicht. Die Sicherheitsbehörden müssen rechtlich, aber auch technisch in der Lage sein, effektiv gegen Kriminelle und Terroristen vorzugehen, und zwar auch dann, wenn die Gegenseite sozusagen modernste Technik einsetzt. Die technische Entwicklung darf nicht dazu führen, dass rechts- oder gar verfolgungsfreie Räume entstehen. Viele der bereits getroffenen und diskutierten gesetzgeberischen Maßnahmen waren bzw. sind notwendig, um der realer gewordenen Gefahr zu begegnen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Wir können uns das Entstehen von Ermittlungsdefiziten nicht leisten. Auch dadurch wäre die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gefährdet.

Einige konkrete Sätze dazu: Die vom Landesbeauftragten erneut kritisierte Antiterrordatei ist für eine erfolgreiche Bekämpfung gerade des Terrorismus unverzichtbar. Worum geht es denn im Kern? Es geht darum, dem international vernetzten Terrorismus mit ebenfalls untereinander vernetzten Sicherheitsbehörden entgegenzutreten. Dies erfordert die Optimierung der Auswertung der vorhandenen Informationen. Die Einbeziehung der Erkenntnisse der Nachrichtendienste ist in diesem Punkt schlichtweg unerlässlich. Der internationale Terrorismus ist geprägt durch höchste Konspiration, und eine wirksame Bekämpfung ist ohne Einbeziehung des terroristischen Umfelds und der Unterstützerszene nicht erfolgversprechend. Der Staat darf auch nicht tatenlos zusehen, wenn sich beispielsweise das Internet in der Weise entwickelt, dass Straftäter sich dort der strafrechtlichen Verfolgung schlichtweg entziehen können.

In den letzten Jahren haben Telekommunikationsunternehmen – darauf will ich ausdrücklich hinweisen – aus unterschiedlichen Gründen immer weniger Verkehrsdaten für eigene Zwecke gespeichert. So weit, so gut. Aber dies hat dazu geführt, dass Auskunftsansprüche der Sicherheitsbehörden zunehmend ins Leere laufen. Die sogenannte Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten soll den Sicherheitsbehörden daher keinen Zugriff auf Verkehrsdaten unter erleichterten Voraussetzungen verschaffen, sondern soll sicherstellen, dass die bereits bestehenden Befugnisse nicht mangels nicht mehr vorhandener Daten letztlich ins Leere laufen. Das ist der Zweck.

Die heutige Kryptotechnik ist leicht verfügbar, kostengünstig und in vielen Fällen so leistungsstark, dass die Daten von den Sicherheitsbehörden nicht entschlüsselt werden können. Damit laufen klassische Ermittlungsmethoden schlichtweg ins Leere. Verfolgungsfreie Räume könnten nur verhindert werden, Herr Kollege Kluck, wenn die Sicherheitsbehörden die Möglichkeit haben, auf die ermittlungsrelevanten Daten zuzugreifen, bevor diese verschlüsselt werden, oder zumindest nach der Entschlüsselung beim Empfänger. Ich will dieses

Thema heute nicht noch einmal aufwerfen, sondern nur erwähnen, dass die Generalbundesanwältin Harms heute in den „BNN“ erneut genau dieses Instrument gefordert hat. Das Bundesverfassungsgericht hat klare Regeln dazu aufgestellt, und deswegen werden wir in aller Ruhe und Sachlichkeit schauen, wie dieses Thema weiter behandelt wird.

Das führt nicht zu einem Streit in der Regierungskoalition; das will ich eindeutig sagen. Der Kollege Kluck pflegt hier ein sehr prononciertes Wort; das akzeptiere ich so. Wir verabschieden die Novellierung unseres Polizeigesetzes wie vorgesehen, und dann können wir über alles andere noch in Ruhe reden.

Die Vergangenheit hat gezeigt, meine Damen und Herren, dass die Sicherheitsbehörden auf die Situation reagieren müssen und zum Schutz von Anschlagzielen auch gezielte Maßnahmen ergreifen müssen. Dazu zählt u. a. die Videoüberwachung. Der Entwurf des Gesetzes zur Änderung unseres Polizeigesetzes sieht eine behutsame Erweiterung der Videoüberwachung vor. Fragen Sie einmal nach, wie viele Kameras der Polizei in diesem Land stehen; dann wissen Sie, was ich unter „behutsam“ verstehe. Der Landesbeauftragte wird ausreichend Gelegenheit haben, zu dem Entwurf des Polizeigesetzes Stellung zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Es sind keine Dutzend Kameras im ganzen Land.

Auch den Zugriff auf Mautdaten halte ich zur Verbrechensbekämpfung eigentlich für notwendig. Der Tod eines Parkplatzwächters im November 2005 ist dafür das markanteste Beispiel.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Landesbeauftragten und der Landesregierung bestehen auch in der Frage – der Kollege Walter hat es angesprochen; deswegen will ich diesen Punkt ganz kurz aufgreifen –, welche Daten bei Personen, die wegen einer politisch motivierten Straftat zu Recht in der Arbeitsdatei „Politisch motivierte Kriminalität“ erfasst sind, gespeichert werden dürfen. Da vertrete ich ganz klar den Standpunkt, Herr Kollege Walter, dass auch legale Verhaltensweisen Anhaltspunkte für eine künftige Begehung von Straftaten bieten können und deswegen gespeichert werden dürfen. In der Stellungnahme der Landesregierung sind hierfür Beispiele aufgeführt. Der Tierschützer wird – isoliert als Tierschützer – nicht in diese Datei aufgenommen, der Teilnehmer an einer friedlichen Demonstration auch nicht. Vielmehr geht es hier um Zusatzspeicherung von Daten, denen eine Straftat oder zumindest erhebliche Verdachtsmomente vorausgegangen sein müssen. Noch einmal: Der friedliche Tierschützer wird da – isoliert als Tierschützer – nicht aufgenommen.

Ich kann auch nicht der Kritik des Landesbeauftragten für den Datenschutz folgen, was die Auskunftspraxis des Landeskriminalamts im Staatsschutzbereich anbelangt. In diesem Bereich ist es nun einmal regelmäßig nicht möglich, bei einem Auskunftersuchen eines Bürgers alle Karten auf den Tisch zu legen. Es ist ja schon klar, dass durch die Auskunfterteilung der Betreffende natürlich erfahren würde, dass er durch den Staatsschutz überwacht wird. Dies hätte in der Tat die Folge, dass Überwachungsmaßnahmen und Ermittlungsmaßnahmen völlig ins Leere laufen.

(Minister Heribert Rech)

Lassen Sie mich zum Schluss auf einen Punkt zu sprechen kommen, den die Kollegin Vogt und auch der Kollege Walter – ich glaube, es waren fast alle meine Vorredner – angesprochen haben, nämlich die Frage der Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht über den nicht öffentlichen mit der Datenschutzaufsicht über den öffentlichen Bereich.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Anlass dafür ist die Klage der EU-Kommission gegen Deutschland – der Kollege Föll hat dies zutreffend und umfassend ausgeführt; deswegen gehe ich nur in wenigen Sätzen darauf ein – wegen angeblicher Verletzung der EU-Datenschutzrichtlinie. Die Kommission ist der Auffassung, die Datenschutzaufsichtsbehörde für den privaten Bereich sei nicht, wie es die EU-Richtlinie verlangt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben völlig unabhängig. Die Klageerhebung ist nach Auffassung der Landesregierung aber kein Grund, die öffentliche und die private Datenschutzaufsicht in Baden-Württemberg jetzt zusammenzulegen. Die EU-Kommission hält die Rechtslage in allen 16 Bundesländern für europarechtswidrig, also auch die Rechtslage in denjenigen Ländern, in denen der Landesbeauftragte für den Datenschutz bereits jetzt für beide Bereiche zuständig ist; der Kollege Föll hat darauf hingewiesen. Die Bedenken der EU wären daher durch eine Zusammenlegung nicht ausgeräumt. Die Vorstellungen der Kommission gehen vielmehr deutlich über die derzeitigen Organisationsformen der Datenschutzaufsicht in den Bundesländern hinaus.

Die Bundesregierung hat diesen Vorstellungen in ihrer Klageerwidderung eine Absage erteilt. Maßgeblich dafür sind verfassungsrechtliche Gründe, aber auch der EU-rechtliche Subsidiaritätsgrundsatz, der einen Eingriff in die Organisationshoheit der EU-Staaten verbietet; darauf will ich schon noch einmal hinweisen. Die Innenminister haben auf ihrer Konferenz im Dezember 2007 ebenfalls diesen Standpunkt einheitlich vertreten.

Meine Damen und Herren, nach alledem erscheint es der Landesregierung angezeigt, vor etwaigen organisatorischen Änderungen die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs abzuwarten, und dies umso mehr, als die Arbeit der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich bei den Beratungen ihres Vierten Tätigkeitsberichts im Landtag von allen Fraktionen anerkannt wurde. Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz wird auch ohne die Aufgaben im privaten Bereich die Arbeit nicht ausgehen. Das will ich ausdrücklich betonen. Das machen auch die jüngsten Ereignisse deutlich.

Aber ich will, Herr Kollege Walter, noch zu der Problematik Lidl klar sagen, dass ich schlecht beraten wäre, schon jetzt, wo das Verfahren noch im Gange ist, eine öffentliche Bewertung vorzunehmen. Nur eines kann ich sagen: Prophylaktische datenschutzrechtliche Prüfungen bei Discountern oder sonst wem gibt es in keinem Bundesland. Das wäre schlichtweg überhaupt nicht zu leisten, und deswegen gibt es diese auch bei uns nicht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Lidl hat das selbst eingeräumt!)

– Ja, klar. Aber jetzt bitte gemacht, gemacht! Sie werden hoffentlich davon ausgehen, dass der Sachverhalt umfassend und

gründlich geprüft und ausgewertet wird und dass dann die entsprechenden Folgerungen gezogen werden. Sie werden zu Recht davon ausgehen, dass ich hier und heute eine Bewertung dazu nicht vornehmen kann, will und darf.

Ich danke dem Datenschutzbeauftragten für die geleistete Arbeit sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses und der Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2403, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/2366, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Meine Damen und Herren, wir sind mitten in der Abstimmung! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Das Erstere war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1636. Abschnitt I dieses Antrags ist als Berichtsteil durch die Aussprache erledigt.

Über die Abschnitte II und III ist abzustimmen. Wer den Abschnitten II und III des Antrags Drucksache 14/1636 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Abschnitte sind mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

- a) **Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Ausgewählte Problematiken gewerblicher Schulen – Drucksache 14/1558**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2164**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu b fünf Minuten, für die Aussprache über a und b fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort zu a fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann für die Fraktion der SPD.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Klagen der Ausbildungsbetriebe im Land sind unüberhörbar. Die unbefriedigende Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen ist schon landesweit ein Thema. Der Unterrichtsausfall geht dabei nicht nur zulasten der Auszubildenden, sondern er schadet auch dem

(Gunter Kaufmann)

Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – so unisono die IHKs im Land.

Am 13. März veranstaltete die IHK in Karlsruhe ein Podiumsgespräch mit Landtagsabgeordneten aus allen Fraktionen – zumindest zwei von ihnen, sehe ich, sind hier auch noch anwesend – zum Thema „Unterrichtsausfall an den Berufsschulen“.

Ich meine, der Landesregierung hätten angesichts der dort vorgetragenen Klagen über die Situation an den Berufsschulen die Ohren klingen müssen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist doch denen egal!)

„Lehrermangel und kein Englischunterricht“ titelten tags darauf die „Badischen Neuesten Nachrichten“. Die IHK Karlsruhe hat das Thema Unterrichtsausfall zum Titelthema der Märzausgabe ihres Magazins gemacht

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die ist auch gegen den Mindestlohn!)

und festgestellt:

Aus Mangel an Lehrern fallen ... bis zu 10 % des Unterrichts an den Berufsschulen aus. In einem Fall fiel aus diesem Grund sogar der Englischunterricht komplett aus. ... Deshalb fordern wir auch mit allem Nachdruck deutlich höhere Bildungsinvestitionen.

So Präsident Bechtold zum Unterrichtsausfall.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Norbert Zeller SPD: Recht hat er! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist in Entwicklungsländern noch besser!)

Wo er recht hat, hat er eben recht. Ich kann ihm nicht widersprechen.

Diese Situation besteht aber nicht nur in Karlsruhe. An den Kollegen Zeller erging von der Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben folgendes Schreiben:

Die Ausbildungsleiter unserer Mitgliedsbetriebe Voith Paper Filter Systems GmbH & Co. KG, ThyssenKrupp Drauz Nothelfer GmbH und Müller-Weingarten AG bemängeln den starken Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die wissen, wovon sie reden!)

Von den vorgesehenen 13 Unterrichtsstunden werden meist nur zehn oder elf eingeplant, im Beruf des Technischen Zeichners sogar nur acht anstatt 13 Stunden (Beispiel Ravensburg).

(Zurufe von der SPD: Schlimm! Unglaublich! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aber die sind auch gegen den Mindestlohn!)

Dieses Beispiel einer Schule wurde von weiteren Vertretern beruflicher Schulen aus der Region in der letzten Sitzung des Berufsbildungsausschusses der IHK Bodensee-

Oberschwaben am 13. November 2007 bestätigt. Offenbar können in fast keiner Berufsschulklasse die geforderten Unterrichtsstunden gewährleistet werden.

(Zurufe von der SPD: Sag mal! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, wo sind wir denn? – Abg. Alfred Winkler SPD: Sind wir denn in Belgisch-Kongo? – Zurufe von der CDU)

– Ich kann mir vorstellen, dass Ihnen das nicht gefällt. Das weiß ich. Für Karlsruhe ist es eine besondere Blamage, weil der Englischunterricht dort an eine private Berufsschule abgegeben wurde. Auf der Podiumsdiskussion hat ein namhafter Vertreter der Wirtschaft gefragt: Wie lange muss ich noch den Englischunterricht meiner Lehrlinge bezahlen, weil die Berufsschule das nicht anbieten kann?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Ich will das Fazit des Präsidenten der IHK Region Stuttgart, Baumann, noch heranziehen, weil dort die gleiche Meinung vertreten wird. Nach Meinung von Baumann

geben allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen im Land häufig ein trauriges Bild ab. Z. B. fehlen schon jetzt rund 700 Berufsschullehrer, vor allem in technischen Fächern. ... Wenn das Lehramt an Berufsschulen nicht attraktiver ... wird, entscheiden sich viele Absolventen vor allem technischer und naturwissenschaftlicher Fächer auch weiterhin zu selten für den Lehrerberuf.

Meine Damen und Herren, diesen Appell der Wirtschaft sollten Sie nicht überhören. Wenn Sie schon auf uns nicht hören, dann sollten Sie diese Warnungen aus der Wirtschaft doch ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: War das jetzt Rumänien?)

– Es ist hier von unserem Land die Rede. Es betrifft unser Land, es betrifft unsere Auszubildenden.

Ich kann Ihnen auch noch ein weiteres Schreiben zur Kenntnis geben, das von den Auszubildenden des Rastatter Daimler-Werks sowohl an mich als auch an den Kollegen von der CDU ging. Darin wiesen die angehenden Fertigungsmechaniker darauf hin, dass sie im dritten Lehrjahr von Juli bis Dezember überhaupt keinen Berufsschulunterricht hatten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, sag einmal!)

Wenn man die Auszubildenden dann fragt: „Wie sieht es denn in den Vertretungsstunden aus?“,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schlimmer als im Saarland!)

dann kommt die Antwort: Ja, ja, Vertretungsstunden gibt es, aber da sind wir weitgehend allein.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Skandalös!)

Eingeweihte kennen die Praxis an den Schulen und verstehen die Probleme. Ich will das hier nicht weiter ausführen, aber feststellen, dass die Berufsschullehrer sich zumindest subjektiv an einer Belastungsgrenze fühlen. In der Tat kann niemand bestreiten, dass die Anforderungen an die Lehrkräfte zuge-

(Gunter Kaufmann)

nommen haben. Die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert. Deputatserhöhungen und zusätzliche Aufgaben ohne entsprechende Anrechnungen machen den Job wahrlich nicht attraktiver.

Wir wissen ja, dass zum strukturellen Unterrichtsausfall auch noch die Ausfälle wegen Erkrankungen der Lehrer hinzukommen. Da gilt die allgemeine Erkenntnis: Motoren, die ständig unter Vollast fahren und immer wieder überdreht werden, geraten schneller ins Stottern und verschleifen vorzeitig. Häufige Unterrichtsausfälle sind immer ein Zeichen von zu knapp bemessenem Personal.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kleinmann?

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Am Schluss meiner Rede.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Aber gern!)

Wenn ich das jetzt im Kontext ausführen darf, stehe ich Ihnen nachher gern zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Sie kennen die Probleme bei der Gewinnung des Lehrernachwuchses. Die Zahl der Studierenden, die Gewerbelehrerinnen bzw. Gewerbelehrer werden wollen, reicht seit Langem bei Weitem nicht mehr aus, um den hohen Bedarf zu decken. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen besser werden, und in manchen Fällen müssen auch die Dotierungen angemessener werden.

Die Änderung der Vergütungsregelung für sogenannte Direkt-einsteiger hat die Problematik nämlich wesentlich verschärft. Die Landesregierung erklärt in der Antwort auf unsere Anfrage selbst:

Bei verheirateten Lehrkräften mit Kindern, die erst in relativ hohem Lebensalter in den Schuldienst eintreten, kann dies ... Einbußen gegenüber der alten BAT-Vergütung von bis zu 1 000 € brutto ausmachen.

Ich denke, Sie sollten sich die Zahlen einmal konkret vor Augen führen: Ein Technischer Lehrer geht mit 1 426 bis 1 627 € netto nach Hause, ein wissenschaftlicher Lehrer mit 1 830 bis 2 060 € netto – Direkteinsteiger, 35 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Lohnsteuerklasse III.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist ehrenamtlich!)

In dieser Situation noch wettbewerbsfähig zu sein im Kampf mit der Industrie um die guten Köpfe ist schwierig. Dieser Herausforderung sollte sich die Landesregierung endlich einmal in angemessener Weise stellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Alfred Winkler SPD: Bravo!)

Was erwarten wir in der heutigen Diskussion? Erstens: Wir erwarten, Herr Staatssekretär, zumindest eine befriedigende Antwort der Landesregierung

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wie immer!)

auf die Vorhaltungen aus der Wirtschaft und den Schulen. Da bin ich gespannt.

Zweitens: Wir wollen auch konkret wissen, wie viele Lehrstellen im kommenden Schuljahr besetzt werden können. Gibt es einen vollen Ersatz für die ausscheidenden Lehrkräfte? Was kommt noch dazu? Mit wie vielen Stellen kann tatsächlich gerechnet werden? Ich höre von einzelnen Schulen, dass offensichtlich nur 50 % der in den Ruhestand eintretenden Lehrkräfte ersetzt werden sollen.

Drittens: Wie wird in diesem Jahr die Planungssicherheit bei der Stellenbesetzung gewährleistet? Da erinnern wir uns noch an das Chaos im vergangenen Jahr. Ich weiß, dass bei uns im Land ausgebildete Referendare nach Hessen oder Rheinland-Pfalz gingen, weil die zweite Einstellungsranche zu spät gekommen ist. Diese Situation ist dann doch etwas unbefriedigend gewesen. Das ist mir noch in guter Erinnerung.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schicken wir unsere Gewerbelehrer halt dorthin! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie viel Redezeit hat der denn?)

Viertens letztlich: Wie werden die Ausbildungsbedingungen konkret verbessert? Welchen Ausgleich kann es für die wachsenden Aufgaben an den Berufsschulen geben im Rahmen der OES, der Evaluation, der zusätzlichen Kompetenzanalyse?

Meine Damen und Herren, gehen Sie davon aus, dass die Thematik auf der Tagesordnung bleibt. Die Schülerzahlen an den beruflichen Schulen werden im nächsten Jahr noch nicht zurückgehen, und die Wirtschaft wird sich mit halbherzigen Lösungen auch nicht zufriedengeben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zu Recht! – Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

Deshalb ist es wichtig, dass wir gemeinsam noch mehr Anstrengungen unternehmen, um die Ausbildungsbedingungen und damit die Zukunftschancen junger Menschen zu verbessern. Mangelnde oder fehlende Ausbildung heute heißt Fachkräftemangel in den kommenden Jahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Andrea Krueger CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als ich am 20. März SWR 1 gehört habe – ein bisschen Werbung für unseren Landessender muss ja auch sein –,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich habe den gestern auch gehört!)

musste ich mich doch sehr wundern. Denn da wurden Sie, Herr Kollege Kaufmann, mit der Aussage zitiert, der Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen im Land sei skandalös, sei ein Alarmsignal für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Zuruf von der SPD: Es stimmt leider!)

(Andrea Krueger)

Sie haben es heute etwas schwächer formuliert. Dennoch: Skandalös ist eher Ihr krampfhafter Versuch, die Bildungspolitik im Land schlechtzureden.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Jetzt wollen wir einmal nicht über Meinungen – auch nicht über die Meinungen von Kammern –, sondern über Fakten reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn Fakt ist, dass Baden-Württemberg unter den Flächenländern mit großem Abstand das meiste Geld für berufliche Schulen ausgibt, nämlich pro Schüler und Jahr 4 200 €.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU und Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Nebenbei bemerkt: Im Bundesdurchschnitt liegen die Ausgaben bei 3 500 €,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch kein Argument!)

in dem von der SPD und Kurt Beck regierten Rheinland-Pfalz aber nur bei 3 300 €.

(Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Wahrscheinlich finden Sie auch das skandalös.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Unruhe bei der SPD – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Darf deshalb bei uns Unterricht ausfallen?)

Wahr ist weiter, dass sich in den vergangenen Jahren die Unterrichtsversorgung im Land an allen beruflichen Schultypen durchweg positiv entwickelt hat.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wahrscheinlich ist der ausgefallene Unterricht teurer!)

Das Unterrichtsdefizit im wissenschaftlichen und fachpraktischen Unterricht an den beruflichen Schulen wurde von noch 7 % im Schuljahr 2000/2001 auf nunmehr 4,4 % im Schuljahr 2007/2008 zurückgeführt, und dies trotz steigender Schülerzahlen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Andrea Krueger CDU: Nein.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kleinmann wollte noch eine Frage stellen! – Unruhe)

Allein in den Jahren 2000 bis 2006 wurden 1 840 Stellen für die beruflichen Schulen neu geschaffen. Im Jahr 2007 wurden weitere 100 Stellen zugunsten des beruflichen Bereichs umgeschichtet. Der Vorbereitungsdienst in Fächern mit schwieriger Bewerberlage – das wurde vorhin schon angesprochen;

das sind die Fächer Mathematik, Physik, Chemie und Informatik – wurde für Seiteneinsteiger geöffnet.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie bestreiten die Aussagen der IHK!)

Darüber hinaus wurde in berufsbezogenen Mangelfächern, z. B. Metall- und Elektrotechnik, der Direkteinstieg ermöglicht. Im Übrigen sind auch Mittel bereitgestellt, um Ausgleichsmaßnahmen für den Unterrichtsausfall wegen Krankheit zu finanzieren.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ganz langsam! Ganz ruhig!)

Dies und anderes mehr hat zur deutlichen Verbesserung der Situation an den beruflichen Schulen geführt.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Getroffene Hunde bel-len!)

Trotz dieser immensen Kraftanstrengungen wissen wir natürlich, dass die Gewinnung von Lehrkräften in Mangelfächern

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aha! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gegeben ist!)

sehr wohl eine schwierige Aufgabe ist.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aha! Jetzt wird es kompliziert! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Allerdings kann niemand gezwungen werden, ein bestimmtes Fach zu studieren.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aber man kann es interessanter machen!)

Niemand kann gezwungen werden, ein lukratives Angebot aus der Wirtschaft zugunsten des Lehrerberufs auszuschlagen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Jetzt weiß ich schon – Sie haben es vorhin auch wieder angedeutet –, dass Sie an dieser Stelle gebetsmühenhaft verbesserte Vergütungen einfordern.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Direkteinsteiger!)

Aber auch hier fiel vorhin in einem anderen Zusammenhang schon das Stichwort Tarifautonomie. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass dies Sache der Tarifvertragsparteien ist. Wenden Sie sich dazu also bitte getrost und vertrauensvoll an die Gewerkschaften.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das Land kann doch Sonderregelungen treffen!)

Noch ein Weiteres: Falls Ihre Initiativen auch dazu dienen sollten, erneut die bestehende Schulstruktur in Baden-Württemberg zu kritisieren, dann, meine Damen und Herren der SPD, hätten Sie sich einen Bärenienst erwiesen. Denn die Antwort der Landesregierung belegt gerade einmal mehr die Durchlässigkeit dieses Systems.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Andrea Krueger)

Denn tatsächlich findet jeder vierte Realschüler mit mittlerer Reife Zugang zum Erwerb der Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Auch den viel zu oft schlechtgeredeten Hauptschülern ist über das berufliche Schulwesen der Zugang zum Abitur eröffnet.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Unruhe bei der SPD)

Allein an den Technischen Gymnasien stellen originäre Hauptschulabsolventen mit einem mittleren Bildungsabschluss bereits 5 % des Schülerjahrgangs 2006/2007 – neben Berufsfachschülern, Berufsschülern, Berufsaufbauschülern und anderen –,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Richtig!)

und dies bei einer seit Jahren steigenden Tendenz.

Jetzt sage ich einmal auch: Gutes kann noch immer besser werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Was ist denn gut?)

Das dient allen, daran arbeiten wir. Aber Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sollten endlich damit aufhören, die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg schlechtzureden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir reden sie doch nicht schlecht!)

Das dient nämlich keinem, vor allem nicht den Schülerinnen und Schülern in unserem Land.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hervorragende Rede! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Alfred Winkler SPD: Machen Sie jetzt eine Gesundheitsstunde?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt aber! – Abg. Norbert Zeller SPD: Steilvorlage!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es hier mit zwei Initiativen zu tun, die die SPD eingereicht hat. Zum einen geht es um die Unterrichtsversorgung, zum anderen um Problematiken verschiedener Bereiche an beruflichen Schulen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Zunächst zu der Situation der Unterrichtsversorgung: Man kann hier getrost – auch nach dem, was in den Haushaltsansätzen schon vermerkt wurde – davon ausgehen, dass es die Zielsetzung der Landesregierung ist, keine volle Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen zu gewährleisten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Im Doppelhaushalt – da können Sie es auch nachlesen – ist als Ziel für 2007/2008 eine Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen von 96 % formuliert. Mit dieser Botschaft müssten Sie einmal an ein allgemeinbildendes Gymnasium gehen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Da fällt doch noch mehr aus!)

Überlegen Sie einmal, welches Echo Sie mit einer solchen Botschaft bei den Eltern in der Öffentlichkeit erzeugen würden, wenn Sie sagen würden: „Auch an den allgemeinbildenden Gymnasien gehen wir auf 96 % Unterrichtsversorgung.“ Diese Versorgungsquote ist bei den beruflichen Schulen Ihr erklärtes Ziel.

Jetzt sagen Sie: „Wir arbeiten daran.“ Ich nehme sehr wohl auch wahr, dass sich z. B. im Bereich der gewerblichen Schulen die Unterrichtsversorgung in den letzten Jahren verbessert hat. Aber wir hatten bei den gewerblichen Schulen im letzten Schuljahr nach Ihren eigenen Aussagen immer noch ein Defizit von 5,5 %. Das ist zu viel. Wenn wir von Facharbeitermangel reden, wenn wir von den höheren Anforderungen reden, die die duale und die berufliche Ausbildung mit sich bringen, können Sie doch nicht sagen: Unser erklärtes Ziel ist es eigentlich, hier keine volle Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Frau Krueger, da hilft es nicht weiter, wenn Sie sagen, Sie arbeiteten daran. Wir erwarten eigentlich von Ihnen – das müssten wir hier auch sagen –, dass Sie in den nächsten Doppelhaushalt ein Versorgungsziel von 100 % hineinschreiben. Sie können dieses Thema nicht weiter so ignorieren.

Mir ist auch klar, dass es Schwierigkeiten gibt, die berufsspezifische Lehrerversorgung sicherzustellen. Das ist ein Problem. Aber wir müssen, denke ich, in diesem Bereich über Grenzen springen, die wir uns vielleicht selbst aufgebaut haben.

Herr Kaufmann hat es angesprochen: Wir brauchen größere Anreize, um wirklich qualifizierte Seiten- und Quereinsteiger aus der Industrie zu bekommen. Das ist der eine Punkt. Wir müssen aufgrund der neuen Bildungspläne aber auch gewährleisten, dass wir im Bereich der Technischen Lehre – z. B. Lernfeldeinführung, wo sowieso die Vermischung von Theorie- und Praxisunterricht gegeben ist – auch qualifizierten Technischen Lehrern die Möglichkeit geben, durch Aufstiegsqualifizierung entsprechend ins Lehramt zu kommen. Das ist wichtig, denke ich. Es nützt nichts, lediglich zu postulieren, der Meister solle auch an der Universität studieren können, wenn man dem Technischen Lehrer an einer beruflichen Schule, der im Prinzip eine gute Arbeit leistet, nicht diese Perspektive bietet. Dort haben wir wirklich noch Ressourcen, die wir meines Erachtens abrufen sollten.

Auch sollten wir über die Hürde springen und – wie dies früher schon einmal praktiziert wurde – für Absolventen der Fachhochschulen wieder Korridore öffnen, um gerade in spezifischen Mangelfächern diesen Mangel auszugleichen. Dazu bedarf es nur des politischen Willens und eines entsprechenden Konzeptes; dann können wir das machen.

(Siegfried Lehmann)

Aber ich halte es für unerträglich, dass einfach gesagt wird: „Wir bekommen die nicht. Das ist halt so. Wir haben hier einen freien Markt. In der Industrie bekommt der Hochschulabsolvent mehr Geld, und damit müssen wir leben.“ Das ist meines Erachtens zu wenig und zu billig. Damit werden wir der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Überhaupt kein Verständnis habe ich dafür, dass auch – dies geht auch aus der Antwort der Landesregierung hervor – Deutsch und Englisch zu den Fächern gehören, in denen es Unterrichtsausfall gibt. Der Stellungnahme zu der Initiative der SPD entnehme ich dann auch noch die etwas zynisch klingende Bemerkung, dass das G 8 Vorrang habe, dass das allgemeinbildende Gymnasium Vorrang habe und deswegen Deutsch- und Englischlehrer dort bevorzugt eingesetzt würden, um die Versorgungsquote von 100 %, die man sich als Ziel gesetzt hat, zu erfüllen. Damit hat das Land ein großes Problem, und hier sollte dringend etwas getan werden.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist: Die beruflichen Schulen und die Lehrer, die in diesem Bereich tätig sind, unterliegen einem ständigen Veränderungsdruck, auch aufgrund von technischen Veränderungen, aufgrund von neuen Bildungsplänen, Ausbildungsplänen usw.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Was heißt denn „Druck“?)

Erforderlich ist hier, dass das Land endlich die Fort- und Weiterbildung in den beruflichen Schulen ernst nimmt und nicht, wie geschehen, die Mittel für Lehrerfortbildung von 2002 bis 2006 um 12 % reduziert. Das entspricht nicht dem, was eigentlich Realität ist. Das entspricht nicht der Problemlage. Da haben wir auch die Erwartung, dass Sie im nächsten Doppelhaushalt endlich auch den beruflichen Schulen den Stellenwert beimessen, der dem Industriestandort Baden-Württemberg zukommt.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich auf eine Aussage meines Vorredners eingehen. Herr Kollege Lehmann, wenn Sie von „Veränderungsdruck“ sprechen, dann sage ich „Veränderungsgestaltung“. Es gibt ja nichts Schlimmeres, als hier keine Veränderungen vorzunehmen. „Ecclesia semper reformanda est“ – das gilt für die Kirche, das gilt aber auch für die Schulen. Es wäre ja Blödsinn, wenn man den neuen Herausforderungen nicht mit entsprechenden Veränderungen begegnen würde.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Herr Kollege Kaufmann, Sie haben recht, dass die Technischen Lehrer als Seiteneinsteiger oft sehr schlecht bezahlt

werden. Wir müssen in der Tat darüber nachdenken, wie wir dies neu gestalten.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Norbert Zeller: Seit zehn Jahren denken Sie nach!)

– Sie waren doch von 1992 bis 1996 mit in der Regierung. Was haben Sie denn damals gemacht? Nichts! Null Komma null!

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt kommt das wieder!
– Abg. Norbert Zeller SPD: Da hat es noch funktioniert! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, ja, das wissen wir.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Immer dann, wenn Sie in der Opposition sind, sind Sie groß und stark. Wenn Sie aber in der Regierung sind, ist das Ganze schlecht. Die Vergleiche mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die vorhin von der Frau Kollegin vorgetragen worden sind, zeigen, dass wir diesbezüglich bei Weitem besser sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Aber wir sind uns ja einig, Herr Kaufmann: Wir müssen hier eine gewisse Änderung vornehmen und werden dies im Auge behalten.

Die Debatte über die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu den gewerblichen Schulen bietet zunächst einmal die Gelegenheit, erneut und nachdrücklich auf die hohe Qualität der beruflichen Gymnasien unseres Landes hinzuweisen.

Wir haben in der zurückliegenden Zeit mehrfach über Fragen der Schulstruktur diskutiert. Die Forderungen nach einer Abkehr vom gegliederten Schulwesen in Form einer radikalen Wende werden auch weiterhin erhoben. Wir werden hierzu weitere Debatten führen. Das ist für mich so sicher wie das Amen in der Kirche. Zentrales Argument dieser Forderungen ist die Behauptung, durch eine völlige oder zumindest teilweise Abkehr vom gegliederten Schulsystem würden vorhandene soziale Disparitäten beim Bildungserfolg und insbesondere beim Zugang zur Hochschule verringert.

Der Hintergrund hierfür ist natürlich PISA. Ich habe in den Debatten hierzu bereits immer wieder darauf hingewiesen, dass sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsteilhabe, gemessen am Zugang zur Hochschule, in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, in ganz positivem Sinn erheblich anders darstellt, wenn man nämlich gerade die beruflichen Gymnasien mit in den Blick nimmt.

Rund ein Drittel der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigungen – Sie reden hier ja auch vom Technischen Gymnasium – wird in Baden-Württemberg an den beruflichen Schulen erworben. Wir sind da allen anderen Ländern weit voraus. Die Absolventen der beruflichen Gymnasien kommen in der Regel von der Realschule. Sie können ihren mittleren Abschluss aber auch an der Hauptschule erwerben – sprich Werkrealschulabschluss. Diese Modernisierung und Öffnung des Schulsystems und der Schulstruktur sind bereits Realität und

(Dieter Kleinmann)

müssen nicht erst in Zukunft geschaffen werden, Herr Lehmann. In Baden-Württemberg ist dies Realität. Unser Land ist hierbei Vorreiter. Empirische Untersuchungen belegen dies handfest.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Im Moment nicht. – Sie belegen auch klipp und klar: Unsere beruflichen Gymnasien können im Leistungsvergleich mit den allgemeinbildenden Gymnasien bestens bestehen. Sie leisten einen Beitrag dazu, die Abiturientenquote zu steigern, weil sie auch Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern – das ist auch immer ein Stichwort von der SPD – den Zugang zur Hochschule öffnen. Sie tragen damit – ich sagte es bereits – zur Reduzierung sozialer Ungleichheiten bei. Ich finde es bedauerlich und auch erstaunlich, dass dies alles immer wieder bei und mit den Strukturdebatten zugedeckt wird.

Es ist richtig: Die Vorzüge und die Stärken dieser Schulen können nur dann ausgespielt und weiter ausgebaut werden, wenn die hierfür erforderlichen Ressourcen – insbesondere die personellen Ressourcen, Herr Kaufmann – zur Verfügung stehen. Da haben wir in der Tat Probleme. Diese Probleme wollen wir gern beseitigen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aber schon lange! Nicht erst seit heute!)

– Ich habe ja schon gesagt: Sie waren von 1992 bis 1996 mit in der Regierung. In dieser Zeit ist nichts passiert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Da haben wir an den beruflichen Schulen insgesamt – darin stimme ich Ihnen zu – Probleme. Wir alle wissen das.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das ist in erster Linie aber nicht eine Frage fehlender Stellen, sondern das geht in erster Linie auf das Problem der fehlenden Bewerber zurück.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich bin gleich fertig.

Die Landesregierung hat erneut dargelegt, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um dem abzuhelfen – kurzfristig insbesondere durch die Möglichkeiten des Seiten- sowie des Direkteinstiegs. Dies ist auch nicht ohne Erfolg geblieben. Meine Damen und Herren von der SPD: Nehmen Sie zur Kenntnis – da wollte ich Sie, Herr Kaufmann, vorhin fragen, ob Ihnen das bekannt ist –: Der Fehlstundenanteil konnte gegenüber ca. 7 % im Schuljahr 2000/01 auf 4,4 % im Schuljahr 2007/08 reduziert werden.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das sage ich Ihnen gleich!)

Insbesondere langfristig bleibt die Bewerberlage allerdings problematisch. Wir unterstützen die Landesregierung nachdrücklich und nachhaltig. Ein Patentrezept freilich sehe ich im Moment nicht. Es wird weiterhin eine schwierige Arbeit sein, die wir aber mit der Regierung gern angehen. Ich sehe von der Opposition bisher keinerlei Lösungsvorschläge.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wäre das Problem der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen so gravierend, hätten wir kein sehr erfolgreiches berufliches Bildungssystem in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich möchte Ihnen gleich zu Beginn klarmachen, dass wir vorbildlich sind, was unsere berufliche Schulen in Baden-Württemberg betrifft. So platziert das Institut der deutschen Wirtschaft – das ist auch ein ganz wichtiges Organ der Wirtschaft, Herr Kaufmann; somit sollte man auch solche Zitate anbringen dürfen – Baden-Württemberg seit einigen Jahren auf einem Spitzenplatz deutschlandweit, was die berufliche Bildung betrifft.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das liegt aber an den Firmen!)

In der Studie „Bildungsmonitor 2007“ heißt es wörtlich:

Baden-Württemberg ist es gelungen, das hohe Bildungsniveau auszubauen.

Und:

Die berufliche Bildung und Akademisierung gehören ebenso wie die Internationalisierung des Bildungswesens zu den Stärken des Landes.

Nun einige Fakten: Baden-Württemberg liegt in Bezug auf den Anteil der erfolgreichen Berufsabschlussprüfungen im „Bildungsmonitor“ auf Platz 1; denn hierzulande haben wir eine Berufsabschlussquote von 93 %. Letztlich ist die Qualität eines Bildungssystems daran zu messen, wie viele Menschen am Ende zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden, und diese Abschlussquote belegt im Ergebnis durchaus, dass die Bildungsgänge erfolgreich sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut, Herr Staatssekretär!)

Das ist zweifellos das Verdienst der hervorragenden pädagogischen Arbeit unserer Berufsschulen und steht für die gute Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Wirtschaft, die nicht zuletzt in der Durchführung der gemeinsamen Abschlussprüfung von Berufsschule und Wirtschaft zum Ausdruck kommt – eine seit Jahrzehnten sehr bewährte Form der Zusammenarbeit, wie sie es in dieser Form nur in Baden-Württemberg gibt.

(Staatssekretär Georg Wacker)

Jetzt wird natürlich in diesem Zusammenhang, vor allem wenn Mitglieder der Landesregierung nationale Vergleichsstudien veröffentlichen, sehr gern gefragt: Wie sieht es denn im internationalen Kontext aus? Auch hier möchte ich Ihnen gleich zu Beginn meiner Ausführungen aus einer OECD-Studie aus dem Jahr 2007 zitieren, nämlich aus der alljährlich veröffentlichten Studie „Education at a Glance“. Nach dieser Studie beträgt der Anteil derjenigen unter den 25- bis 64-Jährigen in Deutschland, die mindestens über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, 83 %, liebe Kolleginnen und Kollegen. Demgegenüber liegt der OECD-Schnitt bei 68 %. Bei diesen Daten müssen wir sagen, dass wir dank unserer bewährten dualen Ausbildung, zu der die beruflichen Schulen einen maßgeblichen Beitrag leisten, im internationalen Vergleich nicht nur sehr gut dastehen, sondern uns auch in der Spitzengruppe befinden. Dies muss in diesem Zusammenhang auch deutlich erwähnt werden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Staatssekretär Georg Wacker: Jetzt gleich zu Beginn? Von Herrn Winkler lasse ich natürlich sehr gern eine Frage zu.

Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn Sie das duale System in Baden-Württemberg so loben, wie bewerten Sie dann die Aussage von Herrn Baumann von der IHK Region Stuttgart, dass erstens die beruflichen Schulen im Land häufig ein trauriges Bild abgeben und zweitens es nicht hinnehmbar ist, wenn in Berufsschulen 10 % des Unterrichts ausfallen oder Englischunterricht – Englischkenntnisse braucht man heute für den Beruf – nicht stattfindet? Wie verträgt sich das mit Ihren Lobpreisungen?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr gute Frage!)

Staatssekretär Georg Wacker: Dazu muss in aller Deutlichkeit gesagt werden, dass diese Einschätzung der IHK nicht angemessen ist,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das verschicken wir!)

weil wir wissen, dass die Unterrichtsausfallquote wesentlich geringer ist. Außerdem sind gerade für die Industrie- und Handelskammern die beruflichen Schulen wichtige Partner. Insofern kann ich der IHK gegenüber, falls solche Aussagen gemacht wurden – und das möchte ich überhaupt nicht in Abrede stellen –, ganz klar zum Ausdruck bringen, dass auch die IHK auf einen verlässlichen, qualitativ hochstehenden Partner seitens der beruflichen Schulen angewiesen ist. Deswegen sollte man hier mit einer Stigmatisierung sehr vorsichtig sein, denn der Unterrichtsausfall in diesem Bereich hat sich von Jahr zu Jahr kontinuierlich nach unten entwickelt. Darauf möchte ich gleich mit konkreten Fakten eingehen.

Mehr als 30 000 Schülerinnen und Schüler besuchen eine zweijährige Berufsfachschule. Diese Schulart hat neben den beruflichen Gymnasien eine zentrale Gelenkfunktion.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir reden über Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen! Er windet sich wieder, das ist unglaublich!)

Sie stellt sicher, dass Hauptschülerinnen und Hauptschüler neben einer soliden Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung den mittleren Bildungsabschluss erwerben können. Wenn 40 % unserer Hauptschülerinnen und Hauptschüler am Ende die mittlere Reife erwerben – hauptsächlich dank der Berufsfachschule –, dann ist das auch ein Erfolg dieses Bildungsgangs, der diese Jugendlichen zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss führt.

Daher bin ich auch der Kollegin Krueger dankbar, die in diesem Zusammenhang die Durchlässigkeit des Bildungssystems klar aufgezeigt hat. Das berufliche Bildungswesen ist auch deswegen so erfolgreich, weil jeder Jugendliche entlang dieses Systems am Ende zu einem erfolgreichen Abschluss kommen kann. Für uns gilt das Primat „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Deswegen ist das berufliche Bildungssystem in Baden-Württemberg ein solches Vorzeigeprojekt und hat auch international Vorbildcharakter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, da Sie, Herr Kollege Kaufmann, in diesem Zusammenhang in starkem Maße das Thema Unterrichtsversorgung angeschnitten haben, möchte ich vorweg einige wenige Bemerkungen zur Qualität unseres beruflichen Bildungssystems machen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Unsere Berufsschulen sind sehr innovative Schulen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das hat niemand bestritten! Das liegt an den Lehrern! – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Gutes Personal! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das bestreitet niemand!)

Die neuen Lehrpläne, die erarbeitet wurden, sind handlungsorientiert und haben gleichzeitig die Problemlösung in den Mittelpunkt gestellt.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Über 200 sogenannte Lernfeldlehrpläne wurden entwickelt. Natürlich ist das auch eine außerordentliche Leistung unserer Berufsschullehrer, die mit der Umsetzung beauftragt sind.

Die beruflichen Gymnasien haben wir qualitativ-inhaltlich weiterentwickelt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

Klar ist, dass es zur Attraktivität einer dualen Ausbildung gehört, dass parallel dazu der Erwerb der Fachhochschulreife ermöglicht wird.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Hervorragend!)

(Staatssekretär Georg Wacker)

Das sind weitere Bausteine, die wir von Jahr zu Jahr weiterentwickeln, um das berufliche Bildungswesen noch attraktiver zu machen.

Nun zur Unterrichtsversorgung. Es ist kein Geheimnis, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode insgesamt 5 500 neue, zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Zudem haben wir für diese Legislaturperiode die politische Aussage getroffen, dass wir keine Lehrerstelle aus dem Bestand einsparen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo sind dann die ganzen Berufsschullehrer?)

Dies hatte zur Folge, dass wir in den Jahren 2000 bis 2006 1 800 neue Stellen allein für die beruflichen Schulen geschaffen haben. Das sind mehr neue Stellen, als insgesamt in den 20 Jahren zuvor an den beruflichen Schulen geschaffen wurden. Dadurch ist es uns gelungen, das strukturelle Defizit von über 7 % auf aktuell 4,4 % zu reduzieren. Das ist durchaus eine Quote, die im positiven Sinne weiterhin ausbaufähig ist.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Aber wir befinden uns damit auf einem guten Weg.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Damit auch das klar ist, meine Damen und Herren: Berufsschulen müssen immer auch auf den Arbeitsmarkt reagieren. Wenn wir einen angespannten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben, bedeutet das nun einmal, dass wir mit jedem Einstellungsjahr, mit jedem Schuljahr auch eine entsprechende Anzahl von Lehrerstellen zur Verfügung stellen müssen.

Letztlich war nicht das Land Baden-Württemberg oder die Landesregierung dafür verantwortlich, dass es Jahre gab, in denen nicht in ausreichendem Maße Ausbildungsstellen geschaffen wurden. Trotzdem haben wir reagiert und zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, um die betroffenen Jugendlichen nicht auf der Straße stehen zu lassen, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, im Rahmen vollzeitschulischer Bildungsgänge entsprechende Abschlüsse zu erwerben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!
– Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Trotzdem ist es uns gelungen, meine Damen und Herren, das strukturelle Defizit auf 4,4 % zu reduzieren.

Herr Kollege Lehmann, Sie haben es angesprochen – Sie sind ein Fachmann; Ihnen brauche ich da gar nichts vorzumachen –: Natürlich ist das strukturelle Defizit bei den Teilzeitklassen etwas höher als im gewerblichen Bereich oder insgesamt, gemessen an der genannten Quote von 4,4 %.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Gestatten Sie mir aber auch hier einen Ländervergleich. Sie wissen, dass die Stundentafel für die Teilzeitklassen an unseren Berufsschulen 13 Stunden vorsieht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Sie wissen aber auch, dass die Stundentafeln aller anderen Bundesländer zwölf Stunden ausweisen. Es gab schon einmal

Überlegungen einer früheren Landesregierung, zu sagen: Dieses strukturelle Defizit könnten wir statistisch sofort bereinigen, wenn wir uns dem Niveau der anderen Bundesländer angleichen würden, also die Stundentafel von 13 auf zwölf Stunden reduzierten.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Am Ende würde das Folgendes bedeuten: Wir hätten im Teilzeitbereich kein strukturelles Defizit von 8 % mehr, sondern eines von 0 %. Wir haben das aber trotzdem nicht getan, weil uns natürlich auch an den Berufsschulen der Religionsunterricht, da, wo er erteilt wird, wichtig ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Deswegen nehmen wir das strukturelle Defizit in diesem Bereich durchaus in Kauf.

Die Lehrgewinnung, meine Damen und Herren, ist natürlich eine Herausforderung, und wir weisen in unserem Haushalt für alle Schularten auch stets die Stellen aus, die wir zur Deckung der Unterrichtsversorgung brauchen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja! Richtig!)

Es ist kein Geheimnis, dass wir bei der Lehrgewinnung vor allem auch im ländlichen Raum und insbesondere in den Mangelfächern oder den technischen Berufen durchaus Probleme haben, qualifiziertes Lehrpersonal zu finden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Habe ich ja auch gesagt!)

– Kollege Kleinmann hat es gesagt, jawohl. Dafür bin ich sehr dankbar.

Es ist auch kein Geheimnis, dass es gerade in Zeiten einer guten wirtschaftlichen Konjunktur schwierig ist, an das erforderliche Personal heranzukommen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Denn diese Leute befinden sich natürlich auch in einem Wettbewerb und genießen es, wenn sie gleichzeitig ein Angebot vom Staat und ein Angebot aus der freien Wirtschaft bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Aber auch dafür ist das Land Baden-Württemberg nicht primär zur Verantwortung zu ziehen. Vielmehr hat der Haushaltsgesetzgeber die Aufgabe, die notwendigen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen. Das heißt, wenn wir alle Lehrerstellen besetzen könnten, die wir in diesem Bereich wollten, dann hätten wir das strukturelle Defizit weiter und deutlich unter 4,4 % reduziert.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Es sind konkrete Maßnahmen, die wir in Angriff genommen haben und die jetzt auch für das neue Schuljahr gelten, die ich nur kurz skizzieren möchte. Wir bauen die Dezentralisierung der Lehrgewinnung von Jahr zu Jahr aus. Konkret erfolgt

(Staatssekretär Georg Wacker)

das durch schulbezogene Stellenausschreibungen. Sie wissen, dass wir anfänglich 30 % eines „Lehrerstellenjahrgangs“ ausgeschrieben haben und aktuell über 50 % schulscharf ausschreiben. Gerade für den beruflichen Bereich beträgt der Anteil der Lehrerstellen, die wir schulbezogen ausschreiben, Herr Kollege Lehmann, deutlich über 50 %. Das heißt, um es konkret zu machen: Die Berufsschule, die eine Stelle schulscharf ausschreiben will, um möglichst früh an qualifiziertes Personal heranzukommen, hat die Möglichkeit dazu. Das trägt natürlich auch zur Optimierung der Unterrichtsversorgung gerade für den ländlichen Raum bei. Wenn 80 % der Stellen, die wir im beruflichen Bereich schulscharf ausschreiben, allein im ländlichen Raum besetzt werden, dann ist das ein Beleg dafür, dass wir das Augenmerk genau auf die richtige Stelle richten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, eine frühzeitige Ausschreibung ist wichtig. Wir nehmen unterjährige Stellenausschreibungen vor, damit wir möglichst früh an das Personal herankommen, um diese Stellen zu besetzen. Wir haben generell für den Bildungsbereich vor einigen Monaten den sogenannten Schöpfmitteldeckel angehoben, damit wir auch aus Nebenlehrer- und Krankheitsvertretungsmitteln finanzierte Krankheitsvertretungen zeitnah einsetzen können. Auch das kommt den beruflichen Schulen entgegen. Damit nutzen wir all die Instrumente, die wir seitens des Landes zur Verfügung haben, um die Unterrichtsversorgung weiter zu optimieren.

Um es abschließend zu sagen: Über die Qualität der beruflichen Schulen lässt sich sehr viel sagen. Aber ich glaube, das ist nicht der Streitpunkt in diesem Haus. Denn wenn ich an viele Beratungen im Schulausschuss denke, Herr Kollege Kaufmann, meine ich, dass wir uns da eigentlich einig sind, was die Bildungsangebote der beruflichen Schulen betrifft. Wenn ich darüber hinaus feststelle, dass wir bei den Abschlüssen eine hohe Erfolgsquote haben, was die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler betrifft und was im Grunde auch über die beruflichen Gymnasien, über die Berufsfachschulen hinaus alle Schularten im beruflichen Schulwesen betrifft, dass am Ende eine erfolgreiche berufliche Karriere in die Wege geleitet werden kann, dann ist das ein Beleg dafür, dass wir vom Ressourceneinsatz her das Optimale tun, um diesen jungen Menschen eine hervorragende Zukunft auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Insofern kann die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg gar nicht so schlecht sein, wie Sie diese darstellen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Ja-wohl!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Nachfrage – –

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Der Redner verlässt das Rednerpult.)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss eine Bemerkung machen, zumindest an die Vertreter der Landesregierung: Schönreden hilft nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

– Schlechttreden auch nicht. Das habe ich auch nicht gemacht. Denn ich habe selbst einen hohen Respekt vor der Leistung, die die beruflichen Schulen in unserem Bildungssystem erbringen. Aber sie können eben nur mit den Karten spielen, die Sie ihnen lassen. Sie können nur die Ressourcen einsetzen, die die Landesregierung ihnen zur Verfügung stellt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Mich verwundert schon etwas Ihr Wahrnehmungsvermögen, wenn Sie die Bemerkungen, die seitens der Handelskammern, seitens der Firmen, seitens der Berufsbildungsausschüsse im ganzen Land vorgetragen werden, mit einem Handstreich

(Abg. Norbert Zeller SPD: Als Lüge darstellen!)

einfach wegwischen. So kann man damit nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:
So ist es!)

Das hat auch nichts mit Schlechttreden zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass wir die Defizite benennen und darauf eingehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Was bedeutet es eigentlich, wenn man von einem strukturellen Ausfall von 4,4 % spricht? Das ist ja der Unterricht, der von vornherein gar nicht angeboten wird. Das strukturelle Defizit kann im Einzelfall zwischen null und 10 % liegen.

(Abg. Andrea Krueger CDU: 2,1 % bei den kaufmännischen Schulen, Herr Kollege!)

Dieser Anteil von 4,4 %, Frau Kollegin Krueger, bezieht sich auf das gesamte System der beruflichen Schulen. Wenn wir das auf einzelne Berufsschultypen direkt beziehen, sieht es auch vom Durchschnitt her anders aus. Der Unterrichtsausfall konzentriert sich auf wichtige Fächer. Deswegen kann die Situation schon sehr kritisch werden. Das sollten Sie nicht einfach abtun.

(Beifall bei der SPD)

Nun gut, in unserem Haushalt sind Mittel für die entsprechenden Stellen eingestellt. Sie haben darauf verwiesen, was da alles im Land ausgegeben wird. Aber ich sage Ihnen: Ausfallender Unterricht, das, was wir nicht an Ausbildung leisten, kommt uns im Endeffekt noch teurer.

Meine Damen und Herren, es wurde darauf hingewiesen, dass auch auf den Arbeitsmarkt zu reagieren sei. Da stimme ich Ihnen zu. Die beruflichen Schulen sind durch die Knappheit an Lehrstellen besonders gefordert. Das Übergangssystem – ich will jetzt nicht „Warteschleife“ sagen – wurde entsprechend ausgedehnt. Aber da haben Sie auch nicht richtig reagiert. In einer solchen Situation kann man sich nicht auf den Standpunkt stellen: „Dann lassen wir eben Unterricht ausfallen.“ Vielmehr muss man sich auch überlegen, wie die Leistung,

(Gunter Kaufmann)

die das Schulsystem, die die beruflichen Schulen, insbesondere die Vollzeitschulen, erbracht haben, auch auf die duale Ausbildung angerechnet werden kann, wenn wir hier Engpässe haben. Wir müssen uns fragen, wie wir die Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes entsprechend nutzen können, um die Ressourcen optimal einzusetzen. Da mache ich Ihnen den Vorwurf, dass Sie das eben nicht getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kleinmann hat darauf verwiesen – wo ist er denn? –,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Der ist schon weg!)

was wir in der Zeit der Großen Koalition im Hinblick auf die Bezahlung gemacht hätten. Ich darf in aller Bescheidenheit noch einmal daran erinnern, dass das Problem mit der Bezahlung, das ich angesprochen habe, auf den neuen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zurückzuführen ist. Mir ist nicht bekannt, dass dieser Tarifvertrag bereits in den Jahren 1992 bis 1996 Gültigkeit gehabt hätte und wir diese Seiteneinsteigerproblematik in diesem Umfang gehabt hätten. Da haben Sie die Realität völlig verkannt. Sie sollten schon die richtigen Vergleiche anstellen.

Das Problem bei den Seiteneinsteigern ist bei uns im Moment sehr virulent. Ich will auch daran erinnern: Die Seiteneinsteiger haben einen befristeten Arbeitsvertrag. Das heißt, sie müssen sich schon früh als arbeitsuchend melden, weil sie noch keine Anstellungszusage haben. Da geht Ihnen noch einmal ein Teil der Kandidaten verloren – das sind vielleicht sogar die Besseren –, weil Sie die Zusagen in der Regel nicht rechtzeitig geben können. Hier sollten Sie einmal ein Auge auf die rechtlichen Grundlagen haben, die sich aus dem Sozialgesetzbuch ergeben.

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage ist mit dieser Diskussion erledigt.

Unseren Antrag zum Unterrichtsausfall möchten wir gern im Ausschuss weiter beraten, damit wir dort insbesondere die Fragen, die ich zum Schluss zur Antwort der Landesregierung in Bezug auf die Lehrerstellen, auf die Planungssicherheit, auf die Arbeitsbedingungen und Ähnliches gestellt habe, besprechen können.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine konkrete Nachfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Gern.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Kollege Kaufmann, das ist eine Notwehrsituation, weil die beiden anderen Kollegen sich gescheut haben, hier auf meine Frage einzugehen. Deswegen frage ich Sie

(Heiterkeit)

in Stellvertretung für Herrn Kleinmann und für Herrn Wacker

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Falsche Antwort vorprogrammiert!)

– nein, das ist nicht gesagt –: Teilen Sie meine Ansicht, dass wir an den beruflichen Gymnasien durch die Deckelung der Jahrgangsklassen und im Zusammenhang mit der bedrängten Situation im G 8 eine große Problematik haben und dass es erforderlich wäre, dass die Landesregierung die Deckelung zumindest für fünf Jahre anhebt?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr gut!)

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Da gebe ich Ihnen recht. Ich weiß aus eigener Erfahrung von vielen beruflichen Gymnasien, dass sie ohne Weiteres weitere Klassen einrichten könnten, wenn denn die Ressourcen zur Verfügung stehen. Ich denke, die Leistung, die die beruflichen Gymnasien erbringen, um eine adäquate Abiturientenquote auch im internationalen Vergleich zu sichern, rechtfertigt schon, dass hier die notwendigen Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt werden. Da gebe ich Ihnen gern recht.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank! –
Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger für 30 Sekunden.

Abg. Andrea Krueger CDU: Ich danke für die 30 Sekunden.

Ich denke, auch ein strukturelles Defizit von 4 % wird uns nicht ruhen lassen. Wir werden dem natürlich weiterhin nicht tatenlos zusehen.

Nur, lieber Herr Lehmann: Offensichtlich sind wir mit 96 % trotzdem erfolgreicher als andere. Dafür gibt es einen aussagekräftigen Indikator. Dieser heißt Jugendarbeitslosigkeit. Die liegt in Baden-Württemberg unter 4 % und ist damit europaweit die geringste.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist falsch! Wie hoch die Jugendarbeitslosigkeit ist, hat etwas mit den Unternehmen zu tun!)

Ich glaube, das ist der Erfolg der beruflichen Schulen und natürlich auch der dualen Ausbildung.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Das hat mit den Unternehmen zu tun, Frau Kollegin!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt. Der Antrag der Fraktion der SPD ist ein reiner Berichtsantrag und ebenso erledigt.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, ich habe gesagt: an den Ausschuss überweisen!)

– Sie wünschen Überweisung des Antrags an den Ausschuss?

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das habe ich in meiner Rede gesagt!)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

– Der Antrag Drucksache 14/2164 wird zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Punkt 9 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Bodenseeraum – Drucksache 14/1633

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Wetzel.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Region Bodensee-Oberschwaben lässt es sich gut leben. Die im April 2006 vorgestellte bundesweite Onlineerhebung „Perspektive Deutschland“, an der sich über 600 000 Bundesbürger beteiligt haben, kommt zu dem Ergebnis, dass unter allen 97 Raumordnungsregionen bundesweit in der Region Bodensee-Oberschwaben die höchste Zufriedenheit besteht, was die Lebensqualität angeht. Die Region Bodensee-Oberschwaben ist außerdem erster Preisträger der Deutschen Stiftung Kulturlandschaft – eine ganz neue Einrichtung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Preis wurde in diesem Jahr erstmals vergeben. Nicht ohne Grund lautet der Werbeslogan der Stadt Friedrichshafen daher: „Hightech im Garten Eden“. Wir haben weltbekannte Industrieunternehmen und gehen mit einer Arbeitslosenquote von 3,7 % in Richtung Vollbeschäftigung. Wir könnten also zufrieden sein, was wir auch grundsätzlich sind.

Aber, Herr Kollege Kaufmann, ich möchte die anstehenden Probleme nicht schönreden, wie Sie der Koalition vorhin bei einem anderen Thema vorgeworfen haben, sondern ich möchte die Probleme hier nennen.

Ein ganz großes Problem sind die Straßen im Bodenseeraum, in allererster Linie die B 31. Wir können uns dem Bodenseeraum mit verbundenen Augen im Auto nähern – wir wissen immer, wann wir zu Hause sind, nämlich immer dann, wenn wir im Stau stehen. Die B 31 neu in Überlingen endet auf einer Kreisstraße, um nicht zu sagen: auf einem Feldweg. Die B 31 in Friedrichshafen endet mitten in der Stadt, was dort natürlich für erhebliche Probleme und Staus sorgt. Die Staus entlang der B 31 prägen das tägliche Bild. Wer von West nach Ost oder in umgekehrter Richtung auf der B 31 fahren will, muss Geduld haben, weil er fast immer im Stau steht.

Ganz problematisch ist die Straßensituation dann, wenn gerade Messe in Friedrichshafen ist und wir dann noch mehr im Stau stehen. Die Messe Friedrichshafen konnte durch ganz hervorragende Arbeit dennoch alle Messen bislang erfolgreich durchführen; die steigenden Aussteller- und Besucherzahlen

beweisen dies. Wir fragen uns allerdings, wie lange dies angesichts der bestehenden Straßenverhältnisse noch so sein wird.

Wenn es um Straßen geht, hat der Kollege Bachmann hier schon des Öfteren den Satz zitiert: „Wohlstand kommt auf guten Straßen.“

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Nur auf Autobahnen?)

Dem möchte ich mich anschließen, und ich möchte gern den Wohlstand im Bodenseeraum aufrechterhalten. Die Verkehrsprobleme müssen dringend gelöst werden, um die gute und günstige Situation bei der Messe in Friedrichshafen zu stabilisieren, da die Messe für Friedrichshafen und die gesamte Region außerordentlich wichtig ist und natürlich einen ganz eminenten Standortfaktor darstellt.

Vor 14 Tagen war Frau Staatssekretärin Roth vom Bundesverkehrsministerium auf Initiative des Kollegen Zeller im Landratsamt. Allerdings war die Aussage von Staatssekretärin Roth in Sachen B 31 für mich arg enttäuschend.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Deren Aussagen sind meistens enttäuschend! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Ihre Qualitäten haben auch nicht zugenommen!)

– So war es jedenfalls in Friedrichshafen; dort hat sie uns keine Hoffnung gemacht. Innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre wird es in Überlingen keinen Weiterbau der B 31 geben – trotz Planfeststellung. Auch bezüglich Friedrichshafen hat sie unsere Hoffnungen enttäuscht.

Ähnlich problematisch sieht es auch auf der Schiene aus. Auf der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen und Lindau scheint sich jetzt etwas zu bewegen, um die Elektrifizierung voranzubringen. Dies ist meines Erachtens dringend notwendig, um den Bodensee nicht vom übrigen Zugnetz abzuhängen. Stuttgart 21 ist prima; dazu stehe ich.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Aber?)

Aber Stuttgart 21 ist nur eine halbe Sache, wenn es von Ulm aus nicht weiter in den Süden geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Problematisch ist auch die Gäubahn.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das sagte ich schon, bevor Sie in der Politik waren!)

Auch hier gilt: Wir müssen alles unternehmen, um die Deutsche Bahn davon zu überzeugen, dass die Gäubahn unbedingt zweigleisig ausgebaut werden muss.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Nur dann ist die Verbindung von Stuttgart in den Süden, an den Bodensee und von dort weiter nach Zürich und Richtung Italien sinnvoll und auch nützlich.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

Wir sprechen vom „Europäischen Verflechtungsraum Bodensee“, und wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass wir zusammen mit Vorarlberg in Österreich und den Kantonen Thurgau und Schaffhausen in der Schweiz intensiver zusammenarbeiten müssen, um im Konzert der Metropolregionen mitspielen zu können. Hierzu gehört aber auch, dass die Zugverbindungen für die Anrainer dieser Region verbessert werden. Dazu zählt natürlich die Bodensee-Schnellbahn. Die Landesregierung sollte alles unternehmen, um die Bodensee-Schnellbahn voranzubringen und die Planungen hierfür einzuleiten. Nur dann wird es möglich sein, die Regionen um den Bodensee herum näher zusammenzubringen.

Ein zentraler Wirtschaftsfaktor im Bodenseeraum ist die Tourismuswirtschaft. Das Wirtschaftsministerium hat mit der Tourismusstrukturförderung einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Tourismuswirtschaft geleistet. So wurden in den Jahren zwischen 1998 und 2007 im Bodenseekreis und im Landkreis Konstanz touristische Infrastrukturmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 9,69 Millionen € aus dem Tourismusinfrastrukturprogramm gefördert. Diese Fördermittel sind gut angelegt. Wichtige Projekte wie die Thermen in Überlingen, in Meersburg und in Konstanz konnten so gebaut werden, andere kleinere Projekte ebenfalls.

Allerdings gibt es einen kleinen Schatten, meine Damen und Herren. Ein kleiner, um nicht zu sagen großer Schatten ist das Problem der ungleichen Mehrwertsteuern um den See herum. Um eine gleiche Situation zu haben, um eine Vergleichbarkeit zu haben, müssen wir auch vergleichbare Bedingungen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies ist allerdings nicht immer der Fall – ich erinnere insbesondere an den Mehrwertsteuersatz von 19 %. Dieser ist gerade für Leistungen in der Gastronomie und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einfach zu hoch. Die Mehrwertsteuersätze in Europa bewegen sich zwischen 3 und 25 %, sodass wir in Deutschland mit 19 % im oberen Drittel liegen. Nur Ungarn mit 20 % und Dänemark mit 25 % liegen darüber. Dagegen berechnen für gastronomische Leistungen die Österreicher 10 %, die Franzosen 5,5 % und die Schweizer 7,6 % Mehrwertsteuer.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet, dass wir in Deutschland im Vergleich zur Schweiz, zu Österreich und zu Frankreich einen eindeutigen Standortnachteil haben. Die FDP fordert daher seit Langem die Reduzierung der Mehrwertsteuersätze für Leistungen in der Gastronomie und in der Hotellerie.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb muss die Landesregierung über Bundesratsinitiativen alles unternehmen, um für diese Bereiche zum ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu kommen.

Meine Damen und Herren, ein paar Worte zur Messe Friedrichshafen. Diese wird derzeit trotz ihrer großen Erfolge von der Landesregierung nicht weiter unterstützt. So steht es auch in der Koalitionsvereinbarung. Das ist mir natürlich bewusst.

Die Messe Friedrichshafen musste zwei weitere Hallen bauen, um dringenden Anfragen bei den großen Messen wie Fakuma, OutDoor und EUROBIKE nachzukommen. Andernfalls wären diese großen Messen möglicherweise von Friedrichshafen weggezogen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: München!)

Friedrichshafen hatte gar keine andere Wahl. Ich kenne die derzeitige Beschlusslage der Landesregierung, wonach diese Messe nicht gefördert wird, was ich sehr bedauere.

Diese Beschlüsse sollte man allerdings nicht vor sich hertragen wie der Pfarrer die Monstranz in der Kirche, sondern die Beschlüsse sollte man meines Erachtens auch der jeweiligen Situation anpassen. Wenn Friedrichshafen diese Unterstützung braucht, dann sollte man auch nicht zurückhaltend sein, um die Messe Friedrichshafen als eigenständige Messe tatsächlich weiter aufrechtzuerhalten, ohne an eine Fusion mit anderen Messen denken zu müssen.

Meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort zur Landwirtschaft. Der Arbeitskräftemangel an Saisonarbeitern trifft den Bodenseeraum besonders empfindlich. Man weiß, viele Saisonarbeitskräfte aus Polen wandern zwischenzeitlich in andere, günstigere Länder ab, dorthin, wo die Bürokratie weniger hoch ist als bei uns. Andere Saisonarbeitskräfte aus Rumänien, Bulgarien und der Ukraine wollen am Bodensee arbeiten, dürfen das aber nicht, weil dafür momentan die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Wir sollten daher ebenfalls über eine Bundesratsinitiative dafür sorgen, dass dies möglich ist.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Ende.

Ein weiteres Problem ist meines Erachtens der Breitbandzugang in der Bodenseeregion. Die Landesregierung hat mir auf eine Kleine Anfrage zum Thema „Breitbandzugang in der Region Bodensee“ geantwortet und mitgeteilt, dass hier noch erhebliche Erschließungspotenziale, was Gemeindeteile, Unternehmen und Haushalte im ländlichen Raum anbelangt, bestehen. Dies kann ich ebenfalls so bestätigen. Einige Bürgermeister, Firmen und auch Bürger haben mich darauf hingewiesen.

Ich würde mich freuen, wenn die Landesregierung gerade im Bodenseeraum die Breitbandverkabelung unterstützen würde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ab Salem!)

Meine Damen und Herren, helfen Sie mit, dass es dem Bodenseeraum weiter gut geht und dass es aufwärtsgeht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Müller für die Fraktion der CDU.

Abg. Ulrich Müller CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

– Es ist ein bisschen unruhig.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Müller.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Bodensee ist keine Region, sondern ein Lebensgefühl!)

Abg. Ulrich Müller CDU: Jeder Abgeordnete neigt dazu, die Region, aus der er kommt, und seinen Wahlkreis zu loben

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich auch! – Abg. Norbert Zeller SPD: Ja!)

und zu gleicher Zeit natürlich auch Wünsche anzumelden, damit noch Verbesserungen erzielt werden können.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es!)

Ich bemühe mich, einen etwas anderen Ansatz zu wählen,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Was?)

nämlich Verständnis für die Besonderheiten der Region zu entwickeln

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das klingt interessant!)

und gleichzeitig deutlich zu machen, welche dienende Funktion die Bodenseeregion insgesamt für das Land hat. Dazu trägt übrigens durchaus auch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage bei.

In aller Kürze drei Thesen. Erstens: Die Bodenseeregion ist attraktiv. Zweitens: Die Bodenseeregion dient dem Land. Drittens: Die Bodenseeregion hat Erwartungen an das Land.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Zu meiner ersten These: Die Bodenseeregion ist attraktiv. Das kann man an vielen Punkten deutlich machen. Ich sage es nur in Spiegelstrichen. Die Bodenseeregion ist attraktiv als Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Bei uns ist die Jugendarbeitslosenquote nahe bei null. Auch die Landwirtschaft trägt bei uns mit einem überdurchschnittlichen Anteil zu der Entwicklung bei. Zweitens: Die Bodenseeregion ist im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung attraktiv. Drittens sind wir bezüglich des Tourismus attraktiv, und das ist ein Indikator für die Schönheit der Landschaft und auch für die Lebensqualität vor Ort. Viertens zeigt sich die Attraktivität in ungemein vielen Rankings. Fünftens: Auch die Bevölkerung – man hat das in speziellen Demoskopien erhoben – schätzt und liebt diese Landschaft und weiß, was sie an ihr hat.

Aber – und das ist die Besonderheit –: Die Region ist so attraktiv, dass sich daraus schon wieder spezifische Probleme ergeben. Wir haben Wachstumsprobleme, ob das in ökologischer oder in verkehrlicher Hinsicht ist. Wir haben ein höheres Konfliktpotenzial, als es in anderen Teilen des Landes besteht, weil sich bei uns alles auf engem Raum sehr leben-

dig entwickelt. Vieles ist strittig. Wir brauchen Leitbilder für Entwicklungen. Wir müssen die Voraussetzungen sichern, um diese Attraktivität beispielsweise im Bildungsbereich zu erhalten. Und wir haben die Grenzlage des Bodenseeraums, also eine internationale Grenze, aber auch eine natürliche Grenze – der Bodensee als eine Barriere, die Alpen als eine Barriere. Das erfordert besondere und spezifische Bemühungen und Instrumente. Wenn ich Ihnen sage, dass wir in der internationalen Bodenseeregion über 200 Einrichtungen haben, die in irgendeiner Weise grenzüberschreitend tätig sind, dann können Sie sich vorstellen, dass das schon besondere Herausforderungen sind.

Zu meiner zweiten These, meine Damen und Herren: Die Bodenseeregion dient dem Land. Offenkundig wird dies bei der Wasserversorgung. Vier Millionen Menschen trinken Wasser aus dem Bodensee.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das freut uns. Wir leisten diesen Dienst gern. Man muss tatsächlich einmal sagen: Baden-Württemberg wäre ein Wassermangelgebiet, wenn wir den Bodensee und im Übrigen die Situation im Donauried im Wege der Fernwasserversorgung nicht für das ganze Land sozusagen fruchtbar gemacht hätten.

Zweitens sind wir der Garten Eden, wir sind der Gemüse- und Obstgarten des Landes.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sogar ausgezeichnet!)

Das zweitgrößte Obstanbaugebiet Deutschlands liegt bei uns. Wir sind natürlich ein Feriengebiet, ein Erholungsgebiet, ein Naherholungsgebiet.

(Unruhe)

Ich will es aber auch noch fast ein bisschen sophisticated ausdrücken: Wir dienen dem Land auch dadurch, dass der Mangel an Problemen, den wir glücklicherweise bei uns weithin empfinden können, dazu führt, dass wir etwas weniger lästig und etwas weniger teuer sind. Wir sind dem Land lieb, aber wir sind ihm nicht übermäßig teuer. Deswegen lautet meine Empfehlung ganz einfach: Trinken Sie unser Wasser und auch unseren Wein! Essen Sie unser Obst und Gemüse, nehmen Sie den Hopfen in flüssiger Form zu sich, und besuchen Sie uns! Das trägt dazu bei, dass es Ihnen und der Bodenseeregion besser geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Jetzt kann sich jeder den Teil heraussuchen, den er am liebsten praktiziert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir mögen alles!)

Ich komme zu meiner dritten These: Die Bodenseeregion hat Erwartungen an das Land. Ich will vorausschicken, dass viel Gutes geschehen ist, ob das nun beispielsweise die Universität Konstanz, den Hochschulbereich generell oder die Berufsakademien betrifft. Es ist im Bereich der Gewässerreinigung mit einem Aufwand in Milliardenhöhe ungemein viel Gutes

(Ulrich Müller)

geschehen. Es ist im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs viel Gutes geschehen. Wenn nach der Fragestellung nicht nur Angaben über die letzten drei Jahre hätten gemacht werden sollen, dann wären in diesem Zusammenhang auch die Leistungen des früheren Landesverkehrsministers noch unterzubringen gewesen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Bravo!
– Oh-Rufe von der SPD)

Es war der Regierung aufgrund der Fragestellung leider nicht möglich, diese – Na ja, gut, ich lasse das weg.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Verdienste sind landesweit anerkannt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich will noch ein Beispiel nennen: Es war geplant, bei uns die Internationale Gartenbauausstellung durchzuführen, und das Land Baden-Württemberg war dazu bereit, sie zu unterstützen. Die Sache ist mittlerweile gescheitert. Insoweit kostet sie das Land nichts, aber die Landesregierung war bereit, mehr als 60 Millionen € für die Internationale Gartenbauausstellung zur Verfügung zu stellen. Damit will ich nur Folgendes deutlich machen: Wir haben hier in der Tat eine Situation, in der wir uns nicht über die Förderung des Landes für die Region beklagen können.

Nichtsdestoweniger bleiben Notwendigkeiten. Drei davon will ich nennen.

Erstens: Verkehr. Hierbei geht es im Wesentlichen um Verkehrsfragen, die vom Bund zu lösen sind: B 31, B 33, B 30; Südbahn und Gäubahn – die Elektrifizierung steht an. Die Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium hat neulich gesagt, dass 45 Millionen € aus dem Bundeshaushalt für die Südbahnelektrifizierung zur Verfügung stehen sollen. Dazu kann ich nur sagen: Ich empfehle, eine förmliche Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg abzuschließen.

Zweitens: Tourismusförderung. Ich formuliere das jetzt nicht in dem Sinne, dass ich sage: Wir wollen mehr Geld aus dem Tourismustopf. Vielmehr glaube ich, dass der Tourismustopf für das ganze Land insgesamt größer werden muss. Diesbezüglich müssen wir selbstkritisch sagen, dass Baden-Württemberg auf diesem Gebiet nicht an der Spitze der Bundesländer liegt. Tourismusförderung ist wichtig als Wirtschaftsfaktor und als Lebensqualitätsfaktor für die einheimische Bevölkerung. Wenn der Tourismustopf eines Tages größer werden sollte, wofür ich sehr plädiere, dann wird auch unsere Region davon profitieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als einen Anteil an diesem Topf.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, sich dem Ende zu nähern.

Abg. Ulrich Müller CDU: Jawohl.

Zum Bereich Gewässerschutz und Ökologie nur ganz wenige Bemerkungen. Wir haben die Bodenseereinhaltung geschafft. Jetzt stellen sich uns Fragen im Zusammenhang mit Flachwasserzone, Uferrenaturierung, diffusen Einträgen und Kli-

mawandel, und wir haben natürlich immer das Problem der Flächenentwicklung.

Aus aktuellem Anlass zwei Bemerkungen in zwei ganz simplen Sätzen:

Erstens: Die Messe Friedrichshafen ist kein Fusionspartner der Messe Stuttgart.

Zweitens: Der Flughafen Friedrichshafen ist kein Ausweichflughafen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Für Memmingen!)

des Flughafens Stuttgart.

Dies an die Adresse der SPD.

Begleiten Sie uns, meine Damen und Herren, bei dem Versuch, der im Wesentlichen vor Ort zu leisten ist, das zerbrechliche Gleichgewicht der positiven Entwicklung des Bodenseeraums weiter zu schützen und zu entwickeln, und erhalten Sie uns Ihre Sympathie, die durch ein Wort von Martin Walser ausgedrückt worden ist: „Der See ist dein Freund.“ Er ist der Freund aller Bürger dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat – das haben wir gehört – gehört die Bodenseeregion zu den schönsten Landschaften in Baden-Württemberg, ich könnte hinzufügen: in Deutschland. Es gibt noch eine weitgehend intakte Natur, fleißige Menschen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die gibt es überall!)

eine prosperierende Wirtschaft, es floriert.

Wir sind zurzeit dabei, das Bodenseeleitbild fortzuschreiben. Hierbei haben wir eine neue Entwicklung, die wir einleiten und unterstützen wollen. Es geht darum, den Bodenseeraum als europäischen Verflechtungsraum zwischen den Metropolregionen Stuttgart, München und Zürich zu verstehen. Dazu hat auch meine Fraktion entsprechende Anträge eingebracht.

Ich will in diesem kurzen Vortrag fünf Bereiche ansprechen, die es wert sind, besonders hervorgehoben zu werden. Das sind Bereiche, die durchaus auch als Problembereiche zu bezeichnen sind.

Kollege Müller hat zu Recht auf den Trinkwasserspeicher Bodensee hingewiesen. Hier gibt es auch laut Bericht der IBK über die Auswirkungen des Klimawandels eine problematische Entwicklung. Der Klimawandel wirkt sich ganz enorm auf den Bodensee aus. Deswegen müssen wir alles tun, um dem Klimawandel wenigstens in dieser Kleinräumigkeit etwas entgegenzustellen. Dazu gehört vor allem, dass sich die Bodenseeregion zu einer Region entwickeln soll und muss, in der erneuerbare, effiziente Energien eingesetzt werden.

(Zuruf von der CDU)

(Norbert Zeller)

Die Renaturierung des stark bebauten Bodenseeuferes gehört im Übrigen dazu. 60 % der baden-württembergischen Seite sind bebaut.

Zweitens: Auf den Verkehr wurde bereits hingewiesen; die Situation ist unbefriedigend. Jetzt will ich das Spielchen der Schuldzuweisung nicht fortsetzen, aber doch sagen: Wenn wir den früheren Verkehrsminister hören, ist zu vernehmen, dass immer der Bund schuld sei. Über seine Leistungen, was die Region angeht, will ich jetzt lieber nicht reden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sollen sie anerkennen! Das reicht völlig! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wichtig ist: Wir brauchen endlich Lösungen. Die Priorisierungsliste der Landesregierung in Sachen Straßenbau ist völlig inakzeptabel, weil sie den Anforderungen der Bodenseeregion nicht Rechnung trägt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Rudolf Köberle CDU)

Ich will auch deutlich machen: Meine Fraktion hat sich schon seit vielen Jahren intensiv für die Elektrifizierung und den Ausbau des Schienenverkehrs eingesetzt und hat für ein S-Bahn-Netz um den Bodensee herum geworben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Tiefensee ist doch Ihr Mann!)

Um mit einer Mär aufzuräumen, die vom Kollegen Müller hier offensichtlich gepflegt wird, will ich hier für die SPD-Landtagsfraktion klarstellen, dass es meiner Fraktion nicht um eine Verlagerung des Flugverkehrs von Stuttgart nach Friedrichshafen geht, sondern darum, dass der Flughafen die Region bedient und einen eigenen Stellenwert hat. Wer hier etwas Gegenteiliges behauptet, sagt die Unwahrheit.

Dritter Punkt: Messeförderung. Die Messe spielt in der internationalen Liga mit. Es ist keine Regionalmesse, keine Messe, die sich lediglich auf Baden-Württemberg bezieht. Vielmehr hat sie in der Tat internationale Bedeutung. Deswegen muss die Landesregierung – leider hat der Wirtschaftsminister jetzt den Saal verlassen –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er kommt wieder! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

dem auch Rechnung tragen. Wir fordern nach wie vor, dass der besonderen Situation des Messestandorts Friedrichshafen entsprochen wird. Da reicht es nicht aus – so wichtig das auch ist –, nur ein Verkehrs- oder Parkleitsystem zu bezuschussen.

Vierter Punkt: Mich hat verwundert, dass keiner meiner beiden Vorredner etwas zum Fachkräftemangel gesagt hat. Ein ganz zentrales Problem in unserer Region ist, dass wir einen eklatanten Fachkräftemangel haben. Wir haben eine relativ gut ausgestattete Bildungslandschaft, auch im Hochschulbereich, wobei vor allem der Bereich der Berufsakademien verstärkt und ausgebaut werden muss. Dies stellt vor allem in den technischen Bereichen eine große Notwendigkeit dar. Es geht darum, diesem Fachkräftemangel zu begegnen. Ich könnte Ihnen jetzt auch entsprechende Forderungen gerade vonseiten der Wirtschaft, vonseiten der IHK vortragen.

Einen letzten Punkt will ich noch anführen: Das ist die innere Sicherheit. Wir haben im Bodenseeraum eine besondere Situation für die Polizei. Wir haben zusätzliche Aufgaben, die andere Regionen in dieser Weise so nicht zu bewältigen haben. Ich nenne stichwortartig nur Tourismus, besondere Events, deren Zahl ganz entscheidend zunimmt, Messewesen und Flughafen. Deswegen ist es unverständlich, dass Polizeibeamte, die in den Ruhestand gehen, nicht mehr ersetzt werden. Dies ist ein gravierender Einschnitt für die Sicherheitslage unserer Region. Das kann nicht akzeptiert werden.

Meine Damen und Herren: Es lohnt sich, in dieser Region zu leben und zu arbeiten und sich für die Region einzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Lehmann ist im Dauereinsatz! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Die haben nicht mehr!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die Schwierigkeit bei einer solchen Großen Anfrage besteht darin, es in fünf Minuten zu schaffen, angemessen auf all die Themen einzugehen. Dies ist eigentlich nicht möglich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zu Protokoll geben! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es ist doch alles schon gesagt!)

Das zweite Problem ist, dass auch die vorliegende Anfrage gut abgehängt ist. Das heißt, bestimmte Aussagen, die hier gemacht worden sind, sind heute zeitlich überholt. Die IGA ist leider – das muss ich sagen – „den Bach runtergegangen“.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist für die Region sicher eine schwere Schlappe gewesen, die auch verschiedenen politisch Verantwortlichen anzulasten ist.

Positiv zu vermerken ist: Die Region hat es gegenüber Stuttgart – obwohl auch die Koalitionsvereinbarung so etwas nicht vorsieht – zum ersten Mal geschafft, gemeinsam, parteiübergreifend – Bürgermeister, Landkreise, Regionalverbände – den europäischen Verflechtungsraum Bodensee zum Tragen kommen zu lassen. Es ist wirklich eine Sternstunde für die Bodenseeregion gewesen, muss ich sagen, dass alles so Hand in Hand gelaufen ist.

Das macht mir Mut, dass es uns auch gelingen wird, im Rahmen der neuen Leitbilddiskussion für den Bodensee – die heute leider nicht auf der Tagesordnung steht – dieses neu gefundene Selbstbewusstsein in Bezug auf den europäischen Verflechtungsraum Bodensee weiterzuentwickeln. Das ist meine große Hoffnung, um die diversen Themen, und zwar in der Sichtweise des ländlichen Raums und gleichzeitig eines Verflechtungsraums, der auch Wachstumsraum ist, angemessen in Stuttgart vertreten zu können. Das ist ein ganz wichtiges

(Siegfried Lehmann)

Thema. Die Anhörung für das Bodenseeleitbild lief bis Ende des letzten Monats. Die Erwartung, die wir daran haben, ist, dass die Region mehr Mitverantwortung und mehr Entscheidungskompetenzen in Bezug auf die eigenen Angelegenheiten bekommt.

Wir haben die Struktur der IBK. Da treffen sich die Regierungschefs rings um den Bodensee ab und an einmal und sagen, was für die Region gut ist und was nicht. Die Regionalverbände, die Landkreise und die Kommunen selbst haben kaum Einflussmöglichkeiten auf diese Politik. Das muss sich unserer Ansicht nach ändern. Die Region und die Verantwortlichen in der Region müssen hier eine stärkere Verantwortung bekommen. Deswegen fordern wir für die Bodenseeregion einen Bodenseebeirat, in dem die Kreis- und Kommunalvertreter rings um den Bodensee vertreten sind.

Weiter soll das, was als Maßnahmenplan in dem neuen Bodenseeleitbild aufgelistet ist, hier bewertet und neu beschlossen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Die Probleme in der Bodenseeregion sind natürlich auch symptomatisch für die Probleme des ländlichen Raums. Das habe ich gemerkt, als ich hierher nach Stuttgart gekommen bin: Man versteht die Welt nicht mehr, wenn hier über 4,8 Milliarden € für Stuttgart 21 diskutiert wird und andererseits infrage steht, ob man von Singen nach Engen noch eine Zugverbindung für die Schichtarbeiter aufrechterhalten kann oder nicht. Das versteht unten am Bodensee natürlich mit Recht kein Mensch. Es versteht auch niemand, warum es als großer Erfolg gefeiert wird, wenn für eine Zugsanbindung – ich spreche hier von der Gäubahn – einmal 10 Millionen € locker gemacht werden, um diese kleine Summe in den Ausbau hineinzustecken. Das ist angesichts der Dimensionen, über die hier diskutiert wird, überhaupt nicht nachvollziehbar.

In dieser Region geht es nicht um die Verbesserung der Geschwindigkeit und um einen Gewinn von fünf oder zehn Minuten, sondern darum, ob man zur entsprechenden Tageszeit einen Anschluss hat oder nicht. Da ist es im ländlichen Raum von entscheidender Bedeutung, ob der öffentliche Nahverkehr funktioniert oder nicht. Ich denke, wir hier im Landtag tragen mit dafür Verantwortung, wenn der demografische Wandel in solchen Regionen von uns noch dadurch beschleunigt würde, dass wir die Infrastruktur nicht entsprechend förderten.

Uns ist ein letzter Punkt wichtig, den ich hier noch einbringen möchte: Die Bodenseeregion ist von Schweizer Seite und auch von Vorarlberg aus im Rahmen der Diskussion um das Bodenseeleitbild zum gentechnikfreien Raum erklärt worden. Diese Länder setzen das auch um; Vorarlberg hat dabei, was die Vermarktung seiner Produkte angeht, sehr großen wirtschaftlichen Erfolg. Auch der Ostallgäukreis hat sich dieser Position angeschlossen. Es fehlt eigentlich bloß noch, dass auch das Land Baden-Württemberg geeignete Signale setzt, dem beizutreten und der Tourismusregion Bodensee ein entsprechendes Markenzeichen zu geben, damit wir die Bodenseeregion als gentechnikfreie Region vermarkten können.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

Umweltministerin Tanja Gönner: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich, dass die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage so aufgenommen wurde, dass alle das, was wir dort geschrieben haben, zugestehen, nämlich dass es sich beim Bodenseeraum um eine ausgesprochen attraktive Region handelt, um einen der attraktivsten Standorte Europas – was uns im Übrigen auch deswegen mit Freude erfüllt, weil nicht nur der Bodenseeraum zu einer der attraktivsten Regionen Europas gehört, sondern auch die Region um Stuttgart. Insofern glaube ich, dass das Land sehr zufrieden sein kann.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Beifall des Abg. Theurer!)

Der Bodenseeraum ist ein Wirtschafts- und Tourismusstandort allererster Güte. Er ist Standort intensiver Landwirtschaft. Man kann es eigentlich kaum besser zusammenfassen, als es Ulrich Müller vorhin getan hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo!)

Trinken Sie den Wein, essen Sie das Obst! Ich will es jetzt nicht wiederholen. Nicht zuletzt gilt: Der Bodensee ist Trinkwasserspeicher für mehr als vier Millionen Menschen in Baden-Württemberg, also sozusagen das wasserwirtschaftliche Filetstück des Landes.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber die Fische verhungern! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Kurz gesagt: Der Bodensee ist ein Standort, an dem eine wachsende Anzahl von Menschen gern leben.

Gestatten Sie mir, dass ich als Umweltministerin mit dem Thema Umwelt beginne – ich glaube, das ist verständlich. In der Tat sind eine intakte Umwelt und ein funktionsfähiges Ökosystem Bodenseeraum geradezu Voraussetzungen für die Attraktivität dieses Standorts, was die Frage angeht, ob Menschen dorthin kommen und sich dort wohlfühlen. Ein vorrangiges Ziel der Landesregierung ist es deshalb, ein intaktes, auch in Stresssituationen stabiles Ökosystem zu erhalten bzw. wo erforderlich wiederherzustellen.

Die Attraktivität zeigt sich an dem hohen Bevölkerungswachstum von knapp 20 % in den letzten 20 Jahren – womit wir an der Spitze liegen. Gemeinsam mit den Partnern am Bodensee – auf die Internationalität des Bodenseeraums wurde hingewiesen – haben wir uns der umweltpolitischen Herausforderungen sehr frühzeitig angenommen.

Die Abwasserreinigung wurde auf die empfindlichen Verhältnisse des Bodensees abgestimmt, was von den Kommunen im Übrigen beträchtliche Anstrengungen erforderte. In den letzten 20 Jahren konnte der Phosphatgehalt des Bodensees um 86 % gesenkt werden. Gerade wurde ja darauf hingewiesen, dass manch einer glaubt, die Fische wären nicht mehr so groß wie früher. Nichtsdestotrotz war es für den Bodensee ausge-

(Ministerin Tanja Gönner)

sprochen wichtig, dass der Phosphatgehalt entsprechend reduziert wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Wilfried Klenk CDU und Siegfried Lehmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ulrich Müller hat zu Recht darauf hingewiesen, dass beim Gewässerschutz Handlungsbedarf besteht – neben der Daueraufgabe der Sicherung der Trinkwasserversorgung. Angesichts der Anzahl von vier Millionen Menschen, die versorgt werden, ist das klar. Dies gilt auch hinsichtlich der ökologischen Aufwertung der Gewässerläufe und Uferzonen und bei der Reduzierung diffuser Belastungen.

An der oberen Argen konnte beispielsweise in den Jahren 2000 bis 2005 durch Einsatz einer vergleichsweise geringen Summe von 1,5 Millionen € ein hundertjähriger Hochwasserschutz erreicht werden – ein weiterer Punkt zur ökologischen Aufwertung. Während des Hochwassers im August 2005 hat sich das eindrucksvoll bewährt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tourismusinfrastruktur in den vier anzusprechenden Landkreisen am Bodensee wurde in den letzten zehn Jahren mit insgesamt ca. 20 Millionen € gefördert. Dadurch tragen wir dazu bei, dass sowohl die seenahen als auch die seefernen Gebiete ihre touristischen Stärken weiterentwickeln. Zwischen den seenahen und den seefernen Gebieten ist kein Wohlstandsgefälle erkennbar.

In der internationalen Zusammenarbeit mit den grenznahen Kantonen der Schweiz, mit Vorarlberg und mit Bayern ist die integrierte Wirtschaftsregion langfristiges Ziel, um vor allem das hohe Beschäftigungsniveau zu sichern. In jüngster Vergangenheit wurden hierfür die infrastrukturellen Voraussetzungen aufgebaut.

Lieber Herr Zeller, es ist klar, dass Sie sich vorhin nicht in der Lage sahen, über die Leistungen von Ulrich Müller zu sprechen, was den Bodenseeraum angeht. Das liegt daran, dass Sie dabei Ihre Zeit überschritten hätten, weil Sie eine Lobeshymne hätten anstimmen müssen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo!)

Zweitens hätten Sie zugestehen müssen, dass er als einer der größten Verfechter des Katamarans dafür gesorgt hat, dass eine attraktive Verbindung zustande kam,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ich spreche von der Straßenverkehrspolitik!)

gegen die Sie und Ihre Fraktion regelmäßig Stellung bezogen haben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was war das?)

Auch dies war ein Erfolg von Ulrich Müller.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Norbert Zeller SPD: Können Sie belegen, dass ich dagegen war?)

Hinzu kommt, dass Frau Roth in der vergangenen Woche zitiert hat,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wie kommen Sie dazu, solche Behauptungen aufzustellen?)

dass die Realisierung der dortigen Verkehrswege am Geldmangel des Bundes scheitert. Sie hat eingestanden, dass dies am Geldmangel des Bundes liegt und nicht daran, ob das Land eine Priorisierung vornimmt oder nicht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Doch, das hat sie gesagt! Sie waren nicht dabei! Ich war dabei!)

Die Priorisierung durch das Land ist nicht entscheidend für den Zeitpunkt. – Herr Zeller, ich bin in der Lage, zu lesen und mich mit Leuten zu unterhalten, die – ebenso wie Sie – dabei waren.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ich war selbst dabei!)

Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich das durchaus anmerke.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Umweltministerin Tanja Gönner: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Gönner,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Frau Ministerin“!)

könnten Sie mir erstens eine Quelle nennen, mit der Sie belegen können, dass ich gegen den Katamaran war?

Zweitens: Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass bei der Veranstaltung mit Frau Staatssekretärin Roth diese zu Recht gesagt hat, dass wir insgesamt mehr Geld für den Verkehrsbe-
reich brauchen – das gilt im Übrigen auch für Ihre Partei in Berlin –, und zweitens

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Drittens wäre das!)

gesagt hat, dass die Priorisierung des Landes Baden-Württemberg die falsche Weichenstellung ist?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt nicht!)

Umweltministerin Tanja Gönner: Ich tue mich schon mit der Kenntnisnahme des zweiten Teils schwer. Denn nach meinen Informationen hat sie gesagt: Das Land hätte zwar priorisieren können, aber realisieren tut der Bund.

Das macht, glaube ich, noch einmal deutlich, dass es auf die Priorisierung des Landes zunächst nicht ankommt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Johannes Stober SPD: Wenn man nichts macht, kann man auch nichts falsch machen!)

– Entschuldigung! Zunächst einmal müssen Sie im Bund handeln, und Sie sind im Verkehrsministerium seit 1998 an der Macht

(Unruhe bei der SPD)

(Ministerin Tanja Gönner)

und haben in dieser Zeit das Geld auch nicht zur Verfügung gestellt. Das liegt eben nicht an der Priorisierung durch das Land,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

sondern daran, dass das Geld von Berlin nicht kommt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie reden seit 20 Jahren über die B 31! – Unruhe)

Da können Sie sich auf den Kopf stellen und mit den Füßen wackeln.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie haben den Verkehrsminister überall gestellt, und es hat sich nichts getan! Das ist doch platt, so etwas! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Ministerin Gönner.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Er schweige!)

Umweltministerin Tanja Gönner: Herr Zeller, ich gehe davon aus, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass seit dem Jahr 1998 das Bundesverkehrsministerium SPD-geführt ist.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Da hat es auch mehr Geld dafür gegeben!)

Lieber Herr Zeller, jetzt geht es weiter mit dem Thema Verkehr – auch das halte ich für wichtig –: Die Elektrifizierung der Südbahn ist für das Land wichtig, aber auch hier gestatten Sie mir den Hinweis: Weil das Land dem Bund bei dieser Frage der Elektrifizierung sehr weit entgegengekommen ist, geht es nun voran, und weil die Kommunen bereit sind, hier gemeinsam mit der Wirtschaft eine Vorfinanzierung der Planungskosten vorzunehmen, kommen wir dort voran.

Also gerade weil wir uns dort einsetzen, kommen wir voran, und wie so oft müssen wir feststellen, dass wir dort Schwierigkeiten haben.

Ein ganz wesentlicher Punkt, was die Elektrifizierung der Südbahn angeht – und das zu sagen ist, finde ich, wichtig und notwendig –: Die Elektrifizierung der Südbahn kommt nicht trotz Stuttgart 21,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sondern wegen!)

sondern wegen Stuttgart 21.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wegen! Richtig! Bravo!)

Auch dies sollte deutlich gesagt werden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wollen Sie zum Katamaran etwas sagen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle haben es als diejenigen, die vorgetragen haben, deutlich gemacht, dass der Bodenseeraum ein hoch attraktiver Raum ist, der durch die

Vielfalt der verschiedenen intensiven Nutzungen, aber auch durch seine besondere ökologische Empfindlichkeit geprägt ist. Ganz besonders sind dort umweltgerechte Wirtschaftsweisen geradezu die Voraussetzung für das wirtschaftliche Wohlergehen. Ich bin davon überzeugt, dass das Land Baden-Württemberg hier die richtigen Konzepte hat, um gemeinsam mit den Partnern am Bodensee eine langfristig tragfähige Entwicklung sicherzustellen und die bereits gute Entwicklung fortzuführen, um weiterhin davon sprechen zu können, dass wir mit dem Bodenseeraum einen der attraktivsten Räume Europas haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Lehmann?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Kormoran?)

Umweltministerin Tanja Gönner: Zum Katamaran.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Teilen Sie meine Ansicht, dass es dem Image der Bodensee-region und auch dem Ansehen des Naturschutzes in Baden-Württemberg nicht gut ansteht, wenn im Naturschutzgebiet Radolfzeller Aach die Kormorane vergrämt werden sollen?

(Unruhe bei der CDU)

Umweltministerin Tanja Gönner: Sehr geehrter Herr Lehmann, es gibt naturschutzfachliche Notwendigkeiten in der Interessenlage zwischen der Fischerei und hinsichtlich der Vögel, die dort unterwegs sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Naturschutzverwaltung dort den richtigen Weg gesucht hat, um den Weg auch entsprechend zu gehen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie weichen aus!)

In diesem Sinne gewinne ich den Eindruck, dass es durchaus vertretbar ist, was dort gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage durch die Aussprache erledigt.

Punkt 10 der Tagesordnung ist somit erledigt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 3. April, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:34 Uhr